



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Ñande reko – Nuestra forma de ser.
Ethnizität in den Diskursen sozialer und zivilgesellschaftlicher
Organisationen in Santa Cruz, Bolivien.“

Verfasserin

Birte Mareike Spilger

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Georg Grünberg

Abbildung 1: Wandbild vor dem Eingang der Organisation CEJIS



(Foto: Birte Mareike Spilger)

„I have a dream this afternoon that the brotherhood of man will become a reality in this day.“ (King 1963)

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen Personen bedanken, die diese Diplomarbeit durch ihre Hilfe und Unterstützung ermöglichten und mir während ihres Entstehungsprozesses zur Seite standen.

Mein besonderer Dank gilt meinem Betreuer Dr. Georg Grünberg, der mich von Beginn an tatkräftig unterstützte und mir stets mit wissenschaftlichem Rat zur Seite stand.

Ein großes Dankeschön spreche ich all jenen Personen aus, die meine Forschung in Bolivien ermöglichten und mir durch interessante Gespräche und Interviews einen tiefen Einblick in die Thematik und die aktuelle Situation Boliviens eröffneten. Ich bin dankbar für die große Gastfreundlichkeit, mit der ich empfangen wurde.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meinen Eltern, die mein Studium finanzierten und auch in schwierigen Phasen stets ein offenes Ohr und liebevollen Rat für mich hatten. Zudem bedanke ich mich bei meinem Bruder Thore, der mir mit allen technischen Fragen half. Auch meinen Freundinnen Manuela U. und Manuela W. gilt mein Dank, sie haben mich durch viele wissenschaftliche Diskussionen inspiriert, mich stets mit lieben Worten motiviert und mich durch ihre Korrekturen bei der Fertigstellung dieser Arbeit unterstützt. Danke auch an Michaela und Freya, die mir stets das Vertrauen in mich und meine Fähigkeiten zurück gaben.

Zuletzt möchte ich Erkan für seine unendliche Geduld und liebevolle Unterstützung danken.

Inhaltsverzeichnis

1	<u>EINLEITUNG</u>	9
2	<u>METHODIK</u>	13
3	<u>THEORIE</u>	21
3.1	VON DER IDENTITÄT ZUR ETHNISCHEN IDENTITÄT	22
3.2	ETHNISCHE IDENTITÄT: VON DER SUBJEKTIV EMPFUNDENEN IDENTITÄT ZUM KOLLEKTIV	24
3.3	ETHNISCHE IDENTITÄT NACH FREDRIK BARTH	27
3.4	ETHNIZITÄT	30
3.5	PRIMORDIALISMUS VERSUS ZIRKUMSTANTIALISMUS	33
3.6	POLITISIERUNG UND INSTRUMENTALISIERUNG VON ETHNIZITÄT	37
4	<u>MAKROANALYSE: ETHNIZITÄT IN DER BOLIVIANISCHEN GESCHICHTE</u>	45
4.1	DIE PRÄKOLUMBIANISCHE ZEIT	45
4.2	DIE ZEIT DER SPANISCHEN KOLONIALISATION	49
4.3	DIE UNABHÄNGIGKEIT	54
4.4	DIE NATIONALE REVOLUTION 1952	58
4.5	DAS ERSTARKEN INDIGENER BEWEGUNGEN IN BOLIVIEN	63
4.5.1	ENDOGENE URSACHEN FÜR DAS AUFKOMMEN INDIGENER BEWEGUNGEN IN BOLIVIEN	63
4.5.2	DIE KATARISTINNEN-BEWEGUNG	65
4.5.3	INDIGENE BEWEGUNGEN IM TIEFLAND	67
4.5.4	FORTSCHRITTE AUF DEM WEG ZU POLITISCHER PARTIZIPATION	69
4.6	DAS AUFKOMMEN INDIGENER BEWEGUNGEN IN LATEINAMERIKA	73
4.7	INDIGENE BELANGE AUF GLOBALER EBENE	75
4.7.1.1	Die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation	75
4.7.1.2	Die Vereinten Nationen	77
4.8	DIE NEUGRÜNDUNG BOLIVIENS	83
4.9	DIE POLITISCHE OPPOSITION: LA MEDIA LUNA	90
5	<u>MIKROANALYSE: ETHNIZITÄT IN DEN DISKURSEN SOZIALER UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ORGANISATIONEN IN SANTA CRUZ</u>	97
5.1	DAS DEPARTEMENT SANTA CRUZ	98
5.2	SOZIALE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE BEWEGUNGEN IM DEPARTEMENT SANTA CRUZ	103
5.3	INDIGENE GRUPPIERUNGEN	106

5.3.1	DEFINITION VON INDIGENEN	108
5.3.2	INDIGENE ORGANISATIONEN	112
5.3.3	INTERESSEN UND FORDERUNGEN	116
5.3.3.1	Land und Territorium	116
5.3.3.2	Indigene Autonomie	119
5.3.3.3	Entwicklung nach indigener Vorstellung	121
5.3.3.4	Politische Partizipation und das Recht auf Konsultation	123
5.3.3.5	Zugang zu Bildung und Gesundheit	125
5.3.3.6	Medien und Kommunikation	127
5.3.4	ERGEBNISSE DER DISKURSANALYSE	128
5.3.4.1	Indigene Identität	129
5.3.4.2	Bezug auf die Geschichte	131
5.3.4.3	Indigene Identität und Territorien	133
5.3.4.4	Bezug auf die neue Verfassung und die Diskurse internationaler Institutionen	134
5.3.4.5	Indigene Organisationen als Verfechter der Demokratie	136
5.3.4.6	Indigene Völker als Hüter der Natur	137
5.3.4.7	Feindbilder	138
5.3.4.8	Zusammenfassung	139
5.4	BÜRGERKOMITEE UND NATION CAMBA	141
5.4.1	INTERESSEN UND ZIELE	145
5.4.1.1	Departamentale Autonomie	145
5.4.1.2	Entwicklung und Ökonomie	147
5.4.1.3	Soziale Inklusion	148
5.4.1.4	Interessen des Movimiento Nación Camba de Liberación	150
5.4.2	ERGEBNISSE DER DISKURSANALYSE	150
5.4.2.1	Cruceños und Cambas	151
5.4.2.2	Cambas und Collas	154
5.4.2.3	Feindbilder	156
5.4.2.4	Bezug auf die Geschichte	158
5.4.2.5	Das Bürgerkomitee als Verfechter der Demokratie und sozialer Gerechtigkeit	160
5.4.2.6	Zusammenfassung	161
5.5	DISKUSSION DER ERGEBNISSE	162
6	RESUMÉE	167
7	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	169

8	LITERATURVERZEICHNIS	171
9	ANHANG	183
9.1	KURZE ZUSAMMENFASSUNG	183
9.2	ABSTRACT	185
9.3	LEBENSLAUF	187

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: WANDBILD VOR DEM EINGANG DER ORGANISATION CEJIS.....	3
ABBILDUNG 2: TOPOGRAPHISCHE KARTE BOLIVIENS.....	46
ABBILDUNG 3: DIE AUSDEHNUNG DES INKAREICHES	48
ABBILDUNG 4: LANDKARTE BOLIVIENS	58
ABBILDUNG 5: DIE DEPARTEMENTS BOLIVIENS.....	91
ABBILDUNG 6: SIEDLUNGSGEBIETE DER INDIGENEN VÖLKER BOLIVIENS	98
ABBILDUNG 7: AUTOIDENTIFIKATION DER BEVÖLKERUNG ÜBER 15 JAHRE MIT EINER INDIGENEN KULTUR IM DEPARTEMENT SANTA CRUZ.....	99
ABBILDUNG 8: ORGANIGRAMM DER ORGANISATION CIDOB.....	113

1 Einleitung

Das Interesse an dem Thema dieser Diplomarbeit entstand während eines einjährigen Aufenthaltes in Bolivien im Jahr 2004/2005. Während dieser Zeit eröffnete sich mir ein tiefer Einblick in die bolivianische Gesellschaft und in die bestehenden politischen Konflikte und Spannungen dieser Zeit. Bolivien befand sich in einer Phase des politischen Aufruhrs, es zeichneten sich umwälzende Prozesse ab, welche die unterschiedlichen politischen Positionen und gesellschaftlichen Gräben offenbarten und die Politik des Staates nachhaltig prägen sollten. Wohnhaft in der Stadt Santa Cruz de la Sierra im Departement Santa Cruz, wurde ich häufig Zeugin einer heftigen Ablehnung unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, welche sich nicht nur verbal, sondern auch in gewalttätigen Konflikten äußerte. Es wurden sowohl auf privater, medialer als auch politischer Ebene Vorurteile und Zuschreibungen artikuliert, die sich vor allem auf kulturelle und ethnische Unterschiede innerhalb der Bevölkerungsgruppen Boliviens bezogen, gleichzeitig jedoch mit wirtschaftlichen und politischen Problemen und Konflikten in Zusammenhang gebracht wurden – eine Differenzierung fand kaum statt.

Bolivien ist in Lateinamerika das Land mit dem höchsten indigenen Bevölkerungsanteil, welcher sich laut dem Zensus 2001 auf 62% beläuft (vgl. INE 2001). Ein Großteil der indigenen BürgerInnen lebt im Hochland, dem westlichen Teil Boliviens. Seit 1980 wurden indigene Völker als politische Akteure in Bolivien deutlich sichtbar und zählen seitdem mit ihren Organisationen und Zusammenschlüssen zu den wichtigen sozialen Bewegungen des Landes. Mit der Wahl des ersten indigenen Präsidenten Evo Morales zeigte sich die Stärke und der gesellschaftliche Einfluss der indigenen Bevölkerungsgruppen deutlich. Indigene Bewegungen sind in Bolivien weiterhin am Erstarken und setzen sich zunehmend für ihre Rechte und Interessen ein. Obwohl in Bolivien ganz unterschiedliche indigene Volksgruppen existieren, entwarf der Diskurs um indigene Rechte das Bild einer einheitlichen indigenen Gemeinschaft, einer indigenen Identität.

Auch im Osten Boliviens leben indigene Volksgruppen, ein großer Teil der dort ansässigen Bevölkerung definiert sich selber aber als mestizisch und beansprucht für sich eine eigene ethnische Zugehörigkeit, welche sich von den Indigenen des Landes deutlich unterscheidet

und vom bolivianischen Staat offiziell anerkannt werden soll. In dieser Region Boliviens existiert eine wohlhabende unternehmerische Elite, welche sich aufgrund von wirtschaftlichen und politischen Interessen vehement für eine Autonomie ihrer Region einsetzt und eine starke politische Opposition zur Regierung unter Evo Morales bildet. In dem Departement Santa Cruz prallen die Interessen der wohlhabenden Unternehmerschicht und AutonomiebefürworterInnen direkt auf die Interessen einiger indigener Organisationen, es bestehen Konflikte um den Zugang zu Land, um natürliche Ressourcen, politischen Einfluss und Macht.

Während meines Aufenthaltes in Bolivien waren die Bestrebungen nach Autonomie in vollem Gange, es kam zu Massenkundgebungen und einer Mobilisierung der Bevölkerung im großen Stil. Das Thema der departementalen Autonomie war in aller Munde und wurde heiß diskutiert. Die Forderung nach Autonomie wurde selten mit politischen oder ökonomischen Interessen des Departements und seiner BewohnerInnen begründet, sondern mit Hilfe der ethnischen und kulturellen Unterschiede zu den indigenen Bevölkerungsgruppen des Hochlandes argumentiert. Es entstand bei mir der Eindruck, dass ethnische Konflikte von den AnhängerInnen der Autonomie bewusst geschürt werden, um das Ziel der Autonomie öffentlich zu legitimieren und eine breite Mobilisierung der Bevölkerung zu erreichen.

Die großen gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozesse der letzten Jahre machten deutlich, dass sich auch indigene Organisationen in Bolivien auf einen ethnisch geprägten Diskurs stützen, um ihre Forderungen nach spezifischen Rechten durchzusetzen.

Aufgrund dieser Überlegungen entwickelte sich die These, dass die Kategorie der Ethnizität in Bolivien und speziell im Departement Santa Cruz von verschiedenen sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen zur Durchsetzung spezifischer Interessen und Ziele instrumentalisiert wird.

Zielsetzung und Forschungsfragen

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wird die Rolle der Ethnizität in den Diskursen sozialer und zivilgesellschaftlicher Organisationen im Departement Santa Cruz analysiert. Dabei wird folgenden Forschungsfragen zur Überprüfung der These nachgegangen:

- 1.) Aus welchen Gründen spielt die Kategorie der Ethnizität in Bolivien aktuell eine solche bedeutende Rolle? Warum werden besonders ethnisch geprägte Diskurse herangezogen, um bestimmte Interessen und Ziele zu legitimieren?
- 2.) Welche sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen greifen im Departement Santa Cruz ethnisch geprägte Diskurse auf und reproduzieren diese? Welche Interessen und Ziele verfolgen diese Gruppierungen?
- 3.) Inwiefern und auf welche Art und Weise werden ethnisch geprägte Diskurse eingesetzt, um spezifische Ziele und Interessen zu legitimieren und durchzusetzen?

Aufbau der Arbeit

Die hier formulierten Forschungsfragen bestimmen den Aufbau dieser Arbeit. Zunächst wird auf die methodischen Werkzeuge eingegangen, mit deren Hilfe die Forschungsfragen beantwortet werden. Das Augenmerk liegt auf verschiedenen qualitativen **Methoden** der Sozialwissenschaft. Die vorliegende Forschung stützt sich vor allem auf die Diskursanalyse nach Michel Foucault als auch auf die während der Feldforschung erhobenen ExpertInneninterviews, welche einen tiefen Einblick in die Materie und die komplexen Zusammenhänge geben.

In einem **Theorieteil** wird näher beleuchtet, was der Begriff der Ethnizität genau bedeutet und welche wissenschaftlichen Konzepte und Auffassungen mit diesem breiten und umstrittenen Themenfeld verknüpft sind. An einer Auswahl verschiedener Zugänge zum Thema Ethnizität wird aufgezeigt, welche unterschiedlichen Sichtweisen dazu existieren, die sich auch in den Diskursen Boliviens auffinden lassen. Zudem wird deutlich gemacht, welche Annahmen von Ethnizität dieser Forschungsarbeit zugrunde liegen.

Um die aktuelle Wirkmächtigkeit ethnisch geprägter Diskurse zu verstehen, bedarf es eines Blickes in die bolivianische Vergangenheit. Im Rahmen einer **Makroanalyse** werden vergangene Diskurse um Ethnizität näher beleuchtet, um die aktuellen Diskurse in ihren sozio-historischen Kontext einordnen und so besser verstehen zu können. Angefangen bei der präkolumbianischen Zeit, über die Kolonialisierung Boliviens bis hin zur aktuellen Situation

des Landes, werden die gängigen Diskurse um Ethnizität beleuchtet und aufgedeckt, auf welchen Identitätskategorien diese Diskurse aufbauen.

Zudem wird die Entwicklung jener Akteursgruppen nachgezeichnet, welche sich heute ethnisch geprägter Diskurse bedienen. Es wird ein besonderes Augenmerk auf das Erstarken der indigenen Bewegungen in Bolivien gelegt, welches sowohl durch spezifische gesellschaftliche Faktoren Boliviens als auch durch einen internationalen Prozess angestoßen wurde. Daher wird die Rolle internationaler Institutionen und der Entwicklungszusammenarbeit für das Aufkommen indigener Bewegungen genauer analysiert. Im Fokus der Betrachtungen stehen zudem die Konflikte um Autonomie, welche die politische Opposition im Osten Boliviens, vertreten durch das Bürgerkomitee „Comité pro Santa Cruz“ und die „Nation Camba“, auslöste.

Im Rahmen einer **Mikroanalyse** wird untersucht, inwiefern und auf welche Art und Weise die Kategorie der Ethnizität diskursiv von sozialen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen im Departement Santa Cruz verwendet wird, um spezifische Interessen zu verfolgen.

Zuerst wird die aktuelle Situation im Departement Santa Cruz dargelegt, wobei auf bestehende Konflikte und Spannungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen eingegangen wird. Es wird geklärt, welche lokalen Akteursgruppen ethnisch geprägte Diskurse produzieren und welche Interessen diese sozialen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen verfolgen. Durch die Darstellung der Ergebnisse der Diskursanalyse wird deutlich, wie diskursiv mit der Kategorie der Ethnizität umgegangen wird und inwiefern sie tatsächlich diskursiv verwendet wird, um spezifische Interessen und Ziele zu verfolgen.

In einem abschließenden **Resumée** werden die Ergebnisse dieser Forschung dargestellt und in einen Kontext mit den aktuellen Entwicklungen Boliviens und der untersuchten sozialen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen des Departements Santa Cruz gebracht.

2 Methodik

Das Themenfeld und die Fragestellungen dieser Diplomarbeit werden anhand von unterschiedlichen methodischen Zugängen bearbeitet, die sich der qualitativen Sozialwissenschaft zuordnen lassen. Da es um den Umgang und die strategische Verwendung von Ethnizität geht, stehen aktive und bedeutungskonstituierende Prozesse im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Hier wird sich der allgemeinen Auffassung der qualitativen Sozialwissenschaft angeschlossen,

[s]oziale Wirklichkeit lässt sich als Ergebnis gemeinsam in sozialer Interaktion hergestellter Bedeutungen und Zusammenhänge verstehen. [...] Menschen handeln auf der Basis von gemeinsam geteilten Bedeutungen, die sie Objekten, Ereignissen, Situationen und Personen zuschreiben [...]. Diese Bedeutungen modifizieren sie beständig und »rahmen« [...] sie kontextbezogen in Reaktion auf die Deutung anderer. In diesem Verständnis erscheinen soziale Wirklichkeiten als Ergebnis beständig ablaufender sozialer Konstruktionsprozesse. (Flick/Von Kardorff/Steinke 2007:20)

Um diese Konstruktionsprozesse sozialer Realität näher zu beleuchten, bedarf es qualitativer Methoden, welche sich mit der subjektiven Aneignung, Interpretation und Bedeutungskonstruktion von Wirklichkeit beschäftigen. Ethnizität wird im Rahmen dieser Arbeit als eine soziale Kategorie verstanden, welche einen Teil der konstruierten Lebenswelt ausmacht.¹ Durch qualitative Forschungsmethoden sollen die Aushandlungsprozesse dieser sozialen Kategorie analysiert und ihre gesellschaftliche Relevanz sichtbar werden. Doch an welchen gesellschaftlichen Phänomenen lässt sich die Konstruktion kollektiver Identitäten anhand von Ethnizität ablesen? Wo lassen sich die Prozesse der Verhandlung dieser Kategorie verorten, wie gehen sie von statten und wo treten sie öffentlich in Erscheinung?

Laut Wodak laufen die Prozesse der Aushandlung sozialer Bedeutungen über gesellschaftliche Diskurse ab. „Über Diskurse konstituieren soziale AkteurInnen Wissensobjekte, Situationen, soziale Rollen sowie Identitäten und interpersonale Beziehungen zwischen den Interagierenden und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.“ (Wodak u.a. 1998:43) Gerade kollektive Identitäten begründen und etablieren sich über solche Aushandlungsprozesse, denn sie werden beständig produziert, reproduziert und in Beziehung mit und Abgrenzung zu anderen gesetzt. Jene Prozesse entwickeln sich in und durch Sprache,

¹ Dieses Verständnis von Ethnizität wird im Theorieteil der Arbeit näher erläutert.

durch Sprechhandlungen, in denen gesellschaftliche Themen öffentlich verhandelt sowie soziale Kategorien geschaffen, verbreitet und diskutiert werden. Sie lassen sich in Sprechakten, Texten und Dokumenten sowie in auditivem und visuellem Material auffinden. (Vgl. De Fina/Schiffrin/Bamberg 2006:22).

In dieser Arbeit werden die Aushandlungsprozesse und die Konstruktion von ethnischer Identität analysiert sowie deren strategische und von Interessen geleitete Verwendung aufgedeckt. Da diese Prozesse durch gesellschaftliche Diskurse verhandelt werden, liegt es nahe sie durch die Methodik der Diskursanalyse aufzuspüren und näher zu untersuchen. Die vorliegende Forschung stützt sich auf die Grundannahmen der Diskurstheorie nach Michel Foucault, wobei auch Ansätze der kritischen Diskursanalyse übernommen werden. Diese Perspektiven werden durch die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring und durch ExpertInneninterviews ergänzt.

Diskursanalyse nach Foucault

Nach Foucault geben Diskurse Aufschluss über die in einer Gesellschaft herrschenden Machtverhältnisse. Innerhalb und durch Diskurse wird Wissen generiert, weitergegeben und nach außen getragen. Somit bestimmt der Diskurs welches Wissen als allgemein und gültig betrachtet wird, welche Ansichtsweisen und Perspektiven legitim erscheinen. „Die ‘Wahrheit’ ist zirkulär an Machtsysteme gebunden, die sie produzieren und stützen und an Machtwirkungen, die von ihr ausgehen und sie reproduzieren.“ (Foucault 1978:54) Diese Machtsysteme wirken auf Diskurse in Form von Kontrollmechanismen ein. Laut Foucault sind Diskurse exklusiv und durch Ausschlussverfahren gekennzeichnet. Diese Begrenzungen betreffen zum einen jenes Wissen, welches seinen Weg in Diskurse findet und damit als wahr gilt (vgl. Foucault 1974:10f) als auch die sprechenden Subjekte. Foucault geht daher von der Existenz diskursiver Regeln aus, als wahr kann nur das gelten, was innerhalb dieser Regeln stattfindet. „Es ist immer möglich, daß man im Raum eines wilden Außen die Wahrheit sagt; aber im Wahren ist man nur, wenn man den Regeln einer diskursiven »Polizei« gehorcht, die man in jedem seiner Diskurse reaktivieren muß.“ (Foucault 1974:25) Demnach wirken gesellschaftliche Selektions- und Ausschlussmechanismen, nur diejenigen sind befähigt an einem Diskurs teilzunehmen und durch ihn zu wirken, welche über die Möglichkeit verfügen die Regeln dafür zu erlernen und anzuwenden. „Niemand kann in die Ordnung des Diskurses eintreten, wenn er nicht gewissen Erfordernissen genügt, wenn er nicht von vornherein dazu qualifiziert ist.“ (Foucault 1974:26)

Die Teilnahme an einem Diskurs bedarf einer besonderen Befähigung und Sprecherposition, als Ausschlussmechanismen wirken Faktoren wie mangelnde Erziehung und Bildung, deren Zugang gesellschaftlich geregelt und eng mit ökonomischen Mitteln, sozialem Status und Machtressourcen verbunden ist. (Vgl. Foucault 1974:30)

Die Möglichkeiten zur Mitwirkung an diskursiven Praktiken ist also gesellschaftlich geregelt und an bestehende Machtverhältnisse geknüpft, die sowohl durch Diskurse widerspiegelt als auch reproduziert werden. Durch die Analyse welches Wissen zu welchem Zeitpunkt als wahr gilt, lassen sich Machtstrukturen aufdecken. Gerade jene Annahmen, welche unumstößlich als wahr angesehen und nicht mehr kritisch hinterfragt werden, lassen auf implizite Macht schließen und offenbaren die gängigen Machtverhältnisse einer Gesellschaft. Foucault betont das Potential, welches Diskursen innewohnt und die Möglichkeit ihrer strategischen Verwendung:

[...] und der Diskurs - dies lehrt uns immer wieder die Geschichte – ist auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht. (Foucault 1974:8)

Laut Foucault ist ein Diskurs eine Praktik, es handelt sich nicht nur um eine Benennung von Gegenständen, sondern um die Konstruktion dieser Gegenstände. (Vgl. Foucault 2008:525) Diskurs und Gesellschaft stehen in einem reziproken Verhältnis zueinander. Die in einem Diskurs getätigten Äußerungen, das von ihm vermittelte Wissen ist gesellschaftlich festgelegt und reglementiert. Ein Diskurs übt Einfluss auf die Gesellschaft aus, regt zu Reaktionen und Gedanken an - welche wiederum den Diskurs prägen und beeinflussen. Diese enge Verknüpfung stellt einen andauernden Prozess dar, der niemals unterbrochen wird. Eine genaue Eingrenzung diskursiver Stränge ist daher nicht möglich. Diskurse existieren immer im Kontext spezifischer Räume und Zeiten, sie können in ihrer Aktualität, Tragweite und in ihren charakteristischen Zügen allerdings nur dann verstanden werden, wenn sie in eine Diskurstradition, also einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang eingebettet untersucht werden. So sollte man einen Diskurs „im Mechanismus seines Drängens behandeln.“ (Foucault 2008:498)

Auch die Diskurse über Ethnizität in Bolivien verfügen über eine lange Tradition, eine Geschichte, welche die Diskurse bis heute prägt und beleuchtet werden muss. In ihrer Aktualität kann das „Drängen“ der Diskurse in die Öffentlichkeit nur durch eine Einbettung in

einen größeren Kontext verstanden werden, in eine Betrachtung der im Laufe der Zeit gewachsenen Machtstrukturen und der gesellschaftlichen Kämpfe um den Erhalt oder den Zugang zu Macht. Daher dient Foucaults Diskursanalyse nicht nur als Forschungsperspektive dieser Arbeit, sondern formt auch einen Teil ihres spezifischen Aufbaus. Die aktuellen Diskurse sozialer Bewegungen über Ethnizität werden in ihren historischen und sozialen Kontext eingebettet, um sie im Rahmen dieser Kontinuität, aber auch im Hinblick auf Diskontinuitäten und Brüche hin analysieren zu können. Durch diese übergeordnete Perspektive einer Makroanalyse wird deutlich gemacht, warum gerade Ethnizität im Diskurs eine wirksame Kategorie zur Umsetzung politischer Ziele darstellt, um dann in einer Mikroanalyse die ethnisch geprägten Diskurse zivilgesellschaftlicher Bewegungen im Departement Santa Cruz zu beleuchten. Anhand dieser Diskursanalyse sollen Machtverhältnisse offenbart werden. Gefragt wird nach den AkteurInnen, die in diesem Diskurs mitwirken und der Art und Weise wie Wissen über Ethnizität generiert und als selbstverständlich dargestellt wird. Durch die Anwendung der Diskursanalyse wird geklärt aus welchen Gründen und auf welche Art und Weise, beispielsweise durch welche Logiken, Argumentationslinien und Legitimierungen kollektive Identitäten anhand von Ethnizität konstruiert werden und auf welche Wissensvorräte und Bedeutungen dabei zurückgegriffen wird.

Ansätze der kritischen Diskursanalyse

Die kritische Diskursanalyse baut auf den diskurstheoretischen Annahmen Michel Foucaults auf, erweitert diese aber um interessante Aspekte. Die Diskursanalyse Foucaults ist zwar zur Analyse von Macht- und Herrschaftsverhältnissen gedacht, soll aber keine bewusst eingreifende beziehungsweise justierende Rolle übernehmen. Im Gegensatz dazu definiert sich die Diskursanalyse nach Jäger als kritisch und somit immer als politisch. (Vgl. Jäger 2008a:5f) Die Analyse eines Diskurses ist nicht als neutrale und objektive Erforschung eines Themengegenstandes zu sehen, sondern als Akt der Interpretation und Reflexion. Die Entlarvung und das Sichtbarmachen von Machtverhältnissen bedeutet gleichzeitig Kritik an den gängigen sozialen Herrschaftsverhältnissen zu denen der/die Forschende unausweichlich eine Position bezieht. (Vgl. Jäger 2008b:24f) Wird ein Diskurs analysiert, so wird er dadurch transformiert und neues Wissen in ihn eingespeist, die Positionierung des/der Forschenden geht in ihn ein und wirkt auf seinen weiteren Verlauf.

Die kritische Diskursanalyse begreift Diskurse als Form „der sozialen Praxis“ (Wodak u.a. 1998:42). Die Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Diskurs werden hervorgehoben. Diskurse werden innerhalb spezifischer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen geformt und maßgeblich durch sie geprägt. Gleichzeitig beeinflussen Diskurse durch ihre Inhalte die Gesellschaft. „Der Diskurs ist sowohl sozial konstitutiv als auch sozial bestimmt.“ (Wodak u.a. 1998:42) Wodak räumt der Wirkung von Diskursen auf die Gesellschaft einen wichtigen Stellenwert ein, wenn sie von Diskursstrategien spricht. Damit wird betont, dass Diskurse nicht nur zufällig entstehen, sondern aktiv und bewusst von AkteurInnen gebildet und strategisch genutzt werden. „Diskurse können verwendet werden, um: einen status quo ante zu restaurieren, einen status quo zu reproduzieren oder einen status quo zu demontieren und zu transformieren.“ (ebd.:43) Die Teilnahme an Diskursen wird dieser Annahme nach durch konkrete Absichten begleitet und dient der strategischen Verfolgung von Interessen. Dieser Aspekt ist für den Ansatz der Diplomarbeit wichtig, da in ihrem Rahmen erforscht wird inwiefern Diskurse um Ethnizität in Bolivien bewusst von AkteurInnen sozialer Bewegungen geführt werden, um spezifische Ziele durchzusetzen und Machtverhältnisse zu stabilisieren oder zu ändern. Gerade der bewusste Akt der Konstruktion und Instrumentalisierung von ethnischen Kategorien als strategisches Werkzeug wird in den Fokus der Beobachtung gestellt.

Sozialwissenschaftliche qualitative Methoden

Neben der Diskurstheorie Michel Foucaults und der kritischen Diskursanalyse wird sich diese Arbeit auf qualitative sozialwissenschaftliche Methoden beziehen. Eine Kritik an Foucaults Vorstellungen über eine Diskursanalyse betrifft den ungenauen Umgang mit der Forschungsliteratur und fehlende Strategien der Materialbearbeitung (vgl. Keller 2007:51f). Zwar entwirft Foucault in seiner Diskurstheorie mögliche Leitlinien und Fragestellungen für die Untersuchung von Diskursen, er bezieht sich jedoch nicht auf konkrete Analyseformen. „Die Berufung auf Foucault sagt also wenig über tatsächliche methodische Vorgehensweisen aus.“ (Keller 2007:53) Um solche methodischen Lücken zu vermeiden werden in dieser Arbeit auch Methoden der qualitativen Sozialwissenschaften angewandt. Das Untersuchungsmaterial für die Diskursanalyse besteht größtenteils aus Texten in Form von Dokumenten, Artikeln, Reden und Veröffentlichungen ausgewählter sozialer und zivilgesellschaftlicher Bewegungen in Santa Cruz, aber auch audiovisuelles Material wird in

die Analyse mit einbezogen. Diese Forschungsmaterialien werden anhand von Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet (Mayring 2007).

Die Materialien werden im Hinblick auf relevante Aussagen zum Thema Ethnizität untersucht, diese Textstellen werden herausgefiltert und gesammelt. In einem weiteren Analysevorgang werden ähnliche Aussagen in gemeinsamen Kategorien geordnet, welche beschrieben, interpretiert und in einen Bezug zu den Kriterien der Diskurstheorien und der Fragestellung gebracht werden. Die Kategorien ergeben sich zum einen durch die Miteinbeziehung der theoretischen Überlegungen dieser Arbeit zum Thema Ethnizität (deduktive Kategoriendefinition). Zum anderen werden Kategorien direkt aus dem Material anhand von Verallgemeinerungsprozessen abgeleitet (induktive Kategoriendefinition) (vgl. Mayring 2007:74-77). Die Theorie dient als Hilfestellung das Material strukturiert zu analysieren, gleichzeitig soll jedoch der Blick für eventuell unvermutete oder kontroverse Aussagen offen bleiben.

Innerhalb der Praxis der qualitativen Forschung wird nicht immer ausschließlich mit einer Methodik gearbeitet, sondern ein methodisches Spektrum angewandt, welches eine zielgerichtete Untersuchung und einen optimalen Rahmen für die Analyse des angestrebten Themenfeldes liefert. Ähnlich eines Werkzeugkastens, mit dessen Werkzeugen sich ein Projekt realisieren lässt, bedarf auch die Erforschung gesellschaftlicher und sozialer Themen in manchen Fällen verschiedener methodischer Werkzeuge, um möglichst alle relevanten Informationen und Aspekte miteinbeziehen und untersuchen zu können. (Vgl. Flick/Kardorff/Steinke 2007) Deshalb werden in dieser Arbeit verschiedene Ansätze und Forschungsmethoden integriert, um sich dem Thema zu nähern. Die Theorien und Perspektiven der Diskursanalyse setzen die Forschungsschwerpunkte und den Fokus für die Untersuchung, diese werden anhand der sozialwissenschaftlichen Methodik der Inhaltsanalyse überprüft. Um das Forschungsfeld abzustecken und weitere Informationen zu generieren, wurden teilstrukturierte Leitfadeninterviews mit ExpertInnen geführt, welche durch ihre Arbeit in sozialen und zivilgesellschaftlichen Institutionen über einen tiefen Zugang zu dem zu erforschenden Themenfeld verfügen. Die Interviews bieten sowohl die Möglichkeit das Feld zu öffnen und relevante und aktuelle Informationen aus erster Hand zu erfahren als auch tiefergehende Fragen zu spezifischen Aspekten zu stellen. Die durch die Auswertung des schriftlichen Materials gewonnenen Ergebnisse können im direkten Gespräch diskutiert und kritisch beleuchtet werden. Nicht nur offizielle Interviews fließen in diese Arbeit ein, sondern auch inoffizielle Gespräche und Unterhaltungen, die danach durch ein

schriftliches Gedankenprotokoll festgehalten wurden. Die Prozesse und Kriterien der Auswahl jener sozialen Bewegungen, welche für die Diskursanalyse herangezogen werden sowie die Zusammenstellung des untersuchten Materials werden direkt im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit erläutert.

Die folgenden Kapitel beschäftigen sich mit theoretischen Konzepten über den Begriff Ethnizität. An verschiedenen Ansätzen zu dieser Thematik wird erläutert, welches Verständnis von Ethnizität dieser Forschung vorliegt.

3 Theorie

Diese Diplomarbeit untersucht, warum und auf welche Art und Weise Ethnizität in den Diskursen sozialer und zivilgesellschaftlicher Organisationen im Departement Santa Cruz verwendet wird. Soll der Begriff der Ethnizität als Basis für die Analyse näher definiert werden, ergeben sich gewisse Schwierigkeiten, denn Ethnizität wird von vielen wissenschaftlichen Ansätzen und Theorien aufgegriffen und unterschiedlich ausgelegt. Die unzähligen Konzepte über Ethnizität spiegeln nicht nur die Entwicklungen innerhalb der Disziplin der Anthropologie wider, sondern fußen auch in der Sozialpsychologie und Sozialwissenschaft. So stehen hinter dem Begriff der Ethnizität verschiedene Vorstellungen, welche im Laufe der Zeit erweitert, verändert oder auch verworfen wurden. Der Umgang mit dem Begriff der Ethnizität wurde durch Transformationen disziplinärer Paradigmen und dem jeweiligen Zeitgeist der Wissenschaft geformt, er ist soziohistorisch und politisch geprägt und lässt sich daher nur schwer einordnen. (Vgl. Heinz 1993)

An dieser Stelle soll keine umfassende Abhandlung über den Begriff der Ethnizität erfolgen. Nicht seine Entstehungsgeschichte und wechselnden Bedeutungen stehen im Vordergrund dieser Diplomarbeit, sondern die Art und Weise wie Ethnizität von den AkteurInnen in Bolivien verhandelt und instrumentalisiert wird. An einer Auswahl verschiedener Zugänge zum Thema Ethnizität wird aufgezeigt welche Sichtweisen dazu existieren, die sich auch in den Diskursen Boliviens auffinden lassen. Zudem wird deutlich gemacht, welche Annahmen von Ethnizität dieser Forschungsarbeit zugrunde liegen.

Manche WissenschaftlerInnen lehnen es ab von Ethnizität zu sprechen, da sie davon ausgehen, dass Ethnizität eine konstruierte soziale Kategorie darstellt. Durch die sich wiederholende Erwähnung des Begriffes verbreite er sich, gewinne an Bedeutung und würde zu einer anerkannten Realität. An dieser Stelle wird auf das Thomas Theorem verwiesen, welches besagt: „If men define situations as real, they are real in their consequences“ (Thomas 1928:572) In Bolivien stellt Ethnizität eine in ihren Konsequenzen reale Kategorie dar, welche sowohl das soziale als auch das politische Leben stark beeinflusst und in Diskursen verhandelt wird. Sie prägt die Lebenswelt vieler Menschen und verdient aufgrund ihrer einschneidenden Wirkmächtigkeit, gesellschaftlichen Relevanz und Aktualität eine nähere Betrachtung.

3.1 Von der Identität zur ethnischen Identität

Ethnizität wird als Begriff und als Analysekategorie für ganz verschiedene soziale Phänomene verwendet. Demnach wandelt sich seine Bedeutung je nach Forschungsfrage und thematischem Schwerpunkt. Der Terminus wird benutzt, um die Identifikation einzelner Personen mit einer ethnischen Gruppe zu beschreiben sowie um ethnische Gruppen als handelnde Einheiten, als politische Akteure zu kennzeichnen. Ethnizität lässt sich sowohl auf der Ebene des Individuums als auch auf der Ebene von Kollektiven verorten.

In dieser Diplomarbeit wird Ethnizität sowohl als eine Dimension der Identität betrachtet als auch als soziale Kategorie. Obwohl sich diese Forschung vor allem mit Ethnizität in Zusammenhang mit Kollektiven beschäftigt, so ist es doch von großer Wichtigkeit auch auf das Verhältnis zwischen Individuum und Ethnizität näher einzugehen. Daher werden im Folgenden die Begriffe der Identität und ethnischen Identität näher beleuchtet.

Maßgeblich beeinflusst wurden die Begriffe der Identität und ethnischen Identität durch Psychologen und Sozialpsychologen (vgl. Dashefsky 1976:51). Innerhalb der Forschung über die Entwicklung der menschlichen Identität spielte George Herbert Mead eine besondere Rolle. Als Professor für Psychologie und Sozialpsychologie an der Universität von Chicago begründete er die soziologische Richtung des symbolischen Interaktionismus. Obwohl Mead nie den Begriff der Identität direkt benutzte, wird er doch als bedeutender Gründer des Identitätskonzeptes verstanden. (Vgl. Heinz 1993:17f)

Nach Mead entwickelt sich die Identität eines Menschen erst durch gesellschaftliche Prozesse und aufgrund von sozialen Beziehungen. Das Individuum erfährt sich selbst nur durch die Interaktion mit anderen Individuen und durch soziale Erfahrungen. (Vgl. Mead 1934:138) Durch diese erlernt es die Fähigkeit verschiedene Situationen einzuordnen und sich dementsprechend anzupassen, also je nach Kontext und Interaktionspartner verschiedene Rollen einzunehmen.

We divide ourselves up in all sorts of different selves with reference to our acquaintances. We discuss politics with one and religion with another. There are all sorts of different selves answering to all sorts of different social reactions. It is the social process itself that is responsible for the appearance of the self; it is not there as a self apart from this type of experience. (Mead 1934:142)

Identität ist niemals statisch, sondern ein sich ständig im Fluss und Veränderung befindender Prozess. Nach Mead ändert sich die Identität eines Individuums je nach Situation, eine

Identität ist mehrdimensional und setzt sich aus unterschiedlichen Aspekten zusammen, welche je nach Bedingtheit, sozialer Situation und InteraktionspartnerIn hervorgehoben werden. Identität bewegt sich demnach in einem wechselseitigen Prozess zwischen Individuum und Gesellschaft.

Erving Goffman, ein weiterer Vertreter der Universität von Chicago baut auf den Theorien Meads auf, erweitert aber dessen Identitätskonzept. Er erwähnt die Beeinflussung der persönlichen Identität durch die Zuschreibungen und Kategorisierungen, welche ein Mensch durch andere Personen innerhalb sozialer Interaktionsprozesse erfährt. (Vgl. Heinz 1993:28). Demnach entsteht Identität nicht nur durch die Auswertung und Verinnerlichung persönlicher Erfahrungen in der Aktion mit anderen Individuen, sondern auch durch Zuschreibungen von außen. Identität wird somit nicht nur von der Beziehung des Individuums zu seiner Außenwelt geprägt, sondern auch durch die Rückwirkung der Reaktionen anderer Personen auf das Individuum, es kommt zu einem reziproken Prozess.

Der Psychoanalytiker und Therapeut Erik H. Erikson legt das Verständnis von Identität weiter an und betont andere Aspekte als die Sozialpsychologen, sieht sein Konzept jedoch nicht im Widerspruch zu diesen. Erikson untersuchte durch seine Arbeit der Psychoanalyse die individuelle Identität von Menschen im Prozess der Persönlichkeitsentwicklung und konzentrierte sich vor allem auf den Fall der krisenhaften Identitätsausbildung. (Vgl. Erikson 1973)

Erikson verweist auf soziale und kulturelle Einwirkungen, welche die individuell betrachtete Identität auf eine kollektive Ebene stellen. Die Identität eines Menschen ist nicht nur von sozialen Prozessen abhängig, sie ist auch sozial *und* kulturell determiniert. So beschreibt Erikson, dass Menschen, welche „derselben Volksgruppe angehören, in derselben geschichtlichen Zeit leben oder auf dieselbe Art und Weise ihr Brot verdienen“ (Erikson 1973:11) gemeinsame Werte und Normen entwickeln. Die Entwicklung der Identität eines Individuums ist durch die ihn umgebende Kultur geprägt, da der Mensch ihren Normen und Anforderungen gerecht werden muss. Identität ist somit sowohl sozial als auch kulturell determiniert. Die Betonung des kulturellen Aspektes der Identität fällt in den Bereich der anthropologischen Forschung, welche mit dem Begriff der ethnischen Identität vor allem die kulturellen und ethnischen Dimensionen der Identität in den Vordergrund stellte. (Vgl. Heinz 1993:39) „[F]or here we deal with something which can be experienced as ‘identical’ *in the*

core of the individual and yet also identical *in the core of a communal culture* and which is in fact the identity of those two identities.“ (Erikson 1976: 63)

Unter Berücksichtigung der vorgestellten Theorien ergibt sich für diese Arbeit folgendes Verständnis von Identität:

Die Entwicklung einer menschlichen Identität ist sowohl auf einen individuellen als auch gesellschaftlichen Prozess zurück zu führen. Ohne die Komponente der sozialen Interaktion wäre es für die Menschen unmöglich eine eigene Identität herauszubilden. Gleichzeitig stellt die Identitätsbildung keinen abschließbaren Akt dar, sondern befindet sich in einem fortlaufenden Prozess der Veränderung und Aushandlung.

Zuschreibungen spielen in diesem Prozess eine besondere Rolle, seien es Zuschreibungen die das Individuum als eigenständige Persönlichkeit im Kontext seiner Biographie und Charakteristika betreffen oder durch welche das Individuum übergeordneten gesellschaftlichen Kategorien zugeordnet wird. Die Zuschreibungen können von innen erfolgen, wenn sich das Individuum selber mit einer Gruppe identifiziert als auch von außen, wenn dem Individuum von anderen Personen bestimmte Merkmale einer sozialen Gruppe zugeschrieben werden. Identität bewegt sich also sowohl auf einer individuellen als auch kollektiven Ebene und wird durch beide gleichermaßen geprägt. Diese Überlegungen beeinflussen auch die unterschiedlichen Perspektiven auf Ethnizität, wie im Laufe der nächsten Kapitel aufgezeigt werden wird.

3.2 Ethnische Identität: Von der subjektiv empfundenen Identität zum Kollektiv

„We are all [...] *ethnically* located and our ethnic identities are crucial to our subjective sense of who we are.“ (Hall 1996:447)

Der Begriff der ethnischen Identität wurde lange Zeit von dem der Ethnizität unterschieden und bezeichnete das persönlich empfundene Zugehörigkeitsgefühl zu einer ethnischen Gruppe. Nicht das Kollektiv als homogenes Ganzes steht innerhalb dieses Ansatzes im Vordergrund, sondern das Individuum und sein Bezug zu einer Gemeinschaft. „Therefore, *ethnic group identification* occurs when the group in question is one with whom the

individual believes he has a common ancestry based on shared individual characteristics and/or shares sociocultural experiences.“ (Dashefsky/Shapiro 1976:8)

Ethnische Identität spielte vor allem im Zuge der durch amerikanische Anthropologen durchgeführten Erforschung von Akkulturationsprozessen der Native Americans in Nordamerika eine Rolle. Nach der gängigen Sichtweise der Anthropologie und Soziologie über ethnische Gruppen wurde davon ausgegangen, dass sich die nordamerikanischen Indianer im Laufe der Zeit gänzlich an die amerikanische Kultur anpassen würden. (Vgl. Heinz 1993:44) „Konventionelle soziologische Auffassung war, daß ethnische Differenzierungen in modernen Gesellschaften zunehmend aufgelöst würden.“ (Lentz 1995:9) Da bereits viele indianische Gemeinschaften vom Aussterben bedroht waren, galt das Interesse der Anthropologen besonders der Erforschung und Bewahrung deren Traditionen und Kulturen. Trotz massiver Eingriffe der Regierung zur Ausrottung der indianischen Kultur, kam es jedoch nicht gänzlich zu der erwarteten Assimilation (Vgl. Heinz 1993:45). Um das Fortbestehen der indianischen Gemeinschaften zu erklären, wurde das Konzept der Akkulturation entwickelt. Akkulturation beschreibt den Vorgang der Anpassung an eine andere Kultur *ohne* dabei die eigenen kulturellen Wurzeln komplett aufzulösen. (Vgl. Eriksen 2002:20) Da Akkulturationsprozesse als Vorgänge betrachtet werden, welche auf einer persönlichen und subjektiven Ebene stattfinden, steht das Individuum im Fokus der Überlegungen. Obwohl der Prozess der Akkulturation ganze Gruppen betreffen kann, interessiert vor allem der psychische Charakter der Persönlichkeitsanpassung.

Ethnische Identität wurde in diesem Kontext als persönlicher Zugang und Identifikation mit einer sozialen und kulturellen Gruppierung aufgefasst, als Aspekt einer individuellen Identität. Anstatt von einer festen und unveränderlichen ethnischen Identität zu sprechen, gesteht der Ansatz Individuen einen hohen Grad an Selbstidentifikation zu. Dies impliziert, dass die ethnische Identität insofern veränderlich ist, als sich die subjektiven Zugehörigkeitsgefühle zu einer Gruppe wandeln.

Auch heute spielen Ansätze über ethnische Identität eine große Rolle. So fragte der 2001 in Bolivien durchgeführte Zensus die BürgerInnen speziell nach ihrer Identifikation mit einer ethnischen Volksgruppe, um so die Mitgliederzahl der verschiedenen Volksgruppen zu ermitteln (INE 2001).

Anhand des Begriffes der ethnischen Identität sollte folgendes klar werden:

Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe macht nur *einen* Aspekt der Identität von Menschen aus. Neben dieser Art der Identifizierung existieren viele weitere Dimensionen der

Identität, welche sich aus einer Reihe von Faktoren zusammensetzt, wie beispielsweise sozialer Status, Geschlecht, politische Einstellung, Alter, Musikgeschmack, et cetera. Nicht für jeden Menschen ist die ethnische Identität von gleicher Wichtigkeit, ihre Bedeutsamkeit hängt stets von gesellschaftlichen Gegebenheiten ab. Dieser Gedankengang wird im weiteren Verlauf der Arbeit noch deutlicher argumentiert werden.

Die hier durchgeführte Forschung legt den Interessensschwerpunkt auf Ethnizität in Form von kollektiven Identitäten. Allerdings soll an dieser Stelle betont werden, dass eine Mobilisierung, Politisierung und Instrumentalisierung von Ethnizität niemals ohne die aktive Identifikation von AkteurInnen mit ethischen Gruppen möglich wäre. Auch kollektive Gruppierungen stellen in keinsten Weise absolut homogene Einheiten dar, denn eine Gruppe besteht aus vielen Individuen und umfasst daher ein breites Spektrum an menschlicher Vielfalt. So soll sich Heinz angeschlossen werden:

Liest man 'klassische' ethnologische Monographien, kann man leicht den Eindruck gewinnen, alle Mitglieder eines 'Stammes' [...] handelten gleich, dächten gleich, seien gleich (identisch sozusagen). Es sind aber nicht 'Kulturen', die Kultur schaffen, es sind Menschen; es sind nicht Gesellschaften, die handeln, sondern Individuen, und es sind individuelle Menschen, die nicht nur lokalen sondern auch globalen Entwicklungen unterworfen sind. (Heinz 1993:333)

Werden ethnische Gruppen mobilisiert, so wird oftmals der Versuch gestartet diese als homogene Einheiten darzustellen, Unterschiede zwischen den Mitgliedern werden bewusst ausgeklammert. Im Laufe der Diskursanalyse wird untersucht, auf welche Art und Weise soziale Bewegungen diskursiv das Bild von ethnisch homogenen Gruppen entwerfen und welchem Zweck dieses Vorhaben dient.

Der hier beschriebene Ansatz der ethnischen Identität versteht Ethnizität als Teil der persönlichen Identität von Individuen. Ethnizität wird als kognitiver Prozess betrachtet, die individuelle Identifikation mit einer ethnischen Gruppe steht im Vordergrund.

Diese Auffassung von Ethnizität ist jedoch stark umstritten. Die objektivistische Sichtweise postuliert, Ethnizität sei eine real existierende und empirisch fassbare Kategorie, die nichts mit der individuellen Zuschreibung einer Person zu einer bestimmten Identität zu tun habe. Ethnische Gruppen differenzieren sich demnach durch ein Set an objektiv beobachtbaren kulturellen Merkmalen. (Vgl. Eriksen 2002:48f) „An objective definition assumes that [...] there must be some distinguishing cultural feature that clearly separates one group of people from another, whether that feature or features be language, territory, religion, color, diet, dress or any of them.“ (Brass 1991:18)

Jenkins betont, dass ethnische Gruppen nicht nur durch die Selbstzuschreibung von Individuen entstehen, sondern auch wesentlich durch Fremdzuschreibungen geprägt sind. „Ethnicity – the production, reproduction and transformation of the ‘group-ness’ of culturally differentiated collectivities – is a two-way process that takes place across the boundary between ‘us’ and ‘them’.“ (Jenkins 1997:54) Diese Kategorisierungen von Außen können freiwillig, aber auch aufgrund von Zwang verinnerlicht werden. Daher spielen für Jenkins besonders ungleiche Machtverhältnisse und autoritäre Strukturen bei der Konstituierung ethnischer Gruppen eine große Rolle. (Vgl. Jenkins 1997:53)

Neben diesen Forschungssträngen entwickelten sich Konzepte, welche ethnische Identität sowohl auf der subjektiven als auch auf einer kollektiven Ebene betrachten. Ethnische Identität wird „als (eine Art) Gemeinschaftsgefühl aufgrund ethnischer (kultureller und/oder sprachlicher) Merkmale verstanden.“ (Heinz 1993:144)

In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückte die ethnische Identität als Mittel soziale Grenzen zu konstituieren und zu erhalten. Diese Entwicklung wurde vor allem durch das Werk Fredrik Barths vorangetrieben.

3.3 Ethnische Identität nach Fredrik Barth

Die Theorien Fredrik Barths über ethnische Identität werden bis heute als Zeichen eines deutlichen Paradigmenwechsels innerhalb der Disziplin der Anthropologie gewertet. Obwohl Barth gerne als Begründer der Ethnizitätsforschung betrachtet wird, bezieht er sich in dem Werk „Ethnic Groups and Boundaries“ (Barth 1982) nicht auf Ethnizität, sondern auf ethnische Identitäten von Gruppen. Oftmals werden beide Begriffe zusammengefasst und nicht deutlich voneinander unterschieden und abgegrenzt, sie wurzeln allerdings in verschiedenen Forschungstraditionen und ihre Verknüpfung entstand erst nach dem Erscheinen Barths Artikels. (Vgl. Heinz 1993:125)

In der Einleitung des Sammelbands „Ethnic Groups and Boundaries“ (Barth 1982) beschäftigt sich Barth mit den Mechanismen anhand derer ethnische Grenzen geschaffen und aufrechterhalten werden. Als ausschlaggebend für diesen Prozess betrachtet er die Interaktion zwischen ethnischen Gruppierungen. Durch Kontakte zwischen Gruppen und in Folge aktiver Aushandlungsprozesse werden ethnische Grenzmarkierungen entwickelt, um sich von

Außenstehenden zu differenzieren. Nur durch die Berührung mit anderen Gruppierungen können Kriterien der Unterscheidung als Merkmale einer spezifischen ethnischen Identität konstituiert werden.

Die Sichtweise Barths auf ethnische Identität unterscheidet sich in einigen Punkten wesentlich von anderen anthropologischen Konzepten. Der Wissenschaftler legt die bis dahin gängige Sichtweise über ethnische Gruppierungen in seinem Einleitungskapitel dar.

The term ethnic group is generally understood in anthropological literature [...] to designate a population which:

1. is largely biologically self-perpetuating
2. shares fundamental cultural values, realized in overt unity in cultural forms
3. makes up a field of communication and interaction
4. has a membership which identifies itself, and is identified by others, as constituting a category distinguishable from other categories of the same order (Barth 1982:10f)

Barth bezieht sich in seinem Text auf einen wichtigen Aspekt, welcher bisher nicht in die Überlegungen über ethnische Gruppen miteinbezogen wurde. Ethnische Identitäten entstünden nicht aufgrund eines Sets an angeborenen kulturellen Unterschieden, sondern werden in der Interaktion zwischen Gruppen verhandelt. Sie unterliegen einem Prozess der ethnischen Grenzziehung. Ethnische Gruppierungen sind somit nicht unveränderlich und starr, denn die kulturellen Merkmale, die als Grenzmarkierung fungieren, können bei Bedarf verändert und variiert werden. Dabei spielen allerdings nur jene grenzziehenden Faktoren eine Rolle, welche von den AkteurInnen selbst als relevant empfunden werden.

The features that are taken into account are not the sum of 'objective' differences, but only those which the actors themselves regard as significant. Not only do ecologic variations mark an exaggerate difference; some cultural features are used by the actors as signals and emblems of differences, others are ignored, and in some relationships radical differences are played down and denied. (ebd.:14)

Eine ethnische Gruppierung definiert sich nach Barth also nicht über die Summe der kulturellen Unterschiede zu Anderen, sondern nur über solche Differenzen, welche bewusst hervorgehoben werden. Barth geht somit nicht von einem angeborenen und determinierten kulturellen Setting aus, welches als Grundlage ethnischer Gruppen gewertet wird. Vielmehr betrachtet er kulturelle Differenzen als eine Form der sozialen Organisation von ethnischen Gruppen. (Vgl. ebd.:14)

Nicht die kulturellen Merkmale anhand derer sich ethnische Gruppen identifizieren sind ausschlaggebend, sondern „the ethnic boundary“ (ebd.:15), über welche sich die Gruppen definieren. Diese Grenzen sind nach Barth sozialer Natur, obwohl sie auch mit territorialen Grenzen übereinstimmen oder einhergehen können. Die sozialen Grenzen werden von Barth

als gesellschaftliches Organisationsprinzip gedeutet, welches das gemeinschaftliche Verhalten ihrer Mitglieder bestimmt. Doch auch Personen anderer ethnischer Gruppen können aufgrund dieser Grenzziehung besser eingeschätzt und kategorisiert werden, die Interaktion wird berechenbar und beruht auf festen Regeln. (Vgl. ebd.:16)

Ethnische Gruppierungen definieren sich also direkt über die Inklusion und Exklusion von Individuen, was die interaktive Handlungsfähigkeit sowohl lenken als auch einschränken kann. Es bestehen oftmals wichtige soziale Beziehungen über die ethnische Grenze hinaus, die gerade durch die ethnischen Zugehörigkeiten in ihrem Ablauf geregelt werden.

Ethnische Identität entsteht laut Barth nicht in Isolation, wie oftmals angenommen, sondern in der Interaktion mit anderen Gruppen. So bleiben Grenzziehungen auch erhalten, wenn es zu Kontakt mit anderen und sogar zu einem bewussten Wechsel der ethnischen Identität kommt. Diese Möglichkeit sieht Barth in pluriethnischen Systemen als durchaus gegeben an, da ethnische Grenzen über eine gewisse Durchlässigkeit gegenüber ihren Mitgliedern oder den Mitgliedern anderer Gruppierungen verfügen. (Vgl. ebd.:21)

Barth beschreibt die subjektive und individuelle Identifizierung mit einer ethnischen Gruppe als einen bewussten Akt der Selbstzuschreibung.

It makes no difference how dissimilar members may be in their overt behaviour – if they say they are A, in contrast to another cognate category B, they are willing to be treated and let their own behaviour be interpreted and judged as A's and not as B's; in other words, they declare their allegiance to the shared culture of A's.“ (ebd.:15)

Nach Barth ist die Mitgliedschaft bei einer ethnischen Gruppierung mit festen Pflichten und normativen Handlungen verbunden. Auch beeinflusst die ethnische Zugehörigkeit in pluriethnischen Systemen stark das Leben und die Möglichkeiten von Individuen. Barth betrachtet Ethnizität als Status, welcher anderen identitären Kategorien übergeordnet ist. „In this respect ethnic identity is similar to sex and rank, in that it constrains the incumbent in all his activities, not only in some defined social situations.“ (ebd.:17)

Zusammenfassend lässt sich Barths Konzept als konstruktivistisches Verständnis von ethnischer Identität verstehen. Er geht davon aus, dass die kulturellen Merkmale, die zur ethnischen Grenzziehung herangezogen werden von den Mitgliedern einer ethnischen Gruppe selbst und bewusst ausgewählt werden. Die hier beschriebene ethnische Grenze wird als

Produkt menschlichen Handelns betrachtet und nicht als determinierte, unveränderliche, natürliche und angeborene Tatsache. Ethnische Identität fußt demnach nicht auf einem Fundus an festen kulturellen Eigenschaften, sondern auf Beziehungsverhältnissen zwischen Gruppen.

Barths Konzept von Ethnizität soll für diese Arbeit als Grundlage für das Verständnis von ethnischer Identität und Ethnizität übernommen werden. Ethnizität wird hier nicht als unveränderlich und statisch, sondern als soziale Kategorie verstanden, welche durch stetige Aushandlungsprozesse zwischen Gruppen entwickelt wird. Nicht die kulturellen Merkmale der ethnischen Gruppen stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, sondern die Art und Weise wie diese als Mittel für Grenzmarkierungen verwendet werden. So wird in der Diskursanalyse untersucht, auf welche Grenzmarkierungen die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen im Departement Santa Cruz zurückgreifen und über welche Mechanismen die Prozesse der Inklusion und Exklusion ablaufen.

Barths Theorie über ethnische Identität wurde von vielen NachfolgerInnen aufgefasst und weiterentwickelt, stieß aber auch auf Kritik. Da der Wissenschaftler das Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen in plurikulturellen Gesellschaften vor allem als harmonisch beschreibt, wird ihm eine Vernachlässigung interethnischer Spannungen und Konflikte vorgeworfen. Barth fragt nicht nach dem Nutzen, den Mitglieder einer ethnischen Gruppe aus ihrer Teilnahme ziehen oder warum eine Existenz verschiedener ethnischer Gruppen überhaupt sinnvoll erscheint. (Vgl. Heinz 1993:132f)

Die Frage nach dem Interesse an der Konstruktion und Aufrechterhaltung ethnischer Gruppen wird von den AnhängerInnen des Instrumentalismus gestellt. Sie beschäftigen sich mit den Kämpfen um Ressourcen und Macht in interethnischen Beziehungen. Die instrumentalistische Auffassung von Ethnizität wird im Kapitel „Politisierung und Instrumentalisierung von Ethnizität“ näher erläutert.

3.4 Ethnizität

Wie in den vorhergehenden Kapiteln bereits angedeutet wurde, bestehen unterschiedliche Ansätze und kontroverse Sichtweisen über den Begriff der Ethnizität. Dies liegt vor allem daran, dass er sowohl in der Sozialanthropologie als auch in der Soziologie wurzelt. Seine

Bedeutung änderte sich im Rahmen spezifischer Fragestellungen der unterschiedlichen Disziplinen und deren Forschungsgebieten. (Vgl. Bulmer/Solomos 1999:2)

Es ist nicht klar, wann genau der Begriff der Ethnizität in wissenschaftlichen Texten auftauchte, seine Publizität erreichte er sowohl in der Wissenschaft als auch in der Öffentlichkeit erst seit den 60er und 70er Jahren. Im Folgenden soll in kurzer Form nachgezeichnet werden, wie der Begriff der Ethnizität in den verschiedenen Disziplinen aufkam und zu welchen wissenschaftlichen Positionen diese Entwicklungen führten.

Bevor der Begriff der Ethnizität aufgegriffen wurde, befasste sich die Anthropologie vor allem mit Volksgruppen, welche die ForscherInnen als Stämme bezeichneten. Ein Stamm wurde meist im Kontext eines Kolonialstaates als primitive Gesellschaftsform gewertet, welche durch eine Anzahl an spezifischen kulturellen Merkmalen gekennzeichnet war. Die kulturellen Differenzen verschiedener Stämme bildeten sich aufgrund ihrer Isolation zu anderen Volksgruppen und wurden mit ihren verschiedenen Ausprägungen sozialer Organisation zum Forschungsfeld der Anthropologie. (Vgl. Eriksen 2001:262)

Durch eine zunehmende Urbanisierung und Industrialisierung sowie der Unabhängigkeit vieler ehemaliger Kolonialstaaten, begann sich das Forschungsfeld zu verschieben. Besonders die britischen Anthropologen der Manchester School befassten sich mit den neuen sozio-ökonomischen Veränderungen im post-kolonialen Afrika und legten die Basis für das Verständnis von Ethnizität. (Vgl. Banks 1996:25)

Im Rahmen der Dekolonialisierungsprozesse in vielen Ländern und vermehrt auftretenden ethnischen Freiheitsbewegungen wurde klar, dass die früher erforschten Stämme nun Teil neu entstehender Nationen wurden.² Nicht der Stamm als isolierte Einheit stand nun im Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses, sondern die Interaktion zwischen den Mitgliedern verschiedener Volksgruppen. Die ethnische Gruppe ersetzte im Laufe der Zeit den Begriff des Stammes und steht damit für einen Paradigmenwechsel innerhalb der Anthropologie. (Vgl. Eriksen 2001:261)

Diese thematische Verschiebung wird an der Arbeit Barths „Ethnic Groups and Boundaries“ deutlich, in welcher ethnische Identität als dynamischer und sozialer Prozess betrachtet wird.

²Die Auffassung von Stämmen als natürliche und isolierte Gesellschaftsformen wurde später stark kritisiert. Der Stamm entsprang mehr der Vorstellung der damaligen Kolonialherren, als den realen Gegebenheiten, waren die sozialen Beziehungen auf dem afrikanischen Kontinent weit aus komplexer, als von den Kolonialmächten angenommen. Die englischen Kolonialherren bedienten sich der Herrschaft durch das System der „indirect rule“, indem sie auf bereits existierende Herrschaftsverhältnisse zurückgriffen und diese für ihre Zwecke instrumentalisierten. Dabei entstanden soziale Formen des Zusammenlebens, die jedoch nicht den lokalen Traditionen, sondern lediglich den Vorstellungen der Kolonialmächte entsprachen. (Vgl. Heinz 1993:216f)

Die Prozesse der Grenzziehungen liegen im Interesse der Forschung und nicht die dort eingeschlossenen kulturellen Merkmale, welche den AnthropologInnen bislang als unveränderlich erschienen. Ethnische Identität wird als soziale Organisationsform bezeichnet und gilt als Ergebnis von Beziehungen, Interaktionen und Aushandlungsprozessen.

Instead of viewing 'societies' or even 'cultures' as more or less isolated, static and homogenous units [...] anthropologists now typically try to depict flux and process, ambiguity and complexity in their analyses of social worlds. In this context, ethnicity has proven a highly useful concept, since it suggests a dynamic situation of variable contact and mutual accommodation between groups. (Eriksen 2002:10)

Auch wandelte sich das Verhältnis der ForscherInnen zu ihrem Forschungsfeld. Wurden die Stämme in der traditionellen Anthropologie als exotisch und fremd betrachtet, kam es nach der Unabhängigkeit vieler Staaten zu einer verstärkten Migration in die Heimatländer der AnthropologInnen. In den Fokus der Aufmerksamkeit rückte die Frage, auf welche Art und Weise ehemalige Stämme in moderne und industrielle Gesellschaften integriert werden können und wie sich das Zusammenleben in solchen Gesellschaften gestaltet. (Vgl. Banks 1996:6-11)

Nach Jenkins ergibt sich durch die hier aufgezeigten Entwicklungen eine Auffassung von Ethnizität in der Anthropologie, welche sich durch mehrere Aspekte auszeichnet:

Der Begriff Ethnizität bezeichnet die kulturelle Differenzierung zwischen Volksgruppen. Obwohl sich Ethnizität besonders auf kulturelle Aspekte bezieht, ist sie das Ergebnis sozialer Interaktion. Dadurch ergibt sich die Auffassung von Ethnizität als etwas veränderbarem, genauso wie sich auch die kulturellen Aspekte ändern können, welche zur sozialen Differenzierung zwischen Gruppen herangezogen werden. Letztendlich ist Ethnizität Teil einer sozialen Identität, welche sowohl auf der individuellen als auch auf der kollektiven Ebene angesiedelt ist und entweder durch soziale Interaktion ausgedrückt oder durch persönliche Identifikation verinnerlicht wird. (Vgl. Jenkins 1999:88)

Diese Auffassung von Ethnizität ist jedoch umstritten und entbehrt ähnlich wie Barths Werk „Ethnic Groups and Boundaries“ (Barth 1982) der Erklärung, warum ethnische Grenzziehungen für soziale Gruppen von Wichtigkeit sind.

Neben der Anthropologie wurden die Anfänge des Begriffes der Ethnizität maßgeblich von nordamerikanischen SoziologInnen geprägt, er hielt allerdings erst ab den 70er Jahren vermehrt Einzug in die Sozialforschung. Besonderen Einfluss besaß die Chicago School of Sociology, die maßgeblich von G. H. Mead und seiner Theorie des Symbolischen

Interaktionismus beeinflusst wurde. Ihre VertreterInnen interessierten sich für soziale Prozesse und Interaktionen und erforschten diese durch empirische Feldstudien. (Vgl. Heinz 1993:150f)

Durch die vermehrte Einwanderung von europäischen Bevölkerungsgruppen um die Jahrhundertwende wurde Chicago zu einem lebhaften Beispiel und Forschungsobjekt für Immigration und der Interaktion zwischen Menschen verschiedenster Herkunft und kultureller Unterschiede. In der amerikanischen Soziologie herrschte die allgemeine Überzeugung, dass sich alle unterschiedlichen ethnischen Gruppen im Laufe der Jahre in die amerikanische Gesellschaft assimilieren würden. Es wurde die Symbolik eines Schmelzofens herangezogen, so wie alle Teile in einander schmelzen, sollten sämtliche kulturellen Unterschiede in einer einheitlichen amerikanischen Gesellschaft aufgehen. „Das Diktum vom ‘Schmelztiegel’ machte die Runde und die Überzeugung setzte sich durch, alle Einwanderer [...] würden in kürzester Zeit in diesem Melting Pot zu Amerikanern werden, die höchstens noch durch ihre Namen als Einwanderer zu erkennen seien.“ (Heinz 1993:157)

Entgegen dieser Prognose wurde im Laufe der Zeit deutlich, dass es nie zu einer gänzlichen Assimilation aller Einwanderergruppen kam. Selbst die Nachfahren der einstigen europäischen EinwanderInnen identifizierten sich noch mit ihren ethnischen Gruppen. So wurden Fragen nach dem Grund der Persistenz ethnischer Gruppen bestimmend und der Begriff der Ethnizität hielt Einzug in die amerikanische Sozialwissenschaft. Über dieses Thema entwickelten sich kontroverse Ansichten, deren Ansätze im Folgenden dargestellt werden.

3.5 Primordialismus versus Zirkumstantialismus

Die letzten Kapitel beschäftigten sich mit der Annäherung an den Begriff der Ethnizität. Dabei wurde klar, dass er durch eine Vielzahl an Begriffsdefinitionen und Theorien geprägt ist, welche sich durch unterschiedliche Fragestellungen und disziplinäre Perspektiven ergeben. Besonders die Frage nach dem Grund für die Existenz und Aufrechterhaltung von ethnischen Gruppen bietet innerhalb der Ethnizitätsforschung die Grundlage für gegensätzliche Theorien. Sollte Ethnizität als fundamentaler Aspekt des menschlichen Seins angesehen werden oder handelt es sich um eine konstruierte soziale Kategorie?

VertreterInnen des Primordialismus betrachten Ethnizität als eine natürliche und ursprüngliche Eigenschaft der Menschen. Ethnizität gilt als die emotionale Bindung zu einer Gruppe, welche in einem unhinterfragten Gefühl der gemeinsamen Identität wurzelt. (Vgl. Fenton 2010:8)

Als bekanntester Vertreter des Primordialismus gilt Clifford Geertz. Nach ihm werden Individuen in eine Gemeinschaft hineingeboren, die durch Religion, Sprache oder andere kulturelle Merkmale gekennzeichnet ist und das Individuum stark prägt. Im Rahmen der Sozialisation entwickelt sich ein Zugehörigkeitsgefühl zu den Mitgliedern der selben ethnischen Gruppe, welches sich in einer tiefen Verbundenheit und gegenseitigen Verpflichtung ausdrückt. Die emotionale Bindung besteht ohne Kalkül oder persönliche Interessen, kann aber in ihrem Ausmaß von Gesellschaft zu Gesellschaft variieren. (Vgl. Geertz 1996:42)

These congruities of blood, speech, custom, and so on, are seen to have an ineffable, and at times overpowering, coerciveness in and of themselves. One is bound to one's kinsman, one's neighbor, one's fellow believer, *ipso facto*; as the result not merely of personal affection, practical necessity, common interest, or incurred obligation, but at least in great part by virtue of some unaccountable absolute import attributed to the very tie itself. (Geertz 1996:42)

Primordiale Konzepte von Ethnizität begegnen heftiger Kritik, da sie die ethnische Zugehörigkeit von Menschen als statische und unveränderliche Tatsache betrachten, welche das Verhalten einer Gruppe von Menschen determiniert. Diese Auffassung von Ethnizität steht im Gegensatz zu jenen Ansätzen, welche Ethnizität als Ausdruck sozialer Interaktion begreifen und ethnische Grenzen für durchlässig halten.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Relevanz, welche der Ethnizität aus der Perspektive des Primordialismus zukommt. Betrachtet man die ethnische Identität als eine Dimension der Identität, so können andere Dimensionen wie beispielsweise Geschlecht, Religion, Sprache, Bildung und viele andere Kategorien als genauso wichtig oder als wichtiger empfunden werden. Für viele Menschen spielt die ethnische Zugehörigkeit nur eine geringe Rolle und erfährt daher nicht den Status einer „Basisidentität“, wie es von Primordialisten angenommen wird. (Vgl. Lentz 1994:24).

Ob und in welchem Grad Ethnizität als Teil der Identität eine Rolle spielt, hängt stark von gesellschaftlichen Kontexten ab. Diese Rahmenbedingungen werden durch die Theorie des Primordialismus vernachlässigt, Machtverhältnisse oder spezifische soziale Situationen fließen nicht in die Überlegungen zum Thema Ethnizität ein. Primordiale Gefühle werden oft als Ursache von ethnischen Bewegungen und Konflikten bewertet, ohne nach anderen

Ursachen und Hintergründen zu fragen. Es erfolgt kein Bezug auf den sozialen, ökonomischen und historischen Kontext, in den angebliche ethnische Konflikte eingebettet sind. Auf diese gesellschaftlichen Umstände legen die VertreterInnen des Zirkumstantialismus besonderen Wert.

Im Gegensatz zu primordialen Vorstellungen von Ethnizität betrachten zirkumstantialistische Ansätze Ethnizität als kontextbezogen, „ethnicity is relative and to some extent situational.“ (Eriksen 2001:266) Ähnlich wie Mead wird davon ausgegangen, dass sich Menschen an soziale Situationen anpassen. Führt die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe in spezifischen gesellschaftlichen Situationen zu einer Stigmatisierung, so wird sie nach Annahme des Zirkumstantialismus verschwiegen. In Situationen in denen die ethnische Identität Vorteile erwarten lässt, wird sie dagegen betont. Dies bedeutet nach Eriksen nicht, dass die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe nicht als real empfunden wird, sie kann lediglich in Beziehung zu anderen operationalisiert werden. (Vgl. Eriksen 2001:266f) Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entscheiden also welche soziale Identität ausgewählt wird.

Any person thus has many complementary social identities, and the context decides which of them is activated at any time. The model of segmentary identities serves as a reminder that identity is not fixed, is not ‘innate’, but is fashioned in the encounter between an individual and a social situation. (Eriksen 2001:272)

So ist die ethnische Identität in bestimmten Kontexten von großer Wichtigkeit, in anderen aber von geringer Bedeutung. Die Identität bleibt konstant, aber die Umstände determinieren, ob sie in der spezifischen Situation ausgelebt wird. Fenton geht sogar so weit zu argumentieren, „in the ‘contexts of ethnicity’, it is the context that matters more than the ethnicity.“ (Fenton 2010:188)

Nicht in allen Fällen ist jedoch ein Wechsel zu einer anderen ethnischen Gruppe möglich. Beispielsweise kann ein Individuum keine Zuschreibungen abwehren, wenn diese auf sichtbaren körperlichen Merkmalen beruhen. Dem Wechsel der Ethnizität sind dadurch Grenzen gesetzt. (Vgl. Eriksen 2002:40)

Durch die Perspektive des Zirkumstantialismus wird klar, dass Ethnizität niemals in macht- und herrschaftsfreien Kontexten existiert. Ob die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe als wichtig empfunden wird, ist daher nicht nur eine individuelle Entscheidung, sondern beruht auch auf gesellschaftlichen Strukturen und Dominanzverhältnissen.

However, ethnic identities are not free-floating constructions whereby individuals and groups choose to identify themselves and others in any way that suits them. Instead, particular ethnic identities, and the representations of the past associated with them, are produced in specific socio-historical contexts characterized by relations of power. (Jones 1997:143)

In der vorliegenden Arbeit soll Ethnizität nicht als Ergebnis primordialer Zugehörigkeitsgefühle betrachtet, sondern in einen größeren gesellschaftlichen Kontext eingebettet werden. Nur durch die Analyse der Geschichte Boliviens in Bezug auf ethnische Diskurse und den Umgang mit ethnischen Gruppen kann verstanden werden warum Ethnizität in Bolivien eine derart wirkmächtige Kategorie darstellt. „Die Bedeutung, die Ethnizität für das Verhalten sowohl von Individuen als auch von Gruppen annimmt, kann [...] nicht ermittelt werden, ohne das gesamte soziale System in Betracht zu ziehen.“ (Heinz 1993:280) Dabei rücken besonders langwährende Machtstrukturen in den Vordergrund der Aufmerksamkeit, welche bis heute das gesellschaftliche Zusammenleben der BürgerInnen Boliviens prägen. Primordiale Ansätze sind für diese Diplomarbeit insofern bedeutsam, da sie in den Diskursen um Ethnizität herangezogen werden. Die Diskursanalyse wird auf diese Strategie näher eingehen.

Begreift die Theorie des Primordialismus Ethnizität auf der Ebene von Emotionen und Gefühlen, so postuliert der Zirkumstantialismus die taktisch überlegte und strategische Verwendung von Ethnizität zu bestimmten Zwecken und Vorteilen von Personengruppen. Ethnizität wird somit zu einer rational und bewusst eingesetzten Kategorie.

Obwohl sich der Zirkumstantialismus insofern vom Primordialismus unterscheidet, dass Ethnizität weder als unveränderliche Determinante des menschlichen Handelns betrachtet wird, sondern als eine Komponente der Identität eines Individuums, welches wie eine Ressource in manchen Situationen zur Geltung kommt, entlehnt und transformiert er doch eine Annahme des Primordialismus. Auch nach der Ansicht des Zirkumstantialismus werden Menschen in eine bestimmte ethnische Gruppe hineingeboren, sozialisiert und somit weitreichend geprägt, die ethnische Gruppe an sich wird als unhinterfragte Gegebenheit übernommen.

Die AnhängerInnen einer instrumentalistischen Auffassung von Ethnizität gehen noch einen Schritt weiter und betrachten Ethnizität ausschließlich als Instrument zur Durchsetzung von Interessen. Dieser Ansatz wird im nächsten Kapitel näher beschrieben.

3.6 Politisierung und Instrumentalisierung von Ethnizität

Ethnische Bewegungen werden heute als globales Phänomen betrachtet. Ethnische Mobilisierungen finden in den verschiedensten Ländern statt und scheinen stetig anzusteigen. „Recent empirical research has found a ubiquitous and steady increase in the number of ethnic mobilizations in the five decades following World War II.“ (Tsutsui 2004:63)

Ethnizität wird im Rahmen vieler Forschungen und wissenschaftlicher Abhandlungen vor allem als Ursache für Spannungen und Konflikte betrachtet. Themen sind die zunehmende Politisierung von Ethnizität, ethnische Mobilisierungen und daraus resultierende Unruhen und Gewalt.

Nach Abner Cohen sind jedoch nicht kulturelle Differenzen für derartige Auseinandersetzungen und Kämpfe verantwortlich zu machen, da diese lediglich die Basis für eine politische Organisation bilden.

[E]thnicity is essentially a political phenomenon, as traditional customs are used only as idioms, and as mechanisms for political alignment. People do not kill one another because their customs are different. [...] If men do actually quarrel seriously on the grounds of cultural differences it is only because these cultural differences are associated with serious political cleavages. (Cohen 1996:84)

Die Ursache für ethnische Konflikte sieht Cohen in sich widerstreitenden Interessen und Zielen unterschiedlicher Bewegungen begründet. Er betrachtet Ethnizität nicht als Mittel der sozialen Organisation zwischen Gruppen, sondern als Ressource im Wettkampf um Macht und Privilegien. Ethnisches Handeln wird demnach ausschließlich durch die Verfolgung gemeinsamer Interessen motiviert. (Vgl. Cohen 1996:84)

Unter ethnischen Gruppen versteht Cohan ein Kollektiv von Menschen, das sich in Interaktion mit anderen Gruppen befindet und sich durch kulturelle Merkmale von ihnen unterscheidet. Die ethnische Gruppe schließt sich aus Gründen der gemeinsamen Interessensvertretung zusammen und benutzt ihre kulturellen Gemeinsamkeiten für die Erreichung ihrer Belange und Ziele. (Vgl. Heinz 1993:292) Cohens Ansatz geht von einer strategischen Instrumentalisierung von Ethnizität aus und definiert sie als taktisches Werkzeug, welches durch Kollektive bewusst eingesetzt wird.

Die vorliegende Arbeit schließt sich Cohen insofern an, dass die kulturellen Unterschiede der ethnischen Gruppen in Bolivien *nicht* als Ursache für Spannungen und Autonomiebestrebungen betrachtet werden. Es wird davon ausgegangen, dass Ethnizität von

Bewegungen und Organisationen instrumentalisiert wird, um bestimmte Interessen und Ziele durchzusetzen.

Im Gegensatz zu Cohen bezweifelt Rogers Brubaker das natürliche Vorhandensein ethnischer Gruppen. Er kritisiert die unhinterfragte Annahme der Existenz von ethnischen Gruppen in Form von homogenen und dauerhaften Kollektiven. Für ihn ist die Berufung auf eine ethnische Gruppe politisch motiviert und Teil einer performativen Praxis, durch welche eine ethnische Gruppe erst erschaffen und ins Leben gerufen wird. Dabei spielen ethnopolitische Akteure eine besondere Rolle, „[i]ndem sie sich auf Gruppen *berufen*, versuchen sie, sie *entstehen zu lassen*, sie zu beschwören, sie ins Leben zu rufen. Ihre Kategorien sind *für das Handeln* – dazu angelegt, aufzurütteln, zu beschwören, zu rechtfertigen, zu mobilisieren, anzustacheln und anzuspornen.“ (Brubaker 2007:20) Brubaker betrachtet die Konstruktion ethnischer Gruppen als einen sozialen Prozess und beschreibt sie als gängige Praxis Ethnizität zu politisieren. (Vgl. Brubaker 2007:20f)

Der hier angesprochene Aspekt ist für die Analyse der sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Bolivien von großer Wichtigkeit. In dieser Arbeit - und dies soll hier explizit betont werden - geht es nicht um die Beschreibung ethnisch einheitlicher, homogener Gruppen. Eine solche Betrachtungsweise wäre in der analytischen Praxis nicht möglich, wird doch im Feld schnell klar, dass sogenannte Gruppen aus Individuen bestehen, deren Eigenschaften, Ziele und Interessen voneinander variieren. Vielmehr wird untersucht, aus welchen Gründen und auf welche Art und Weise Bewegungen bewusst versuchen homogen erscheinende Gruppen und monolithische Blöcke zu bilden, um gemeinsame Interessen zu vertreten.

Während Brubaker die ethnische Gruppe bereits als Konstrukt und strategisches Werkzeug betrachtet, gehen andere WissenschaftlerInnen doch von einer gewissen Essenz aus, welche der Konstruktion ethnischer Gruppen zugrunde liegt. Das Auftreten und Handeln ethnischer Gruppen kann nur dann erfolgreich verlaufen, wenn sie sowohl von ihren Mitgliedern als auch von der Außenwelt respektiert und als authentisch wahrgenommen werden. Sie bedürfen also einer internen und gesellschaftlichen Legitimität. Jenkins betont, dass sich ethnische Gruppen aus diesem Grund stets auf gemeinsame kulturelle Merkmale festlegen müssen. Diese können zwar modifiziert, nicht jedoch frei erfunden werden. (Vgl. Jenkins 1999:90) Demnach müssen sich ethnische Gruppen durch verschiedene Merkmale und Bezugspunkte charakterisieren, welche sich auf allgemein anerkannte Gegebenheiten beziehen. Diese

Überlegungen führen zu der Frage, wie ethnische Gruppierungen gebildet werden, welche Identitätsmarker und Grenzziehungen sie benutzen und auf welche kulturellen Grundlagen innerhalb dieses Prozesses zurückgegriffen wird.

Nach Eder (u.a.) bedürfen kollektive Identitäten gewisser Merkmale und Bedeutungen, um nach außen als eine feste Einheit zu wirken und ein internes Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln. Diese Merkmale müssen sowohl von den Mitgliedern verinnerlicht werden als auch gesellschaftlich als anerkannte Charakteristika der Gruppe gelten. Aus diesem Grund werden sogenannte Codes generiert, die als Grenzmarkierungen wirken und den Ein- und Ausschluss in das Kollektiv organisieren. Diese Codes können jedoch nicht frei erfunden werden, sondern müssen auf bereits bekannten und gesellschaftlich akzeptierten Gegebenheiten beruhen, um logisch und legitim zu erscheinen. (Vgl. Eder u.a. 2002:19f)

Codes of collective identity are not invented and constructed from scratch. Just as language is never set up by an explicit collective decision, codes of collective identity are based on self-evident symbols that are embedded in a social group and change only in course of history. (Eder u.a. 2002:20)

Die Autoren führen drei verschiedene Arten der „Codes“ an:

- 1.) Primordiale Kodifizierungen, welche sich auf angenommene naturgegebene und unveränderliche Strukturen und Merkmale beziehen.
- 2.) Traditionelle Kodifizierungen, welche sich auf soziale Traditionen und Routinen beziehen.
- 3.) Universalistische Kodifizierungen, welche kollektiven Identitäten unveränderliche Mythen und Sakrilegien zuschreiben, welche sie unangreifbar machen (bspw. Gott, Fortschritt oder Rationalität). (Vgl. Eder u.a. 2002:21-27)

Diese Codes generieren nicht nur ein gemeinsam zelebriertes Zugehörigkeitsgefühl, sondern liefern gleichzeitig auch die Basis für die Legitimierung kollektiver Identitäten und ihrer Ziele.

Auch Cornell und Hartmann betonen die Wirkmächtigkeit primordialer Argumentationen für eine Politisierung von Ethnizität. „An essential aspect of these identities is the fact that, whatever their actual origins, they are experienced by many people as touching something

deeper and more profound than labels or interests or contingency.“ (Cornell/ Hartmann 1997:89) Der Bezug auf eine primordiale Ebene schweißt ethnische Gruppen durch den Verweis auf eine starke emotionale Bindung unter den Mitgliedern fest zusammen und hebt sie von anderen politischen oder sozialen Gruppierungen ab.

Ethnische Gruppierungen definieren sich auch über eine klare Grenzziehung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Gruppe. Ethnizität entsteht also durch Inklusion und Exklusion und betont die Differenzen innerhalb einer Gesellschaft. Wird die Grenze nach außen hin herausgehoben, werden innere Unterschiedlichkeiten verschwiegen. Die innere Reinheit und Kontinuität der Kultur wird im Gegensatz zu Fremdeinflüssen besonders herausgestellt. (Vgl. Eriksen 2001:291) Es kommt zu Prozessen, welche die soziale Komplexität innerhalb von Gesellschaften auf wenige simple Kontraste reduzieren. (Vgl. Eriksen 2002:160)

Auch Brass betrachtet diesen Vorgang als typische Strategie ethnischer Bewegungen,

[i]n the movement to create greater internal cohesion and to press more effectively ethnic demands against rival groups, ethnic and nationalist elites increasingly stress the variety of way in which the members of the group are similar to each other and collectively different from others. (Brass 1991:21)

Ethnische Gruppen bedienen sich in manchen Fällen zur Instrumentalisierung von Ethnizität gewisser Feindbilder. Diese können das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder aufgrund einer äußeren Bedrohung zusätzlich stärken und als Legitimationsgrundlage für Mobilisierungen und politische Handlungen gelten. So entstehen Antagonismen, welche Gesellschaften in verschiedene ethnische Lager trennen. (Vgl. Eriksen 2001:292)

Laut Eder (u.a.) geht die Bildung ethnischer Gruppen immer mit einer Rückbesinnung auf die Vergangenheit einher. Dabei beziehen sich die ethnischen Gruppen auf eine vergangene soziale Ordnung, die glorifiziert wird und wieder hergestellt werden soll. (Vgl. Eder u.a. 2002:18) Auch Eriksen erwähnt, welche große Rolle der Bezug auf eine gemeinsame Geschichte für Identitätspolitik spielt.

An important element in ethnic ideologies is the notion of the historical continuity of the group. By appealing to notions of shared tradition and history, such ideologies give the impression that the ethnic group is 'natural' and enjoys cultural continuity over a long period of time. (Eriksen 2001:267)

So erzeugt die Besinnung auf gemeinsame Ursprünge, Mythen und Vorfahren sowohl ein verstärktes Gefühl der Zusammengehörigkeit innerhalb der ethnischen Gruppe als auch gesellschaftliche Rechtfertigung. Besonders wenn sich ethnische Gruppen auf erlittene Leiden und langwährende soziale Ungleichheiten beziehen, bilden geschichtliche Ereignisse eine Argumentationsgrundlage für Diskussionen um Wiedergutmachungen und angestrebte Rechte. (Vgl. Eriksen 2002:159)

Die Geschichte bietet jedoch ein Feld der Interpretation und selektiven Wahrnehmung. Bestimmte Ereignisse können bewusst herausgegriffen und mit Bedeutung aufgeladen werden, wohingegen andere Geschehnisse verschwiegen werden. Dadurch kann die Geschichte als Basis für ethnische und politische Argumentationen stets modifiziert und neu interpretiert werden. „Anthropologists would stress that history is not a product of the past but a response to requirements of the present.“ (Eriksen 2002:72)

Auch Jones streicht heraus, welche wichtige Rolle der Bezug auf die Geschichte für ethnische Gruppen spielt. Durch die Betonung der ethnischen Identität als über lange Zeit bestehende, unveränderliche und natürliche Gegebenheit lassen sich ethnische Gruppen als ganz natürlich und damit auch rechtmäßig darstellen. (Vgl. Jones 1997:136)

Neben den hier erläuterten Grenzmarkierungen und Identitätsmarkern ethnischer Gruppen, spielen gesellschaftliche Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle für das Aufkommen und den Erfolg von Identitätspolitik. „Weder ist Ethnizität ständig wirksam noch ist sie unveränderlich; im Gegenteil.“ (Heinz 1993:280) Um die Gründe für die aktuelle Wichtigkeit ethnischer Kategorien in einer Gesellschaft zu verstehen, bedarf es also einer genauen Analyse des Kontextes der Gesellschaft. Für die Ethnisierung einer Gesellschaft sind sowohl makrostrukturelle Gründe in Form von geschichtlichen Ereignissen und historisch gewachsenen Strukturen verantwortlich zu machen als auch aktuelle und spezifische Gegebenheiten innerhalb einer Gesellschaft. Nur durch die Einbeziehungen beider Perspektiven lässt sich die Konstruktion und Verwendung von ethnischen Identitäten verstehen und nachvollziehen. (Vgl. Eder u.a. 2002:6f)

As we shall see, the fact that there are cultural differences between individuals in different parts of a territory, and the fact that these are in some ways closely related to hierarchy, does not automatically lead to ethnicization or the conflictualization of collective identities. Neither does the fact that certain actors might subjectively decide that a certain course of action would serve their material interests. At the level of individual communication and action, it is the micro-structural situation – i.e., the mode of coordinating actors in particular situations – that determines the ethnicization process. (Eder u.a. 2002:8)

Das heißt, dass die Ethnitisierung einer Gesellschaft nicht per se aus kulturellen Unterschieden erwächst, sondern nur in ganz bestimmten Situationen möglich und wahrscheinlich ist. Dabei spielen Machtasymmetrien eine große Rolle, welche sich beispielsweise in einer ungleichen Verteilung von Gütern oder einem eingeschränkten Zugang zu Politik, Bildung, oder Arbeitsmarkt auswirken. Ethnizität wird instrumentalisiert, um ökonomische und politische Interessen durchzusetzen und territoriale Konflikte auszutragen. Auch ungleiche Bürgerrechte und soziale Ungerechtigkeit können den Ausschlag für eine Instrumentalisierung und Politisierung von Ethnizität geben. Zudem können internationale Entwicklungen oder Institutionen einen Einfluss auf das Handeln lokaler ethnischer Gruppen ausüben.

[C]hanges in the international environment can have important effects of overall political opportunity structure for ethnic groups. The revival of ethnic and nationalist claims in the former Soviet domain, for example, has given new incentives for ethnic conflict in other parts of the world. Such spill-over effects provide legitimacy for mobilizing ethnic minorities. The activism of some key actors striving for ethnic self-determination has brought public concern back to issue of minority rights and hence has paved the ground for similar actors in other national contexts. (ebd.: 52)

Auch Prozesse der sozialen Spaltung können eine grundlegende Rolle bei der Ethnisierung einer Gesellschaft spielen. Ethnische Unterschiede innerhalb der Bevölkerung werden oft als Argumente für Separationsbestrebungen oder Autonomieforderungen angegeben. (Vgl. ebd.:42)

Ethnizität kann eingesetzt werden, um andere Menschen kategorisch auszuschließen und so Machträume aufgrund von diskriminierenden Praktiken hermetisch abzuschließen. In diesem Fall werden negative Zuschreibungen verwendet, um die angebliche Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe negativ zu besetzen. Identitätspolitik können aber auch zur Selbstermächtigung führen und ethnische Gruppen bewusst mit positiven Zuschreibungen verbinden.

Zusammenfassend ergibt sich als theoretische Grundlage dieser Arbeit folgende Auffassung von Ethnizität:

Ethnizität bewegt sich in einem Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft. Der Begriff umfasst sowohl die ethnische Identität als eine Dimension der Identität und in Form eines individuell empfundenen Zugehörigkeitsgefühls als auch ethnische Gruppen als organisierte Kollektive.

Ethnizität ergibt sich aus einer Betonung kultureller Merkmale, ist jedoch veränderlich und nicht durch die Kultur an sich determiniert. Ethnische Gruppen entscheiden selbst, welche kulturellen Merkmale als ausschlaggebend für das Errichten ethnischer Grenzen wirken. Gleichzeitig ergibt sich Ethnizität auch durch die Zuschreibungen und Kategorisierungen anderer Gruppen, beziehungsweise der Gesellschaft. Ethnizität ist also abhängig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Machtverhältnissen. Um zu verstehen warum Ethnizität eine einflussreiche soziale Kategorie bildet, sollten sowohl die Geschichte als auch aktuelle Rahmenbedingungen bei der Analyse von Identitätspolitik mit einbezogen werden. Ethnische Gruppen stellen keine homogenen Einheiten dar, sondern bestehen aus ganz unterschiedlichen Individuen. Die soziale Kategorie der Ethnizität klammert andere Unterschiede aus und wirkt innerhalb ethnischer Gruppen simplifizierend. Gleichzeitig treten die Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen und anderen Teilen der Bevölkerung in den Vordergrund, so dass sich Ethnizität stets durch Mechanismen der sozialen Inklusion und Exklusion auszeichnet.

Ethnizität wird nicht als primäre Ursache für politische Spannungen und Konflikte gewertet. Sie kann aber aus ganz unterschiedlichen Gründen instrumentalisiert und als politisches Werkzeug benutzt werden. Obwohl Ethnizität in dieser Arbeit nicht als natürliche Gegebenheit betrachtet wird, können ethnische Gruppen nicht einfach erfunden und ohne den Bezug auf eine kulturelle Basis konstruiert werden. Ethnopolitische Akteure bedienen sich zu diesem Zweck bestimmter Strategien, um ethnische Gruppen sowohl für die Mitglieder als auch den Rest der Gesellschaft als natürliche und legitime soziale Einheiten darzustellen. Dabei spielen beispielsweise primordiale, traditionelle und universalistische Codes, der Bezug auf eine gemeinsame Geschichte, die Konstruktion gesellschaftlicher Antagonismen und der Aufbau von Feindbildern eine besondere Rolle. Ob sich diese oder ähnliche Aspekte auch in den ethnisch gefärbten Diskursen sozialer Bewegungen im Departement Santa Cruz wiederfinden lassen, wird durch die Diskursanalyse untersucht.

Die hier angeführten Theorien beeinflussen diese Arbeit nicht nur thematisch, sondern auch in ihrem Aufbau. So wird im nächsten Schritt eine Makroanalyse durchgeführt. Dabei werden jene historischen Ereignisse beleuchtet, welche als ausschlaggebend für das Erstarken ethnischer Bewegungen in der bolivianischen Gesellschaft erscheinen. Im Sinne der Diskursanalyse wird auf die diskursiven Praktiken eingegangen, welche das Thema der Ethnizität verhandelten. Dieser Schritt klärt, warum Ethnizität aktuell eine so wirkmächtige

Kategorie in Bolivien darstellt und sich für die Instrumentalisierung sozialer und zivilgesellschaftlicher Bewegungen eignet.

Ethnizitätspolitik sind nicht nur als lokales Phänomen zu betrachten, sondern stehen in Verbindung mit globalen Prozessen. Die Makroanalyse untersucht daher nicht nur die historisch gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen Boliviens, sondern berücksichtigt auch wichtige transnationale Entwicklungen, welche besonders für das Erstarken indigener Bewegungen verantwortlich sind.

4 Makroanalyse: Ethnizität in der bolivianischen Geschichte

„Para comprender la profundidad histórica de los actuales movimientos indígenas en Bolivia, es indispensable recordar algunas particularidades de épocas previas incluso coloniales.“ (Albó 2008:23)

Die Kategorie der Ethnizität spielt in Bolivien nicht erst seit dem verstärkten Aufkommen politischer indigener Organisationen eine Rolle. Sie ist fest in die bolivianische Gesellschaft verankert und kann in ihrer Aktualität und Wichtigkeit für die heutige Zeit nur verstanden werden, in dem der jetzige Diskurs um Ethnizität in seinen historischen Kontext eingebettet wird. Ein Diskurs wird niemals losgelöst von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geführt. Ein Diskurs ist immer auch etwas Gewordenes, Gewachsenes und bezieht sich auf bereits vergangene Diskussionen und Aushandlungen. In diesem Abschnitt der Arbeit wird daher in groben Zügen die Geschichte Boliviens, angefangen bei der präkolumbianischen Zeit bis in die Gegenwart nachgezeichnet.

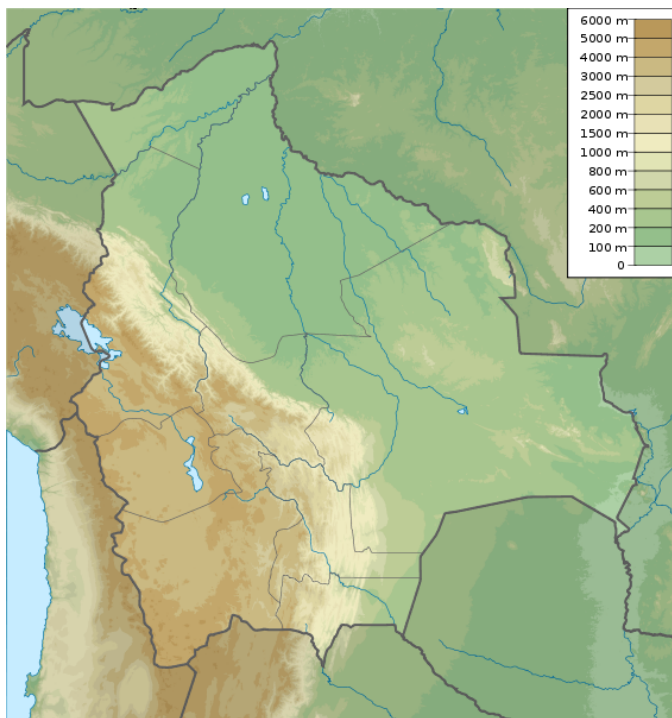
Dieser Rückblick soll verdeutlichen, dass die Kategorie der Ethnizität schon seit den Anfängen der Kolonialisierung Boliviens gesellschaftlich eine Rolle spielte und bis heute wirkmächtig ist. Dabei werden vor allem jene Gesellschaftssysteme und Ereignisse herausgegriffen, welche einen Einfluss auf die Diskurse um Ethnizität und ethnische Identität ausübten und ethnisch geprägte Macht- und Dominanzverhältnisse schufen. Es folgt also keine genaue Abbildung der bolivianischen Geschichte mit detaillierten Hintergrundinformationen, sondern eine selektive und abrisshafte Nachzeichnung der Anfänge und Entwicklungen ethnischer Diskurse. Am Ende dieses Abschnittes wird klar, warum die Kategorie der Ethnizität sowohl damals als auch heute eine wichtige soziale Komponente der bolivianischen Gesellschaft und der Lebensrealität ihrer Bevölkerung darstellt obwohl sie diskursiv nicht immer von gleich bleibender Bedeutung war.

4.1 Die präkolumbianische Zeit

Auf den ersten Blick mag eine Rückschau auf die präkolumbianische Zeit der Region des heutigen Boliviens weit ausgeholt erscheinen. Allerdings beziehen sich indigene

Gruppierungen ganz aktuell mit großer Beliebtheit auf präkolumbiale Formen der gesellschaftlichen Organisation. Die Geschichte wird meist selektiv interpretiert und so heben indigene Bewegungen besonders die als positiv empfundenen Eigenheiten der damaligen Zeit hervor. Daher ist es wichtig auch auf jenen lang vergangenen Abschnitt der bolivianischen Geschichte einzugehen, der zum Gegenstand von Re-Interpretationen sozialer AkteurInnen und Gruppen wurde.

Abbildung 2: Topographische Karte Boliviens



(Quelle: Wikimedia Commons, Bolivia physical map)

Laut Xavier Albó bestand in der Zeit vor der spanischen Kolonialisierung ein großer Unterschied zwischen den Bevölkerungsgruppen der Regionen des Hoch- und Tieflandes, der sich bis heute bemerkbar macht. War die andine Region Boliviens durch eine wachsende kulturelle und politische Konzentration gekennzeichnet, so zeugte das Tiefland eher von einer Zerstreuung einzelner Ethnien. Dort existierte eine Vielzahl an Völkern verschiedenen Ursprungs, welche durch eine autonome und mobile Lebensweise geprägt waren.

Unter diesen Völkern gab es höchstwahrscheinlich Kontakte, Austausch und Konflikte, dennoch kam es zu keiner gemeinsamen oder übergreifenden gesellschaftlichen Organisation. (Vgl. Albó 2005:6f)

Die präkolumbianische Situation Boliviens in der Region des Hochlandes (Altiplano) ist wesentlich besser erforscht als die des im Osten gelegenen Tieflandes. (Vgl. Albó 2005:7) Nach dem Zusammenbruch der bedeutenden Hochkultur von Tiahuanaco wurde die andine Region Boliviens von verschiedenen kleinen Fürstentümern und Föderationen bevölkert, die Agrarwirtschaft betrieben, aber Unterschiedlichkeiten in ihrer gesellschaftlichen Organisation aufwiesen. Zu den bedeutsamsten Populationen zählten der Verbund der Chanca und die Fürstentümer der Aymara, welche an der Küste des Titicacasees angesiedelt waren.

Diese dominierten die zentrale Region der Anden in der Zeit vom 12. Jahrhundert bis zu der Ankunft der Inkas Mitte des 15. Jahrhunderts. (Vgl. Loayza Bueno 2010:43)

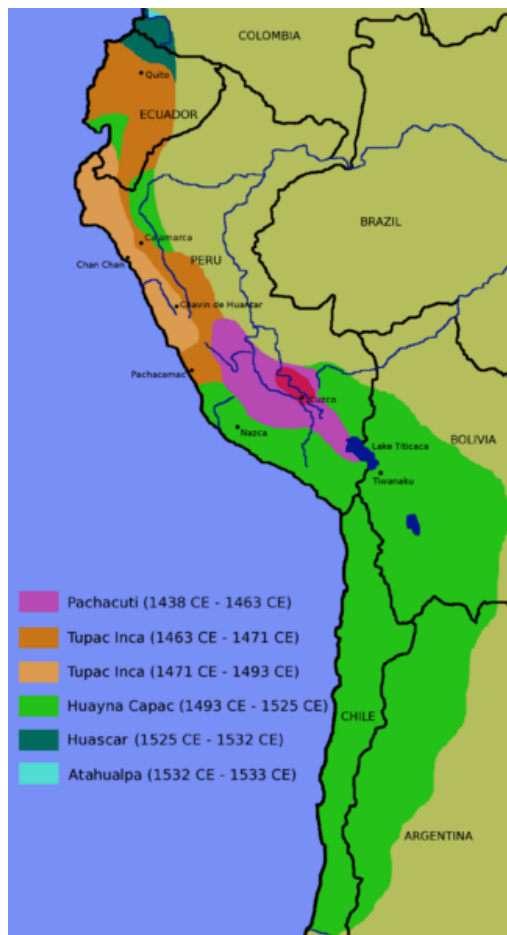
Die unterschiedlichen klimatischen und ökologischen Bedingungen im Hochland boten zwar eine Vielzahl an Möglichkeiten der Existenzsicherung, um das Überleben zu gewährleisten war jedoch ein reger Austausch zwischen der Bevölkerung der verschiedenen Regionen notwendig. Dadurch kam es im Hochland zu sozialen und politischen Zusammenschlüssen, welche den Fortbestand der BewohnerInnen garantieren sollten. Die politische Organisation der Aymara war um den Ayllu aufgebaut, eine Dorfgemeinschaft, die aus den Nachkommen eines gemeinsamen Vorfahren bestand und durch Blutsverwandtschaft und Eheverbindungen aufrechterhalten wurde. Diese Gemeinschaftsform erlaubte seinen Mitgliedern aus verschiedenen ökologischen Zonen einen gemeinsamen Zusammenhalt und Austausch. Zwischen den Ayllus gab es Konflikte und Eroberungen, aber auch Allianzen und Zusammenschlüsse zu größeren Verbänden, auch Suyu genannt. So entwickelten sich in der Region des Hochlandes trotz all der Unterschiedlichkeiten innerhalb der Bevölkerung auch gemeinsame kulturelle Traditionen und Merkmale, Typen der sozialen Organisation, ähnliche Werte, Glaubenssysteme und Weltanschauungen. (Vgl. Albó 2005:7f)

Neben den Aymara existierten im Hochland eine Vielzahl anderer Völker und Ethnien zu denen beispielsweise die Urus gehörten. Diese kleinen Bevölkerungsgruppen wurden durch die Aymara unterworfen und zu Dienstleistungen, wie die Bestellung von Ländereien und kollektiven Abgaben verpflichtet. Zwar respektierten die Aymara bis zu einem gewissen Grad die spezifischen kulturellen Praktiken der bezwungenen Völker, eine souveräne Organisation und Verwaltung wurde ihnen jedoch verwehrt. (Vgl. Loayza Bueno 2010:44f)

Mitte des 15. Jahrhunderts wurde das Gebiet des heutigen Boliviens von den Quechua sprechenden Inkas eingenommen und zählte als Kollasuyo zu den vier Provinzen des Inkareichs. Diese Eroberung prägte das Leben der Aymara deutlich, denn ihnen wurde das Recht auf politische Selbstbestimmung abgesprochen. Die Bevölkerung musste sich trotz geleisteten Widerstandes in das System der Inkas einfügen, welches aus zwei verschiedenen Klassen bestand: einer elitären und herrschenden Klasse der Monarchie und Armee, sowie der untergeordneten Klasse der ArbeiterInnen, in welche die eroberten Aymara eingegliedert wurden. Ihnen wurde die Möglichkeit der politischen Partizipation im Gesellschaftsapparat der Inkas vorenthalten, ihre Rechte und Freiheiten wurden eingeschränkt. Gleichzeitig zeigten sich die Inkas tolerant, was die Ausübung der kulturellen Traditionen der Aymara anging. Einerseits mussten die Aymara ihre Lebenswelt an die soziale Organisation des Inkareiches anpassen, welche durch die Mita, der Ausführung von Arbeitsdiensten und Pflichten

gegenüber den Inkas geprägt war. Andererseits konnte aber auch der Fortbestand gewisser kultureller Elemente innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaften erhalten werden. (Vgl. Loayza Bueno 2010:45-47)

Abbildung 3: Die Ausdehnung des Inkareiches



(Quelle: Wikimedia Commons, Inca-expansion)

„Zu seiner Blütezeit hatte das Inka-Reich eine Ausdehnung von über 5000 km, von Pasto im Süden des heutigen Kolumbiens bis zum Fluss Maule in der Mitte Chiles.“ (GIZ o.J.) Das in hohem Grade organisierte und entwickelte Inkareich wurde vor Ankunft der Spanier³ durch einen Zwist der zwei herrschenden Brüder Atahualpa und Huascar gespalten und empfindlich geschwächt. Diese Situation ermöglichte es den Spaniern, angeführt von Francisco Pizarro, in das Inkareich einzudringen und es zu erobern. (Vgl. GIZ o.J.)

An dieser Stelle wird festgehalten, dass die Aymara und Quechua zu keiner Zeit die allein existierenden Völker auf dem Territorium des späteren bolivianischen Staates darstellten. Auch vor der Kolonialisierung durch die Spanier gab es Kämpfe und Konflikte um Gebiete, Eroberungen und Unterwerfungen anderer Volksgruppen. Es ist

wichtig diesen Teil präkolombianischer Geschichte im Gedächtnis zu behalten, wenn es um die ethnischen Diskurse indigener Bewegungen geht, in denen oftmals mit dem Argument der Originalität und Ursprünglichkeit gearbeitet wird. Dieser Zusammenhang wird im Laufe der Arbeit noch näher beleuchtet werden. Im Folgenden wird der Umgang mit Ethnizität während

³Im Folgenden wird, wenn es um die spanische Kolonialmacht oder die Autoritäten des Inkareiches geht, ausschließlich die männliche Form personenbezogener Hauptwörter verwendet. Dies geschieht bewusst, da es sich um ein patriarchales Gesellschaftssystem handelte, in denen größtenteils Männer hohe Ämter und Positionen besetzten und damit die Politik und das Geschehen maßgeblich beeinflussten. Sicherlich existierten sowohl auf Seiten der Kolonialmacht als auch auf indigener Seite einflussreiche Frauen. Ihre Einwirkung auf das koloniale System stellt ein interessantes Themengebiet dar, kann aber im Rahmen dieser Arbeit nicht näher erforscht werden.

der spanischen Kolonialzeit dargestellt, welcher die Gesellschaft stark prägte und auch nach der Unabhängigkeit Boliviens einen großen Einfluss ausübte.

4.2 Die Zeit der spanischen Kolonialisierung

Im Jahre 1535 gelangten die Spanier nach Hochperu, welches heute auf dem Gebiet des bolivianischen Staates liegt. Zehn Jahre später wurden die großen Silbervorkommen Boliviens entdeckt und die Stadt Potosí als Ausgangspunkt für die Ausbeutung des Edelmetalles gegründet. Für die Verwaltung des eroberten Territoriums war die spanische Audiencia von Charcas verantwortlich, welche 1559 gegründet wurde und ihren Sitz in der Hauptstadt la Plata (heute Sucre) fand. (Vgl. Bolivianische Botschaft o.J.)

Die Kolonialisierung durch die Spanier brachte für das damalige Inkareich schwerwiegende Veränderungen mit sich, denn die soziale und gesellschaftliche Ordnung, welche einst durch die Inkas eingeführt wurde, änderte sich grundlegend. Generell lässt sich feststellen, dass die Kolonialisierung im Hoch- und Tiefland unterschiedlich verlief und dadurch verschiedene Auswirkungen auf die Regionen Boliviens nach sich zog. Im andinen Raum wurde das koloniale Modell durch die Spanier wesentlich schneller durchgesetzt und erreichte erst später auch das Tiefland. (Vgl. Albó 2005:8)

Die Kolonialisierung des bolivianischen Hochlandes

Die spanischen Kolonialherren schufen eine neue soziale Ordnung und teilten die Gesellschaft zunächst in zwei große Sparten. Die Spanier und ihre Untergebenen bildeten eine kleine, aber mächtige Minderheit, welche die große Mehrheit der unterworfenen Bevölkerung dominierte.

En los términos de la época, estaba por un lado la *República de españoles* y, claramente subordinada a ésta, la *República de indios* que, de alguna manera, mantenía aquellos rasgos culturales y organizativos propios que no suponían un peligro para el sistema colonial. (Albó 2005:8)

Nachdem der Abbau der Ressourcen in den Minen von Potosí 1540 begann und die andinen Regionen agrarisch bearbeitet werden mussten, benötigten die spanischen Kolonialherren eine große Anzahl an Arbeitskräften. Die BewohnerInnen der angrenzenden Regionen wurden mit Brutalität und Gewalt zu Arbeitsdiensten gezwungen, diese Praxis war jedoch aufwendig und

konnte über keinen längeren Zeitraum aufrecht erhalten werden. So wichen die Spanier auf ein System der indirekten Herrschaft aus und bedienten sich der streng hierarchischen Strukturen der Inkas. Sie ermächtigten die ursprüngliche Elite und Autoritäten der Inkas und benutzten diese als Vermittler zwischen ihnen und der indigenen Bevölkerung. Diese sogenannten Caciques verfügten durch ihre ehemals hohe Stellung im Inkareich nach wie vor über großen Einfluss innerhalb der Bevölkerung und waren in der Lage die Arbeitskraft der ihnen unterstellten BewohnerInnen zu kontrollieren. Die Bevölkerung war an diese Art der Herrschaft gewohnt, da bereits die Inkas von ihnen Tribute und Arbeitsdienste in Form der Mita einforderten. Die Caciques wurden beauftragt die Abgaben der ländlichen Gemeinschaften in Form von Silber, landwirtschaftlichen Gütern oder Arbeitskraft zu verwalten und sicher zu stellen. Die indigene Bevölkerung musste die von den Spaniern verordnete Zwangsarbeit vor allem in den Minen von Potosí verrichten, wo tausende von Menschen durch die gefährliche Tätigkeit ums Leben kamen. (Vgl. Regalsky 2003:45f)

Viele der Caciques wurden mit der Zeit zu Landbesitzern oder Händlern und einige schafften es, sich als Mitglieder der kolonialen Elite zu integrieren. (Vgl. Albó 2005:9) Die meisten Caciques akzeptierten die Inkorporierung in das koloniale System, konnten sie so für ihre Gemeinden zumindest ein kleines Maß an Autonomie bewahren und sie dadurch unterstützen. (Vgl. Regalsky 2003:47)

Andere jedoch hielten an ihren Wurzeln fest, wie zum Beispiel Túpaq Amarú II, welcher eine Auflehnung gegen die spanischen Kolonialherren anführte. Túpaq Amarú II engagierte sich für das Ende der Tributzahlungspflicht und der Mita und setzte eine Rebellion in Gange, die sich über das gesamte Hochland ausbreitete. Ziel des Aufbegehrens war die Befreiung der Bevölkerung von der spanischen Unterdrückung und die Wiederherstellung des Inkareiches. Von 1780 bis 1782 schlossen sich ihm über 10.000 Menschen an und rebellierten gegen das koloniale System der spanischen Krone. Als Túpaq Amarú II gefangen und öffentlich hingerichtet wurde, gingen die Kämpfe weiter und wurden von Julián Apaza, der sich in Erinnerung der ersten Rebellionen Túpac Katari nannte, angeführt. Auch er wurde von den Spaniern gefasst und erlitt dasselbe Schicksal wie Túpac Amarú. (Vgl. Matthes 2010:376) Das Aufbegehren gegen die Kolonialherren läutete das Ende des Systems der indirekten Herrschaft und der Existenz der zwei Republiken ein, der spanischen Republik und jener der Inkas. (Vgl. Regalsky 2003:49)

Natürlich existierten neben dem System der indirekten Herrschaft auch weitere Formen der sozialen Interaktion und des Austausches zwischen den Spaniern und der dominierten

indigenen Bevölkerung. Mit der Zeit kam es zu neuen europäisch-indigenen Familienkonstellationen, deren Nachkommen als „Mestizen“ bezeichnet wurden und, wie im Folgenden ausgeführt wird, eine eigene Kategorie in der sozialen Hierarchie darstellten. (Vgl. Albó 2005:9)

Während der Kolonialzeit entstand eine besondere Unterscheidung zwischen den schwarzen SklavInnen, die von den Kolonialherren aus Afrika eingeführt wurden und der als „Indios“ bezeichneten heimischen Bevölkerung Südamerikas. An diesem Beispiel lässt sich der damals gängige Diskurs über Ethnizitäten nachzeichnen, welcher die Menschen verschiedener Herkunft nach unterschiedlichen Klassen kategorisierte und damit eine neue gesellschaftliche Ordnung schuf. Zunächst beschäftigte die spanische Krone die Frage, inwiefern die Indios überhaupt als Menschen betrachtet werden können. (Vgl. Loayza Bueno 2010:49)

So kam Papst Paul III zu folgendem Schluss:

Muchas gentes que vivían en paz, y tal como lo habían dicho, andaban desnudos y no comían carne humana. Además, tales gentes, creían en un Dios creador de los cielos y parecían suficientemente dispuestos a abrazar la fe católica y aprender las buenas costumbres. (Paulo III zit. nach Loayza Bueno 2010:49)

Nach weiteren Diskussionen um das Wesen der Indigenen wurden sie, dank der Anerkennung ihres Glaubens an einen Gott, durch die katholische Kirche als Mitglieder der menschlichen Spezies eingeordnet. Danach machten es sich die Kolonialherren zu einer unabdingbaren Aufgabe, die Indios zu christianisieren und zu zivilisieren. (Vgl. ebd.:50) Die Indios wurden nicht als Sklaven angesehen, sie mussten zwar Zwangsarbeiten verrichten, durften jedoch nicht gehandelt und verkauft werden. Dennoch galten sie als Geschöpfe niedriger Art, welche gegenüber den Spaniern als minderwertig betrachtet wurden. Die indigene Bevölkerung, welche nicht zum ehemaligen Adel der Inkas gehörte, wurde in Folge dessen diskriminiert und von der spanischen Bevölkerung gesellschaftlich getrennt. (Vgl. Calderón Gutiérrez 2010:34) Es entstand die Vorstellung von den „indígenas genéricos“ (Albó 2005:10), die Indios wurden als eine homogene Einheit wahrgenommen ohne die unterschiedlichen ethnischen Gruppen innerhalb der indigenen Bevölkerung anzuerkennen. Die schwarzen SklavInnen wurden von der Kirche als Tiere bezeichnet und bildeten somit die unterste Schicht der ethnischen Hierarchie. (Vgl. Loayza Bueno 2010:49)

Es kam in Folge der Umstrukturierung der sozialen Ordnung durch die Kolonialherren also zu einer neuen gesellschaftlichen Rangordnung: Die Elite der Inkas assimilierte sich nach und nach in das System der Spanier, wohingegen die in der Landwirtschaft tätige indigene Bevölkerung und die afrikanischen SklavInnen zwar aufgrund ihrer dringend benötigten

Arbeitskraft in das koloniale Regimen integriert, sozial und politisch jedoch vom Rest der Gesellschaft segregiert wurden. Ihre Arbeitskraft wurde ausgebeutet, die Ressourcen der Erde und ihre Ländereien der spanischen Krone einverleibt. Der einzige Weg in der gesellschaftlichen Hierarchie aufzusteigen, führte für die Indigenen über die Verneinung und Vertuschung ihrer Herkunft und Identität. Nur so erhielten Indigene die Möglichkeit sich erfolgreich in das soziale System der Kolonialzeit zu integrieren. (Vgl. Albó 2005:9)

Die gesamte Gesellschaft wurde entlang verschiedener Ethnien hierarchisiert, an der Spitze standen die spanischen Kolonialherren und deren Untergebene, darauf folgte die Elite der Inkas, die Mestizen, die indigenen Arbeitskräfte und zuletzt die von den Spaniern verschleppten schwarzen SklavInnen.

In der Kolonialzeit hat die ethnische Herkunft des Individuums über seine Stellung in der Gesellschaft entschieden. Unter der Herrschaft der spanischen Krone hatte sich das so genannte *sistema de castas* ausgebildet, das die Bevölkerung in Spanier, Kreolen, Mestizen, Mulatten, «indios» und Schwarze separierte. Die Unterschiede zwischen «indios» und Mestizen oder Mestizen und Spaniern wurden als tiefgreifender und unüberbrückbarer angesehen als die Kluft zwischen Bauern und Bürgern in Europa. (Matthes 2010:375)

Einen zentralen Punkt des kolonialen Systems bildete die Sicherung der Macht über die Unterworfenen, um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen weiter voran zu treiben. Dafür schien es den Kolonialherren sinnvoll, dass die dominierten Indios in kleinem Stil ihre Kultur und Lebensweise beibehielten, um so einen unerschöpflichen Pool an menschlicher Arbeitskraft bereitzustellen. Gleichzeitig demonstrierten die Kolonialherren ihre kulturelle Überlegenheit und agierten mit der Legitimität, die von Gott erwählten zu sein. (Vgl. Albó 2005:9) Die Kolonialherren nahmen große Ländereien in Besitz und ließen diese Haciendas durch Indigene bestellen. Die indigene Bevölkerung wurde durch diese Praktiken in erheblichem Maße enteignet, ihre Gebiete und Ländereien besetzt. Dennoch überlebten auch traditionelle Formen des gemeinschaftlichen Besitzes. Obwohl ein Großteil der ursprünglichen Kultur und Politik der Inkas verloren ging, blieben gemeinschaftliche Lebensformen, welche schon auf die Aymara zurückgingen, in ihren kleinen Strukturen bestehen. So existierten zwei parallele gesellschaftliche Systeme nebeneinander: das Fortleben der andinen Kultur in kleinen Gemeinschaften und das gesellschaftliche System der spanischen Krone. (Albó 2005:8f)

Die Kolonialisierung des bolivianischen Tieflandes

Das Tiefland wurde durch die Spanier erst später erschlossen und die Kolonialisierung der Region ging langsamer von statten. Die Kolonialherren erreichten die tropischen Regionen über Charcas und Peru und konzentrierten sich vor allem auf den Umkreis der heutigen Stadt Santa Cruz de la Sierra.⁴ Die Eroberer kämpften den dort heimischen indigenen Völkern Teile ihrer Territorien ab und nutzten diese Ländereien für die Landwirtschaft und Viehzucht. So entstanden die ersten Haciendas, welche mit indigener Arbeitskraft bewirtschaftet wurden. (Vgl. ebd.:10)

Das Tiefland Boliviens spielte für die Kolonialherren lange Zeit nur eine periphere Rolle, da dort keine Edelmetalle oder andere Reichtümer gefunden wurden. Die Region diente vor allem der landwirtschaftlichen Nutzung und der Verpflegung des Hochlandes mit Lebensmitteln. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts erreichten die Missionare das Tiefland, die Jesuiten siedelten in Mojos und Chiquitos und die Franziskaner in Apolobamba. Ihr Motiv war die Christianisierung der Indigenen, welche eingeladen wurden, um sich in kleinen Dörfern niederzulassen und durch die Landwirtschaft und Viehzucht sesshaft zu werden. In diesen Missionen bildete sich ein Lebensraum nach spanisch christlichem Vorbild, der jedoch unter der Führung lokaler indigener Autoritäten stand, welche den Missionaren unterstellt waren. Die Reduktionen stellten für die Indigenen einen Schutz vor den spanischen Kolonialherren dar, da sich die Jesuiten gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und für ihre Sicherheit einsetzten. Mit der Vertreibung der Jesuiten durch den spanischen König im Jahr 1767 wurden diese Missionen von den Cruceños besetzt, welche dort Standorte für die Viehzucht aufzogen und „más patronal que paternal“ (ebd.:10) agierten.

Die indigenen Völker leisteten jedoch auch Widerstand gegen die Vereinnahmung ihres Lebensraumes, unter den ersten Rebellierenden waren die Guaraní. In den Gebieten ohne Missionen kam es zu ständigen Auseinandersetzungen zwischen den Spaniern und den Guaraní, die das Gebiet stark umkämpften. (Vgl. ebd.:10)

In den von den Spaniern noch nicht durchdrungenen Gebieten existierten verschiedene indigene Volksgruppen, die abgeschottet und ohne Kontakt zu den Kolonialherren lebten. Bis heute befinden sich einige isolierte Volksgruppen in den Urwäldern des bolivianischen Tieflandes. (Vgl. Camacho Nassar 2010:16f)

⁴Daher werden die Nachkommen der Spanier im Osten Boliviens bis heute Cruceños genannt (vgl. Albó 2005:10).

Wie in diesem Kapitel dargestellt, kam es während der Kolonialzeit zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung, welche eng mit der ethnischen Zugehörigkeit verbunden war. Die indigene Bevölkerung Boliviens wurde durch die Ankunft der Kolonialherren zu „Indios“ und mit negativen und herabsetzenden Zuschreibungen versehen. Durch die lange Zeit der kolonialen Besetzung kam es teilweise zu einer Vermischung der körperlichen Merkmale innerhalb der Bevölkerung, die äußerlich wahrnehmbaren Merkmale wie beispielsweise die Hautfarbe, konnten nicht mehr als Zeichen für eine ethnische Zuordnung gelten. Um größere soziale Mobilität zu erreichen, mussten Indigene ihre Herkunft verneinen.

Von Anbeginn der Kolonialzeit gab es Widerstand auf Seiten der indigenen Bevölkerung gegenüber den spanischen Kolonialherren. Gleichzeitig bestanden auch Allianzen und enge Kontakte, viele ehemalige Würdenträger des Inkareiches nutzten die Beziehungen zu den Eroberern zu ihren Gunsten.

Die Kolonialzeit führte zu neuen sozialen Strukturen, welche über eine lange Zeitspanne aufrecht erhalten wurden und bis heute in Bolivien fortauern. In der Zeit nach der Unabhängigkeit Boliviens änderte sich nicht viel an der prekären Lage der indigenen Bevölkerung.

4.3 Die Unabhängigkeit

„Die ethnische Legitimierung politischer Ansprüche ist jedoch kein alleiniges Phänomen der Gegenwart. Waren etwa religiöse, kulturelle, oder rassische Grenzziehungen in den europäischen Kolonialgebieten fester Bestandteil der Herrschaftsordnung, so blieben ethnische Semantiken auch in den seit dem frühen 19. Jahrhundert nach europäischen Muster entstehenden Nationalstaaten der außereuropäischen Welt zentrale Elemente der politischen Inklusion und Exklusion.“ (Büschges/Pfaff-Czarnecka 2007:8)

Bereits seit dem Ende des 18. Jahrhunderts kam es zu Rebellionen und Kämpfen der indigenen Bevölkerung gegen den Kolonialstaat. Diese Aufstände konnten durch die Kolonialherren jedoch niedergeschlagen werden. Doch auch die KreolInnen⁵ und die MestizInnen fühlten sich durch das koloniale System unterdrückt. Obwohl die KreolInnen nach den Spaniern die koloniale Elite darstellten, war es ihnen untersagt politische Ränge und

⁵Als KreolInnen werden die in Südamerika geborenen Nachkommen der Spanier bezeichnet (vgl. Gärtner 2010:20).

Ämter innerhalb der Verwaltung der eroberten Regionen einzunehmen, daher fühlten sie sich diskriminiert und als BürgerInnen zweiter Klasse. (Vgl. Bolivianische Botschaft o.J.)

Nach antikolonialen Befreiungskämpfen auf dem gesamten lateinamerikanischen Kontinent erreichte Bolivien 1825 die Unabhängigkeit. Die neue Republik wurde nach dem Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar benannt. (Vgl. Gärtner 2010:20)

Obwohl für Bolivien eine Zeit der Veränderungen anbrach, blieb das kolonial geprägte gesellschaftliche System weiterhin bestehen. Verantwortlich dafür waren vor allem die KreolInnen, die sich zwar von der spanischen Krone lösen wollten, ohne jedoch das etablierte gesellschaftliche Modell aufzugeben. „Die politischen Ambitionen der Kreolen reduzierten sich im Kern darauf, die ungefochtene Spitzenposition der Gesellschaft zu erlangen und zu sichern: einerseits durch die politische Unabhängigkeit von Spanien, andererseits durch die Konservierung der kolonialgesellschaftlichen Strukturen.“ (Gärtner 2010:22)

Die KreolInnen erhoben den Anspruch auf eine Hegemonie über die Arbeitskraft der MestizInnen und Indigenen, legitimiert wurde dieser durch die direkte Abstammung von den spanischen Eroberern und ihrer weißen Hautfarbe. (Vgl. Loayza Bueno 2010:54)

Die bolivianische Verfassung verbot zwar die Sklaverei und die Zwangsarbeit, erlaubte jedoch nur denen ein Wahlrecht, welche als offizielle StaatsbürgerInnen identifiziert wurden. Das bedeutete, dass nur jene Teile der Bevölkerung zu einer politischen Partizipation zugelassen wurden, welche ein regelmäßiges Gehalt und die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben nachweisen konnten. Dadurch wurde ein Großteil der ländlichen indigenen Bevölkerung ausgeschlossen und nicht als BürgerInnen der neuen Republik anerkannt. (Vgl. Loayza Bueno 2010:54) „Im Sinne des westlichen Verständnisses einer politischen Nation waren zwar alle, die im Lande geboren worden waren, Bolivianer, aber nur eine kleine Minderheit besaß den Status eines Staatsbürgers.“ (Gärtner 2010:33)

Im Geiste des Liberalismus und unter dem Deckmantel der Freiheit des Individuums und des Eigentums eignete sich die weiße Elite weiterhin Gebiete, Ländereien und natürliche Ressourcen an. Legitimiert wurden diese Praktiken durch Theorien des sozialen Darwinismus, der die weiße Rasse als überlegen darstellte. (Vgl. Albó 2009:23) „En vez del viejo sistema más sacralizado de castas ahora se planteaba una estratificación racial basada en otras premisas pero que llevaba a los mismos resultados de exclusión.“ (Albó 2005:11f)

Es herrschte die allgemeine Überzeugung man müsse die Indios zivilisieren, ihre traditionelle Lebensweise stellte eine Barriere für die nationale Einheit, den Fortschritt und den angestrebten Weg der Modernisierung Boliviens dar.

Im theoretischen Individuum, um das herum die vorherrschende liberale Ideologie aufgebaut war, universalisierte sich ein konkretes, europäisches Menschenbild: Der *citoyen* des Liberalismus war weiß, besitzend und männlich. Mit dieser Folie ließ sich die indigene Bevölkerung nicht in Deckung bringen, die *indigenas* mussten als mit schwer wiegenden gesellschaftlichen Defiziten behaftet erscheinen. (Scheuzger 2007:193)

Es gab unterschiedliche Art und Weisen mit dem „indigenen Problem“ (Scheuzger 2007:193) umzugehen, welche die Ausrottung der Indigenen oder die Einsiedlung kaukasischer EuropäerInnen umfasste. Vor allem jedoch wurde die kollektive Subsistenzwirtschaft in der traditionellen Form des Ayllu verboten und die Ländereien vieler indigener Gemeinschaften privatisiert und an Mitglieder der weißen und reichen kreolischen Elite verkauft. Die Enteignung und Ausbeutung der Indigenen wurde damit legitimiert, dass die weißen BesitzerInnen die Landwirtschaft über bloße Subsistenzwirtschaft hinaus voranbringen und somit zu einer Modernisierung des Landes beitragen. (Vgl. Loayza Bueno 2010:55)

Die Ländereien der Ayllus wurden also weiterhin ausgebeutet und auf ihrem Gebiet wurden vermehrt Haciendas und Großgrundbesitze errichtet. Es lässt sich davon ausgehen, dass sich im gesamten andinen Gebiet die Anzahl der Haciendas bis 1866 mehr als verdoppelt hat. (Vgl. Albó 2005:11) So bildete sich eine neue landwirtschaftliche Elite, welche die Indigenen wie bereits in der Kolonialzeit zu unfreiwilliger Arbeit, der „pongueaje“ zwang. (Calderon 2010:33)

Den bäuerlichen Indigenen wurde das unfruchtbarste Land zur eigenen Existenzsicherung gelassen, was dazu führte, dass viele auf die Arbeit auf Großgrundbesitzen oder Plantagen ausweichen mussten. Diese Entwicklungen verfestigten die schon während der Kolonialzeit gewachsenen Strukturen zur Unterwerfung der Indigenen. Sie wurden nicht nur durch ihre ethnische Herkunft stigmatisiert, sondern auch im kapitalistischen System marginalisiert. (Vgl. Scheuzger 2007:193)

Der Ausbau der Eisenbahn ermöglichte gleichzeitig die Expansion in das Tiefland, um die Viehzucht voranzutreiben und Gummi abzubauen. Militärische Einheiten wurden zu Erkundungsgängen in das Gebiet des Chaco gesendet. Die Guaraní setzten den Widerstand um ihre Ländereien fort, wurden jedoch niedergekämpft und erlagen 1892 einer endgültigen Niederlage. (Vgl. Albó 2005:11)

Besonders im Hochland kam es zu neuen ethnischen Identifikationsformen, es bildete sich die Schicht der Cholos, welche in den Städten des Hochlandes, vor allem in La Paz siedelten. Die Cholos identifizierten sich sowohl mit ihrer indigenen Abstammung, als auch mit einer städtischen und neuen Lebensweise, sie waren im Gegensatz zu den MestizInnen jedoch

sozial weiter von der dominanten Schicht der weißen KreolInnen entfernt. (Vgl. Albó 2005:12)

1900 wurde eine Volkszählung durchgeführt, welche nach den ethnischen Kategorien Weiße, Indigene und Mestizen aufgeteilt war. Das staatliche Büro, welches für diesen Zensus zuständig war, gab folgende Auskunft: „En breve tiempo, ateniéndonos a las leyes progresivas de la estadística, tendremos a la raza indígena, si no borrada por completo del escenario de la vida, al menos reducida a una mínima expresión.“ (Censo Nacional de Bolivia zit. nach Albó 2009:20)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass auch nach der Unabhängigkeit Boliviens koloniale Formen der Dominanz und ethnisch geprägte Machtasymmetrien fortbestanden. Die Lebensverhältnisse der Indigenen verschlechterten sich im Vergleich zur Kolonialzeit im 19. Jahrhundert nochmals um ein Vielfaches. Nach Xavier Albó ist Bolivien keine postkoloniale, sondern eine neokoloniale Gesellschaft, welche bis heute von der Geschichte und den Strukturen des Kolonialismus stark geprägt ist. (Albó 2009:24)

Diese koloniale und neokoloniale Vergangenheit Boliviens wirkt bis in die heutigen Strukturen nach. War die ethnische Zugehörigkeit bis dato von großer Wichtigkeit, so änderte sich der Umgang mit der sozialen Kategorie der Ethnizität nach der nationalen Revolution von 1952 maßgeblich.

4.4 Die nationale Revolution 1952

Abbildung 4: Landkarte Boliviens



(Quelle: University of Texas Libraries, Bolivia Political 1993)

Bolivien war in mehrere Kriege mit den angrenzenden Nachbarländern verwickelt und erlitt einige interne Krisen. 1879 kam es zum Salpeterkrieg, während dessen Verlauf Bolivien und Peru gemeinsam gegen Chile kämpften. Durch diese militärische Auseinandersetzung verlor Bolivien einen großen Teil seines Territoriums und den Zugang zur Pazifikküste, was aufgrund des Verlustes des einzigen Hafens zu einem Trauma der Bevölkerung führte und noch heute am „día del mar“ national betrauert wird. 1903 verlor Bolivien in einem Konflikt mit Brasilien das Gebiet von Acre. Durch den dritten internationalen Konflikt, in dem

Bolivien 1932 bis 1935 gegen Paraguay um das Gebiet de Gran Chaco kämpfte, wurde Bolivien dazu gezwungen einen weiteren großen Teil seines staatlichen Territoriums abzutreten. Jede Krise brachte das Land dazu seine Position und seinen Stand als Nation zu überdenken, doch der Chacokrieg prägte das nationale Bewusstsein besonders. (Vgl. Albó 2005:12)

Noch dramatischer als Verlauf und Ausgang des Krieges gestalteten sich seine ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen. [...] Eine neue Generation, die «Chaco-Generation», bestimmte künftig das politische Leben Boliviens und setzte neue Themen, die die zentralen Problemfelder und Konflikte des Landes benannten, auf die nationale Agenda: Indianerfrage, Arbeiterfrage, Landfrage und das Problem der ökonomischen Abhängigkeit. (Gärtner 2010:46)

Die Zeit nach dem Chacokrieg war äußerst instabil und geprägt von politischen Auseinandersetzungen, Konflikten und Putschen durch die oligarchische Elite, dem Militär und verschiedenen ArbeiterInnenbewegungen, welche um die politische Macht im Staat rangen. Auch die gesellschaftliche Desintegration der Indigenen wurde zum öffentlichen Thema. 1941 wurde die „Partei der modernisierungsorientierten Mittelschichten“ (Ströbele-Gregor 2006:288) MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario) gegründet, deren Kandidat Víctor Paz Estenssoro 1951 die Wahl gewann, jedoch durch das Militär sofort wieder überrollt wurde. (Vgl. Gärtner 2010:49)

Diese innenpolitischen Entwicklungen gipfelten in der Nationalen Revolution 1952, die auch von gewerkschaftlich organisierten indigenen BergarbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen, sowie StudentInnen unterstützt wurde und die elitäre Herrschaft Boliviens ablöste. Es folgte der sogenannte „Estado del 52“ (Albó 2005:13), der grundlegende und revolutionäre gesellschaftliche Veränderungen mit sich brachte und bis auf wenige Änderungen und dem Wechsel der Regierung zum Militär (1965) bis 1985 fortbestand. (Vgl. Albó 2009:24) Die Folgen dieser politischen Veränderungen waren vielfältig und hatten einen großen Einfluss auf die Lebenslage der Indigenen und die nationalen Diskurse über Ethnizität.

Um für eine soziale und politische Integration zu sorgen, wurde die COB (Central Obrera Boliviana) als Dachverband für alle ArbeiterInnengewerkschaften Boliviens gegründet, die von den MinenarbeiterInnen geleitet wurde. Auf die Forderungen der ArbeiterInnen- und Bauern/Bäuerinnenbewegungen hin wurden die Minen verstaatlicht und der Staat wurde zum größten kapitalistischen Akteur des Landes. Dadurch sollte die bis dahin bestehende Oligarchie der Zinnbarone gebrochen werden. (Vgl. Albó 2005:13)

Gleichzeitig wurde 1953 eine Agrarreform durchgesetzt, welche mit der Hilfe der neu gegründeten Bauern/Bäuerinnengewerkschaft die Zwangsarbeit auf den Haciendas beendete. Große Ländereien wurden den Bauern/Bäuerinnen und indigenen Gemeinschaften überschrieben, welche das Land bearbeiteten. (Vgl. Ströbele-Gregor 2006:289) Die Agrarreform verhalf einigen Indigenen des Hochlandes in den Besitz kleiner Ländereien zu kommen. Die indigene Bevölkerung des östlichen Tieflandes Boliviens profitierte jedoch kaum von der Landverteilung. Dies lag vor allem daran, dass der Osten des Landes zu der damaligen Zeit weder politisch noch ökonomisch eine große Rolle spielte und daher nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der Regierung stand. (Vgl. Goedeking 2001:85)

Um diese Situation zu ändern, investierte die Regierung in die Sektoren der industriellen Landwirtschaft und Viehzucht im Osten Boliviens, allen voran in den Departements Santa Cruz und Beni. In diesen Regionen kam es zu der Schenkung großer Ländereien an regierungsnahe Personen, woraufhin im Osten Boliviens neue und riesige Haciendas entstanden. Albó beschreibt diesen Vorgang als umgekehrte Reform, welche nicht die Indigenen, sondern FreundInnen der Regierung begünstigte und somit nicht zu einer sozialen Angleichung der gesellschaftlichen Schichten führte. (Vgl. Albó 2005:13)

Die neue Regierung verfolgte die Idee einer homogenen Nation, in welche sich die indigene Bevölkerung integrieren und assimilieren sollte.

Der MNR [...] als tragende Kraft der Revolution zeichnete sich aus durch einen politischen Diskurs, innerhalb dessen ethnische Unterschiede in den Hintergrund traten zu Gunsten der diskursiven Konstruktion eines vermeintlich mestizischen bolivianischen Volkes, verbunden mit dem Versprechen der Integration. Dies bedeutete keineswegs, dass Aymaras, Quechuas oder gar Angehörige einer der ethnischen Gruppen des östlichen Tieflandes in Gesellschaft und Politik Einfluss gewonnen hätten, im Gegenteil: An der Herrschaft der Spanisch sprechenden, weißen Minderheit änderte sich nichts. (Goedeking 2001:85)

Indigene wurden im öffentlichen Diskurs nicht mehr als Angehörige einer ethnischen Gruppe kategorisiert sondern durch ihre Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse charakterisiert. Aus den Indios wurden nun Bauern, die campesinos. (Vgl. Ströbele-Gregor 2006:289)

Diese Entwicklung zeigt sich an einer 1952 durchgeführten Volkszählung. Dabei wurden Personen aufgrund ihrer Kleidung und ihres Wohnortes auf dem Land als Angehörige einer indigenen Gemeinschaft zugeschrieben. Europäisch gekleidete Personen, die ihren Lebensmittelpunkt in der Stadt besaßen, galten gemeinhin als MestizInnen (Vgl. Loayza Bueno 2010: 56)

Die neue Kategorisierung und Identifizierung als Bauern/Bäuerinnen brachte vielen Menschen den Vorteil, dass sie keine Zuschreibungen oder diskriminierende Praktiken

aufgrund ihrer indigenen Identität erfahren. Das „Indigen-Sein“, als ethnische Abweichung von den SpanierInnen oder MestizInnen stand nicht mehr im Vordergrund, sondern die Form der Erwerbstätigkeit, die landwirtschaftliche Produktion. „Seinerzeit erfolgte die Mobilisierung der indigenen Landbevölkerung als Bauernbewegung und ihre Gravitationsachse war die Landfrage. [...] Gleichwohl gab es bereits Organisationen, die eine indigene Identität vertraten und die Anerkennung der eigenen Kulturen forderten. Doch deren Gewicht war begrenzt.“ (Ströbele-Gregor 2004:20)

Die von der Regierung angestrebte Mestizierung sollte die ethnische Gruppe der Indigenen der weißen und herrschenden Gruppe einverleiben. Integration wurde nur als einseitiger Prozess gedacht und nicht als Praxis der gegenseitigen Annäherung. (Vgl. Scheuzger 2007:193) Laut Gärtner kam es zu einer „De-Ethnisierung der Gesellschaft“ (Gärtner 2010:35).

Um diesen Prozess zu beschleunigen wurde 1955 eine Bildungsreform geschaffen, die auch die ländliche indigene Bevölkerung mit einschloss. Diese Bestrebungen sollten die Indigenen in die bolivianische Gesellschaft einbinden und zu größerer Solidarität und Identifizierung mit der bolivianischen Nation führen. Da der Unterricht auf Spanisch gehalten wurde, führte die Bildungsreform zu einem Verlust der indigenen Muttersprachen und damit einem Teil der indigenen kulturellen Identität. (Vgl. Albó 2005:13)

Nach der Revolution von 1952 wurde das universelle Wahlrecht eingeführt. Dadurch erlangten Indigene zum ersten mal ein politisches Mitbestimmungsrecht, welches auch die analphabetische Bevölkerung und Frauen mit einschloss. Die Indigenen wurden somit von Seiten des Staates offiziell als vollwertige BürgerInnen Boliviens, mit den ihnen zustehenden Rechten, anerkannt. (Vgl. Albó 2005:13)

Nach der Revolution von 1952 änderte sich allerdings in der Praxis weniger an den Lebensbedingungen der ländlichen indigenen Gemeinschaften, als aufgrund dieser Beschreibungen vielleicht erwartet werden würde. Der Besitz von Land, ohne geförderte technische Hilfsmittel oder Innovationen im Agrarbereich führte die meisten indigenen Gemeinschaften nicht aus der Armut heraus. Sie konnten in vielen Fällen nicht über die Subsistenzwirtschaft hinaus produzieren und waren daher vom kapitalistischen Markt ausgeschlossen. Nach Loayza Bueno entstand so in der nachrevolutionären Zeit eine neue Kategorisierung, welche der indigenen Bevölkerung zugeschrieben wurde: die der marginalisierten und von Armut betroffenen Bevölkerung (Loayza Bueno 2010:58).

Auch wenn die Reformen einen großen Beitrag dazu leisteten, einen bolivianischen Staat mit BürgerInnen egalitärer Rechte zu erschaffen und die soziale Exklusion der Indigenen und deren Ausbeutung auf den Haciendas abzuschaffen, so blieb trotzdem die soziale Trennung zwischen der armen indigenen Landbevölkerung und den weißen und mestizischen StädterInnen bestehen. Nach wie vor hatte eine große Zahl der Bevölkerung keinen uneingeschränkten Zugang zu den Dienstleistungen und Errungenschaften des Staates. (Vgl. Albó 2009:26)

Die Bauern/Bäuerinnenbewegung war eng mit dem Partei-Apparat des MNR verknüpft und damit von der Regierung abhängig, der Gewerkschaftsdachverband der COB sammelte hingegen die linken und revolutionären Kräfte der BergarbeiterInnen. (Vgl. Ströbele-Gregor 2006:291f) 1964 fiel der MNR durch einen militärischen Schlag des Generals René Barrientos, welcher mit den Bauern/Bäuerinnen den Militär-Bauern-Pakt einging, um die Bauern/Bäuerinnen an einer politischen Vereinigung mit der Opposition zu hindern und an das Regime zu binden. Der Militär-Bauern-Pakt spiegelte die neue Betrachtungsweise der Indigenen als Bauern/Bäuerinnen wider, „[p]aradoxerweise sah der Staat die ländliche indigene Bevölkerung nur in ihrer Eigenschaft als Bauern (campesinos) als PaktpartnerInnen an, was die Negierung der ethnischen Identität dieser Bevölkerungsgruppe seitens des Staates impliziert.“ (Gärtner 2010:35)

Betrachtet man die ethnischen Diskurse, welche in den letzten Kapiteln beschrieben wurden – angefangen von der Kolonialzeit über die neokoloniale Epoche bis hin zur postrevolutionären Ära Boliviens – lassen sich ihre Wandelbarkeit und Entwicklungen erkennen. So unterschiedlich wie die Diskurse über Ethnizität, so verschieden waren auch die Ansichten wie gesellschaftlich mit der indigenen Bevölkerung verfahren werden sollte. Von der Segregation bis zur Assimilation reichten die Pläne, welche jeweils durch ethnische Diskurse legitimiert und untermauert wurden. Nur eine Tatsache blieb über die Zeit unverändert: Die ethnischen Zuschreibungen waren zeitgleich durch eine Ermächtigung oder Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet.

Wurden die Indigenen nach der Revolution 1952 diskursiv zu Bauern/Bäuerinnen, so wandelte sich diese Art der Wahrnehmung innerhalb der bolivianischen Gesellschaft erneut. Im Folgenden wird aufgezeigt, warum sich die Selbstzuschreibungen und Identifizierungen von der Kategorie der Bauern/Bäuerinnen wieder hin zum ethnischen, zum „Indigen Sein“ wendeten und welche Diskurse und Interessen damit verbunden waren.

4.5 Das Erstarken indigener Bewegungen in Bolivien

„La llegada de los ‘indios’ al poder es producto de un largo - y multicausal - proceso, que incluye transformaciones sociológicas, políticas y económicas de la sociedad boliviana (y del mundo).“ (Stefanoni 2010:19)

Waren Indigene in den Jahren nach der Revolution von 1952 vor allem in gewerkschaftlichen Verbänden organisiert und politisch aktiv, so änderte sich dies durch eine „breite ethnisch ausgerichtete Ablösungsbewegung“ (Scheuzger 2007:199).

Die Ursachen für dieses Erstarken von indigenen und ethnisch begründeten Bewegungen in Bolivien ab Ende der 70er Jahre sind vielfältig. Sie sind zum einen das Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklungen innerhalb Boliviens, zum anderen aber auch durch komplexe Prozesse in Lateinamerika sowie internationale Bewegungen und Diskurse geprägt. Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und nichtstaatliche Organisationen (NGOs) begleiteten diesen Prozess und werden mit dem weltweiten Erstarken indigener Bewegungen in Verbindung gebracht.

Im Folgenden werden zunächst die internen Strukturen und Entwicklungen Boliviens beleuchtet werden, welche zu der Rückbesinnung auf kulturelle Merkmale und damit zu einer Ethnisierung der Politik durch indigene Bewegungen führten. Daraufhin werden diese landesspezifischen Entwicklungen in einen lateinamerikanischen und globalen Kontext eingebettet und der Einfluss der internationalen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit für jenen Prozess analysiert.

4.5.1 Endogene Ursachen für das Aufkommen indigener Bewegungen in Bolivien

Obwohl sich die bolivianische Regierung nach 1952 um eine gesellschaftliche Inklusion der Indigenen bemühte und diskriminierende Beurteilungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit zurückwies, führte ihre Praxis der Verneinung einer indigenen Identität zu neuen Formen der kulturellen Diskriminierung. Albó spricht diesbezüglich von einem Boomerangeffekt. (Vgl. Albó 2009:27)

Gerade durch die Bestrebungen eine ethnisch homogene Nation zu erreichen und diese durch die Assimilierung der Indigenen durchzusetzen, kam es zu einem neuen Selbstbewusstsein indigener Gemeinschaften und der Rückbesinnung auf ihre kulturellen Wurzeln. Der

Integration in eine mestizische Gesellschaft waren strukturelle Grenzen gesetzt, welche von großen Teilen der indigenen Bevölkerung nicht durchbrochen werden konnten, das Versprechen der Integration in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben konnte nicht eingehalten werden. Obwohl die Revolution und der postrevolutionäre Staat viele Neuerungen und auch Verbesserungen für die indigene Bevölkerung mit sich brachten, lösten diese nicht die strukturellen Ursachen für Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung. „Junge Indigene, die aus ihren Dörfern in die Städte kamen, studierten und dann feststellen mussten, dass ihnen der soziale Aufstieg dennoch weitestgehend verwehrt blieb, waren der ‘urbane Ausgang’ für die Führung indigener Bewegungen.“ (Kemlein 2009:209) Diese Schicht intellektueller Indigener identifizierte sich mit ihren indigenen Wurzeln, sie waren in beiden Welten heimisch, der indigenen dörflichen Gemeinschaft und der städtischen Kultur. Sie verfügten über das Wissen und die Möglichkeiten auf ihre Lage aufmerksam zu machen und sich politisch für die Rechte der Indigenen zu engagieren. „Die neue intellektuelle indigene Führungsschicht schob den Organisationsprozess und die Identitätsfindung der heutigen indigenen Bewegung an.“ (Kemlein 2009:209)

Die Bemühungen dieser Schicht wurden von großer Unzufriedenheit und Frustration auf Seiten der ländlichen indigenen Bevölkerung begleitet. Diese Indigenen litten in weit größerem Maße unter Armut und deren negativen Auswirkungen als der Rest der Bevölkerung. Ihr Zugang zu sozialen Dienstleistungen wie Bildung, sanitäre Einrichtungen und medizinischer Versorgung war stark beschränkt. Zudem wurden Indigene von der nationalen Ökonomie und politischen Partizipationsmöglichkeiten so gut wie ausgeschlossen und arbeiteten größtenteils in der Landwirtschaft oder im informellen Sektor. Die Strukturanpassungen, welche im Rahmen der neoliberalen Reformen durchgeführt wurden, trafen besonders die ärmeren Bevölkerungsschichten (Ströbele-Gregor 2006:200).

Eine Studie, welche 1994 von der Weltbank veröffentlicht wurde, beschreibt den Grad der Benachteiligung indigener Bevölkerungsgruppen in Bolivien und kommt zu folgendem Schluss:

The findings [...] show that a disproportionate share of indigenous people are poor relative to the overall population. Even after controlling for schooling attainment, indigenous individuals have a 16 percentage point greater probability of being poor than non-indigenous individuals. Furthermore, mean per capita income levels for the indigenous group are less than two-thirds those of the non-indigenous group. (Psacharopoulos/Patrinou 1994:94)

Viele Indigene fühlten sich als „ciudadanos de segunda“ (Albó 2009:27), als BürgerInnen zweiter Klasse und waren unzufrieden mit ihrer Lebenslage.

Neben diesen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kam es zu einer politischen Machtverschiebung in Bolivien, die den Raum für neue politische Gruppierungen öffnete. Ab 1985 nahm der Präsident Víctor Paz Estenssoro neoliberale Reformen vor, was dazu führte, dass viele der großen Minen geschlossen wurden. Dadurch kam es zu einer vermehrten Migration der arbeitslos gewordenen ArbeiterInnen in die Stadt El Alto und in die Anbaugelände für Coca. Die MinenarbeiterInnen entbehrten sowohl der Basis ihrer bisherigen Existenzsicherung als auch der politischen Macht, welche sie durch die Vertretung in der Gewerkschaft bis dato erfuhren. (Vgl. Goedeking 2001:86) „Der Verlust der kollektiven Identität als Arbeiter und den damit von der Gewerkschaft formulierten Zielen, öffneten die ehemaligen Minenarbeiter für neue Einflüsse aus der indigenen Bewegung.“ (Kemlein 2009:209) Sowohl der 1979 gegründete Dachverband der Bauern und Bäuerinnen (CSUTCB) als auch Zusammenschlüsse durch die Kokabauern/Kokabäuerinnen (Cocaleros) sowie andere Organisationen, welche sich als indigen verstanden betraten die politische Arena Boliviens. (Vgl. Kemlein 2009:209)

4.5.2 Die KataristInnen-Bewegung

Die erste große indigene Bewegung in Bolivien begann Ende der 60er Jahre. Sie wurde von jungen studentischen Aymara gegründet, welche sich mit der Person Tupac Katari identifizierten, der im späten 18. Jahrhundert einen Aufstand gegen die Kolonialherren anführte. So benannten sich die Intellektuellen als KataristInnen und sahen sich als Teil einer wiederbelebten indigenen Widerstandsbewegung an.

Im Prozess der ‘Ethnisierung des Politischen’ stellt die Persönlichkeit von Tupac Katari für die indigene Bevölkerung im Allgemeinen und die Aymara im Besonderen den zentralen historischen Bezugspunkt dar. Die bei seiner Hinrichtung am 13. November 1781 verkündete Prophezeiung, dass er in der Gestalt von Millionen zurückkehren werde, hat sich für viele mit dem Übergang ins neue Jahrtausend erfüllt. (Gärtner 2010:25)

An diesem Beispiel lässt sich eine diskursive Rückbesinnung auf die Geschichte und die Zeit der kolonialen Unterdrückung erkennen, die auch spätere indigene Bewegungen kennzeichnet und ein wichtiges Element in vielen ethnisch geprägten Diskursen darstellt. Dies wird im Laufe dieser Arbeit noch an den Diskursen sozialer und zivilgesellschaftlicher Organisationen im Tiefland aufgezeigt.

Die Bewegung der KataristInnen setzte sich den Kampf gegen einen internen Kolonialismus zum Ziel, Indigene sollten von Neuem als politische AkteurInnen auftreten. Inspiriert wurden sie von Texten Fausto Reinagas, welcher die Partei „Partido Indio Boliviano“ (PIB) anführte und eine Rückkehr zu dem gesellschaftlichen System des Inkareichs propagierte. Diese Partei verfolgte einen ausgeprägten antiwestlichen Diskurs, war jedoch in der Öffentlichkeit und in politischen Kreisen wenig erfolgreich. (Vgl. Schilling-Vacaflor 2009:128)

Die AnhängerInnen des Katarismus vertraten die Idee einer Aymara-Nation, welche in ihrer kulturellen Eigenheit anerkannt und akzeptiert werden sollte. Es ging ihnen nicht nur um die Auflösung der ökonomischen und politischen Marginalisierung der Indigenen, sondern auch um das Ende der Unterdrückung ihrer Kultur, der Diskriminierung ihrer indigenen Identität. Im Manifest von Tiwanaku, das 1973 verfasst wurde, machten sie ihrer Frustration und ihrem Ärger über die bestehenden Missverhältnisse Luft:

Wir die Quechua- und Aymara-Bauern, ebenso wie jene von anderen indigenen Kulturen des Landes, sagen folgendes. Wir fühlen uns wirtschaftlich ausgebeutet sowie kulturell und politisch unterdrückt. In Bolivien gab es keine Integration der Kulturen sondern eine Unterwerfung und Dominierung, wodurch wir an der untersten und ausgebeutetsten Stelle der Pyramide geblieben sind. (zit. nach Schilling-Vacaflor 2009:129)

Die Basis des Katarismus bestand zum einen aus den intellektuellen StudentInnen aus La Paz als auch aus engen Verbindungen mit der ArbeiterInnenbewegung und den Bauern/Bäuerinnenorganisationen, um den Einflussbereich der Bewegung zu erweitern (Loayza 2010:60). Ihre VertreterInnen initiierten 1979 die Gründung des Dachverbundes der Bauern/Bäuerinnen „Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia“ (CSUTCB), welcher eine Basis für die Vertretung indigener Interessen darstellte und sich für Themen wie Landverteilung, kulturelle Identität und Demokratieförderung einsetzte (Matthes 2010:378). „Die Organisation avancierte gewissermaßen zum institutionellen Ausdruck eines zunehmenden ethnischen Bewusstseins innerhalb der Bevölkerung. Der CSUTCB zählt bis in die Gegenwart zu einer der wichtigsten indigenen Organisationen.“ (Matthes 2010:378f)

Innerhalb des Dachverbandes kam es jedoch vermehrt zu Meinungsverschiedenheiten und Konkurrenzkämpfen, welche sich zwischen verschiedenen Regionen und den leitenden Führungspersonlichkeiten des CSUTCBs abspielten. 1990 spaltete sich der CSUTCB letztendlich in zwei Flügel. Es bildete sich eine radikalere Fraktion, geleitet von Felipe Quispe und ein Flügel, welcher dem Movimiento al Socialismo (MAS) nahesteht (Ströbele-Gregor 2006:294).

Das Aufkommen des Katarismus in Bolivien zeigt deutlich den Beginn eines Prozesses an, in dem „Indigen-Sein“ und damit die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppen zu einer bedeutungsvollen gesellschaftlichen Kategorie heranwächst. Es markiert zudem den Anfang eines neuen Bewusstseins, welches die kulturellen Wurzeln positiv bewertet und zu einer Selbstermächtigung vieler indigener BürgerInnen führte. Neben den Bestrebungen sich aus Armut und marginalisierenden Lebensumständen zu befreien, standen plötzlich Kultur und Tradition als essentielle Bestandteile einer indigenen Identität im Vordergrund – ein Umdenken fand statt, welches großes Potential zur gesellschaftlichen Veränderung in sich tragen sollte. Neue Zusammenschlüsse wurden über gewerkschaftliche und regionale Grenzen hinweg möglich und verhalfen dem Auftreten vieler indigener Bewegungen zu vermehrter Aufmerksamkeit und Macht. Scheuzger beschreibt den Prozess der Rückbesinnung auf eine gemeinsame indigene Identität als eine in Lateinamerika bewusst genutzte Strategie, um ökonomische und politische Ziele zu verfolgen und durchzusetzen.

Was sich ab den 70er-Jahren abspielte, war somit nicht ein Erwachen der indigenen Bevölkerungen auf dem Subkontinent, sondern deren Übergang zu neuen Strategien, welche Forderungen nach Verbesserungen der Lebensverhältnisse immer deutlicher mit spezifischen kulturellen Anliegen verknüpften und ethnische Differenz zum politischen Projekt machten. Indigene wurden als solche wahrnehmbar zu sozialen und politischen Akteuren. In vielfältigen und regional je unterschiedlichen Wechselwirkungen entstanden neue Diskurse, die soziale Beziehungen ethnisierten. (Scheuzger 2007:192)

Die Zugehörigkeit zu einer indigenen Identität verhalf einem Teil der marginalisierten Bevölkerung und sozialen Bewegungen eine Stimme zu erhalten, die Möglichkeit gehört zu werden und an einem politischen Leben aktiv teilzuhaben. Durch die intellektuelle Elite, welche sich unter den Indigenen bildete, wurden die Voraussetzungen an einem politischen Diskurs zu partizipieren erfüllt. Dieser Prozess der zunehmenden politischen Aktivität verstärkte sich in den folgenden Jahren und führte zu bahnbrechenden und revolutionären Veränderungen in der bolivianischen Gesellschaft.

4.5.3 Indigene Bewegungen im Tiefland

Die Bandbreite an indigenen Organisationen und Bewegungen wuchs und erlangte durch ihr verstärktes Auftreten größere öffentliche Beachtung. „Seit Ende der 1980er Jahre nimmt der Bezug auf die ethnische Identität zu, in politischen Mobilisierungs- und Organisationsprozessen gewinnen ethnisch-politische Diskurse zunehmend an Gewicht.“ (Ströbele-Gregor 2004:20)

Neben den Indigenen des Hochlandes wurden nun auch die Indigenen des Tieflandes politisch aktiv, welche sich aufgrund der großen Heterogenität zwischen den dort ansässigen Ethnien bisher kaum politisch organisierten und im gesamtgesellschaftlichen Rahmen als unsichtbar erschienen (Stefanoni 2010:18). Wie bereits erwähnt, zogen die Reformen nach der Revolution von 1952 sehr negative Auswirkungen für die Indigenen des Osten Boliviens nach sich. Anstelle der gerechten Verteilung von Ländereien kam es zu Vetternwirtschaft, ParteifreundInnen wurden große Landflächen zugesprochen und das System der Haciendas wurde verfestigt. (Vgl. Quitzsch 2010:405)

Der Leidensdruck für viele indigene Gemeinschaften verschärfte sich, als ihre Gebiete verstärkt durch den Abbau natürlicher Ressourcen, wie Erdöl und Gas bedroht wurden und in Folge dessen die Umwelt - und damit ihre Existenzgrundlage – zunehmend verschmutzt und zerstört wurde. Zudem wurden immer größere Gebiete für eine exportorientierte Agrarwirtschaft oder die Rinderzucht genutzt, internationale Unternehmen drangen in das Amazonasgebiet ein, um Hölzer zu schlagen. Auch die Zuwanderung von bäuerlichen SiedlerInnen des Hochlandes bedrohte indigene Gemeinschaften des Tieflandes, da diese Land für ihre persönliche Subsistenzwirtschaft oder den Kokaanbau einforderten. Die Indigenen des Tieflandes waren diesen Veränderungen zunächst schutzlos ausgeliefert, sie besaßen keine Rechtstitel für ihr Land und waren von kollektiver Vertreibung bedroht. (Vgl. Schilling-Vacaflor 2009:153)

1982 wurde der Dachverband CIDOB (Confederación Indígena del Oriente, Chaco y Amazonía de Bolivia) durch den Zusammenschluss einiger indigener Völker des Tieflandes gegründet. Der Dachverband und seine Mitglieder waren von einer größeren Homogenität der gemeinsamen Interessen gekennzeichnet, als jene Bewegungen im Hochland. Wurden die der CIDOB eingegliederten indigenen Völker in den Anfangsjahren der Organisation noch als Bauern/Bäuerinnen deklariert, so änderte sich das Selbstbewusstsein des Dachverbandes in den folgenden Jahren grundlegend. Im Gegensatz zu vielen Bewegungen des Hochlandes wurde später nicht die Klassenzugehörigkeit als Identifikationskriterium gewertet, sondern die Zugehörigkeit zu einem indigenen Volk und damit die ethnische Identität (García Linera/Chávez León/Costas Monje 2004:242f). Die Interessen unterschieden sich zu den Hochlandorganisationen insofern, dass die Indigenen des Tieflandes vor allem den Schutz des Staates in Form von anerkannten Territorien einforderten. (Vgl. Goedeking 2001:98)

Während vielerorts im Lateinamerika der 60er- und 70er- Jahre Indigene ihre Kämpfe innerhalb der Bauern- und Landarbeiterschaft entlang der Linien der Klassenidentität austrugen – und somit ethnisch unsichtbar

blieben – formulierten Gruppen in der Amazonas-Region bereits Forderungen nach Territorien (statt nach Land) und nach Autonomie. (Scheuzger 2007:199)

Dies bedeutete neben dem gesicherten Besitz eigenen Landes und der Entscheidungsmacht über die dort verfügbaren Ressourcen auch ein Recht auf politische, ökonomische und kulturelle Selbstbestimmung⁶ (Ströbele-Gregor 2008:136). Um diesen Forderungen Ausdruck zu verleihen wurde 1990 der erste Protestzug der indigenen Tieflandvölker organisiert „la marcha indígena por el territorio y la dignidad“, der Marsch für Territorium und Würde. Dieser Marsch löste eine Welle der medialen Aufmerksamkeit aus, insgesamt marschierte eine Menge von circa 800 Menschen innerhalb von 34 Tagen nach La Paz, wo sie von den dortigen indigenen Bewegungen und sogar vom Präsidenten Jaime Paz Zamora persönlich empfangen wurden. Es kam zu Verhandlungen mit der Regierung, in denen fünf indigene Territorien anerkannt wurden. Das Konzept der indigenen Territorien fand daraufhin auch Eingang in die Diskurse indigener Bewegungen des Hochlandes und bahnte sich bald den Weg in die bolivianische Verfassung. (Vgl. Albó 2008:40) Im Gegensatz zu den Organisationen des Hochlandes waren die indigenen Organisationen im Tiefland Boliviens eher zu einer Kooperation mit dem Staat bereit und offen für eine Praxis des gemeinsamen Dialogs (Ströbele-Gregor 2006:297).

4.5.4 Fortschritte auf dem Weg zu politischer Partizipation

Das Erstarken indigener Bewegungen in Bolivien nahm zunehmend Einfluss auf die Politik des Landes. So ratifizierte der Präsident Jaime Paz Zamora 1991 die ILO-Konvention 169 zum Schutz der Rechte indigener Völker⁷. Im Rahmen des 500. Jahrestages der Eroberung Amerikas schlossen sich 1992 indigene Organisationen des Hoch- und Tieflandes zusammen, um gemeinsam die Forderung nach einem multiethnischen und plurikulturellen bolivianischen Staat zu formulieren. Dieses Ansinnen wurde schließlich 1994 durch die Regierung unter dem Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada in Form einer Änderung der Verfassung realisiert. (Vgl. Albó 2008:42-48)

1993 wurde Víctor Hugo Cárdenas zum Vizepräsidenten Boliviens ernannt, ein Aymara und bekannter Anhänger des Katarismus. Diese Entwicklung stellte einen Meilenstein für die bolivianische Gesellschaft und allen voran für die indigene Bevölkerung des Landes dar.

⁶Der Begriff des Territoriums wird im Laufe dieser Arbeit noch näher erläutert werden.

⁷Die Konvention 169 der International Labour Organization wird im Rahmen dieser Arbeit noch näher erläutert werden.

Cárdenas trat selbstbewusst als Angehöriger eines indigenen Volkes in Erscheinung und arbeitete bei seinen öffentlichen Auftritten mit einer deutlich erkennbar ethnisch aufgeladenen Symbolik. Albó spricht jedoch von der Ernennung Cárdenas als einem politischen Schachzug, der zu einer größeren gesellschaftlichen Akzeptanz der Regierung Lozadas führen sollte. (Vgl. Albó 2008:47)

Obwohl Cárdenas zu einer Zeit der neoliberalen Strukturanpassungen im Parlament saß und dadurch mit einer schwierigen politischen Ausgangslage konfrontiert war, gelang es ihm einige Reformen durchzusetzen, welche positive Aspekte für indigene Gemeinschaften verzeichnen konnten. Darunter fiel die Reform des Bildungswesens, welche aufgrund ihrer neoliberalen Ausrichtung zwar umstritten war, jedoch die rechtliche Basis für eine bilinguale und interkulturelle Erziehung schuf. (Vgl. ebd.:48)

Die wichtigsten Reformen stellten für die indigene Bevölkerung vor allem das Gesetz der Volksbeteiligung „Ley de Participación Popular“ (LPP) und die Agrarreform „Ley del Instituto Nacional de Reforma Agraria“ (INRA) dar.

Ziel der Regierung war es, demokratische Strukturen zu festigen und die Gesellschaft zu modernisieren. Durch die Verknüpfung von Verwaltungsdezentralisierung und Partizipation auf lokaler Ebene sollte die ländliche Bevölkerung, das bedeutete vor allem die indigene Bevölkerung, in das politische Leben integriert werden. Mit dem Volksbeteiligungsgesetz wurden erstmals auf dem Land Kreisverwaltungen (municipios) geschaffen, das bedeutet neue politische und Entscheidungsstrukturen auf kommunaler Ebene. (Ströbele-Gregor 2006:301f)

Das Gesetz der Volksbeteiligung führte jedoch nicht nur zu einer größeren politischen Partizipation der indigenen Bevölkerung, sondern auch zu der Exklusion von Bauern/Bäuerinnen-Verbänden oder indigenen Organisationen, da nur Parteien die Beteiligung an den Kommunalwahlen zugesagt wurde. 2004 wurde das Gesetz überarbeitet, so dass auch BürgerInnenvereinigungen und indigene Organisationen zu den Wahlen zugelassen wurden (Ströbele-Gregor 2006:303).

Das Agrargesetz INRA schuf die Möglichkeit die Ländereien indigener Gemeinschaften in Form von „Tierras Comunitarias de Origen“ (TCOs) rechtlich anzuerkennen. „Die TCOs sind als kollektives, unteilbares, unveräußerbares, unpfändbares und unverjährbares Eigentum an Land definiert. Sie sind dem freien Markt nicht eingegliedert, so werden durch das Gesetz traditionelle Formen des Zugangs und der Nutzung zu Land geschützt.“ (Radhuber 2009:60)

Nach dem Gesetz INRA werden Ländereien durch den Nationalen Dienst für Agrarreform auf ihre Nutzung für Landwirtschaft und Viehzucht und in Bezug auf ihre Produktivität überprüft. Entsprechen die Ergebnisse nicht den vorgegebenen Kriterien können die bisherigen

BesitzerInnen enteignet und das Land zugunsten der bäuerlichen und indigenen Bevölkerung an dörfliche Gemeinschaften abgetreten werden. (Vgl. Radhuber 2009:60).

Die Ereignisse unter der Regierung Lozadas kennzeichnen einen deutlichen Paradigmenwechsel innerhalb der bolivianischen Gesellschaft und deren Auffassung einer Nation. Wurde in den letzten Kapiteln bereits erwähnt, dass die Vision einer bolivianischen Nation lange Zeit mit einer gesamtheitlichen Homogenisierung der Bevölkerung gleichgesetzt wurde, so änderte sich diese Sichtweise. Die Einheit des bolivianischen Volkes blieb weiterhin wichtigstes Kriterium, dennoch wurde offensichtlich, dass trotz einer massiven Politik der Assimilierung und Integration gewisse Unterschiede innerhalb der Bevölkerung nicht aufgehoben werden konnten. Nachdem die Belange Indigener durch zahlreiche Bewegungen und mit verstärkter Vehemenz vertreten wurden, konnten die bestehenden Differenzen innerhalb der Gesellschaft nicht mehr ignoriert werden. Der neue Kurs zielte nun auf eine starke nationale Gemeinschaft, die gerade durch die bestehende kulturelle Vielfalt bereichert wird. Eine Einheit, die interne Diversität nicht leugnet, sondern zu ihrem Potential erennt. (Vgl. Albó 2008:31)

Obwohl einige der neuen Gesetze und Reformen zunächst durch ihre neoliberale Ausrichtung und den Einfluss der Weltbank stark kritisiert wurden, zeichneten sich doch positive Effekte für die indigene Bevölkerung ab. Die Entwicklung und Durchsetzung jener Reformen ist als Kennzeichen für die stärkere Einbindung indigener Interessen in die Politik zu sehen und als Vorzeichen, dass ihre Belange und der Drang nach politischer Beteiligung nicht länger ignoriert werden konnten.

Wurde bisher von *den* Indigenen gesprochen, so war dies nicht korrekt. Es handelte sich bei den hier vorgestellten Organisationen und Zusammenschlüssen keinesfalls um homogene Einheiten und auch die Interessen der verschiedenen Bewegungen und Verbände waren und sind bis heute höchst unterschiedlich und teilweise konträr.

In Bolivien kam die Forderung der indigenen Bevölkerungsmehrheit nach politischer Vertretung und politischer Macht im Aufkommen sehr unterschiedlicher Organisationen und Führungspersönlichkeiten zum Ausdruck. Es gibt nicht die eine, nationale indigene Bewegung, die als organisatorischer Rahmen für die Anliegen von Aymaras, Quechuas und den Angehörigen der zahlreichen kleineren ethnischen Gruppen vor allem des östlichen Tieflandes zur Verfügung stünde. (Goedeking 2001:84)

Was die unterschiedlichen Bewegungen und Organisationen gemeinsam hatten, war jedoch der Bezug auf eine gemeinsame indigene Identität und eine damit einhergehende Ethnisierung

ihrer Politik. Es entstand das Bild einer einheitlichen indigenen Kultur, welche in ihren Fundamenten durch die Erfahrung der Unterdrückung und Ausbeutung während der Kolonialzeit und bis heute von Marginalisierung und Diskriminierung geprägt ist. Doch diese propagierte Einheit der Kultur und Identität ist ein Schein, der sich bei genauerem Hinsehen auflöst. Daher hinterfragt Stefanoni, inwiefern sich die Lebenswelten der indigenen BürgerInnen aus den unterschiedlichsten sozialen, ökonomischen, regionalen und kulturellen Kontexten wirklich überschneiden:

¿qué es lo que realmente tienen en común un campesino quechua del Norte de Potosí, que vive y produce en el marco de una cierta 'economía étnica', con un aymara urbano de El Alto, propietario de una flota de minibuses o de un camión de carga convertido al evangelismo pentecostal? (Stefanoni 2010:22)

An dieser Stelle wird explizit klargemacht, dass *die* Indigenen im Sinne einer einheitlichen Gruppe in Bolivien nicht existieren. Zu unterschiedlich sind die Traditionen, die Herkunft und die Lebensarten⁸.

Wie im Theorieteil dieser Arbeit beschrieben, besteht die Identität stets aus verschiedenen Dimensionen, wie beispielsweise biologisches und soziales Geschlecht, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse, sozialer Status, Alter, etc. Warum sich Menschen oder auch Gruppen auf eine Kategorie dieser unterschiedlichen Identitätsdimensionen konzentrieren, erfolgt nicht zufällig, sondern ist mit dem gesellschaftlichen Kontext oder auch einer konkreten Situation verbunden. So stellt die Vereinigung unter der Kategorie einer gemeinsamen Ethnizität für viele Menschen und soziale Akteure und Bewegungen in Bolivien ein großes Potential dar. „Für die Forschungsgruppe der Universität Bielefeld [...] steht fest, dass Ethnizität in der außereuropäischen Welt eine wichtige Ressource darstellt, um politische Ansprüche zu legitimieren und durchzusetzen.“ (Matthes 2010:367f)

Trotz der Unterschiede zwischen den indigenen Gruppierungen und ihren internen Differenzen sowie verschiedenen Zielen und Interessen vereint das Streben gegen soziale und diskriminierende Ungerechtigkeit die indigenen Bewegungen. „Soziale Akteure mit unterschiedlichen Interessenslagen (*campesinos* des Hochlands, Siedler in den Tälern, ethnische Gemeinschaften des Tieflands, sowie Migranten bäuerlich-indigener Herkunft in den Städten des Hochlands) verwendeten zunehmend ähnliche Diskurselemente.“ (Matthes 2012:379) Dieser Prozess setzte sich in Bolivien fort und führte zu überraschenden und revolutionär anmutenden Neuerungen, wie auch zu Konflikten und sozialen Unruhen.

⁸Der Begriff der Indigenität wird im Laufe dieser Arbeit noch explizit definiert werden.

Wurde der Fokus der Aufmerksamkeit in den letzten Kapiteln auf die internen Entwicklungen und Transformationsprozesse in Bolivien gelegt, so wird im Folgenden näher auf jene transnationalen und globalen Rahmenbedingungen eingegangen, welche das Erstarken indigener Bewegungen in Bolivien begünstigten.

4.6 Das Aufkommen indigener Bewegungen in Lateinamerika

Das Erstarken indigener Bewegungen in Bolivien ist in einen größeren Kontext einzuordnen und stellt kein vereinzelt Phänomen in Lateinamerika dar. Besonders seit den 70er Jahren kam es in vielen Staaten Lateinamerikas vermehrt zu politischen Zusammenschlüssen, welche auf einer gemeinsamen indigenen Identität basierten und gesellschaftspolitisch großen Einfluss erlangten. Natürlich waren die verschiedenen Bewegungen durch ihre regionale und spezifische Situation sowie durch verschiedene Ideen und Ideale gekennzeichnet, dennoch teilten sie den diskursiven Bezug auf eine ethnische, beziehungsweise indigene Identität. (Vgl. Scheuzger 2007:198) Eine wichtige Etappe dieser Entwicklung stellte die Rebellion der Zapatisten in Mexiko dar.

The year 1994 heralded a major uprising of indigenous peoples in the Mexican state of Chiapas, known as the Zapatista rebellion. Deploring the world's lack of attention to their plight and fearful of the effects of rapid globalization on their local economies and culture, the actions of these people signaled the beginning of a new era in which indigenous peoples would begin to play an increasingly vocal part in national politics. In the subsequent years indigenous groups throughout Latin America exercised their political muscle in new and increasingly visible ways. (Hall/Layton/Shapiro 1994:1)

In ganz Lateinamerika wurden indigene Bewegungen und Organisationen gegründet, seien es die mexikanischen ZapatistInnen, die Maya in Guatemala, der Dachverband der indigenen Völker in Ecuador oder die bereits erwähnten Gruppierungen in Bolivien. Zudem agierten viele Organisationen und Bewegungen nicht nur innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten, sondern schlossen sich auch zu überregionalen und internationalen Verbänden und Netzwerken zusammen. Hier lässt sich beispielsweise der Verbund der indigenen Völker des Amazonasbeckens „Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica“ (COICA)⁹ anführen (Feldt 2004:50).

⁹Der Verbund COICA wurde 1984 gegründet und umfasst heute indigene Organisationen folgender Länder: Peru, Guayana, Ecuador, Bolivien, Brasilien, Französisch-Guayana, Surinam, Venezuela, Kolumbien (COICA o.J.).

Seit den 70er und 80er Jahren entwickelten sich innerhalb des lateinamerikanischen Raumes Ideen eines Panindianismus, einer übergreifenden gemeinsamen indigenen Identität, die über die vielen Unterschiedlichkeiten und Differenzen innerhalb der indigenen Bevölkerungsgruppen hinweg sah. Der Panindianismus idealisierte eine indigene Ursprungsidentität und setzte diese in Kontrast zu den westlichen und als feindlich betrachteten Nicht-Indigenen. „Radikal panindianistische Positionen entwarfen in ihrer vollständigen Zurückweisung dessen, was sie als westliche Kultur für abschottbar hielten, darüber hinaus Erweckungsvisionen einer indianischen Welt in präkolonialer Ursprünglichkeit.“ (Scheuzger 2007:207f)

Als besonders einschneidend und für die indigenen Bewegungen Lateinamerikas prägend, werden die Ereignisse rund um die 500 Jahrfeier, eine Veranstaltung zur Erinnerung an 500 Jahre der Begegnung zwischen Europa und Amerika, gewertet. Im Jahr 1989 wurde zu diesem Anlass in Bogotá eine Resistenzbewegung mobilisiert, um auf die Geschichte der Unterdrückung der Indigenen vor einer großen Öffentlichkeit hinzuweisen (Kemlein 2009:228).

Die Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika schufen einen neuen Raum für indigene Parteien und Bewegungen. Nicht nur die indigene Bevölkerung Boliviens litt unter den Folgen einer neoliberalen Wirtschaftsorientierung und unter den damit einhergehenden Strukturanpassungen. Die soziale, ökonomische und politische Marginalisierung von der ein Großteil der indigenen Bevölkerungsgruppen in Lateinamerika betroffen war, gab den Anstoß für Protestbewegungen und weckte den Wunsch nach Teilhabe und Partizipation innerhalb der nationalen Gesellschaften, aber auch nach Selbstbestimmung und eigenen Territorien. (Vgl. Scheuzger 2007:198-201)

Der Erfolg, welchen indigene Bewegungen auf politischer Ebene in Lateinamerika verbuchten, lässt sich anhand der rechtlichen Entwicklungen vieler Staaten ablesen.

Verfassungsänderungen in Kolumbien (1991), Mexiko (1992), Peru (1993), Bolivien (1994) oder Ecuador (1998), welche die betreffenden Staaten neu als plurikulturelle, multiethnische definierten, oder der Eintritt von Indigenen in nationale Regierungskabinette, etwa in Guatemala oder Bolivien, waren über den Subkontinent hinaus wahrnehmbare Zeichen für die sich verändernde politische Rolle der *indigenas* in Lateinamerika. (Scheuzger 2007:191)

In der Fachliteratur lassen sich einige Umschreibungen für die eben geschilderten Prozesse finden, es ist die Rede von einer „neue[n] Sichtbarkeit indigener Präsenz“ (Scheuzger 2007:191), von einer „Re-Ethnisierung“ (Gärtner 2010:60) der Gesellschaft und des

Politischen oder dem „(Wieder-)Erstarken indigener Bewegungen“ (Kemlein: 2009:207). Ethnizität und in diesem Kontext vor allem die Zugehörigkeit zu einer indigenen Bevölkerungsgruppe fand den Eingang in zahlreiche nationale Diskurse lateinamerikanischer Staaten.

Das massive Aufkommen indigener Bewegungen im lateinamerikanischen Raum lässt sich jedoch nicht ausschließlich durch interne strukturelle Ursachen oder Ereignisse begründen. Eine ausschlaggebende Rolle spielten auch internationale Entwicklungen und die Diskurse transnationaler Institutionen sowie Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Im Folgenden werden daher die internationalen Rahmenbedingungen erläutert, welche das Erstarken indigener Bewegungen weltweit anstießen und beeinflussten.

4.7 Indigene Belange auf globaler Ebene

Nicht nur die indigenen Bewegungen in Lateinamerika traten vermehrt auf die politische Bühne, sondern auch nordamerikanische, kanadische und australische Indianerbewegungen, welche sich auf internationaler Ebene für ihre Rechte einsetzten. In den USA nahmen indigene Proteste beispielsweise durch die Bürgerrechtsbewegung 1960 deutlich zu, es entwickelte sich ein „supratribales ethnisches Bewusstsein“ (Scheuzger 2007:201), ethnische Identitäten verhafteten nicht auf regionaler Ebene, sondern bildeten Netzwerke und internationale Allianzen.

Ein wichtiger Beitrag für einen Diskurs über indigene Identität kam von den Vereinten Nationen (UN) und deren Diskursen über Menschenrechte, welche in Verbindung mit ethnischen Minderheiten und indigenen Bevölkerungsgruppen gebracht wurden. Als absoluter Vorreiter auf diesem Gebiet ist die Internationale Arbeitsorganisation ILO (International Labour Organization) zu sehen, welche bis heute die einzig rechtlich bindende Konvention für die Rechte Indigener erarbeitete.

4.7.1.1 Die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation

Seit dem Ende des 1. Weltkrieges wurden Menschenrechtsfragen zu einer Angelegenheit, die nicht nur der Autorität von Staaten unterlag, sondern auch zum Thema einer internationalen

Gemeinschaft avancierte. Im Jahr 1919 wurde die Internationale Arbeitsorganisation ILO gegründet, welche 1946 als Sonderorganisation in die Vereinten Nationen integriert wurde und seitdem die Themenbereiche soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Arbeitsrechte zu ihren Schwerpunkten zählt. (Vgl. Speiser 2004:31).

Die ILO unternahm 1953 die Studie „Indigenous People“ und analysierte die Lebensbedingungen indigener Bevölkerungsgruppen in bereits unabhängigen Staaten. Vier Jahre darauf erarbeitete die ILO die Konvention 107, welche 1963 für den „Schutz und die Eingliederung eingeborener Bevölkerungsgruppen und anderer in Stämmen lebender oder stammesähnlicher Bevölkerungsgruppen in unabhängigen Ländern“ (Ludescher 2004:44) in Kraft trat. Diese Konvention lehnte sich stark an die damals praktizierten Integrationsmodelle der lateinamerikanischen Staaten an und sollte die Eingliederung der indigenen Bevölkerung in den Nationalstaat ermöglichen und ihr damit die Rechte und Chancen als anerkannte BürgerInnen gewähren. Im Gegensatz zu assimilationistischen Ansätzen sollte jedoch besonders Wert auf die Möglichkeit zur Wahrung der kulturellen und traditionellen Eigenheiten gelegt werden. (Vgl. Ludescher 2004:45)

Die Konvention wurde in ihrer praktischen Ausführung jedoch stark kritisiert, da die Integration der indigenen Bevölkerung von den verantwortlichen Regierungen auch durch Zwangsmaßnahmen und Repressalien durchgesetzt wurde. So bemängelte die UN, dass es der Konvention 107 nicht glückte die indigene Bevölkerung zu schützen und ihre Menschenrechte zu sichern. Vor allem wurde jedoch nun das Konzept der Integration an sich bezweifelt, weswegen die Konvention überarbeitet wurde. (Vgl. ebd.:46-49)

Die neue Konvention 169 trat ab 1991 in Kraft und wurde bis heute von 22¹⁰ Staaten ratifiziert. Zum ersten mal wurde auch den VertreterInnen indigener Völker durch ihre Mitgliedschaft in NGOs die Teilnahme an den Konferenzen zur Änderung der Konvention gestattet (ebd.:50). Die Konvention 169 bildet bis heute einen wichtigen Bezugspunkt für indigene Organisationen, da ihnen „mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit [...] das Recht auf eigenes Land, auf ihre Kultur und Sprache“ (Speiser 2004:31) zugesichert wurde. Wichtige Punkte der Konvention betreffen das Recht auf kulturelle Differenz, die Ausübung traditioneller Lebensstile sowie auf eigene soziale Organisationsformen und politische Institutionen. (Vgl. ILO 1998)

¹⁰Folgende Staaten ratifizierten die Konvention 169 (Stand: Januar 2013): Argentinien, Bolivien, Brasilien, Zentralafrikanische Republik, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Fidschi, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nepal, Niederlande, Nicaragua, Norwegen, Paraguay, Peru, Spanien, Venezuela (ILO o.J.).

Die indigenen RepräsentantInnen forderten als einzig wirksame Maßnahme zum Schutze der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen deren Anerkennung als Völker und das damit völkerrechtlich verbundene Recht auf Selbstbestimmung, welches allerdings in die Konvention 169 nicht aufgenommen wurde.

Die Konvention verwendet den Begriff der 'Völker', schließt jedoch die damit verbundenen völkerrechtlichen Ansprüche explizit aus. Die Diskussion um diese Begrifflichkeit wird immer wieder geführt. [...] In Anlehnung an internationale Vereinbarungen und indigene Erwartungen wird in dieser Veröffentlichung von 'Völkern' im o.g. eingeschränkten Sinn gesprochen. (Speiser 2004:31)¹¹

Auch wenn der Grad der Durchsetzung der Konvention 169 in den verschiedenen Staaten variiert und die Arbeit der ILO zuweilen kritisiert wird, „[d]ie ILO ist das erste supranationale Gremium, das die Thematik der indigenen Völker aufgriff und bis heute die einzigen internationalen Regelwerke hierzu verantwortet.“ (Speiser 2004:31)

4.7.1.2 Die Vereinten Nationen

Das Aufleben indigener Protestbewegungen war eng an das Aufkommen des Menschenrechtsdiskurses der UN geknüpft, welcher ethnischen Minderheiten besondere Rechte zum Schutze ihrer spezifischen Kultur und Lebensweise einräumte und sie vor Diskriminierung schützen sollte. „Hauptunterstützer im Prozess der Sichtbarwerdung indigener Völker waren die Vereinten Nationen mit ihren Verlautbarungen mit weltweiter Gültigkeit.“ (Speiser 2004:31) Die Vereinten Nationen befassten sich allerdings erst ab 1970 mit den spezifischen Lebensbedingungen und Rechten indigener Völker, als eine Unterabteilung der UN-Menschenrechtskommission eine Studie über das Problem der Diskriminierung indigener Bevölkerungsgruppen empfahl. Noch im Laufe dieser „Martinez-Cobo-Studie“ wurde die Gründung einer Arbeitsgruppe beschlossen, welche sich ganz speziell mit der Situation, den Bedürfnissen und Rechten indigener Völker beschäftigte – die „Working Group on Indigenous Populations“ (WGIP). (Vgl. Ludescher 2004:55f)

Mit der Einrichtung der *Working Group on Indigenous Populations* erfuhren die indigenen Völker die erste formelle Anerkennung durch die Vereinten Nationen [...]. Die von fünf Menschenrechtsexperten der Unterkommission gebildete Arbeitsgruppe erhielt einen zweifachen Auftrag: 1) Die Entwicklung bezüglich der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte indigener Völker in den Mitgliedsstaaten der Vereinten

¹¹In dieser Diplomarbeit wird sich der Auffassung Speisers angeschlossen und der Begriff der indigenen „Völker“ verwendet. Wie in der Diskursanalyse klar werden wird, bildet die spanische Verwendung des Begriffes (pueblo/Volk) einen zentralen Aspekt der Diskurse indigener Bewegungen des Tieflands Boliviens.

Nationen zu überprüfen und 2) der Entwicklung völkerrechtlicher Standards besondere Aufmerksamkeit zu schenken. (Ludescher 2004:56f)

An den jährlichen Sitzungen der Arbeitsgruppe dürfen Abgesandte der Regierungen, NGOs und indigene RepräsentantInnen teilnehmen. Auf die Initiative dieser Einrichtung hin wurde 1993 zum Jahr der indigenen Völker erklärt und von 1995 bis 2004 die internationale Dekade für indigene Völker ausgerufen. Eine stärkere internationale Vernetzung und Zusammenarbeit sollte geschaffen werden, um indigene Belange durchzusetzen und die spezifischen Probleme von denen indigene Volksgruppen betroffen sind zu lösen. Ein wichtiges Ereignis der Dekade stellte die Errichtung eines permanenten Forums für indigene Fragen dar, das „Permanent Forum on Indigenous Issues“ (UNPFII), welches seit 2002 jährliche Treffen abhält. (Vgl. ebd.:7f) Speiser stuft die erste indigene Dekade jedoch in ihren Ergebnissen insgesamt als wenig zufriedenstellend ein, da viele angestrebte Ziele nicht erreicht wurden (Speiser 2004:33). Von 2005 bis 2015 läuft die zweite UN-Dekade für indigene Völker. (Vgl. United Nations o.J.)

2001 wurde das Amt eines UN-Sonderberichterstatters für indigene Angelegenheiten eingerichtet, welches erst durch Dr. Rodolfo Stavenhagen und seit 2008 durch Prof. James Anaya besetzt wurde. Der Sonderberichterstatter erstellt der UN-Menschenrechtskommission jährlich einen Bericht über die Lage indigener Völker und dient als Ansprechpartner für indigene Organisationen (Speiser 2004:33).

Die Deklaration über die Rechte indigener Völker

*„Affirming that indigenous peoples are equal to all other people, while recognizing the right of all peoples to be different, to consider themselves different, and to be respected as such“
(United Nations 2008:1)*

Besonders hervorzuheben ist die Deklaration über die Rechte indigener Völker, welche von der WGIP erarbeitet wurde und nach 20 Jahren andauernder Verhandlungen schließlich 2007 von der UN Generalversammlung angenommen wurde. Allerdings stellt sie eine nicht bindende Erklärung dar, welche die Regierungen der Mitgliedsstaaten lediglich dazu aufruft die beschlossenen Richtlinien auf staatlicher Ebene umzusetzen. Die Deklaration stellt besonders die kollektiven Rechte indigener Bevölkerungsgruppen in den Vordergrund. Neben der menschenrechtlich vollkommenen Gleichsetzung mit anderen Völkern und Personen wird indigenen Bevölkerungsgruppen das Recht auf Differenz in Bezug auf ökonomische, soziale

und kulturelle Lebensweisen und spezifische Rechtssysteme zugesichert. Die Deklaration bescheinigt indigenen Völkern zudem das Recht auf Selbstbestimmung, Selbstregierung und Autonomie bezüglich innerer Angelegenheiten. (Vgl. United Nations 2008) Die Deklaration über die Rechte indigener Völker nimmt keine eigene Definition über den Begriff der Indigenität vor. Sie stützt sich auf die von der Martinez-Cobo-Studie entwickelte Definition:

Indigene Gemeinschaften, Völker und Nationen sind solche, die eine historische Kontinuität mit Gesellschaften aufweisen, die sich vor der Invasion der Kolonialherrschaft in diesen Territorien entwickelten; die sich selbst als verschieden von anderen Teilen der Gesellschaft, die nun in diesen Territorien oder Teilen derselben überwiegen, betrachten. Sie bilden gegenwärtig nicht-dominante Teile der Gesellschaft und sind entschlossen, ihre angestammten Territorien und ihre ethnische Identität als Grundlage ihrer fortdauernden Existenz als Völker, in Übereinstimmung mit ihren eigenen kulturellen Mustern, sozialen Institutionen und Rechtssystemen an künftige Generationen weiterzugeben.“ (Martinez Cobo zit. nach Ludescher 2004:61)

Diese Bezeichnung wurde jedoch heftig umstritten, da sie vor allem auf eine Art der kolonialen Vergangenheit Bezug nimmt, welche in dieser Form nicht in allen Staaten mit indigenen Bevölkerungsgruppen gegeben ist (Ludescher 2004:61). 1996 wurde die Definition des Begriffes der Indigenität nach Martinez Cobo von der UN-Arbeitsgruppe über indigene Bevölkerungen modifiziert. Dabei wurde betont, dass es keine allgemeine Definition gibt, die der Vielfalt aller indigenen Völker gerecht werden könnte. Aus diesem Grund stellt die Selbstidentifikation als indigenes Volk einen essentiellen Grundstein für eine Klassifikation als solches dar¹². (Vgl. Working Group on Indigenous Populations 1996)

Die Deklaration über die Rechte Indigener Völker stellt ein wichtiges Fundament für die Legitimation und Vertretung der Interessen indigener Völker dar, allein der Entwurf führte zur „Sichtbarwerdung indigener Völker auf der internationalen Bühne der UN“ (Speiser 2004:28) und somit in einem globalen Zusammenhang.

Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung

Eine wichtige Rolle für die Indigenen vieler Staaten und besonders die im Amazonasgebiet siedelnden Bevölkerungsgruppen Lateinamerikas spielte die UN-Konferenz „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ 1992 in Rio De Janeiro. Während dieser Konferenz wurde zwei Umständen Rechnung getragen: Zum einen wurde erkannt, dass die voranschreitende Umweltzerstörung vor allem indigene Gemeinschaften in einem dramatischen Ausmaß

¹²Im Rahmen dieser Arbeit wird noch näher auf verschiedene Definitionen des Begriffes der Indigenität eingegangen werden.

betrifft, da diese oftmals in direkter Symbiose mit der Natur leben und ihren natürlichen Lebensraum schwinden sehen. Zum anderen werden Indigene als wichtige AkteurInnen im Kampf gegen die Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt angesehen. (Vgl. Speiser 2004:64f)

In Anbetracht der wechselseitigen Beziehung zwischen Umwelt, nachhaltiger Entwicklung und kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem und physischem Wohlergehen indigener Bevölkerungsgruppen soll deren Rolle in nationalen und internationalen Entwicklungsaktivitäten, die eine ökologisch rationelle und nachhaltige Entwicklung zum Ziel haben, anerkannt, gefördert und gestärkt werden. (Ludescher 2004:64)

Die Umwelt und damit der Lebensraum und die Existenzgrundlage vieler indigener Bevölkerungsgruppen soll also für deren Wohlergehen und den Erhalt ihrer Lebensweise und Traditionen geschützt werden. Gleichzeitig sollen indigene Gemeinschaften auch als aktive AgentInnen für den Umweltschutz eingebunden werden, wofür sie aufgrund ihrer Lebensumstände als auch ihres großen Wissens über die Natur als besonders geeignet gelten. Besonderes Augenmerk der Konferenz lag auch auf der Wahrung der Biodiversität und Artenvielfalt der Natur. Es wurde davon ausgegangen, dass indigene Völker und die Umwelt wie zwei Seiten einer Medaille zu sehen sind und Indigene daher sowohl als „Schützer der Natur“ (Ströbele-Gregor 2004:10) wirken und gleichzeitig ihrer Zerstörung schutzlos ausgeliefert sind. Durch die Verbindung der Themen Umwelt/Naturschutz und indigene Völker wurden die Interessen indigener Organisationen medienwirksam an die Öffentlichkeit getragen „Da der ökologische Diskurs international mehr Aufmerksamkeit auslöste als die Forderung nach Anerkennung indigener Völker führte die gelungene Verknüpfung beider zu einer international größeren Aufmerksamkeit für indigene Völker“ (Speiser 2004:30).

Indigene Interessen wurden auch in anderen wichtigen Konferenzen verhandelt und zum Thema unterschiedlicher UN-Organisationen oder anderer internationaler Institutionen erhoben, was zu einer öffentlichen Verbreitung ihrer Anliegen auf vielen unterschiedlichen Ebenen führte. (Vgl. Speiser 2004)

Natürlich stellt sich die Frage, inwiefern die eben genannten Institutionen und Arbeitsbereiche der UN tatsächlich zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen indigener Bevölkerungsgruppen in ihren Heimatländern führen. Seien es die fehlende Kooperationsbereitschaft der Regierungen, ihre mangelnde Umsetzung der durch die UN ausgesprochenen Empfehlungen oder unzulängliche Strukturen für eine partizipative Zusammenarbeit auf selber Augenhöhe - Gründe für ein Scheitern der Konventionen und der

Deklaration gibt es viele. Dieses Thema stellt ein äußerst interessantes Forschungsgebiet dar, kann aber im Laufe dieser Arbeit nicht weiter untersucht werden.

An den hier aufgelisteten Beispielen der Integration indigener Angelegenheiten in den internationalen Diskurs um Menschenrechte lässt sich jedoch deutlich ein wachsendes Interesse für indigene Belange und eine verstärkte Wahrnehmung ihrer oftmals prekären Situation belegen. Die Institutionen der UN errichteten ein Fundament für die Forderungen und Interessen indigener Bevölkerungsgruppen und trugen damit zu einer weltweiten Stärkung indigener Bewegungen bei. Der Bezug indigener Organisationen auf die Konventionen der ILO, die Deklaration der UN oder den Diskurs über Umwelt und Nachhaltigkeit legitimiert ihr öffentliches Auftreten und ihren Anspruch auf spezifische Rechte.

Zudem verbinden die ethno-politischen Organisationen ihre Forderungen argumentativ auf internationaler Ebene mit Prinzipien von Demokratie, Partizipation und guter Regierungsführung und beziehen sich auf international gültige Rechte, Konventionen und Vereinbarungen [...]. Damit stärken sie nicht nur ihre Legitimität auf nationaler Ebene. Es gelingt ihnen damit auch, internationale Öffentlichkeit für die Problemlage und Forderungen indigener Völker herzustellen, und Bündnispartner zu gewinnen. (Ströbele-Gregor 2004:23).

Heinz vertritt die Meinung, dass es erst durch die internationalen Institutionen zu einem Erstarken indigener Bewegungen kam. „Ohne die zahlreichen Unterstützerkomites und neuentstandenen Menschenrechtsorganisationen in Nordamerika und Europa, wäre es indianischen Organisationen kaum gelungen, ihre Anliegen in der Öffentlichkeit zu artikulieren.“ (Heinz 1993:254)

Sicher ist, dass das Aufgreifen indigener Belange auf internationaler Ebene einen öffentlichen und medialen Raum für die Wahrnehmung der Situation Indigener schuf. Dies führte zum Anwachsen eines öffentlichen Drucks auf die Regierungen verschiedener Nationen, ihren Umgang mit indigenen Bevölkerungsgruppen grundlegend zu ändern. Gleichzeitig wurden indigene Völker, Bewegungen und politische Gruppen in der Repräsentation einer indigenen Identität bestärkt. Zum einen wurde deutlich, dass es für Organisationen und Bewegungen möglich und legitim ist politische und soziale Forderungen aufgrund einer indigenen Identität durchzusetzen, zum anderen wurde die Zugehörigkeit zu einem indigenen Volk und damit auch die indigene Identität nun mit positiven Merkmalen besetzt. Beide Faktoren führten zu einer Aufwertung eines ethnisch geprägten Selbstbildes und eines Stolzes auf eine indigene Identität.

Die Frage in welchem Grad die supranationalen Instanzen und die Entwicklungszusammenarbeit das Erstarken von ethnischen Identitäten und im konkreten Fall Boliviens indigener Bewegungen tatsächlich prägten und noch immer beeinflussen, lässt sich nicht vollends beantworten. Für Kemlein ist klar, „[d]ie Vereinten Nationen, der progressive Teil der katholischen Kirche und Organisationen der internationalen (Entwicklungs-) Zusammenarbeit haben zum Zusammenschluss der indigenen Bewegung im Hoch- und Tiefland beigetragen.“ (Kemlein 2009:228)

Sicherlich hatte auch die Arbeit verschiedenster staatlicher Entwicklungsagenturen und nichtstaatlicher Organisationen einen gewissen Anteil an der Stärkung einer indigenen Identität in Lateinamerika und Bolivien (vgl. Hall/Layton/ Shapiro 1994:5). Betrachtet man sowohl die speziellen Transformationsprozesse innerhalb Boliviens als auch die Entwicklungen in einem supra- und internationalen Kontext, so lässt sich davon ausgehen, dass der Prozess des Erstarkens indigener Bewegungen ein Resultat aus beiden Faktoren darstellt.

Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit prägten das Aufkommen indigener Bewegungen, aber auch die indigenen Völker nahmen mit ihren unterschiedlichen Kosmvisionen und Lebensstilen einen Einfluss auf die Theorien und Konzepte der EZA. Schon seit einigen Jahren tauchen indigene Konzepte von Entwicklung in wissenschaftlichen Kreisen auf. In sozialen Foren, in der Entwicklungszusammenarbeit und im wissenschaftlichen Kontext werden indigene Konzepte von Entwicklung als Alternative für den heute vorherrschenden Kapitalismus und dessen Raubbau an Mensch und Natur betrachtet. „Seit Mitte der 1990er Jahre fehlt in kaum einem globalisierungskritischen Diskurs die Bezugnahme auf indigene Visionen über eine ‘andere Welt’ und alternative Lebensformen.“ (Ströbele-Gregor 2004:23) Indigene Völker regen zu einer Revision von modernisierungstheoretischen Entwicklungsdiskursen an und bereichern das Gebiet der EZA mit neuen Perspektiven auf ein gutes Leben „vivir bien“, welches abseits von Konsum und der Akkumulation von Gütern stattfindet¹³. Auch dieses Aufgreifen indigener Sichtweisen in akademische Diskurse bildet eine Basis der Legitimation für ein selbstbestimmtes Leben indigener Bevölkerungsgruppen.

¹³Die Perspektiven indigener Organisationen des Tieflandes auf Entwicklung und ihre Vorstellungen vom guten Leben werden im Rahmen der Mikroanalyse näher erläutert werden.

Insgesamt führten die hier angeführten externen Ereignisse sowie die internen Strukturen und Entwicklungen Boliviens zu einem Erstarren indigener Bewegungen und Organisationen. Dieser Aufschwung führte zusammen mit den Bemühungen anderer sozialer AkteurInnen zu einem tiefgreifenden Transformationsprozess der bolivianischen Gesellschaft.

4.8 Die Neugründung Boliviens

Wie in den letzten Kapiteln bereits nachgezeichnet wurde, fand seit den 70er Jahren eine Entwicklung statt, welche sich als wachsende Ethnisierung politischer Diskurse bezeichnen lässt. Indigene Bewegungen und Organisationen betraten die politische und mediale Bühne des Landes und vertraten die Rechte und Interessen einer bislang diskriminierten und marginalisierten Bevölkerungsmehrheit unter der Fahne einer gemeinsamen ethnischen Identität mit wachsendem Erfolg. Waren die ersten indigenen Bewegungen noch wenig erfolgreich parteipolitisch involviert, so änderte sich diese Situation drastisch ab den 1990er Jahren und erreichte 2005 ihren Höhepunkt mit der Wahl des Aymara Evo Morales zum Präsidenten - ein revolutionäres Ereignis, welches Bolivien zu einem Vorreiter indigener Belange innerhalb Südamerikas aufsteigen ließ. Doch wie kam es zu dieser erstaunlichen Entwicklung, dass ein indigener Kokabauer an die Regierungsspitze Boliviens gelangte?

Die Macht der sozialen Bewegungen

Seit Beginn des neuen Jahrtausends kam es in Bolivien zu einem vermehrten Erstarren sozialer Bewegungen, welche sich mit ihren Aktionen gegen die neoliberalen Strukturanpassungen und Reformen der Regierung unter Hugo Banzer (1997-2002) und Sánchez de Lozada (2002-2003) richteten. Als bahnbrechend und beispielhaft für diesen Prozess gilt der Wasserkrieg von Cochabamba im Jahr 2000 als sich ein Teil der Bevölkerung gegen die Privatisierung der städtischen Wassergesellschaft auflehnte und für einen öffentlichen Zugang zu der wichtigen Ressource für alle Bevölkerungsschichten kämpfte. (Vgl. Radhuber 2009:64)

Zudem erstarkte die Bewegung der Cocaleros, der Kokabauern/bäuerinnen im Gebiet des Chapare. Nachdem der Zinnpreis auf dem Weltmarkt einbrach wurden 1985 über 20.000 MinenarbeiterInnen entlassen, die einer neuen Existenzgrundlage bedurften. Diese zogen neben anderen MigrantInnen aus dem Hochland in großer Zahl in das fruchtbare Gebiet des

subtropischen Chapare im Departement Cochabamba, um dort Koka anzubauen. Da die MinenarbeiterInnen vor dem wirtschaftlichen Einbruch in der Gewerkschaft gut organisiert waren, bildeten sie bald gemeinsam mit den Kokabauern/bäuerinnen Strukturen für eine gemeinschaftliche politische Organisation. Es wurden sechs große Cocalero-Gewerkschaften gegründet, welche sich innerhalb der Konföderation der Gewerkschaften der Bauern/BäuerInnen (CSUTCB) zusammenschlossen. Das militante Vorgehen der Regierung in Zusammenarbeit mit den USA gegen den Kokaanbau gab Anlass für Protest, da gerade dieses Berufsfeld für so viele ehemalige MinenarbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen ihre Lebensgrundlage sicherte. Um auf einer größeren Ebene politisch aktiv zu sein und an den Wahlen teilnehmen zu können, wurde die Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo - MAS) gegründet. (Vgl. Romer 2010:114)

Soziale Bewegungen wurden innerhalb der bolivianischen Gesellschaft zu äußerst wichtigen politischen Akteuren. Sie richteten sich gegen den neoliberalen Diskurs der Regierung, welcher die Privatisierung bisher staatlicher Unternehmen nach sich zog und zu wirtschaftlichen Reformen führte unter denen besonders die arme und zum großen Teil indigene Bevölkerung zu leiden hatte. Innerhalb der politischen Landschaft kam es als Gegenbewegung und Alternative zu einem neoliberalen Wirtschaftsmodell zu einer Linkswende, welche für einige Staaten Südamerikas zu dieser Zeit bezeichnend war. Dieser Trend traf auf die Unterstützung der indigenen Bevölkerung, die verschiedenen sozialen Bewegungen wurden durch den gemeinsamen Wunsch nach einer politischen Veränderung vereint. (Vgl. Gärtner 2010:72)

Die Bewegung zum Sozialismus (MAS)

Die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts waren von sozialen Unruhen, Aufständen und Streiks gekennzeichnet. Die Bandbreite der sozialen Gruppierungen war groß und innerhalb der indigenen Bewegungen und Zusammenschlüsse kam es zu Konflikten und Rivalitäten zwischen den unterschiedlichen Führungspersonlichkeiten und ihren politischen Programmen. Es kristallisierten sich auf politischer Ebene vor allem zwei wichtige Parteien heraus, welche sich in ihren Diskursen auf eine indigene Identität beriefen: die MAS, angeführt von Evo Morales und die MIP (Movimiento Indígena Pachakuti), vertreten durch Felipe Quispe. Felipe Quispe führte einen ganz spezifisch auf ethnische Dimensionen angelegten Diskurs, der sich

durch seine Radikalität auszeichnete und von rassistischen Zügen gegenüber der weißen Stadtbevölkerung Boliviens bestimmt war. (Vgl. Horst 2009:157).

Die MAS führte einen Diskurs, der bis zur Wahl 2002 vor allem von den wirtschaftlichen Interessen der Cocaleros geprägt war, jedoch auch auf der Rückbesinnung auf indigene Wurzeln und Traditionen basierte. Die MAS wurde bei den Parlamentswahlen 2002 mit fast 21% Stimmanteil hinter der MNR und ihrem Präsidentschaftskandidaten Sánchez de Lozada die zweitmächtigste Partei des Landes. Insgesamt waren 18%, also 24 der Abgeordneten von indigener Herkunft, mehr als in jedem anderen Land Lateinamerikas (Albó 2005:14). Größter Konkurrent der MAS war die radikal-indianistische Partei MIP, die mit 6% der Stimmen im Parlament vertreten wurde. Zudem wurden auch von den anderen Parteien indigene Abgeordnete gestellt, welche nun in der Regierung die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung vertraten.

Ein Bild, das es nie zuvor in dem Andenstaat gegeben hatte – und auch in keinem anderen Land Lateinamerikas: die Eröffnungssitzung des neu gewählten bolivianischen Kongresses. Männer und einige Frauen in den bunten Trachten ihrer Herkunftsregionen, in den heiligen Hallen des Parlaments wird Koka gekaut, ihre Reden halten sie in ihren Sprachen: auf Quechua, Guaraní, Aymara. Erstmals sind *indigena-campesinos* in dieser Anzahl ins Parlament gewählt worden und sie inszenieren ihre politische Präsenz mit kultureller Symbolik. [...] Es scheint als wäre ein neues Kapitel in Bolivien angebrochen. (Vgl. Ströbele-Gregor 2006:280f)

Nach dem Wahlerfolg von 2002 stellte sich die MAS als Partei der sozialen Bewegungen dar und war aufgrund ihres breiten parteipolitischen Programmes für eine große Bevölkerungsgruppe attraktiv. Thematisch nahm die Partei vor allem drei Diskursstränge auf: Sie setzte sich für die Einheit und Souveränität des Staates ein, im Zuge dessen sollten natürliche Ressourcen wie Erdgas und Erdöl verstaatlicht werden. Zudem bezog sich die Partei MAS stark auf die Aufwertung einer indigenen Identität und stellte die Verbesserung der Lebensbedingungen Indigener in Aussicht sowie eine verstärkte politische Repräsentation im Parlament. Der nach Meinung der MAS noch immer in Bolivien andauernde Kolonialismus sollte bekämpft und beendet werden. Der große Erfolg der MAS „war [...] insbesondere auch das Resultat des gewachsenen Selbstbewusstseins der indigenen Bevölkerung und deren Gefühl, de facto Bürger zweiter Klasse zu sein in einer Gesellschaft, die trotz demokratischer Reformen den internen Kolonialismus und Rassismus längst nicht überwunden hat.“ (Ströbele-Gregor 2006:287) Zu diesen zwei Diskurssträngen mischten sich die Ideen und Ideale der marxistischen Linken. (Vgl. Gärtner 2010:78) Die MAS setzte sich mit ihrem Parteiprogramm gegen den neoliberalen Kurs der Regierung ein und bot somit nicht nur für Cocaleros oder Indigene, sondern auch für alle BürgerInnen, die sich durch die

wirtschaftlichen Reformen benachteiligt fühlten eine Alternative und politische Vertretung. (Vgl. Kemlein 2009:210)

Ein indigener Präsident wird gewählt

Als der Präsident Gonzales Sánchez de Lozada 2003 eine Lohnsteuererhöhung forderte¹⁴, kam es zu starken sozialen Protesten in Form eines Volksaufstandes in La Paz und El Alto weswegen der Präsident zurücktreten und sein mit knapper Mehrheit errungenes Amt niederlegen musste. Die Regierungszeit seines Nachfolgers Carlos Mesa war nur von kurzer Dauer, bereits 2005 trat auch er zurück. Unter der Amtszeit Mesas sollte ein neues Erdöl- und Erdgasgesetz geschaffen werden, welches innerhalb der Bevölkerung Boliviens stark umstritten war. Setzte sich ein Großteil der Bevölkerung im Hochland für ein Referendum ein, so waren die beiden ressourcenreichen Departements Santa Cruz und Tarija im Osten des Landes strikt dagegen. Die Partei MAS unter Evo Morales setzte sich für eine Verstaatlichung der Erdgas- und Erdölvorkommen ein, wohingegen die Machteliten in Santa Cruz und Tarija mit der Abspaltung vom restlichen Bolivien drohten und eine Autonomie einforderten. (Vgl. Gärtner 2010:72)

2005 kam es zu vorgezogenen Neuwahlen bei denen Evo Morales Ayma und seine Partei MAS mit fast 54% der Stimmen die absolute Mehrheit gewann. In zweierlei Hinsicht stellte dieses Ereignis eine Sensation dar: Zum ersten mal seit 500 Jahren nahm ein Indigener diese Position ein und erzielte dabei noch eine absolute Mehrheit der Stimmen, ein überragender Wahlsieg, der in dieser Form seit dem Jahr 1982 nicht mehr vorgekommen ist (Lessmann 2009:38). Bei seiner Antrittsrede betonte der neue Präsident seine Verantwortung gegenüber der indigenen Bevölkerung und nährte die Hoffnung auf große gesellschaftliche und politische Änderungen. „Wir sind dazu verpflichtet, eine große Wiedergutmachung an die indigenen Bewegungen einzuleiten, wegen der kolonialen Epoche, der republikanischen Epoche und der Epoche des Neoliberalismus.“ (Morales zit. nach Schilling-Vacaflor 2009:130f)

Xavier Albó sieht den Erfolg Morales in der parteipolitischen Aufnahme und Erweiterung der Forderungen indigener Bewegungen begründet. Ging es lange Zeit vor allem um die

¹⁴Sánchez de Lozada veröffentlichte am 10. Februar 2003 die Absicht die Einkommen aller Beschäftigten oberhalb des doppelten Mindestlohns mit 12,5% zu besteuern. Es kam zu einer Demonstration vor dem Präsidentenpalast bei der durch eine Auseinandersetzung zwischen Polizei und Militär über 30 Menschen ums Leben kamen. Auch in den zwei folgenden Tagen kam es zu weiteren Ausbrüchen von Gewalt (Horst 2009:166).

Forderung nach einer sozialen Gleichstellung, der Anerkennung spezifischer Rechte und einem Zugang zu sozialen und natürlichen Ressourcen, so wurde das Verlangen nach einem neuen Staat laut – ein Staat der auch maßgeblich von Indigenen gestaltet und geformt werden kann. (Vgl. Albó 2005:15)

Mit dem Wahlsieg Morales wurde die Neugründung Boliviens eingeleitet. Die wichtigsten Ziele der regierenden Partei waren die Stärkung der nationalstaatlichen Souveränität durch die Verstaatlichung der Rohstoffe, die Abschaffung von Diskriminierung gegenüber der indigenen Bevölkerung und die Legalisierung des Kokaanbaus (Lessmann 2009:38).

Die neue Verfassung

Zudem setzte sich Evo Morales für eine Änderung der Verfassung ein. Durch die Einführung einer Verfassungsgebenden Versammlung (Asamblea Constituyente) sollten traditionelle Elemente der indigenen Kultur (bzw. vielmehr der Kultur der Aymara) als politische Institutionen integriert werden. „Die indigenen Völker forderten damit ihre Beteiligung an der Konstruktion des Staates ein, von der sie bisher ausgeschlossen waren.“ (Ströbele-Gregor 2006:319) Im März 2006 wurde das Gesetz zur Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung verabschiedet, die Verfassung zur Neugründung Boliviens wurde schließlich 2009 verabschiedet (Cacsire 2010:144). Seitdem ist Bolivien ein Plurinationaler Staat, in dem alle BürgerInnen rechtlich gleichgestellt sind und zudem über ein Recht auf kulturelle Differenz verfügen. Dieser Ansatz spiegelt sich auch durch die verfassungsrechtlich festgelegten Möglichkeiten für verschiedene Arten der Autonomie wieder. Besonders die Form der indigenen Autonomie „Autonomía Indígena Originaria Campesina“ soll den indigenen Volksgruppen das Recht auf Selbstbestimmung und kulturelle Differenz gewährleisten. (Vgl. Bolivianische Verfassung Art. 289-296)

Die Neugründung Boliviens als Plurinationaler Staat soll die Assimilierungs- und Integrationspolitiken der Vergangenheit ablösen und einen Raum für das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen schaffen. „Der Abschied vom Konzept des Nationalstaates, bei dem die Nation über den Staat definiert und als homogene Einheit gesehen wird, stellt einen klaren Bruch mit der Vergangenheit dar. In dieser Hinsicht weist der bolivianische Transformationsprozess zweifellos revolutionäre Züge auf.“ (Gärtner 2010:80) Ob wirklich alle Teile der Bevölkerung durch die Verfassung und die neuen politischen Konzepte der Regierung gleichermaßen vertreten werden, stellen jedoch einige mestizische BürgerInnen stark in Frage. Sie kritisieren, dass sie bei der Definition des

bolivianischen Volkes in Artikel 3 der Verfassung im Gegensatz zu den indigenen Völkern und AfrobolivianerInnen nicht explizit erwähnt werden. „Die bolivianische Nation besteht in ihrer Gesamtheit aus Bolivianern und Bolivianerinnen, den indigenen, originär-bäuerlichen Nationen und Völkern und den interkulturellen und afrobolivianischen Gemeinschaften, die gemeinsam das bolivianische Volk bilden.“ (Bolivianische Verfassung Art. 3) So existieren Vorwürfe auf Seiten dieser Bevölkerungsgruppen, Evo Morales und die MAS würden einen indigenen Staat ausrufen, wohingegen die mestizische Identität und ihre spezifischen Interessen vernachlässigt werden.

Nicht nur die Verfassungsgebende Versammlung und die neue Verfassung, sondern auch die Verstaatlichung des Erdöl- und Erdgassektors kurz nach Amtsantritt des neuen Präsidenten und das Thema der Autonomie führten besonders bei der politischen Opposition des Landes zu großen Protesten und Verärgerung. Es zeichnete sich ein wachsender Graben zwischen der Politik des Hochlandes und den Interessen des Unternehmertums des Tieflandes ab, deren reiche Machtelite zu einer politischen Gegenbewegung aufrief und Massen mobilisierte. Ein politischer Kampf entbrannte, der das Land zu entzweien drohte und zuweilen in gewalttätigen Konflikten eskalierte. (Vgl. Matthes 2010:368) Diese Thematik wird im nächsten Kapitel der Arbeit genauer erläutert werden. Trotz Widerstand auf Seiten der politischen Opposition wurde Evo Morales 2009 als Präsident mit einem Stimmanteil von 64% der Wählerstimmen für eine neue Amtszeit wiedergewählt.

Die Geschichte des Aufkommens indigener Gruppierungen und politischer Bewegungen und ihrer sozialen und politischen Erfolge ist natürlich wesentlich komplexer und vielschichtiger als hier dargestellt. Auf detaillierte politische Ereignisse und interne Spannungen, Machtkämpfe und Allianzen wurde bewusst nicht eingegangen, wurde hier vor allem die Rolle indigener Bewegungen für den Prozess der Ethnisierung von politischen Diskursen aufgezeigt. Folgende Ergebnisse dürften durch die Lektüre der letzten Kapitel klar geworden sein:

Der Diskurs um Ethnizität und eine indigene beziehungsweise mestizische Identität ist ein gewachsener Diskurs, tief verankert in der bolivianischen Geschichte und geprägt von bis heute anhaltenden Dominanz- und Machtverhältnissen. Bereits vor der Eroberung Südamerikas durch die Spanier existierten unterschiedliche Volksgruppen, deren gesellschaftliche Systeme auch durch ethnisch geprägte Rangordnungen gekennzeichnet waren. Durch die Ankunft der Kolonialherren änderten sich die sozialen Verhältnisse der

Region des heutigen Boliviens enorm und es kristallisierten sich neue ethnische Identitäten heraus – die Identität der Indios wurde erst durch die Fremdzuschreibung der Spanier gegenüber der vorgefundenen Bevölkerung geboren. Die koloniale Gesellschaft war stark hierarchisch aufgebaut und die ethnische Identität bestimmte über den gesellschaftlichen Status und den Zugang zu Macht und ökonomischen Gütern. Diese Gesellschaftsordnung verankerte sich fest und prägt Bolivien bis heute.

Die Identifikation der indigenen Bevölkerung erfolgte nicht immer über eine ethnische Identität. Wie bereits aufgezeigt wurde, verlief die Selbstidentifikation eine lange Zeit über die Zugehörigkeit zu einer Klasse beziehungsweise zu der Gruppe der Bauern und Bäuerinnen, den *campesinos*. Das Wiederaufleben und Erstarken von ethnischen Diskursen entstand zu einer bestimmten Zeit aus ganz spezifischen Gründen. Es handelte sich um eine Verquickung interner, sozialer, ökonomischer und politischer Faktoren und Ereignisse mit internationalen und globalen Entwicklungen. Auf interner Ebene wurde es durch die Herausbildung einer indigenen Schicht von Intellektuellen möglich an einem gesellschaftlichen und politischen Diskurs teilzuhaben. Durch den Bezug auf internationale Institutionen und deren Deklarationen und Diskurse wurde die indigene Identität auch auf lokaler Ebene zu einem wirkmächtigen Instrument.

Zu den Elementen der Diskurse der frühen indigenen Bewegungen gehörte eine starke Rückbesinnung auf die Geschichte. Zum einen wurde auf vorkoloniale Gesellschaftsstrukturen verwiesen zum anderen auf die gemeinsame Erfahrung von Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Auch wurde bereits damals der Anspruch auf bestimmte Rechte und kulturelle Anerkennung geltend gemacht. „Die Politisierung des Ethnischen manifestierte sich in einer neuen Rhetorik, die sich auf die gemeinsame Geschichte, Religion und die geteilte Situation der gesellschaftlichen Marginalisierung als identitätsstiftende Merkmale beruft.“ (Kemlein 2009:212) Obwohl die indigenen Völker Boliviens keine homogene Gruppe darstellen, bildete sich ein Diskurs heraus, der auf eine gemeinsame indigene Identität abzielt. Dies bedeutet, dass die Kategorie des „Indigen-Seins“ als eine Art Essenz gesehen wird, ein Faktum, das zusammenschweißt, ermächtigt und das Potential für eine Mobilisierung gegen die hegemonialen gesellschaftlichen Kräfte bietet.

Der 'verschwommene Begriff des Ethnischen' wird zum Angelpunkt der Erklärungsansätze 'indianischer' Bewegungen und politischer Organisation, die die kulturelle Identität in den Mittelpunkt ihrer Selbstdefinition und ihrer Diskurse stellen. Die nicht-europäisch-stämmigen Akteure haben zwar durchaus kein gemeinsames Selbstverständnis. Dennoch gewinnt das Konstrukt *indígena*, das soziale und kulturelle Gemeinsamkeiten gegenüber europäisch-stämmigen und mestizischen Machtgruppen konstruiert, zunehmend an politischer Bedeutung. (Ströbele-Gregor 2004:6)

Ethnizität wurde zu einer Kategorie der Identität, welche die Möglichkeit für eine übergreifende Gemeinsamkeit anbot und durch diese Gemeinsamkeit ein starkes Auftreten bisher marginalisierter Gruppen ermöglichte. Die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen, den Hoch- und Tieflandindigenen, zwischen verschiedenen Berufsgruppen und sozialem Status wurden zugunsten einer gemeinsamen Identität ausgeklammert. Diese indigene Identität ermöglichte gemeinsame Formen der Mobilisierung und Auflehnung gegen das gängige soziale System und die bis dahin exklusiven Machtstrukturen. Der Diskurs um eine indigene Identität führte zu sichtbaren Erfolgen - Erfolge, welche lange Zeit niemand in Bolivien für möglich gehalten hätte.

Im Folgenden wird aufgezeigt, dass ethnische Diskurse keinesfalls ausschließlich von Indigenen artikuliert werden, denn auch Bewegungen der alten und sich selbst als mestizisch definierenden Machtelite Boliviens arbeiten mit ethnischen Diskursen. „Ein Bezug auf Ethnizität kann in Bolivien [...] nicht allein bei der indigenen Bevölkerung konstatiert werden. So ist im Departement Santa Cruz eine Tendenz auszumachen, die ebenfalls eine Variante der ‘Ethnisierung des Politischen’ darstellt.“ (Matthes 2010:371) Auf die politische Opposition der ehemaligen Machtelite des Landes und deren Bezug zu Ethnizität wird im Weiteren näher eingegangen.

4.9 Die politische Opposition: La media luna

„La etnicidad ha reforzado las divisiones sociales en Bolivia desde los tiempos de la Colonia, pero sólo emergió como una fuerza política potente y conciente de sí misma en los últimos treinta años.“ (Crabtree 2009:13)

Wie bereits erwähnt besteht in Bolivien eine politische Opposition zur Regierung Morales und dem politischen Programm der MAS. Diese Opposition ist vor allem in der Region des sogenannten Halbmondes „media luna“ angesiedelt¹⁵, welcher die Departements Santa Cruz, Beni, Pando und Tarija umfasst.

¹⁵Die Departements Santa Cruz, Beni, Pando und Tarija bilden zusammen auf der Landkarte die Form eines Halbmondes, daher nennt man sie auch „media luna“/ der Halbmond Boliviens.

Abbildung 5: Die Departements Boliviens

(Quelle: University of Texas Libraries: Bolivia, Administrative Divisions 2006)

Im Gegensatz zu den ärmeren Provinzen des Hochlandes bildete sich besonders im Departement Santa Cruz durch den Abbau von Erdöl und Erdgas und einer modernisierten Landwirtschaft eine rege Industrie. Es entwickelte sich eine wohlhabende unternehmerischen Elite, die vor allem aus den Nachkommen europäischer EinwanderInnen besteht (Schoop 2006:404f). Seit 1985 besetzte die Oligarchie in Santa Cruz wichtige politische Ämter in Bolivien und konnte somit politische Entscheidungen direkt beeinflussen und Kontrolle über die Staatsführung

ausüben. Durch das Aufkommen und Erstarken indigener und sozialer Bewegungen und ihren wachsenden Einfluss wurde die hegemoniale Machtposition der alten und dominanten Elite des Landes zunehmend in Frage gestellt. (Vgl. García Linera 2011:205-207)

Andere Sektoren, andere soziale Gruppen, die früher weder die Kraft zur Druckausübung noch politische Macht hatten, haben jetzt das Vermögen, den Präsidenten auszuwechseln und können öffentliche Politik modifizieren. Das heißt, der Machtblock, der die bolivianische Gesellschaft zwanzig Jahre lang charakterisierte, hat Risse bekommen (García Linera 2012:191).

Wie in den letzten Kapiteln dargestellt wurde, forderten soziale und indigene Bewegungen mehr politisches Mitspracherecht und einen gerechten Zugang zu den Institutionen der politischen Repräsentation. Schon bei der Wahl 2002 zeichnete sich mit dem unerwartet großen Erfolg der MAS eine Gefährdung der politischen Hegemonie der alten Elite ab. Obwohl Sánchez de Lozada letztlich den Wahlsieg davontrug, wurde klar welchen Druck die sozialen Bewegungen des Landes durch die Forderungen nach politischen und ökonomischen Transformationsprozessen aufbauten.

2003 eskalierten die Spannungen zwischen den sozialen Organisationen und den Eliten des Tieflandes anhand des sogenannten Gaskrieges. Die Regierung unter Sánchez de Lozada plante eine Ausfuhr des in Tarija gewonnenen Erdgases in die USA und nach Mexiko. Da Bolivien im Salpeterkrieg seinen Zugang zum Meer verlor und dadurch zu einem Binnenstaat wurde, sollte das Gas über die Pazifikhäfen Chiles exportiert werden. Diese Pläne wurden jedoch besonders von sozialen und indigenen Bewegungen kritisiert und bekämpft, sie waren gegen die Ausbeutung der Erdgasvorkommen durch ausländische Unternehmen, welche traditionell das Erdgas in Bolivien förderten und am meisten von den natürlichen Ressourcen des Landes profitierten. So setzten sich die sozialen Bewegungen und die Partei MAS für eine Nationalisierung der Erdgas- und Erdölvorkommen ein. Gleichzeitig wurde die politische und ökonomische Macht der weißen Oberschicht angeprangert, der Ruf nach einer neuen Verfassung wurde laut, welche die Rechte und Interessen der indigenen Bevölkerung anerkennt und gerecht vertritt. Während der folgenden Proteste und Demonstrationen kam es zu zahlreichen Todesopfern und hunderten von Verletzten. Die unternehmerische Elite des Departements Santa Cruz trat im Gegenzug zu den sozialen Bewegungen vehement gegen eine Verstaatlichung der Erdgasvorkommen ein. In Santa Cruz saßen die meisten ausländischen Firmen, welche das Erdgas förderten und die reiche Unternehmerschicht sah ihre Interessen durch die Exportpläne des Staates gut vertreten. Sie drohte mit einer Abspaltung vom Rest des Landes und forderte Autonomie. (Vgl. Horst 2009:166f)

Durch den Amtsverzicht von Sánchez de Lozada und die Schwächung der traditionell stärksten Parteien MNR und MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria) änderte sich die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme der Machtgruppen des östlichen Tieflandes drastisch, sie verloren wichtige Ämter und erfuhren eine Schwächung ihrer dominanten Position. (Vgl. Horst 2009:207f) Mit dem Wahlsieg von Evo Morales kippte die Verteilung der politischen Macht endgültig, ablesen lassen sich die Differenzen der politischen Opposition mit der jetzigen Regierung am Wahlergebnis von 2005. So erreichte die MAS mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Morales im Hochland die Mehrheit der Stimmen, wohingegen die Departements Santa Cruz, Tarija, Pando und Beni den Präsidentschaftskandidaten Jorge Quiroga deutlich favorisierten. „Quiroga und seine Partei sind nicht nur Vertreter neoliberaler Wirtschaftspolitik, sondern repräsentieren auch die Kontinuität der ‘weißen’ Machtgruppen, deren jahrzehntelange Herrschaft zu den gegenwärtigen sozialen Konfrontationen geführt hat.“ (Ströbele-Gregor 2006:321) Die Führerschaft der alten Elite wurde nun durch neue politische AkteurInnen und Bewegungen abgelöst, welche ihr Konzept von indigener Partizipation und Multikulturalität durchsetzten.

„Die frühere Opposition aus verschiedenen sozialen Bewegungen ist nun an der Regierung, die alten Eliten sind in der Opposition.“ (Lessmann 2009:37) So sah sich die mächtige Unternehmerschicht des Landes einem Verlust ihrer Vormachtstellung gegenüber und befürchtete eine Bedrohung ihrer politischen und ökonomischen Interessen. Der Versuch der Regierung eine neue Verfassung auf den Weg zu bringen, wurde in der Folgezeit heftig umkämpft und mündete in gewalttätigen Auseinandersetzungen, Streiks, Demonstrationen und Massenmobilisierungen. (Vgl. Quitzsch 2010)

Die alte Elite des Landes, welche vor diesem bahnbrechenden politischen Umschwung als Mehrheit in der Regierung vertreten war, forderte im Gegensatz zu Morales einen Nationalstaat nach klassisch westlichem Vorbild. Sie setzte sich für den Fortbestand des neoliberalen und globalisierten Wirtschaftsmodells ein, das sich durch geringe Interventionen des Staates und einen hohen Anteil an ausländischen Investitionen und Unternehmen auszeichnete. Die Regierung Morales dagegen stand für den Ausbau der Souveränität des Staates und verfolgte ein inlandszentriertes wirtschaftliches Modell (García Linera 2012:211). Als erster Schritt in diese Richtung ließ die neue Regierung die Kohlenwasserstoffvorkommen des Landes und deren Abbau verstaatlichen. Die größten Erdgasvorkommen liegen in den Provinzen Tarija und Santa Cruz, welche sich gegen die Verstaatlichung dieser natürlichen Ressourcen einsetzten und eine Umverteilung der Erlöse der Rohstoffförderung zu Gunsten des Staates fürchteten. (Vgl. Romer 2010:120)

Doch nicht nur die Kohlenwasserstoffe gehören in den Bolivien zu den heiß umkämpften Ressourcen, auch das Thema Land bietet bis heute ein großes Konfliktpotential. Die Regierung Morales machte sich die gerechtere Umverteilung von Ländereien zugunsten der armen und bisher marginalisierten Bevölkerung zum Ziel (Radhuber 2009:69). Land stellt für viele indigene Gemeinschaften die Grundlage ihrer Existenz dar und wird zudem besonders von den indigenen Völkern des Tieflandes als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben nach ihren kulturellen Traditionen gesehen. Daher schlossen sich indigene Bewegungen des östlichen Tieflandes bereits 1990 im Marsch für Würde und Territorium zusammen, um ihr Recht auf eigene Territorien zu artikulieren. Der Großteil des Landes im Departement Santa Cruz befindet sich allerdings in den Händen von GroßgrundbesitzerInnen, welche es für die Agrar- und Viehwirtschaft nutzen (Weisbrot/Sandoval 2009:2-3).

Aus Angst sowohl ihre politische Vormachtstellung als auch die Herrschaft über natürliche Ressourcen wie die Kohlenwasserstoffvorkommen und Land zu verlieren, lehnte die politische Opposition der Regierung Morales die neue Verfassung vehement ab und versuchte ihr Zustandekommen zu verhindern. So kam es, dass die Regierung 2006 bei den Wahlen zur

Verfassungsgebenden Versammlung die 2/3 Mehrheit verfehlte, um im Alleingang eine neue Verfassung verabschieden zu können. Gleichzeitig wurde darüber abgestimmt, inwiefern das bolivianische Volk die Einführung von Autonomien forderte. Dabei stimmten die Departements des Hochlandes gegen die Aufnahme von Autonomieoptionen in die neue Verfassung, die Departements Santa Cruz, Beni, Tarija und Pando stimmten jedoch dafür. Das Thema sollte daher in die Ausarbeitung der neuen Verfassung integriert werden. Der verfassungsgebende Prozess gestaltete sich als langwierig und war durch zahlreiche heftige Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien gekennzeichnet, die Fronten verhärteten sich zunehmend. (Vgl. Lessmann 2009:42-46).

Der im Dezember 2007 verabschiedete Verfassungsentwurf entsprach durch sein mangelndes Eingehen auf das Thema der departementalen Autonomie nicht den Vorstellungen der politischen Opposition. Um ihre wirtschaftlichen Interessen und ihren politischen Einfluss zu wahren, strebten die Provinzen Santa Cruz, Pando, Beni und Tarija nach Unabhängigkeit und einer Abspaltung vom restlichen Staat Boliviens. So ließen die Präfekten und Bürgerkomitees des Halbmondes im Jahr 2008 eine verfassungswidrige Volksbefragung über die Autonomiestatute abhalten, welche in jenen Gebieten durch eine große Mehrheit, bei jedoch geringer Wahlbeteiligung der Bevölkerung angenommen wurde¹⁶. Da die Befragung allerdings gegen das geltende Recht verstieß, wurde das Ergebnis von der Regierung als ungültig erklärt. (Vgl. Quitzsch 2010:414) Um ihre Legitimität als gewählte Regierung beizubehalten, schlug die Regierung ein Abwahlreferendum vor, in dem über die Besetzung des Präsidenten, Vizepräsidenten und der departementalen Präfekten landesweit abgestimmt werden sollte. Dabei wurden sowohl Evo Morales als auch der Vizepräsident Álvaro García Linera mit einer absoluten Mehrheit der Wahlstimmen in ihrem Amt bestätigt, allerdings auch die Präfekten des media luna – ein paradoxes Wahlergebnis, das Volk bestärkte Morales in seinem Amt als Präsident und äußerte gleichzeitig den Wunsch nach der Einführung von Autonomien. (Vgl. Jäger/Lessmann/Schorr 2009:10)

Die Präfekten des Halbmondes sahen ihre Autonomiebestrebungen durch das Wahlergebnis als gefährdet an und beschlossen das Projekt der Autonomie sofort umzusetzen. Es kam zu gewalttätigen Ausschreitungen auf Seiten der Opposition in Form eines „zivilgesellschaftliche[n] Staatsstreich[s] der Präfekten“ (Poma 2010:201), wobei staatliche Institutionen besetzt und geplündert wurden. In Santa Cruz de la Sierra waren auch die Niederlassungsstellen einiger regierungsnaher indigener Verbände, wie beispielsweise die

¹⁶Im Departement Santa Cruz beteiligten sich an der Abstimmung nur circa 40% der Wahlberechtigten, die Autonomiestatute wurde mit einer Mehrheit von 80% der Stimmen angenommen (Quitzsch 2010:414).

CIDOB oder die Organisation CEJIS (Centro de Estudios Jurídicos e Investigación Social) betroffen. Die Ausschreitungen gipfelten in einem Massaker in Pando, kurz darauf wurde der amerikanische Botschafter aufgrund der Unterstützung der Opposition des Landes verwiesen und der Präfekt Pandos verurteilt (Poma 2010:198). Dennoch wurden die politischen GegnerInnen der Regierung nicht zerschlagen, die Opposition ballt sich in den Provinzen Tarija, Santa Cruz und Beni und wird dort vor allem von Unternehmerverbänden und zivilgesellschaftlichen Bürgerkomitees vertreten.

Wie dargestellt, drehte sich der Konflikt zwischen Regierung und Opposition vor allem um die Verteilung der natürlichen Ressourcen, wie Kohlenwasserstoffvorkommen und Land sowie politische Macht und wirtschaftliche Interessen. García Linera begreift die Autonomiebewegung als direkte Antwort auf eine Politik, welche Umverteilungsprozesse zugunsten indigener und sozial schwacher Bevölkerungsteile auf den Weg bringt. „In dieser Hinsicht ist die gegenwärtige Revitalisierung des Autonomieanspruches in Santa Cruz [...] ganz klar ein regionalwirtschaftliches Auflehnen gegen die Wucht der indigenen Volksbewegung und ihre Forderung nach wirtschaftlicher und politischer Transformation.“ (García Linera 2012:206)

Doch nicht nur politische und wirtschaftliche Interessen führen in Bolivien zu Spannungen und einer tiefen Spaltung zwischen Hoch- und Tiefland, hinzu kommt noch eine weitere und sehr wirkmächtige Komponente: die Kategorie der Ethnizität. „Auffällig war insbesondere die ethnische Dimension der Polarisierung. So wurde die Auseinandersetzung von verschiedenen Stellen als ein ethnischer Konflikt zwischen Weißen und Indigenen interpretiert.“ (Matthes 2010:369). Die Konflikte zwischen den politischen AkteurInnen des Hoch- und Tieflandes und den verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden von den BolivianerInnen oftmals selbst auf ethnische Unterschiedlichkeiten zurückgeführt. So lässt sich nach eigener Beobachtung im Alltagsleben auf der Seite der weißen als auch indigenen Bevölkerung ein gewisser Rassismus feststellen, der sich durch gegenseitige Zuschreibungen von Stereotypen und einer deutlichen Betonung der gegenseitigen Andersartigkeit bemerkbar macht.

Dennoch steckt mehr hinter den Konflikten, als eine Reduzierung der Differenzen auf ethnische Unterschiede. Vielmehr scheint es, dass politische und ökonomische Interessen auf der Basis von ethnisch aufgeladenen Diskursen verfolgt werden und Ethnizität als wirkmächtiges und populäres Medium zur Erreichung von Interessen instrumentalisiert wird. „Im Autonomiediskurs der Elite von Santa Cruz wird ein Konflikt um Macht und Ressourcen

(wie die Verteilung der Einnahmen aus der Erdgas- und Erdölgewinnung) gewissermaßen auf eine ethnische Ebene projiziert.“ (Matthes 2010:383f)

In den letzten Kapiteln wurde dargelegt, dass Ethnizität eine Identitätskategorie mit langer Vergangenheit und von großer Wichtigkeit und Aktualität in Bolivien darstellt. Ethnizität fand den Einzug in politische Diskurse der verschiedensten Gruppierungen, Bewegungen, Parteien und Organisationen, sowohl auf der Seite indigener Bewegungen als auch auf Seiten der ehemaligen Machtelite und deren AnhängerInnen. Der Bezug auf eine ethnische Zugehörigkeit und sich daraus ableitende Ansprüche war in der jüngsten Vergangenheit Boliviens von Erfolg gekrönt und stellt daher eine interessante Option für die Legitimation von Ansprüchen und Interessen als auch zur Mobilisierung der Massen dar. „Diese ‘Ethnisierung des Politischen’ hat stattgefunden, weil sie zweckmäßig ist. Ethnizität stellt in Bolivien eine mächtige Ressource dar, die enormes politisches Potential besitzt und mit der die Bevölkerung mobilisiert werden kann.“ (ebd.:393)

Nach der groben Analyse des Umgangs mit Ethnizität in der Vergangenheit Boliviens folgt nun eine Mikroanalyse. Es wird der Frage nachgegangen wie genau, von wem und aus welchen Gründen Ethnizität aktuell verhandelt und genutzt wird. Als Fallbeispiel dient die Region Santa Cruz, die Hochburg der ehemaligen weißen Elite und politischen Opposition sowie auch Heimat wichtiger indigener Organisationen. Untersucht werden die Diskurse sozialer und zivilgesellschaftlicher Bewegungen, da diese in Bolivien einen Motor der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen darstellen. Im folgenden Teil der Arbeit wird analysiert, welche zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen im Departement Santa Cruz mit ethnischen Diskursen arbeiten, welche Interessen diese Akteursgruppen verfolgen und wie sie die Kategorie der Ethnizität diskursiv zur Erreichung ihrer Ziele verwenden. Durch diese Analyse wird ersichtlich ob und inwiefern das diskursive Aufgreifen der Kategorie Ethnizität als Instrument für die Verfolgung wirtschaftlicher und politischer Interessen dient.

5 Mikroanalyse: Ethnizität in den Diskursen sozialer und zivilgesellschaftlicher Organisationen in Santa Cruz

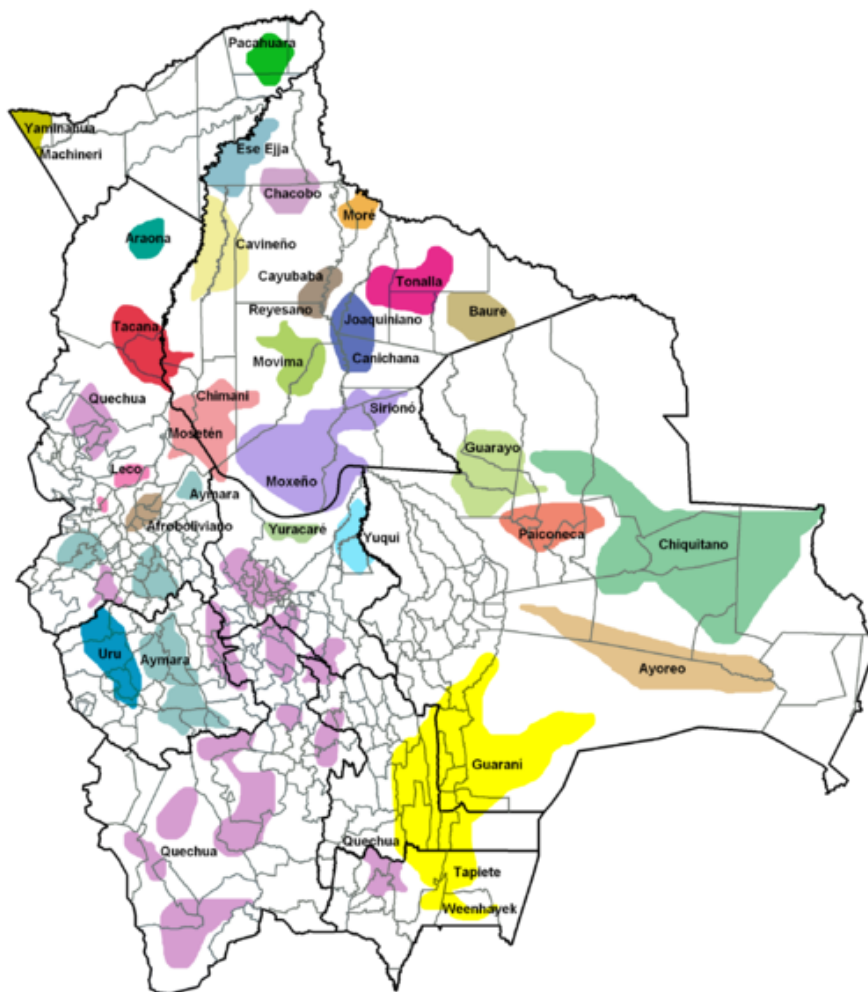
Wie in den vorangegangenen Kapiteln erläutert wurde, stellt Ethnizität eine wirkmächtige soziale Kategorie in der bolivianischen Gesellschaft dar und bildet ein wichtiges Element der Diskurse verschiedenster Bewegungen, Organisationen und Parteien. Wurde die Bedeutung von Ethnizität in der Vergangenheit Boliviens anhand verschiedener geschichtlicher Perioden nachgezeichnet, so folgt an dieser Stelle eine konkrete Fallanalyse. Im Fokus des empirischen Teils dieser Arbeit stehen der diskursive Umgang und die Verwendung von Ethnizität durch soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen im Departement Santa Cruz. Die Region Santa Cruz bietet sich besonders für die Beleuchtung ethnisch geprägter Diskurse an, da sie sowohl die Heimat der politischen Opposition als auch vieler indigener Gemeinschaften ist. Die Interessen der alten Machtelite, der UnternehmerInnen und ViehzüchterInnen prallen auf die Forderungen indigener Gruppierungen. Zudem führt die landesinterne Migration vieler BewohnerInnen des Hochlands nach Santa Cruz zu einem direkten Aufeinandertreffen der polarisierten Bevölkerungsgruppen Boliviens. Nicht zu vernachlässigen ist der Einfluss von NGOs und Entwicklungsagenturen, welche sich ihrerseits an Diskursen über Ethnizität beteiligen, um indigene Forderungen zu unterstützen und Ihnen Gehör zu verschaffen.

Im folgenden Kapitel werden zunächst grundlegende Informationen über das Departement Santa Cruz gegeben, um den „Schauplatz“ der verschiedenen sozialen Akteursgruppen, welche sich an der Artikulierung ethnisch geprägter Diskurse beteiligen, zu beleuchten. Es wird in diesem Kapitel zudem auf bereits bestehende Spannungen und Konfliktfelder aufmerksam gemacht. In einem weiteren Schritt werden die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Gruppierungen mit ihren spezifischen Interessen und Zielen näher beleuchtet. Durch die Darstellung der Ergebnisse der Diskursanalyse wird aufgezeigt auf welche Art und Weise Ethnizität in den Diskursen verwendet und inwiefern sie strategisch zur Umsetzung der jeweiligen Interessen eingesetzt wird.

5.1 Das Departement Santa Cruz

Das Departement Santa Cruz stellt das größte der neun Präfekturen Boliviens dar, es liegt im Osten des Landes und ist in fünfzehn Provinzen unterteilt. Nach den Schätzungen des Nationalen Statistischen Instituts (INE) beherbergt Santa Cruz mit circa 2.8 Millionen EinwohnerInnen fast ein Viertel der gesamten bolivianischen Bevölkerung, wobei sich die EinwohnerInnenzahl in einem ständigen Wachstum befindet (INE 2011). Etwa 37% der lokalen Bevölkerung identifiziert sich als Angehörige/r eines indigenen Volkes. Zu den größten in Santa Cruz heimischen indigenen Volksgruppen zählen die Chiquitano, Guaraní, Mojeño, Guarayo und Ayoreo.

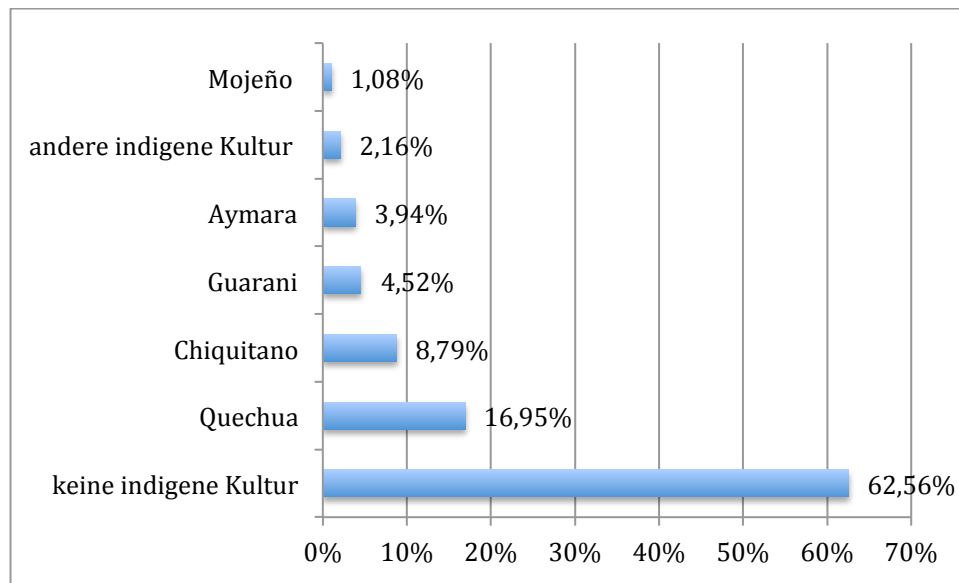
Abbildung 6: Siedlungsgebiete der indigenen Völker Boliviens



(Quelle: Territorio Indígena y Gobernanza o.J.)

Durch die starke Binnenmigration machen auch Aymara und Quechua einen großen Anteil der indigenen Bevölkerung im Departement Santa Cruz aus. Die größte Bevölkerungsgruppe identifiziert sich jedoch nicht mit einem indigenen Volk, sondern bezeichnet sich als mestizisch (INE 2001).

Abbildung 7: Autoidentifikation der Bevölkerung über 15 Jahre mit einer indigenen Kultur im Departement Santa Cruz



(Quelle: Grafik anhand der Daten des INE Zensus 2001 von Autorin erstellt)

Heute ist Santa Cruz das wohlhabendste aller neun Departements Boliviens und erwirtschaftet in etwa 30% des nationalen Bruttoinlandsprodukts (Quitisch 2010:404). Diese wirtschaftliche Vorreiterrolle nahm Santa Cruz jedoch nicht immer ein, der Region wurde im Vergleich zu den Präfekturen des Hochlands lange Zeit kaum eine Bedeutung beigemessen. Nach der kolonialen Erschließung des Gebietes des heutigen Boliviens lag das wirtschaftliche Standbein vor allem in der andinen Region, wo durch den Bergbau in den Minen von Potosí und Sucre wertvolle Rohstoffe wie Silber und Zinn abgebaut wurden. Nachdem die Suche der Spanier nach Gold und Reichtümern im Tiefland ergebnislos blieb, begannen die Kolonialherren Land für die Agrarwirtschaft zu erschließen, um die Versorgung des Hochlandes mit landwirtschaftlichen Produkten zu sichern. (Vgl. Quitisch 2010:402)

Die Aneignung großer Gebiete durch die spanischen Eroberer zog negative Auswirkungen auf die dort ansässigen indigenen Gemeinschaften nach sich, denn „[d]amit verbunden waren die Versklavung, Ausbeutung und Dezimierung der Tiefland-Indigenen infolge ihrer Heranziehung auf *encomiendas* oder *haciendas*, sowie der Versuch ihrer kulturellen Assimilierung durch eine Bekehrung zum Christentum in den Missionen der Jesuiten und

Franziskaner.“ (ebd.:402f) Durch diese Entwicklungen bildeten sich zwischen den EuropäerInnen, deren Nachkommen und Indigenen asymmetrische Machtverhältnisse heraus, die bis heute andauern und besonders an der Frage der Landverteilung in Santa Cruz sichtbar werden.

Im Jahr 1561 gründete Ñuflo Chávez die Stadt Santa Cruz de la Sierra, welche zur größten Stadt Boliviens heranwuchs und heute das Zentrum der wirtschaftlich erfolgreichen Region darstellt. Aufgrund des Kautschukbooms wanderten viele MigrantInnen aus Europa in Bolivien ein und siedelten im Tiefland, wo sie ihr ausländisches Kapital investierten und große Handelshäuser errichteten. Es entstand eine unternehmerische Elite, welche durch die Gewinne aus Ackerbau und Viehzucht das Ende des Kautschukbooms überdauerte. Bis heute lässt sich ihr Fortbestand und Einfluss an den Nachnamen bedeutender Familien ablesen. (Vgl. ebd.:403) Nach eigener Beobachtung spielt die Zugehörigkeit zu einer solchen Familie in Santa Cruz nach wie vor eine große gesellschaftliche Rolle. Die Frage nach dem Nachnamen und der familiären Herkunft ist als Bewertungskriterium des gesellschaftlichen Standes essentiell und offenbart den anhaltenden Einfluss der alten Elite.

Während der Zeit des Kautschukbooms (1900-1915) wurden die Weichen für die wirtschaftliche Orientierung der Region Santa Cruz gelegt. „Während der Kautschuk die entscheidende Akkumulationsbasis der Eliten bildete, schufen die europäischen Investitionen sowie das auf Europa und die USA ausgerichtete Rohstoff-Exportmodell die Grundlagen der späteren starken Weltmarkt- und geringen Binnenmarktintegration der Region“ (ebd.:403f). Diese wirtschaftliche Ausrichtung blieb bis heute bestehen und erklärt die unternehmerischen Interessen und das angestrebte Entwicklungsmodell der Eliten in Santa Cruz, auf welche im weiteren Verlauf der Arbeit noch näher eingegangen wird.

Über eine lange Periode hinweg gab es keine großen Neuerungen in Santa Cruz bis 1941/42 der Entwicklungsplan „Plan Bohan“ von der Zentralregierung beschlossen wurde. Nach der Weltwirtschaftskrise sollte das lange Zeit vernachlässigte Tiefland zur Sicherung der innerstaatlichen Versorgung mit Agrargütern besser erschlossen werden, auch sollte nach der nationalen Erschütterung durch den Chacokrieg eine größere Einheit der Nation erreicht werden. Es folgten staatliche Investitionen zum Ausbau der Infrastruktur, der Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion und der Petroindustrie (ebd.:404f).

Nach der Revolution von 1952 und der damit einhergehenden Agrarreform, welche bereits im Rahmen dieser Arbeit näher beschrieben wurde, kam es zu keiner gerechteren Verteilung des

Landes innerhalb der Bevölkerung, sondern stattdessen zu einer weiteren Anhäufung von Land in den Händen weniger Personen und Familien.

Die Agrarreform 1952 fand hauptsächlich im bolivianischen Hochland Anwendung, im bolivianischen Tiefland jedoch kaum. Während im Westen Boliviens die Landverteilung durch übermäßige Bürokratie und Korruption gekennzeichnet war, erfolgte im Osten Boliviens die Landverteilung äußerst ungleich: 88% der zu verteilenden Ländereien gingen an 78.000 Großgrundbesitzer und Besitzer mittelgroßer Ländereien, während 12 % des Landes an 77.000 Kleingrundbesitzer verteilt wurde. (Radhuber 2009:55)

Die Haciendas und Großgrundbesitze blieben weitgehend unangetastet, zudem kam es zu Schenkungen von Land an Einzelpersonen durch die Regierung. Alles in allem führte die Agrarreform dazu, dass noch mehr Land in den Besitz einiger weniger überging. (Vgl. Quitzsch 2010:405)

Seit Bolivien ab dem Jahr 1985 neoliberale Reformen und Strukturanpassungen durchführte, konzentrierten sich die UnternehmerInnen des Departements Santa Cruz vor allem auf eine exportorientierte Marktwirtschaft. Durch eine wachsende und modernisierte Agroindustrie stieg Santa Cruz zur stärksten Wirtschaftsregion des Landes auf. Neben der Forstwirtschaft wird auch Soja in großem Stil angebaut, was mit der Rodung großer Waldflächen einhergeht und die Verwüstung unberührter Naturräume zur Folge hat. (Vgl. Quitzsch 2010:407) Zudem wurde Santa Cruz aufgrund seiner Erdölvorkommen zu einem wichtigen Ballungszentrum der bolivianischen Wirtschaft. Auch ausländische Investoren waren an der besseren Erschließung der Region interessiert und durch einen Ausbau der Infrastruktur wurden die grundlegenden Bedingungen für eine Steigerung der Förderung der fossilen Brennstoffe geschaffen. (Vgl. Töpferwein 2010:223)

Der Niedergang des Bergbaus und der wirtschaftliche Aufschwung des Departements Santa Cruz führten zu einer starken Binnenmigration, zahlreiche SiedlerInnen des Hochlandes wanderten in den Osten Boliviens ab, getrieben durch die Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen und einer erhöhten Chance auf Arbeit.

Seit 1950 hat sich die Bevölkerung des Departements verdreifacht, der Anteil am Bruttoinlandsprodukt versiebenfacht. Wurden dort 1952 noch ca. 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Boliviens produziert, so waren es im Jahre 2008 28 Prozent. Die Attraktivität des Tieflanddepartements ist nach wie vor ungebrochen und bis heute das Hauptziel der innerbolivianischen Wanderungsbewegungen. (Töpferwein 2010:223)

So kam es, dass die Bevölkerung im Departement Santa Cruz in den letzten 50 Jahren um ein Vielfaches anstieg und bis heute weiter wächst. Nach La Paz ist Santa Cruz gemessen an den EinwohnerInnenzahlen das zweitgrößte Departement des Landes (ebd.:220).

Zu den wichtigsten Exportgütern der Präfektur Santa Cruz zählen Erdgas- und Öl, tropenlandwirtschaftliche Produkte, wie Hölzer und Zucker sowie Soja. (Vgl. Schoop 2006:410f) Der Besitz von Land und Boden spielt wirtschaftlich nach wie vor eine äußerst wichtige Rolle.

The issue of landownership in Santa Cruz is a rapidly growing problem, the agricultural frontier having previously been almost limitless. The spread of extensive agriculture – particularly soya – has led to the encroachment on the land of existing users. To the north and west of the city of Santa Cruz, there is growing competition for land between large farmers and smallscale farmers, mostly migrants from other parts of Bolivia. To the north-east and south-east of Santa Cruz, conflicts over land tend to involve indigenous groups who see their ancestral lands increasingly occupied for large-scale farming, timber extraction and even mining development. (Crabtree 2006:167f)

Da in Santa Cruz die Interessen von kleinbäuerlichen und indigenen AkteurInnen mit den Interessen der GroßgrundbesitzerInnen, Landwirtschafts- und ViehzuchtunternehmerInnen in direktem Gegensatz stehen, kommt es vor allem in den ländlichen Gebieten häufig zu Bodenkonflikten und in Folge dessen zu Protestaktionen und Auseinandersetzungen. (Vgl. Crabtree 2006:168) Zudem führt die interne Migration von SiedlerInnen aus dem Hochland zu Konflikten mit der lokalen indigenen Bevölkerung des Departements Santa Cruz, welche ihre Territorien durch diese Entwicklungen als gefährdet wahrnimmt. „En Santa Cruz confluyen los intereses, muchas veces contrapuestos, de campesinos indígenas del oriente y los migrantes de otras regiones, empresarios petroleros, madereros, terratenientes y ganaderos“ (CIPCA o.J.). Innerhalb des Departements Santa Cruz prallen also die Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen direkt aufeinander. Nach Jäger werden in Bolivien Gruppenidentitäten in antagonistischer Weise ausgespielt, um politische Forderungen zu verfolgen. „Es reproduziert sich also nicht nur die bestehende Gegenüberstellung der unterschiedlichen Interessen, vielmehr werden sie politisiert und identitätspolitisch aufgeladen.“ (Jäger 2009:15) In den nächsten Kapiteln wird untersucht, inwiefern dies auf die sozialen Bewegungen im Departement Santa Cruz zutrifft. Es wird beleuchtet welche zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen an der Produktion und Reproduktion von ethnisch gefärbten Diskursen beteiligt sind, wie diese Diskurse im Hinblick auf das Thema Ethnizität aussehen und welche spezifischen Interessen und Ziele durch die diskursive Verwendung von Ethnizität verfolgt werden.

5.2 Soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen im Departement Santa Cruz

„Yo creo que todos los cambios sociales, políticos, históricos en Bolivia, inclusive el actual cambio, todos los procesos del cambio que vivimos, tiene como los principales a los movimientos sociales.“ (Interview mit Vargas Camacho)

Warum beschäftigt sich diese Arbeit ausgerechnet mit den Diskursen sozialer und zivilgesellschaftlicher Gruppierungen? Es wäre sicherlich interessant die Diskurse der politischen Parteien Boliviens auf ihren Umgang mit Ethnizität hin zu analysieren, artikulieren diese ihre Einstellungen und Grundsätze doch medial wirksam in der Öffentlichkeit. Doch gerade soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen spielen in Bolivien eine wesentliche Rolle. Indigene Bewegungen, Gewerkschaften, Bauern/Bäuerinnenvereinigungen, Nachbarschaftszusammenschlüsse, Bürgerkomitees - die politische Landschaft Boliviens wird stark von solchen sozialen Akteuren geprägt. Soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen stellen keine Randgruppen dar, sondern beteiligen sich im großen Stil an der Politik des Landes. Manche üben auf die Regierung Druck durch Formen des sozialen Widerstandes aus, wie Protestaktionen, Streiks, Demonstrationen, Straßenblockaden, Märsche und direkte sowie gewalttätige Konfrontationen. Wer sich schon einmal längere Zeit in Bolivien aufgehalten hat, der weiß aus Erfahrung, dass solche Formen des Widerstandes fast auf der Tagesordnung stehen und regelmäßig irgendwo in Bolivien Streiks und Blockaden den Verkehr und die Wirtschaft lahm legen. Andere Bewegungen und Organisationen stehen in direkter Verbindung mit VertreterInnen des Staates und verfolgen ihre Interessen durch Verhandlungen und gemeinsame Gespräche. In den meisten Publikationen über das aktuelle Bolivien ist die Rede von der großen Wirkmächtigkeit der sozialen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, auch in dieser Arbeit wurden ihre bisherigen Aktionen und Erfolge erwähnt. Dazu zählen beispielsweise der Wasserkrieg von Cochabamba, der Gaskrieg, die Rolle der Cocaleros und anderer sozialer Bewegungen bei der Wahl des Präsidenten Evo Morales und der Verabschiedung der verfassungsgebenden Versammlung, die indigenen Märsche oder der Einfluss der Bürgerkomitees als Vertreter der politischen Opposition und Verfechter der departementalen Autonomie.

Der Sozialanthropologe Wicker definiert die Rolle der sozialen Bewegungen: „Soziale Bewegungen haben ihren Ursprung in Zivilgesellschaften, in derjenigen Sphäre also, die

zwischen jener des Individuums und jener des Staates eingeschoben ist.“ (Wicker 2006:8) Soziale Bewegungen nutzen demnach eine gesellschaftliche Nische, sie stellen eine Alternative zu Parteien und Regierungen dar, welche die politischen Forderungen bestimmter Gruppen nicht in der gewünschten Form vertreten. Gleichzeitig öffnen soziale Bewegungen den Raum für politische AkteurInnen, welche es durch demokratische Wahlen nicht schaffen ihren Einfluss im Parlament zu sichern. Ein gutes Beispiel dafür liefert die alte Machtelite Boliviens, die eine politische Opposition zur Regierung darstellt. Nach dem großen Verlust ihres politischen Einflusses auf staatlicher Ebene, verengte sich ihr Repräsentationskanal (Quitisch 2010:408). Als alternative Repräsentationsmöglichkeit versucht diese nun auf sozialer Ebene zu mobilisieren und verstärkt durch Bürgerkomitees zu agieren, „quasi als Substitut für die traditionellen Parteien“ (Quitisch 2010:417).

Der aktuelle Vizepräsident Boliviens García Linera definiert soziale Bewegungen als einen Typ der kollektiven Aktion, welcher versucht etablierte soziale Systeme zu verändern oder spezifische materielle oder ideelle Interessen zu vertreten. Soziale Bewegungen bestehen aus unterschiedlichen Gruppierungen und AkteurInnen, die durch gemeinsame Interessen zusammen kommen. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen bedarf es eines sozialen, kulturellen oder politischen Wandels. Nach García Linera erfordert es eine gemeinsame kollektive Identität, um Mitglieder an die Bewegung zu binden, sich von anderen Gruppierungen kollektiv abzugrenzen, gemeinsame Aktionen zu legitimieren und die Ziele und Forderungen zu definieren. Zudem bedarf es der Möglichkeit der gemeinsamen Mobilisierung, damit die Interessen wirkmächtig durchgesetzt werden (Vgl. García Linera/ Chávez Leon/ Costas Monje 2004:21f). Gerade in der Möglichkeit zur Mobilisierung der Zivilgesellschaft sieht auch Wicker den Erfolg sozialer Bewegungen und ihren Bezug auf eine gemeinsame Identität begründet.

Vorteile sind vor allem darin zu sehen, dass NSB [Neue Soziale Bewegungen], die entlang primordialer Bindungen mobilisieren, Schicht- und Klassengrenzen ohne weiteres zu überspielen vermögen. Umso wichtiger werden Identitäten, die sozusagen als Klammern Schichtunterschiede unsichtbar machen. Soziale Ungleichheit wird mit quasi natürlich gegebener Schicksalsgemeinschaft verknüpft, was die Organisation von kollektivem Handeln erleichtert. (Wicker 2006:8)

Soziale Organisationen operieren also häufig auf der Basis einer als gemeinsam betrachteten Identität aufgrund derer sich ein Gefühl des Zusammenhaltes und der Verantwortung bildet. Eine soziale Bewegung bedarf der Legitimation ihrer Existenz und ihrer Forderungen und Ziele, der Bezug auf eine gemeinsame Identität erfüllt diese Aufgabe und bietet die Möglichkeit jene Menschen zu mobilisieren, welche sich mit dieser Identität identifizieren.

Wie in dieser Arbeit bereits analysiert, stellt die ethnische Identität in vielen sozialen Bewegungen Boliviens eine solche Identitätsplattform dar. Im Folgenden werden jene sozialen Bewegungen im Departement Santa Cruz vorgestellt, welche sich diskursiv der Kategorie der Ethnizität bedienen. Natürlich existieren auch viele soziale Bewegungen, die nicht mit ethnisch gefärbten Diskursen arbeiten, solche Gruppierungen finden allerdings in dieser Arbeit keine Erwähnung. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird im Folgenden nicht jede Bewegung im einzelnen dargestellt, sondern eine Kategorisierung der sozialen AkteurInnengruppen in Santa Cruz gebildet. Ganz bewusst und ausdrücklich wird an dieser Stelle betont, dass diese Kategorien keine homogenen Gruppierungen darstellen und auch innerhalb der in Kategorien zusammengefassten Akteursgruppen Unterschiedlichkeiten bestehen. Jedoch arbeiten diese sozialen Bewegungen mit einem Diskurs, der versucht den Eindruck homogener Identitäten und Gruppen zu vermitteln. Auf diese diskursive Praxis wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit näher eingegangen. Bei der Darstellung der verschiedenen Kategorien sozialer Bewegungen und Organisationen ist es wichtig im Gedächtnis zu behalten, dass es sich um heterogene Gruppen handelt, die sich auf eine Gemeinsamkeit stiftende ethnische Identität beziehen.

Betrachtet man jene sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen im Departement Santa Cruz, welche ethnisch geprägte Diskurse artikulieren, so lassen sich diese in zwei grobe Kategorien unterteilen. Die erste Kategorie umfasst die indigenen Organisationen, die über eine gut organisierte Repräsentationsstruktur verfügen. Die indigenen Gruppierungen arbeiten oftmals eng mit verschiedenen staatlichen oder auch nicht-staatlichen Entwicklungsagenturen und Organisationen zusammen, welche maßgeblich an der Produktion und Reproduktion von indigenen und ethnischen Diskursen beteiligt sind. Seit der Entstehung einer gemeinsamen Interaktion zwischen den indigenen Völkern des Tieflandes und dem Aufbau einer Repräsentationsstruktur, stand die indigene Bewegung des Tieflandes mit nichtstaatlichen Organisationen in Verbindung. (Vgl. Interview mit Jürgen Riester) Der Diskurs von indigenen Gruppierungen und der Entwicklungszusammenarbeit ist daher nur schwer voneinander zu trennen. In dieser Arbeit wird der Diskurs der Organisationen der EZA nicht analysiert, auch wenn dieser Bereich ein äußerst interessantes Feld für weitere Forschungen darstellt. Jedoch wird die enge Verknüpfung zwischen den Diskursen und Ideen der Organisationen der EZA und den indigenen Gruppierungen genauer thematisiert.

Die zweite Kategorie der sozialen Bewegungen im Departement Santa Cruz stellen das zivilgesellschaftliche Bürgerkomitee Comité pro Santa Cruz und die Organisation Nation Camba dar, welche als starke politische Opposition zu der Regierung Morales gesehen

werden und ihre politischen Zielsetzungen mit ethnischen Diskursen untermauern. Im Folgenden wird auf diese Kategorien genauer eingegangen und die Interessen und Zielsetzungen der jeweiligen sozialen Bewegungen herausgearbeitet sowie ihre Diskurse analysiert.

5.3 Indigene Gruppierungen

Während der Vorbereitung der Forschung in Bolivien stellten sich viele Fragen, die es zu klären galt. Zunächst wurde die Überlegung angestellt, inwiefern es überhaupt möglich erscheint, von einem gemeinsamen Diskurs der indigenen Bewegungen im Departement Santa Cruz zu sprechen. Wie bereits erläutert, existieren in der Präfektur ganz verschiedene indigene Bevölkerungsgruppen, welche bis zu den 70er Jahren voneinander isoliert lebten oder sogar in einem Konflikt miteinander standen. Ist es also gerechtfertigt bei all dieser Vielfalt und Heterogenität unter den verschiedenen indigenen Völkern von einem gemeinsamen Diskurs zu sprechen?

Durch eine spezifische Nachfrage in den Interviews, wurde diesem Zweifel nachgegangen und damit eine direkte Beurteilung der Sachlage durch die lokalen indigenen Organisationen ermittelt. Francisco Vargas Camacho, Mitarbeiter der CIDOB, bestätigte in einem Interview die Existenz eines gemeinsamen Diskurses der Tieflandindigenen und betonte, dass es gerade dieser Diskurs um die gemeinsame ethnische Identität ist, der alle Unterschiedlichkeiten und Differenzen innerhalb der indigenen Völker in den Hintergrund treten lässt.

Lo que une a los indígenas de tierras bajas es el hecho que entre ellos saben que son indígenas, que vienen de un pueblo indígena, que tienen una tradición. Es lo único que los une. Después cada uno tiene formas de vivir diferentes, cosmovisiones, idiomas diferentes. (Interview mit Vargas Camacho)

Laut Jürgen Riester, Leiter der NGO APCOB¹⁷ (Apoyo Para el Campesino-Indígena del Oriente Boliviano), sind sich die indigenen Volksgruppen des Tieflandes trotz einiger Differenzen in bestimmten Fragen grundlegend einig und überwinden die trennenden

¹⁷Jürgen Riester befasst sich seit 1963 mit indigenen Volksgruppen des Tieflandes Boliviens und gründete 1980 die Organisation APCOB. Er stieß zudem die Gründung des Dachverbandes CIDOB an. Die APCOB arbeitet eng mit indigenen Völkern im Osten Boliviens zusammen und setzt sich für die soziale und politische Partizipation der verschiedenen indigenen Gemeinschaften ein. Die Organisation engagiert sich für einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und realisiert Projekte der interkulturellen Kommunikation und Bildung. (Vgl. APCOB o.J.)

Unterschiede, um sich gemeinsam für ihre Interessen und Ziele einzusetzen. Er sieht den geistigen Horizont der Tieflandindigenen als eng miteinander verbunden an, denn sie teilen eine gemeinsame Kosmvision, eine besondere Art und Weise die Welt und das Leben zu betrachten. Zudem wehren sich viele indigene Völker gegen Fremdbestimmung und hierarchische Machtstrukturen. Dies stellt eine Gemeinsamkeit dar, welche auch die Koordinatorin des DED (Deutscher Entwicklungsdienst)¹⁸ in Santa Cruz in einem gemeinsamen Gespräch bestätigte. So existiert bei den indigenen Völkern des Tieflandes der Wunsch nach Autonomie und Selbstbestimmung. Gleichzeitig bestehen andere verbindende Elemente, wie die Erfahrung von Unterwerfung und Ausbeutung durch die Kolonialherren und einer bis heute anhaltenden Marginalisierung und Diskriminierung. Zudem sehen sich die meisten indigenen Gemeinschaften ähnlichen Problemen gegenübergestellt und leiden unter einem mangelnden Zugang zu grundlegenden medizinischen Versorgungsleistungen und finanzieller Unterstützung durch den Staat. (Vgl. Interview mit Vargas Camacho)

Auch José Carlos Vargas von der Organisation CEJIS erkennt eine klare Linie im gemeinsamen Diskurs der Indigenen des Tieflandes und begründet diese durch die große Stärke, welche Indigene durch eine gemeinsame Solidarität erreichen.

Al final ellos [los indígenas de las tierras bajas] tienen culturas bien distintas, pero los problemas, las condiciones de pobreza en las que viven, los asuntos políticos y de marginalidad siguen siendo los mismos. Y eso es, lo que los hace verse como un grupo sólido organizado con sus diferencias obviamente pero que a la hora de reivindicación tienen los mismos problemas y los mismos objetivos. (Interview mit Vargas)

Die Annahme, dass ein gemeinsamer Diskurs der Tieflandindigenen existiert, wird auch durch den hohen Grad an interner Vernetzung und Organisation bestätigt. So kristallisierten sich durch die Gründung der CIDOB feste Organisations- und Repräsentationsstrukturen heraus an denen die indigenen Völker des Departements Santa Cruz und des Tieflandes beteiligt sind und die zur Produktion eines gemeinsamen Diskurses führen.

Allerdings unterscheidet sich laut Vargas Camacho der Diskurs der Tieflandindigenen in beträchtlicher Weise von dem der Hochlandindigenen. Dies liegt unter anderem an den unterschiedlichen Problemen und Herausforderungen, von denen die indigenen Völker betroffen sind, aber auch an den verschiedenen Lebensweisen und kulturellen Traditionen. (Vgl. Interview mit Vargas Camacho)

¹⁸Der DED ist seit Januar 2011 Teil der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit).

Eine zweite wichtige Überlegung, welche im Rahmen dieser Forschung angestellt wurde, betrifft die Bedeutung des Ausdrucks „Indigenität“ oder „indigen“. Der Begriff wurde im Rahmen dieser Arbeit bereits zahlreich verwendet ohne bisher genauer definiert zu werden. Der Terminus wird aus einem ganz bestimmten Grund erst jetzt näher beleuchtet, denn diese Arbeit soll nicht klären was Indigenität im allgemeinen oder in verschiedenen wissenschaftlichen Abhandlungen oder Institutionen bedeutet, sondern wie er in Bolivien und speziell im Departement Santa Cruz gehandhabt wird und was die sozialen Organisationen selber darunter verstehen. Die Frage, was es bedeutet indigen zu sein, stellt einen Teil der Feldforschung dar und wird daher auch im Kontext der erhobenen Interviews beleuchtet.

5.3.1 Definition von Indigenen

Der Begriff der „Indigenität“ wirft zunächst viele Fragen auf: Was zeichnet eine Person oder eine Personengruppe als indigen aus, welche Charakteristika müssen erfüllt werden, um als indigen zu gelten und was genau bedeutet dies konkret? Bedarf es bestimmter äußerlicher Merkmale, bezieht sich „Indigen-Sein“ auf die Herkunft, geht es um eine Art sprachlicher Einordnung? Wird jemandem eine indigene Identität zugeschrieben oder handelt es sich um eine Selbstdefinition? Wer ist in Bolivien indigen und wer nicht?

Die Bezeichnung „Indigenität“ ist eng verknüpft mit der kolonialen Vergangenheit Boliviens und blickt auf eine Geschichte der Ab- und Aufwertung indigener Identität zurück. Zu Zeiten der kolonialen Besetzung Boliviens wurde die bei der Eroberung angetroffene lokale Bevölkerung als „Indios“ bezeichnet. Wie bereits in dieser Arbeit erläutert, war diese Bezeichnung mit einer negativen Bedeutungsebene verbunden, Indios wurden als minderwertig und Menschen zweiter Klasse betrachtet.

Der ‘indio’ ist nicht zu trennen von der Geschichte des Kolonialismus, er ist ein koloniales Produkt. Seine Fremdbestimmung trägt er als geographische Verwechslung offen im Namen. Als Abstraktion gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt vor dem kolonisierenden Selbst, als Reduktion auf verallgemeinernde Andersheit ist der *indio* ohne den Europäer nicht denkbar. (Scheuzger 2007:192)

Die Identitätskategorie des Indio entstand also durch eine Fremdzuschreibung, welche verschiedenste Bevölkerungsgruppen unter einem Begriff zusammenfasste und vereinheitlichte. Nicht die Unterschiede innerhalb der lokalen Bevölkerung, sondern nur die

Andersartigkeit in Bezug zu den Kolonialherren wurde thematisiert. Durch diese Bezeichnung wurde ein gesellschaftlicher Antagonismus geschaffen, der diskursiv noch bis heute besteht. Lange Zeit galt der Ausdruck Indio als abfällig und war mit einer sozialen Stigmatisierung verbunden. Als indigene Bewegungen in Bolivien erstarkten, wurde diese Stigmatisierung bewusst aufgegriffen und zu einem gesellschaftspolitischen Thema ernannt. Die Fremdzuschreibung wurde zum eigenen Namen erhoben und avancierte zum Symbol des Widerstandes gegen neokoloniale Strukturen. Dem Begriff Indio wurden neue Bedeutungsebenen zugeschrieben, er war nun Ausdruck einer gemeinsamen Auflehnung gegen Ungerechtigkeit, Diskriminierung und sozialer Ungleichheit sowie Zeichen eines neuen Stolzes auf die kulturellen Wurzeln. Was blieb, war die Vereinheitlichung von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unter dem Deckmantel einer Identität, welche deren Heterogenität und Differenzen untereinander nicht wahrnahm und thematisierte.

Heute wird vor allem der Begriff „indígena“ in Bolivien verwendet, da er von einigen Indigenen aufgrund eines negativen Beigeschmacks jedoch abgelehnt wird, benutzen manche Personen und Institutionen auch den Ausdruck „originario“ oder „indígena originario campesino/a“. (Vgl. Romero/Albó 2008:7)

Wie bereits in dieser Arbeit aufgezeigt, wurde Indigenität sowohl zum Thema nationaler als auch global stattfindender Diskussionen und Verhandlungen. Durch den internationalen Diskurs der UN und der Entwicklungszusammenarbeit sowie den Aktionen indigener Bewegungen und Parteien Boliviens wurde Indigenität auch politisch zu einer wirkmächtigen Kategorie. Im Gespräch mit Jürgen Riester wurde die Aufwertung der indigenen Identität besonders deutlich:

Die Indianer haben immer versucht ihre eigene Identität so zu verkleiden, dass es normalen Weißen nicht auffiel. Ja, und das hat sich geändert. [...] Dass die also ohne weiteres auftreten und sagen, wir sind stolz heute Indianer zu sein, das war als ich hier angekommen bin 1963/64 total unmöglich. Da hat keiner gesagt ich bin Indianer, das war eine totale Beleidung. (Interview mit Riester)

Diese Aufwertung der indigenen Identität lässt sich auch anhand von Statistiken ablesen, so zählte eine vom Nationalen Institut für Statistik durchgeführte Volkszählung im Jahre 1992 einen niedrigeren Anteil der indigenen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung als im Jahr 2001. Allerdings liegt hier ein deutlicher Unterschied bei der Vorgehensweise der Erhebung vor. Wurde die Bevölkerung beim Zensus 1992 noch anhand der gesprochenen Sprachen in ethnische Bevölkerungsgruppen aufgeteilt, berief sich die Volkszählung 2001 auf die

Selbstidentifikation der Befragten. (Vgl. Albó 2005:17) Die Kategorisierung der Bevölkerung in unterschiedliche Ethnien anhand von Sprachgruppen birgt das Risiko jene Bevölkerungsteile falsch einzuordnen, welche zwar keine indigene Sprache sprechen, sich jedoch als Angehörige einer indigenen Kultur zählen. Eine ethnische Einteilung der Bevölkerung nach Sprachgruppen scheint daher kein exaktes Abbild der Anzahl der indigenen BürgerInnen in Bolivien zu geben. (Vgl. Scheuzger 2007:197)

Insgesamt ergab die Volkszählung von 2001, dass sich 62 % der Bevölkerung als Zugehörige zu einem „pueblo originario“ oder als „indígena“ identifizieren. Befragt wurden ausschließlich Personen, welche das 15. Lebensjahr bereits vollendet haben (INE 2001)¹⁹. Statistische Daten dieser Art sind interessant und weisen auf Entwicklungen hin, sollten jedoch mit Vorsicht betrachtet werden. Es existieren keine einheitlichen Standards bei den Erhebungen, die Definition wer als indigen zu betrachten ist, ändert sich wie hier dargestellt im Laufe der Zeit und auch die Selbstidentifikation stellt keine unveränderliche statistische Größe dar, sondern ist von der Position Indigener innerhalb des Staates und der Gesellschaft abhängig (Ströbele-Gregor 2004:1). „Más allá de los desacuerdos sobre los métodos estadísticos, queda claro que la condición de indígena no es estática o inmutable al cambio social y al ambiente cultural.“ (Crabtree 2009:14)

Laut dem Nationalen Statistischen Institut Boliviens definiert sich also eine Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung als indigen, was genau „Indigen-Sein“ bedeutet, lässt sich jedoch an den statistischen Zahlen nicht ablesen. Obwohl eine linguistische Einordnung heute kein zuverlässiges Kriterium zur Definition von Indigenen darstellt, wird ihr dennoch nach wie vor eine große Bedeutung beigemessen, wie sich im Interview mit Francisco Vargas Camacho zeigte. Seiner Meinung nach ist die Sprache nämlich nicht nur Kommunikationsmittel, sondern auch das Abbild der spezifischen Kosmovision eines Volkes.

Nosotros los hablantes tenemos dentro de nuestro idioma un mundo, no? Y el indígena también en su lengua tiene un mundo, tiene una cosmovisión. Aquel que no tiene una lengua indígena puede mantener el rango, la cara de indígena, pero la cosmovisión quizás la ha tenido, pero no es lo mismo. (Interview mit Vargas Camacho)

Allerdings erwähnt er auch, dass viele Personen in der Organisation CIDOB keiner indigenen Sprache mächtig sind und sich dennoch als Indigene fühlen und bezeichnen.

¹⁹ Im Jahr 2012 wurde eine neue Volkszählung durchgeführt, deren Ergebnisse noch nicht vorliegen (Stand: April 2013).

Auch die Herkunft gibt keine deutliche Auskunft über die Zugehörigkeit zu einem indigenen Volk, existiert in Bolivien eine starke Binnenmigration und ein großer Zuwachs vom Land in die urbanen Räume. Diese Thematik wurde im Januar 2011 in dem von der APCOB organisierten Forum „Ser Indígena en la Ciudad“ in der Stadt Santa Cruz de la Sierra aufgegriffen, da festgestellt wurde, dass städtische Indigene kaum als Indigene wahrgenommen und als eigene soziale Gruppe meist vergessen werden. Dieses Problem spiegelte sich auch im Gespräch mit José Carlos Vargas, Mitarbeiter der Organisation CEJIS wider, denn für ihn geht eine indigene Identität Hand in Hand mit einer besonderen Beziehung zur Natur und einem Territorium. Doch auch die spezifische Kultur und die Kosmovision einer Gemeinschaft sieht er als bezeichnend für eine indigene Identität. (Vgl. Interview mit Vargas)

Je nachdem wen man befragt was „Indigen-Sein“ genau charakterisiert, erhält man eine andere Antwort. Nach Jürgen Riester bedeutet Indianer-Sein eine genaue Vorstellung von den eigenen kulturellen Normen und Werten, dem Verwandtschaftssystem, der sozialen Organisation, dem eigenen Verteilersystem und dem Verständnis wie eine indianische Ökonomie und Kultur funktioniert. Als wichtigstes Kriterium gilt aber für ihn das empfundene Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft. (Vgl. Interview mit Riester). An diesem Kriterium orientiert sich auch die Definition von Indigenität in dieser Arbeit.

Durch die Makroanalyse und die empirische Forschung wurde klar, dass es sich bei der Indigenität um eine Kategorie der Identität handelt, die weder frei von der Vergangenheit, noch von spezifischen gesellschaftlichen und politischen Kontexten zu betrachten ist. Sie stellt keine unveränderliche Konstante dar und wird je nach aktueller Situation gesellschaftlich und diskursiv verhandelt. Zudem bewegt sie sich zwischen Fremd- und Selbstzuschreibung und gibt daher Auskunft über die Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen Boliviens. Im Folgenden werden solche sozialen Bewegungen in Santa Cruz als indigen bezeichnet werden, welche sich selbst als indigen identifizieren und sich am Diskurs um eine indigene Identität beteiligen.

5.3.2 Indigene Organisationen

Die vielen Zusammenschlüsse und Organisationen der indigenen Gemeinschaften des Departements Santa Cruz werden im Folgenden nicht einzeln vorgestellt, da sie - wie in diesem Teil der Arbeit dargestellt wird - durch größere Verbände repräsentiert werden. Diese übergreifenden Organisationen sind maßgeblich an der Erstellung von zugänglichen Dokumenten und einer Öffentlichkeitsarbeit beteiligt und bilden mit diesem Material den Fokus der Diskursanalyse.

Der Dachverband CIDOB (Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia)

Als wichtiger Akteur im Bereich der sozialen Bewegungen der Tieflandindigenen ist die Organisation CIDOB (Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia) zu nennen. Bereits 1979 kam es durch die Initiative des Guaraní Bonifacio Barrientos zu den ersten Kontakten zwischen den Vertretern vierer indigener Völker²⁰ des Departements Santa Cruz, welche sich an einem Prozess der Vereinigung indigener Gemeinschaften beteiligten. Die Organisation CIDOB wurde im Jahr 1982 in der Stadt Santa Cruz de la Sierra gegründet, um den indigenen Völkern und Nationen des Tieflandes eine Plattform der Begegnung und Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Zudem sollte eine gemeinsame Organisations- und Repräsentationsstruktur geschaffen werden, welche die spezifischen Bräuche und Traditionen der Mitgliedsorganisationen und indigenen Gemeinschaften wertschätzt und während der Prozesse der Entscheidungsfindung berücksichtigt. (Vgl. CIDOB 2007)

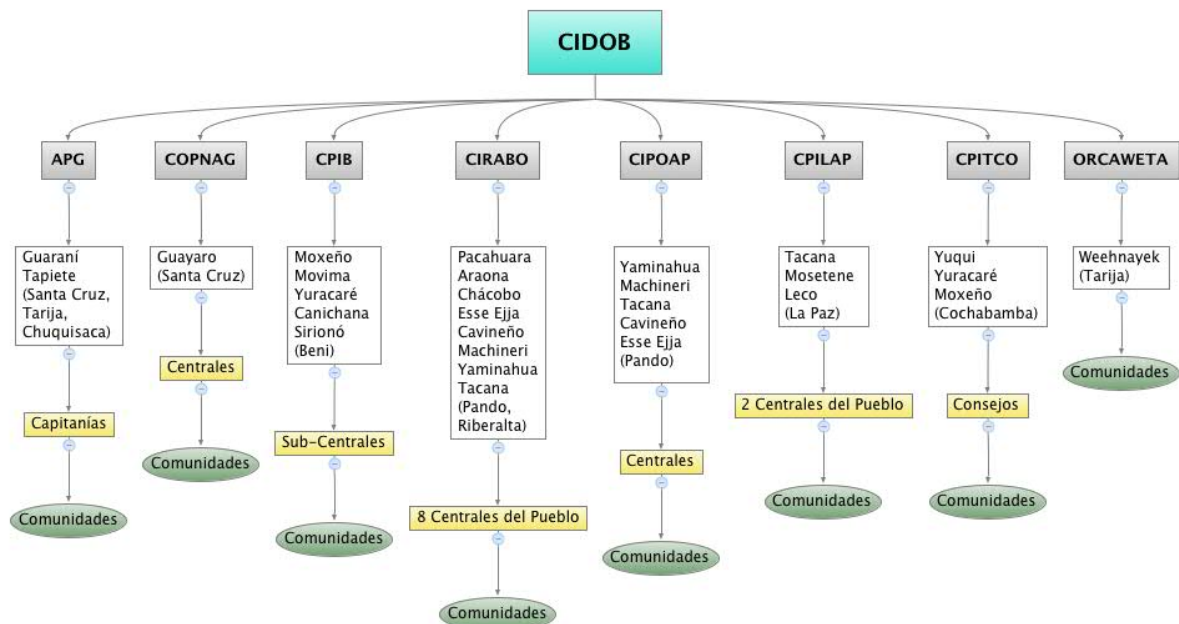
Die CIDOB entwickelte sich zu einem nationalen Dachverband, dem sich auch indigene Völker anderer Präfekturen Boliviens anschlossen. Heute repräsentiert die Organisation CIDOB insgesamt 34 indigene Völker und Nationen Boliviens aus sieben Departements, welche die Regionen des Amazonas, des Osten Boliviens und des Chacogebietes umfassen. Die CIDOB zählt auf internationalem Niveau zu den Mitgliedern der Organisation COICA (Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica), welche länderübergreifend indigene Völker aus der Region des Amazonasbeckens repräsentiert.

Um zu verstehen warum die CIDOB als Dachverband der indigenen Völker des Tieflandes mit ihren Dokumenten in dieser Arbeit den Schwerpunkt der Diskursanalyse bildet, wird an dieser Stelle die interne Organisationsstruktur dargestellt.

²⁰ Abgesandte folgender Völker nahmen an dem Treffen teil: Guaraní-izoceño, Chiquitano, Ayoreo und Guarayo.

Die organische Basis der CIDOB besteht aus indigenen Gemeinschaften, welche sich meist aus mehreren Familien zusammen setzen, die sich ein Territorium teilen. Manche dieser Gemeinschaften (comunidades) sind in übergreifenden Zentralen oder Subzentralen zusammengeschlossen, welche die indigenen Völker geordnet nach Sprachgruppen oder kultureller Identität vertreten. Auf einer nächsten organisatorischen Stufe werden diese Subzentralen wiederum unter einer größeren Struktur vereint und durch sogenannte regionale Asambleas oder Zentralen repräsentiert. (Vgl. García Linera/Chávez León/Costas Monje 2004:220f). Insgesamt umfasst der Dachverband CIDOB acht dieser regionalen Organisationen²¹. Die folgende Abbildung zeigt eine graphische Darstellung der Organisationsstruktur der CIDOB:

Abbildung 8: Organigramm der Organisation CIDOB



(Quelle: Grafik anhand der Daten von García Linera/Chávez León/Costas Monje 2004:267 und der CIDOB 2010b von der Autorin erstellt)

Herausstechend ist der multiethnische Charakter dieser Organisationsstruktur, da Abgrenzungen durch verschiedene kulturelle Identitäten und Sprachgruppen als auch durch territoriale Grenzen überschritten werden und eine gemeinsame Repräsentationsebene

²¹ Zu den regionalen Mitgliedsorganisationen der CIDOB gehören: APG (Asamblea del Pueblo Guaraní), COPNAG (Central de Pueblos Nativos Guayayos), CPIB (Central de Pueblos Indígenas del Beni), CIRABO (Central Indígena de la Región Amazónica de Bolivia), CIPOAP (Central Indígena de Pueblos Amazónicos de Pando), CPITCO (Central de Pueblos Indígenas del Trópico de Cochabamba), CPILAP (Central de Pueblos Indígenas de La Paz), ORCAWETA (Organización de la Capitanía Wehenayek Tapiete) (vgl. CIDOB 2010b).

geschaffen wird. Der Wahlvorgang von RepräsentantInnen und Autoritätspersonen der Gemeinschaften und Subzentralen variiert unter den indigenen Völkern und geht nach den jeweiligen Bräuchen und Traditionen von statten. Alle vier Jahre findet ein großes Zusammentreffen namens GAPI (Gran Asamblea Nacional de los Pueblos Indígenas) statt. Während dieser Zusammenkünfte wird das Direktorium der CIDOB gewählt und eine gemeinsame strategische Linie sowie aktuelle Forderungen festgelegt. Zudem finden ein bis zwei mal pro Jahr Treffen aller Mitgliedsorganisationen der CIDOB statt. Während dieser Vereinigungen werden die Organisationsleitung und die Durchführung verschiedener Projekte einer Bestandsaufnahme unterzogen, die Erfüllung von Vereinbarungen besprochen und anstehende Aktionen geplant. (Vgl. García Linera/Chávez León/Costas Monje 2004:223) Bei diesen Treffen werden Dokumente, wie Verabschiedungen, Protestschreiben, Resolutionen und Forderungen erarbeitet, welche auf der Homepage der CIDOB veröffentlicht werden. Diese Dokumente stellen einen Großteil des in der Diskursanalyse untersuchten Materials dar. Aufgrund der enormen Vielfalt der Mitgliedsorganisationen bestehen untereinander auch verschiedene Meinungen und Ansichten, die zu internen Auseinandersetzungen, Spannungen und sogar Abspaltungen führen (Schilling-Vacaflor 2009:154). Dennoch repräsentiert die CIDOB als maximale Dachorganisation die meisten indigenen Völker und Nationen des Tieflandes und deren Interessen und trägt mit unzähligen Dokumenten und einem eingegliederten Medienprojekt maßgeblich an der Produktion eines indigenen Diskurses in Santa Cruz bei.

Natürlich existieren auch andere soziale Bewegungen in Santa Cruz, welche sich durch ihre Thematik oder Forderungen an die indigene Bevölkerung richten. Allerdings gibt es nur wenige Organisationen, die sich ausschließlich über eine gemeinsame geteilte indigene Identität definieren und sich gleichzeitig an einem explizit indigenen Diskurs beteiligen. Dieses Kriterium trifft deutlich auf die CIDOB zu: „En el caso de la CIDOB, la identidad fuerte que permite a sus miembros distinguirse de otras organizaciones y establecer un núcleo básico de comunidad imaginada, es la identidad indígena.“ (García Linera/Chávez León/Costas Monje 2004:239) Neben der CIDOB existiert noch eine weitere Organisation, auf die dieses Merkmal zutrifft: die CPESC (Coordinadora de Pueblos Étnicos de Santa Cruz).

CPESC (Coordinadora de Pueblos Étnicos de Santa Cruz)

Innerhalb der sozialen indigenen Akteursgruppen spielt die 1995 gegründete CPESC eine besondere Rolle. Diese Institution repräsentiert die in Santa Cruz heimischen indigenen Völker und Nationen der Guarayo, der Chiquitano, der Ayoreo und der Yuracaré-Mojeño und ging aus deren Wunsch nach einer festen Organisationsstruktur auf departementaler Ebene hervor (Vgl. García Linera/Chávez León/Costas Monje 2004:355). Die CPESC sollte als Gegengewicht zu den einflussreichen UnternehmerInnen und dem Bürgerkomitee dienen und die Interessen der lokalen indigenen Gemeinschaften vertreten (Schilling-Vacaflor 2009:155). Die CPESC stellt eine aktive indigene Organisation im Departement Santa Cruz dar. Sie ist maßgeblich für viele Mobilisierungen und Aktionen regionaler indigener Zentralen verantwortlich, organisierte in der Vergangenheit große indigene Märsche und schloss auch Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen, um ihre Ziele zu verfolgen (vgl. López Rivas 2010). Aufgrund der Nähe zur Regierungspartei MAS wurde CPESC Opfer der Anschläge im Jahr 2008 als es zu gewalttätigen Übergriffen auf staatliche Institutionen und regierungsnahe Organisationen kam.

Die CPESC zählte zu den regionalen Mitgliedsorganisationen der CIDOB, separierte sich jedoch im Jahr 2002 aufgrund von internen Auseinandersetzungen und unterschiedlichen politischen Ausrichtungen und Interessen. Die Guaraní von Santa Cruz, welche ursprünglich der CPESC eingegliedert waren, verblieben jedoch innerhalb der Strukturen der CIDOB. (Vgl. García Linera/Chávez León/Costas Monje 2004:354f) Die CPESC arbeitet trotz ihrer Abspaltung mit der CIDOB zusammen, auch die regionalen indigenen Organisationen, welche der CPESC eingegliedert sind²², kooperieren mit der Konföderation der indigenen Völker Boliviens. Diese Verbindungen lassen sich anhand der Beteiligungen an Treffen und der Erarbeitung gemeinsamer Dokumente ablesen²³. Allerdings bestehen zwischen den Organisationen immer wieder Konflikte und Meinungsverschiedenheiten, welche die Solidarität zwischen den indigenen Bewegungen ins Wanken bringen. Dieses Verhältnis spiegelt die innere Zerrissenheit indigener Organisationen wieder, die trotz der Verwendung eines indigenen Diskurses keine homogene Einheit bilden, sondern verschiedene Allianzen

²²Die CPESC umfasst vier regionale indigene Organisationen: OICH (Organización Indígena Chiquitana), COPNAG (Central de Organizaciones del Pueblo Nativo Guarayo), CPIYSC (Central de Pueblos Indígenas Yuracaré-Mojeño), CANOB (Central Ayoreo Nativa del Oriente Boliviano).

²³In manchen Dokumenten wird die CPESC als Mitgliedsorganisation der CIDOB angeführt, laut Homepage der CIDOB wird sie jedoch nicht als solche offiziell anerkannt. Die Art der Verbindung zwischen CPESC und CIDOB ist daher unklar, zudem kam es in jüngster Vergangenheit zu großen Konflikten zwischen der CPESC, einiger eingegliedelter Organisationen der CIDOB und deren Direktorium.

eingehen und unterschiedliche Vorgehensweisen an den Tag legen. Insgesamt bestehen jedoch ähnliche grundlegende Interessen, was die Rechte und Forderungen indigener Völker und Nationen betrifft.

Da die CPESC über kein eigenes Internetportal verfügt und sich kaum aktuelle Publikationen oder spezifisches Material zur diskursiven Verwendung von Ethnizität finden lässt, fließen die CPESC und ihre eingegliederten regionalen Organisationen vor allem durch die Beteiligung an den gemeinsamen Dokumenten der CIDOB in die Analyse der Diskurse indigener Bewegungen ein.

5.3.3 Interessen und Forderungen

Generell ist zu erwähnen, dass die hier aus Gründen der Übersichtlichkeit in verschiedene Unterpunkte gegliederten Interessen meist eng miteinander verknüpft sind. So sind die Forderungen der indigenen Völker nicht akribisch voneinander zu trennen, sondern bedingen sich gegenseitig und sind Teil einer umfassenden indigenen Kosmovision. Diese basiert auf ganz spezifischen Vorstellungen über Lebensbereiche wie kulturelle Identität, die gemeinschaftliche Organisation des sozialen Lebens und Formen der Entwicklung. Da viele indigene Gemeinschaften in enger Verbundenheit mit Land und Natur leben, stellt der uneingeschränkte Zugang zu dieser Umgebung und deren Schutz einen ganz zentralen Punkt ihrer Forderungen dar.

5.3.3.1 Land und Territorium

„La tierra es como nuestra casa, nos da comida, casa, lugar.“ (Armoye zit. nach Mamani 2010:26)

Die Forderung nach indigenen Territorien bildet ein grundlegendes Interesse der Tieflandindigenen und wurde bereits mit dem ersten Marsch für Territorium und Würde im Jahr 1990 in die Öffentlichkeit getragen. Viele indigene Gemeinschaften des Tieflandes machten in der Vergangenheit die Erfahrung von Enteignung und Vertreibung aus ihren angestammten Territorien, bis heute kämpfen sie um das Recht auf Land und Lebensraum. Territorium bedeutet für die indigenen Völker des Tieflandes wesentlich mehr als der bloße Besitz von Boden. Dieser Aspekt ist natürlich wichtig, denn er stellt die Basis für die

Lebensgrundlage in Form von Subsistenzwirtschaft und produktiver Tätigkeit dar. Allerdings stehen für indigene Gemeinschaften nicht nur die wirtschaftliche Verwertbarkeit des Bodens im Vordergrund, sondern wesentlich komplexere Konzepte von Territorialität.

Hay una diferenciación sustancial entre territorio y tierra; enfatiza que el concepto de territorio tiene una base histórica, social e identitaria a diferencia de la tierra, que tiene como fundamento el concepto relacionado más con la posesión individual que con la supervivencia de la cultura y la identidad. (Camacho zit. nach Amparo Herbas 2010:16)

Der indigenen Kosmovision liegt ein besonderer Bezug zur Natur und der lebendigen Welt zu Grunde. Das Territorium wird als „casa grande“ (Interview mit Vargas), als großes Haus betrachtet. Es bietet indigenen Völkern nicht nur überlebenswichtige Ressourcen, sondern ist verwoben mit deren Kultur, Gebräuchen und einer spezifischen Weltauffassung. „Nosotros somos parte de la naturaleza, no nos vemos separados del ambiente en que vivimos.“ (Yubanore zit. nach Mamani 2010:26). Indigene Territorien sollen es ermöglichen die traditionelle Lebensweise aufrecht zu erhalten und bieten einen geschützten Raum für ein Leben in der Gemeinschaft. Das Prinzip der Gemeinschaftlichkeit steht für viele indigene Völker des Tieflandes im Vordergrund ihrer Lebensform und beeinflusst ihre Werte und Normen. So wird ein indigenes Territorium als der Ort verstanden, an dem die Gemeinschaft gänzlich uneingeschränkt von der Außenwelt ihre kulturelle Identität, ihre Traditionen, ihre Vorstellungen von Kollektivität, ihr Rechtssystem und ihre Entwicklung ausleben kann. Vargas Camacho bestätigt im Interview die Wichtigkeit des Territoriums für die indigenen Gemeinschaften, „el territorio es un lugar, dónde uno puede aplicar su propia cultura, su propia ley, su propia cosmovisión.“ (Interview mit Vargas Camacho)

Gelebte indigene Kultur und Territorium werden also in einen gemeinsamen Zusammenhang gebracht, ohne einen eigenen Raum wird der Fortbestand der indigenen Kultur und Identität als bedroht eingeschätzt. Aus dieser Perspektive betrachtet, stellt ein indigenes Territorium den Erhalt der Lebensweise verschiedener indigener Völker und deren Weitergabe an die Nachwelt sicher. „Se han dado cuenta [los indígenas] que la única forma de mantener su cultura, era mantener un territorio, que no se puede vender.“ (Interview mit Vargas Camacho) Es geht also bei der Forderung nach indigenen Territorien um einen Raum, der die Auslebung der eigenen Kultur abseits von fremden Einflüssen ermöglicht und um den tiefen Wunsch, die ganz spezifischen kulturellen Identitäten zu bewahren und weiterzugeben. Zudem bietet das Territorium indigenen Völkern die Möglichkeit für eine ganzheitliche Selbstbestimmung.

Para mí es el sueño anhelado de nuestros abuelos, que históricamente fueron esclavizados, no podían tomar sus propias decisiones, tenían que obedecer a lo que otros mandaban, desde entonces ellos pedían liberación. Ahora estamos llegando a ejercer ese sueño, tenemos la libertad de ejercer nuestros derechos en base a nuestra propia realidad, costumbres y todas las áreas: política, social, cultural. (Roca 2010:55)

Die Forderungen nach indigenen Territorien treffen allerdings auf einige GegnerInnen, welche ihre eigenen Interessen auf Landbesitz verteidigen. Dazu gehören beispielsweise GroßgrundbesitzerInnen, ViehzüchterInnen, forstwirtschaftliche Betriebe, agroindustrielle UnternehmerInnen und migrantische Bauern/Bäuerinnen aus anderen Regionen Boliviens. Trotz des 1996 erlassenen Ley INRA, welches gemeinschaftliche indigene Ländereien (Tierras Comunitarias de Origen/ TCOs) als neue Art des Landbesitzes implementierte und dessen Weiterentwicklung in der neuen Verfassung, gilt Land nach wie vor als umkämpftes Gut im Departement Santa Cruz. (Vgl. Radhuber 2009:59f)

Der Prozess der Überprüfung und Titulierung von Ländereien geht nur schleppend voran und immer wieder wird von einer Missachtung der indigenen Landrechte durch verschiedene AkteurInnen berichtet. Ein besonderes Problem stellen die Konflikte zwischen ansässigen Tieflandindigenen und migrantischen Bauern/BäuerInnen dar, welche Land auf bereits anerkannten indigenen Territorien besetzen. Auch Übergriffe und sogar gewalttätige Konfrontationen von Angestellten forstwirtschaftlicher Unternehmen gegenüber indigenen Gemeinschaften scheinen vorzukommen (vgl. CIDOB 2011a). Diese Probleme und Hürden führen zu folgenden konkreten Forderungen der indigenen Organisationen:

Die Titulierung von Ländereien soll effektiv voran getrieben und genau evaluiert werden, um den Fortschritt oder das Stocken der aktuellen Projekte nachvollziehen zu können. Damit auch indigene Gemeinschaften, welche noch nicht über eigene Territorien verfügen, ihr Recht darauf durchsetzen können, soll die Untersuchung von nicht aktiv genutzten Ländereien voranschreiten. Im Falle eines positiven Bescheids sollen diese Ländereien enteignet und an jene indigenen Gemeinschaften übertragen werden. Zudem sollen die Gebiete, welche für eine Titulierung in Frage kommen, saniert, gesäubert und bepflanzt werden, damit sie von den indigenen Gemeinschaften bewohnt und bewirtschaftet werden können. Jegliche forstwirtschaftlichen oder unternehmerischen Konzessionen zur Gewinnung von Rohstoffen und Ressourcen auf zukünftigen indigenen Territorien sollen annulliert werden, damit die indigenen Gemeinschaften nicht negativ beeinträchtigt oder enteignet werden. Die für diese Vorgänge benötigten finanziellen Mittel sollen in ausreichendem Maße vom bolivianischen Staat zur Verfügung gestellt werden. (Vgl. CIDOB 2010a)

Eine sehr wichtige Forderung betrifft besonders den Schutz der indigenen Territorien, damit keine Unbefugten bereits titulierte Länder besetzen oder unrechtmäßig nutzen. So wird die bolivianische Regierung dazu angehalten, Normen gegen die illegale Beschlagnahme von Land einzuführen sowie dringend gegen diese Art der unrechtmäßigen Besetzung vorzugehen. (Vgl. CIDOB 2011f)

Insgesamt wünschen sich die indigenen Völker des Departements Santa Cruz und der Tieflandregionen Respekt gegenüber ihrem Recht auf gemeinschaftliche indigene Ländereien, die als Grundpfeiler für ein selbstbestimmtes traditionelles Leben sowie für die Durchsetzung einer indigenen Autonomie gesehen werden.

5.3.3.2 Indigene Autonomie

„Sin dueños ni patronos.“ (APCOB CD-ROM)

Neben der Forderung nach indigenen Territorien steht seit einiger Zeit auch die Forderung nach Autonomie auf der Agenda der indigenen Organisationen in Santa Cruz. Durch die neue Verfassung wurde die indigene Autonomie offiziell bewilligt und in einen rechtlichen Rahmen gegossen. Nach der Verfassung bedeutet die indigene Autonomie folgendes:

La autonomía indígena originaria campesina consiste en el autogobierno como ejercicio de la libre determinación de las naciones y los pueblos indígena originario campesinos, cuya población comparte territorio, cultura, historia, lenguas, y organización o instituciones jurídicas, políticas, sociales y económicas propias. (Bolivianische Verfassung Art. 289)

Eine indigene Autonomie soll also die Selbstbestimmung indigener Völker und die Anwendung ihrer Normen und Traditionen gewährleisten. Da viele indigene Gemeinschaften in der Vergangenheit ihrer Freiheit beraubt wurden, besteht ein großer Wunsch nach Selbstbestimmung. Für Jürgen Riester bedeutet die indigene Autonomie ein Konzept, welches es Indigenen ermöglicht ihr „eigener Herr“ zu sein (Interview mit Riester). Ähnlich drückt es auch die Koordinatorin des DED in Santa Cruz de la Sierra aus und betont, dass beispielsweise die Guaraní deutlich machen, dass sie keine Herren über sich akzeptieren (vgl. Interview mit Van Driel). Die Organisation des Zusammenlebens indigener Gemeinschaften des Tieflandes funktioniert nach anderen Regeln als es innerhalb der mestizischen Gesellschaft üblich ist. Die Prinzipien der Gleichheit und Reziprozität machen einen

essentiellen Bestandteil des sozialen Lebens aus, welches durch regelmäßige Tauschbeziehungen gestärkt wird. So herrscht in vielen indigenen Gemeinschaften ein anderer Zugang zu hierarchischen Strukturen und es existieren unterschiedliche Systeme die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten. (Vgl. Interview mit Riester) Um diese Praktiken auch in Zukunft ausleben zu können, bedarf es laut Ansicht der indigenen Bewegungen eines geschützten und autonomen Raumes für die indigenen Gemeinschaften. Indigene Autonomie soll als Form der praktizierten Selbstverwaltung die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben nach den eigenen kulturellen Normen und Traditionen sichern. Sämtliche Themen, welche das Zusammenleben betreffen, sollen unter die organisatorische Struktur der indigenen Gemeinschaft fallen.

Zudem herrscht bei den indigenen Völkern der Wunsch nach einer öffentlichen Akzeptanz ihrer kulturellen Differenz und eigenen Lebensweise. Allgemein wird Respekt eingefordert, Indigene möchten vom Staat als BürgerInnen mit Kultur anerkannt werden. „Es el reconocimiento del estado central, del estado boliviano hacia un pueblo que tiene cultura.“ (Interview mit Vargas Camacho) Die indigenen Organisationen fordern einen Staat, welcher die kulturellen Differenzen innerhalb der Bevölkerung respektiert und ihren Erhalt fördert. „Creo cuando construyamos un estado plurinacional, donde se respete eso, que somos diferentes, que hay diferencias, se está avanzando.“ (Interview mit Vargas Camacho) Die Durchsetzung der indigenen Autonomie stellt für die indigenen Organisationen des Tieflandes einen Schritt zur Verwirklichung der Werte eines Plurinationalen Staates dar, welcher sich auch in konkreten Handlungen ausdrückt. Ihrer Meinung nach wurde das Konzept der Plurinationalität jedoch in Bolivien noch nicht zufriedenstellend in die Tat umgesetzt, „no se visibiliza la plurinacionalidad en las leyes y normas [...], desconociendo así la Identidad Cultural que hace a un Estado Plurinacional.“ (CIDOB 2011c:1)

Laut Vargas Camacho ist die indigene Autonomie im Diskurs des Staates sehr wohl präsent, in der Realität jedoch gestaltet sich ihre Umsetzung als ein langwieriger und stockender Prozess. So scheint der Staat nur den Namen von Gemeinden in indigene Autonomien umzuwandeln, ohne dabei tiefgreifende Änderungen vorzunehmen. Dabei bleiben neokoloniale Strukturen innerhalb der Gemeinden bestehen, welche die indigenen Gemeinschaften an der Ausübung eines selbstbestimmten Lebens hindern. (Vgl. Interview mit Vargas Camacho)

Die CIDOB und ihre Mitgliedsorganisationen fordern konkret die Möglichkeit zur Durchsetzung einer indigenen Autonomie für alle indigenen Gemeinschaften, unabhängig einer Mindestanzahl an EinwohnerInnen. Interventionen und Einmischungen von Außen in die Strukturen und Organisationen indigener Nationen und Völker, in die Instanzen ihrer Entscheidungsfindung, ihrer Ausübung der gemeinschaftlichen Demokratie und ihrer repräsentativen Institutionen sollen im Rahmen der freien Selbstbestimmung gestoppt werden. Die Anwendung der eigenen Normen innerhalb autonomer indigener Gemeinschaften soll vom Staat respektiert und durch das Voranschreiten der Durchsetzung indigener Autonomien unterstützt werden. Zusätzlich soll die praktische Umsetzung der indigenen Autonomie durch genügend finanzielle Ressourcen vom bolivianischen Staat gewährleistet werden. (Vgl. CIDOB 2010a) Werden diese Interessen verwirklicht, so bildet dies den Grundpfeiler für eine Gestaltung des Lebens und der Zukunft nach spezifischen indigenen Vorstellungen.

5.3.3.3 Entwicklung nach indigener Vorstellung

Sicherlich ist es nicht angebracht davon auszugehen, dass alle indigenen Völker und Nationen in Santa Cruz dieselben Vorstellungen über das Thema Entwicklung hegen. Im Interview mit dem Mitarbeiter der CIDOB wurde sogar klar, dass zu diesem Thema keine konkreten Einigungen existieren, außer dass ein großer Wunsch nach Alternativen zu einem kapitalistischen Entwicklungsmodell besteht. Seiner Meinung nach wäre eine Beratung aller der Konföderation eingegliederten Organisationen sinnvoll, um diesbezüglich einen gemeinsamen Kurs zu erarbeiten. (Vgl. Interview mit Vargas Camacho)

Dennoch existieren viele Forderungen, welche das Thema Entwicklung betreffen und sich gemeinsam betrachtet zu einem ganz eigenen Konzept von Entwicklung zusammenfügen. So bildet sich eine Definition von Entwicklung heraus, welche sich sowohl von den Entwicklungskonzepten der Hochlandindigenen und Bauern/Bäuerinnen als auch von der unternehmerischen Riege in Santa Cruz unterscheidet und abseits neoliberaler Paradigmen liegt. Wird Entwicklung auf internationaler Ebene meist anhand von Wirtschaftswachstum und monetären Maßstäben (vgl. Fischer/Hödl/Parnreiter 2004) gemessen, bedeutet sie für viele indigene Völker und Gemeinschaften mehr als produktives Wirtschaften, das Ansammeln von Gütern und Reichtümern und das Streben nach ökonomischem Gewinn. Entwicklung wird als Fortschritt betrachtet, der auf dem Wohl der Gemeinschaft basiert und in die traditionellen Lebensformen indigener Völker integriert ist. Während Indigene des

Hochlandes vor allem landwirtschaftlich tätig und an einer Maximierung ihrer Erträge interessiert sind, suchen die indigenen Völker des Tieflandes nach dem Erhalt ihrer Kultur und eines guten Lebens, auch „vivir bien“ genannt. „Das ‘Gut Leben’ steht für ein gemeinschaftliches Leben in allgemeinem Wohlstand und ohne Hierarchien, basierend auf einem Verständnis des Menschen als Teil der Natur und damit als Teil der ‘Mutter Erde’.“ (Choquehuanca/ De Ugarte 2010:533) Das Prinzip der Gleichheit ist laut Jürgen Riester unter vielen indigenen Völkern des Tieflandes weit verbreitet und bestimmt die soziale Ordnung der Gemeinschaften. Nicht der individuelle Reichtum, sondern das Wohl der Familie und Gemeinschaft steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Der gemeinsame Austausch trägt zur Harmonie innerhalb der sozialen Beziehungen bei. (Vgl. Interview mit Riester)

Die indigenen Organisationen des Tieflandes fordern vor allem Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung, welche im Einklang mit Umwelt und Natur stattfindet.

[N]uestra visión, propuesta y lucha de dejar atrás un paradigma extractivista, explotadora y empobrecedora del desarrollo materialista y deshumanizante por una nueva cosmovisión y paradigma de desarrollo inclusivo, sostenible e integral en la cual prevalecen el respeto por los seres humanos y la naturaleza. (CIDOB 2011j:1)

Die Natur ist der direkte Lebensraum vieler indigener Völker, ihr Überleben ist von der Harmonie und Biodiversität des sie umgebenden Ökosystems abhängig. Daher sind besonders die indigenen Völker von den direkten Folgen der Umweltverschmutzung und des Raubbaus an der Natur betroffen. Die indigenen Organisationen fordern daher, dass der Staat diese Symbiose zwischen Mensch und Natur berücksichtigen und aktiv schützen soll. Doch genau dieser Schutz der Umwelt findet nach Meinung der Indigenen des Tieflandes nicht ausreichend statt. So kritisieren sie die Entwicklungspolitik der Regierung und werfen ihr die Verfolgung transnationaler Interessen auf Kosten der Natur und der indigenen Völker Boliviens vor. Die Mitgliedsorganisationen der CIDOB wenden sich explizit gegen eine Ausweitung der kapitalistischen Marktwirtschaft, welche eine verstärkte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen sowie eine Abhängigkeit von externem Kapital bedeuten würde. (Vgl. CIDOB 2012c)

Die Mitgliedsorganisationen der CIDOB nutzten den 9. Marsch der Tieflandindigenen, um öffentlich auf ihre Forderungen zum Thema Umweltschutz aufmerksam zu machen und hielten die bolivianische Regierung dazu an, besonderen Wert auf Projekte der nachhaltigen Entwicklung zu legen. Sie forderten „[c]umplimiento de los derechos al medio ambiente, a la biodiversidad y los ecosistemas, en el marco del respeto y defensa de la Madre Tierra, para vivir en un medio ambiente sano y saludable.“ (CIDOB 2012e:2)

Die Tieflandindigenen fordern vom Staat und der Regierung ein Verständnis gegenüber ihren Vorstellungen von Entwicklung ein. Dieses Verständnis soll sich zum einen in Form von staatlicher finanzieller Unterstützung ausdrücken, welche für entwicklungsspezifische Projekte in indigenen Gemeinschaften verwendet wird. Zum anderen soll die indigene Bevölkerung des Ostens Boliviens genau über die Aufteilung von finanziellen Mitteln für Entwicklungsprojekte informiert werden und bei diesbezüglichen Entscheidungsfindungen miteinbezogen werden. (Vgl. CIDOB 2010a)

In diesem Kapitel kristallisierte sich bereits heraus, dass die indigenen Völker des Departements Santa Cruz und des Tieflandes mehr Mitspracherecht in wichtigen ökonomischen, politischen und ökologischen Angelegenheiten des Landes einfordern, um ihre Sichtweisen und auch ihr Wissen erfolgreich einbringen zu können. Daher stellt das Thema der Partizipation einen wichtigen Teil ihrer Forderungen dar.

5.3.3.4 Politische Partizipation und das Recht auf Konsultation

War die indigene Bevölkerung Boliviens Jahrhunderte lang von der Politik des Landes ausgeschlossen, so besteht nun der Wunsch die Strukturen der Exklusion zu überwinden und am politischen Leben gleichberechtigt teilzunehmen. Durch die neue Verfassung und die Regierung unter Evo Morales kam es diesbezüglich zu großen Fortschritten, dennoch fühlen sich viele Tieflandindigene nicht angemessen durch die Regierung vertreten und repräsentiert. Auch wird die politische Einbindung der indigenen Völker auf departamentaler Ebene und in den Gemeinden als unzureichend bemängelt. Insgesamt wird mehr Partizipation und Repräsentation in den Organen des Plurinationalen Staates gefordert. Dies soll durch eine ständige Präsenz einiger VertreterInnen der CIDOB innerhalb der Strukturen der Regierung erreicht werden, so dass jedes indigene Volk repräsentiert wird. (Vgl. CIDOB 2010a)

Die Forderung nach einer größeren politischen Partizipation umschließt ein weiteres wichtiges Themengebiet, welches besonders in der jüngsten Vergangenheit für große Aufmerksamkeit sorgte. Laut Verfassung verfügen die indigenen Völker und Nationen Boliviens über ein Recht auf Konsultation. Bei der Planung großer staatlicher Projekte, welche in indigene Territorien eingreifen oder das Leben der Gemeinschaften beeinträchtigen, ist die Regierung verpflichtet die indigene Bevölkerung vorab zu informieren und zu

befragen. Dies gilt auch für administrative oder legislative Entscheidungen der Regierung, welche die indigene Bevölkerung direkt betreffen. (Vgl. Bolivianische Verfassung Art. 15) Dieser Abschnitt der Verfassung wurde zum Thema der breiten Öffentlichkeit als es in den Jahren 2011/2012 zu ersten Auseinandersetzungen zwischen indigenen Völkern des Tieflandes und der Regierung kam. Die bolivianische Regierung plant den Bau einer Fernstraße, die durch den Nationalpark Isiboro-Sécure führt (Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro-Sécure/ TIPNIS), welcher anerkannte indigene Territorien beherbergt. Die sogenannte „ruta 54“ soll die Amazonasregion zukünftig direkt mit dem Hochland verbinden und dadurch die Basis für den Transport von Gütern bis zum Pazifik schaffen. Die Straße gilt als wichtiger Grundstein einer zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Boliviens. Laut Aussagen der dort ansässigen indigenen Gemeinschaften fanden im Vorfeld der Planung und dem Beginn des Straßenbaus keine Besprechungen mit der lokalen indigenen Bevölkerung statt. Die BewohnerInnen befürchten die Zerstörung des Parkes und ihrer Territorien durch den Straßenbau, der ein Eindringen durch Unternehmen, migrantische SiedlerInnen und illegale Holzschläger in das Naturschutzgebiet mit sich bringen könnte²⁴. Durch das umstrittene Projekt der Fernstraße schwappte das Thema der Konsultation in die öffentliche Diskussion. Bereits vor dem Konflikt um TIPNIS wurde im Interview mit Vargas Camacho klar, dass die indigenen Völker des Tieflandes ihr Recht auf Konsultation einfordern. „Yo veo bastante reclamos de los indígenas. Especialmente de los indígenas de las tierras bajas, piden al grito que el gobierno les tome en cuenta, les escuche y les consulte.“ (Interview mit Vargas Camacho)

Die Indigenen des Tieflandes fordern die Einhaltung der neuen Verfassung, welche ihnen das Recht auf Konsultation zuspricht. So sollen bei jedem großen Projekt (wie beispielsweise dem Bau einer Straße oder der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen) die davon betroffenen indigenen Gemeinschaften zu Rate gezogen werden. Die Konsultation soll rechtzeitig und im Beisein der betroffenen Gemeinschaften als auch deren lokalen, regionalen und nationalen repräsentativen Organisationen stattfinden, um die Transparenz der Vorgänge zu

²⁴Manche indigenen Gemeinschaften und Bewegungen setzen sich jedoch für den Bau der Straße ein, da sie auf eine Anbindung an die Infrastruktur und eine damit einhergehende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen hoffen. Das Projekt ist umstritten und führte zu Spannungen zwischen den verschiedenen indigenen Organisationen und Gemeinschaften. Im Jahr 2011 wurde ein Protestmarsch für die Bewahrung des TIPNIS organisiert, an dem sich auch die Organisation CIDOB beteiligte. Während des Marsches kam es zu gewalttätigen Übergriffen des Militärs auf die Marschierenden, wobei einige TeilnehmerInnen schwer verletzt wurden. Dieses Ereignis sorgte sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene zu einem Aufschrei der Öffentlichkeit und sozialer Organisationen. Der Vorfall verschlechterte die Beziehung zwischen der Regierung und den indigenen Organisationen des Tieflandes erheblich.

gewährleisten. (Vgl. CIDOB 2010a) „[La] consulta es un derecho y debe ser previa, libre e informada.“ (CIDOB 2012c:2)

Durch den Wunsch nach einer stärkeren Partizipation auf politischer Ebene steigt der Bedarf an qualifizierten politischen VertreterInnen der indigenen Völker. Diese müssen sich sowohl mit den spezifischen Problemen und Herausforderungen der heimischen Bevölkerung auskennen, gleichzeitig aber auch über die Voraussetzungen verfügen in der politischen Szene Fuß zu fassen. So ist ein direkter Zugang zu Bildung unablässlich, der jedoch bis heute in vielen indigenen Gemeinschaften nicht ausreichend gegeben ist.

5.3.3.5 Zugang zu Bildung und Gesundheit

„Ahora nuestras armas son el lápiz y el papel.“ (UNIBOL o.J.)

Die Forderung nach einem verbesserten Zugang zu Bildung für die indigenen Völker des Tieflandes gilt als Grundlage für weitere Ziele wie soziale Gerechtigkeit und einer Dekolonialisierung der Strukturen des Staates. Denn Bildung und Wissen bedeuten Macht und eine größere soziale Mobilität öffnet die Türen zu bisher geschlossenen sozialen und politischen Bereichen der Gesellschaft. Wurden Indigene in der Vergangenheit vor allem als billige Arbeitskräfte oder Bauern/Bäuerinnen gesehen, so ergibt sich durch den Zugang zu Bildung die Möglichkeit diese Einschränkungen hinter sich zu lassen. Dadurch entsteht für die indigene Jugend die Chance einen Bereich der Marginalisierung aufzubrechen. Eine gute Ausbildung begünstigt jedoch nicht nur die davon betroffenen Individuen, sondern kann auch zu einer positiven Entwicklung der heimischen indigenen Gemeinschaften beitragen. Junge und gut ausgebildete Fachkräfte und Intellektuelle sind von großer Wichtigkeit für die indigenen Gemeinschaften, sei es um neue Wege für ein produktives und nachhaltiges Wirtschaften zu finden, die Bewahrung und Weitergabe der verschiedenen indigenen Kulturen zu sichern oder die Interessen der Gemeinschaften in die Öffentlichkeit zu tragen und auf politischer Ebene zu repräsentieren. „Hoy es la continuidad para formar a jóvenes indígenas en áreas superiores y así poder tener profesionales dentro las comunidades que puedan velar por las necesidades y a favor de los pueblos indígenas“ (CIDOB 2012a:1).

Die indigenen Völker des Departaments Santa Cruz und des Tieflandes fordern daher einen verbesserter Zugang zu öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Zudem sollen diese Lehrstätten mit bilinguaem Lehrmaterial ausreichend ausgestattet werden, um die

Bewahrung der indigenen Muttersprachen zu gewährleisten. Auch sozio-kulturelle Aspekte sollen in den Lehrplan integriert werden und einen Beitrag zur Stärkung der eigenen kulturellen Identität leisten. Auf einer übergeordneten Ebene sollen RepräsentantInnen der indigenen Völker bereits bei der Erarbeitung von Gesetzen zum Thema Bildung und Erziehung miteinbezogen werden. (Vgl. CIDOB 2011f)

Eine wichtige Neuerung auf dem Gebiet des höheren Bildungswesens stellt die Einrichtung der Universität UNIBOL Guaraní dar, eine speziell für die höhere Bildung von Tieflandindigenen errichtete Universität. Diese Universität soll vom Staat mit ausreichend finanziellen Mitteln unterstützt und gefördert werden, um die Funktionalität der UNIBOL zu verbessern und die Unterkunft für die studierenden Indigenen zu ermöglichen. (Vgl. CIDOB 2011f)

Laut Vargas Camacho mangelt es nicht nur am Zugang zu Bildung, sondern auch an einer grundlegenden staatlichen Gesundheitsversorgung für die indigenen Gemeinschaften. Die Infrastruktur reicht oft nicht bis in die abgelegenen ländlichen Regionen, was zu einem erheblichen Mangel an medizinischer Versorgung führt. (Vgl. Interview mit Vargas Camacho) Die CIDOB fordert die Regierung auf diesen Missstand zu beheben und den Zugang zu medizinischen Dienstleistungen zu verbessern. Dies soll zum einen durch die Einführung einer universalen Krankenversicherung für alle BürgerInnen als auch durch besondere Versorgungsleistungen für Mütter und Kinder ermöglicht werden. Zudem sollen medizinische Ambulatorien durch die Schaffung mobiler Krankenhäuser für alle indigenen Gemeinschaften erreichbar werden. Diese Krankenhäuser sollen mit geschultem Personal ausgestattet werden, welche über die traditionellen Behandlungsweisen der jeweiligen Gemeinschaften unterrichtet sind und diese in die ärztliche Versorgung integrieren. So soll eine gute gesundheitliche Betreuung im Einklang mit den existierenden kulturellen Gegebenheiten erzielt werden. (Vgl. CIDOB 2011f.)

Die Forderungen nach einem Ausbau der Infrastruktur für Dienstleistungen betreffen nicht nur das staatliche Gesundheitssystem, sondern auch den Zugang zu Kommunikationsmitteln und medialer Öffentlichkeit.

5.3.3.6 Medien und Kommunikation

Nach Aussage von Vargas Camacho der CIDOB existieren kaum öffentlich mediale Repräsentationskanäle der indigenen Bevölkerung des Tieflandes Boliviens.

Recién están empezando [los indígenas] a construir medios de comunicación propios. Cuando tengan sus propios medios van a tener un discurso indígena en ellos, como no lo hay, hay un discurso de interpretación de periodistas. La mayoría de los medios trata invisibilizar. Al menos que haya una marcha o movilización, bloqueo o algo grande. (Interview mit Vargas Camacho)

Der Diskurs der Tieflandindigenen ist also entweder auf interne Dokumente der jeweiligen lokalen, regionalen und nationalen Organisationen, auf Publikationen von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und NGOs oder auf Aktionen wie Märsche, Demonstrationen oder öffentliche Diskussionen beschränkt. In den Medien werden Indigene und deren Belange kaum vertreten, selten kommen sie direkt zu Wort. So wächst der Bedarf nach eigenen Informations- und Kommunikationsmitteln. Diese Forderung ist auch Teil des Bestrebens weiter ins gesellschaftliche Zentrum zu rücken und die indigene Lebensrealität als Teil der Realität der allgemeinen Bevölkerung öffentlich sichtbar werden zu lassen.

So bestehen Forderungen nach einem garantierten Recht auf den Zugang, den Gebrauch und die Verwaltung von Informations- und Kommunikationsmedien. Auch sollen indigene Fernsehsender staatlich finanziert werden. Das Erlangen von Lizenzen und Frequenzen von Fernsehen und Radio soll gewährleistet werden, um der Plurinationalität des Staates und den verschiedenen indigenen Kosmvisionen Rechenschaft zu tragen. (Vgl. CIDOB 2011f)

Natürlich lassen sich noch weitere und wesentlich differenziertere Forderungen auf Seiten der indigenen Völker innerhalb des Departements Santa Cruz und der Tieflandregion finden. Die hier aufgelisteten Punkte stellen übergreifende Interessen dar, welche nicht Spiegelbild aller spezifischen lokalen Bedürfnisse sind, jedoch auf einem gemeinsamen Konsens der Mitgliedsorganisationen der CIDOB basieren.

Fasst man die in den letzten Kapiteln aufgeführten Punkte zusammen, so fordern die indigenen Bewegungen des Departements Santa Cruz und des Tieflandes grundsätzlich jene Rechte ein, die ihnen laut der neuen Verfassung von 2010 zugesichert, jedoch noch nicht vollständig umgesetzt wurden. „Esta constitución tiene elementos de avanzada en términos de derechos especiales de los pueblos indígenas, pero todavía no es suficiente porque entre lo que se escribe y lo que se cumple hay una diferencia.“ (Interview mit Vargas) In einigen

Gesprächen wurde die herbe Enttäuschung deutlich, welche viele Indigene und deren repräsentative Bewegungen über diese Rückschläge empfinden. Die Freude über den erwarteten gesellschaftlichen Wandel durch die neue Regierung macht einer Frustration über nicht eingehaltene oder sogar gebrochene Versprechen Platz. Diese Verbitterung über die Regierung lässt sich auch am aktuellen Diskurs der indigenen Bewegungen ablesen. Im Folgenden wird aufgezeigt welche Rolle die Kategorie der Ethnizität in den Diskursen indigener Bewegungen im Departement Santa Cruz spielt und inwiefern und auf welche Art und Weise sie eingesetzt wird, um die hier beschriebenen Interessen und Ziele zu legitimieren.

5.3.4 Ergebnisse der Diskursanalyse

Das in der Diskursanalyse untersuchte Material besteht größtenteils aus Dokumenten, Resolutionen und Artikeln der Dachorganisation CIDOB sowie dem Interview mit Vargas Camacho. Zudem stützt sich die Untersuchung auf audiovisuelles Material, welches durch eine Zusammenarbeit der CIDOB und der Organisation APCOB entstanden ist. Wie bereits erläutert wurde, stellen die Dokumente der CIDOB ein Abbild der Stimmen aller beteiligten regionalen indigenen Organisationen dar, welche sich zu einem gemeinsamen und übergeordneten Diskurs bündeln. Bezüglich mancher Themengebiete mögen diskursive Abweichungen innerhalb der regionalen oder lokalen Zentralen bestehen, auf diese internen Unterschiede kann allerdings im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Die regionalen Mitgliedsorganisationen der CIDOB produzieren kaum eigene zugängliche Schriftstücke und entziehen sich dadurch einer näheren Untersuchung.

Der direkte Bezug auf Zeitungsartikel ist nur sehr bedingt möglich, da die indigenen Organisationen noch über wenige autonome Medien- und Kommunikationskanäle verfügen. Die lokalen Zeitungen von Santa Cruz, allen voran die Tageszeitung *El Deber*, gelten vor allem als Sprachrohr der lokalen unternehmerischen Elite. (Vgl. Interview mit Vargas)

Es existieren zahlreiche Publikationen, welche sich mit der Lebenssituation, den Problemen und Interessen der indigenen Völker befassen und in denen sich der indigene Diskurs widerspiegelt. Besonders NGOs und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit beschäftigen sich eingehend mit der Situation indigener Völker Boliviens. In dieser Arbeit wird jedoch bewusst mit Primärmaterial der indigenen Organisationen gearbeitet, um dieses direkt und ohne Interpretationen einer anderen Quelle analysieren zu können.

Während der Analyse und Auswertung des Materials wurde vor allem auf rhetorische Darstellungen und Argumentationslinien geachtet, welche sich direkt auf eine indigene Identität beziehen und diese mit spezifischen Interessen verknüpfen. Dabei kristallisierten sich thematische Kategorien heraus, welche im Folgenden als Diskursstränge bezeichnet werden. Diese Diskursstränge sind in den Texten nicht klar voneinander abgetrennt, ein Diskursstrang mündet in andere Stränge, teilweise bedingen sie sich gegenseitig, teilweise sind jedoch auch Brüche und Widersprüchlichkeiten zu erkennen. Zunächst werden die unterschiedlichen diskursiven Stränge mit ihrer Rhetorik und ihren speziellen Argumentationen beschrieben, um sie dann zu interpretieren und gegebenenfalls in einen Bezug zu den in dieser Arbeit beschriebenen Theorien über Ethnizität zu setzen.

Die Darstellung der diskursiven Stränge, welche sich um eine indigene Identität ranken, dient in dieser Arbeit nicht dazu, den Diskurs der Tieflandvölker zu dekonstruieren oder seine Schwächen aufzuweisen. Natürlich lassen sich manche Argumentationen hinterfragen und kritisch beleuchten. Im Folgenden geht es jedoch nicht darum, die Logik der Diskursstränge zu diskutieren, sondern die Strukturen und Argumentationslinien des Diskurses zu offenbaren, um die diskursive Verwendung der Ethnizität und deren Verknüpfung mit spezifischen Forderungen und Interessen aufzuzeigen.

5.3.4.1 Indigene Identität

Der Diskurs der indigenen Organisationen in Santa Cruz und des Tieflands ist von der Betonung einer eigenen ethnischen Identität bestimmt. Sowohl die Identifizierung mit einer Gruppe als auch die Differenzierung gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppierungen läuft auf der Basis der Kategorie der Ethnizität ab. Dabei wird diskursiv ein Antagonismus innerhalb der bolivianischen Gesellschaft geschaffen: die indigenen Völker und Nationen bilden ein WIR welches sich vor allem von den „Nicht- Indigenen“ in Form der ANDEREN abgrenzt. Durch diese Kategorisierung der bolivianischen Bevölkerung werden identitäre Blöcke gebildet, welche sich auf die Kategorie der Ethnizität stützen. Andere Kategorien der Identifizierung und Differenzierung spielen im Diskurs eine untergeordnete Rolle.

Vargas Camacho räumt im Interview ein, dass es sich bei den Indigenen des Departements Santa Cruz und des Tieflandes um ganz verschiedene indigene Völker handelt, zwischen denen die kulturellen Unterschiede teilweise groß und die Gemeinsamkeiten gering sind. Dennoch wird diskursiv die Einheit der indigenen Bevölkerung betont und der Eindruck einer

homogenen ethnischen Gruppe vermittelt. Die enorme kulturelle Vielfalt unter den bolivianischen indigenen Völkern, wie auch interne Spannungen und Konflikte werden kaum thematisiert. Diese Darstellung der Indigenen als Zugehörige einer ganz eigenen Gruppe, einer speziellen ethnischen Identität wird in den Zusammenhang mit allen Lebensbereichen gebracht: „nuestra realidad y visión propia“ (CIDOB 2011d:2), „nuestras propias autoridades“ (CIDOB 2012d:1), „nuestra propia forma de vida“ (CIDOB 2011e:2). Stets wird das ganz Eigene, das Spezielle der indigenen Völker betont und in einen Kontrast zur restlichen bolivianischen Gesellschaft gesetzt.

Diese Darstellungsweise der indigenen Identität mündet in einen Diskursstrang, welcher sich auf eine Brüderlichkeit und Solidarität zwischen den Indigenen bezieht. Alle Indigenen Boliviens werden als „hermanos y hermanas“ (CIDOB 2012c:1) bezeichnet. Durch diese Ausdrucksform wird auf eine tiefe emotionale Bindung zwischen den Indigenen hingewiesen, welche sich durch eine gegenseitige Solidarität ausdrückt. Die Zugehörigkeit zu einer indigenen Identität wird nicht nur als ethnische, sondern auch als familiäre Zugehörigkeit gewertet und gilt im Diskurs als ein Pakt der Einheit.

Bezüglich der restlichen Bevölkerung stehen nicht die verbindenden Elemente im Vordergrund, sondern die Differenzen. Die trennenden Faktoren und Unterschiede werden diskursiv hervorgehoben und betont. Vargas Camacho von der CIDOB spricht nicht nur von ethnischen und kulturellen Unterschieden, sondern sogar von gänzlich anderen Welten: „Son mundos diferentes.“ (Vgl. Interview mit Vargas Camacho)

Zusammengefasst werden indigene Völker und Nationen diskursiv als homogene Gruppe dargestellt, welche durch ihre gemeinsame ethnische Identität wie eine Familie zusammen gehören. Innerhalb dieser großen Familie herrschen Solidarität und Einheit. Diese Darstellung der indigenen Identität spiegelt einen primordialen Ansatz wider, welcher von einem natürlichen und unhinterfragten Gefühl der Verbundenheit ausgeht. Die ethnische Identität fungiert diskursiv als eine Klammer, welche soziale und kulturelle Unterschiede innerhalb der indigenen Völker ausblendet und Ethnizität als Basisidentität in den Vordergrund stellt. Gleichzeitig findet eine deutliche diskursive Grenzziehung gegenüber dem Rest der bolivianischen Bevölkerung statt. Wie im Theorieteil dieser Arbeit aufgezeigt wurde, dient der Bezug auf eine gemeinsame ethnische Identität der Stärkung von sozialen Gruppen und der Festigung ihres internen Zusammenhalts. Zudem führt die Betonung einer gemeinsamen Ethnizität auch zu einer gesellschaftlichen Anerkennung und Legitimation der Gruppe. Im Fall der indigenen Tieflandorganisationen Boliviens steht die ethnische Dimension der

Identität eindeutig im Vordergrund der Aufmerksamkeit und dient der Schaffung eines Gefühls der Zugehörigkeit und Gemeinsamkeit. Durch die diskursive Darstellung einer Verbundenheit aller Indigenen wird die Grundlage für eine starke Gruppierung geschaffen, welche sich zusammen für bestimmte Interessen einsetzen kann.

Die gemeinsame ethnische Identität der indigenen Völker und Nationen Boliviens wird diskursiv durch einen Bezug auf die bolivianische Geschichte untermauert, der sich in unterschiedlichen Diskurssträngen ausdrückt.

5.3.4.2 Bezug auf die Geschichte

Der Bezug auf die Geschichte Boliviens spielt in den Diskursen der Tieflandindigenen eine sehr wichtige Rolle. Dabei werden unterschiedliche Ereignisse und Zeitspannen in den Vordergrund der Aufmerksamkeit gerückt und diskursiv verwertet. Die (Re-)Interpretation der Geschichte basiert auf verschiedenen diskursiven Strängen, welche mit ganz spezifischen Argumentationslinien und Forderungen verknüpft sind.

Die indigenen Völker des Tief- und Hochlandes beziehen sich in ihren Diskursen auf die Zeit vor der kolonialen Eroberung Boliviens. Der Zustand in dem die indigenen Völker und Nationen lebten wird bezüglich der kulturellen und sozialen Strukturen als „Originalzustand“ bezeichnet, der heute wieder hergestellt werden sollte. Der Ausdruck „naciones y pueblos indígena originario“ (CIDOB 2011e:1) orientiert sich an dieser Auffassung und wird auch auf staatlicher Seite offiziell anerkannt. „Es nación y pueblo indígena originario campesino toda la colectividad humana que comparte identidad cultural, idioma, tradición histórica, instituciones, territorialidad y cosmovisión, cuya existencia es anterior a la invasión colonial española.“ (Bolivianische Verfassung, Art. 30) Die indigene Bevölkerung wird im Gegensatz zur restlichen Bevölkerung als die originalen BewohnerInnen Boliviens dargestellt. Aus dieser Betonung der Ursprünglichkeit der indigenen Ethnien werden diskursiv Ansprüche auf spezifische Rechte und den Besitz von indigenen Territorien abgeleitet. Im Rahmen der Bestrebungen nach einer Dekolonialisierung des bolivianischen Staates fordern die Tieflandindigenen eigene Lebensräume, welche ihnen die Ausübung eines traditionellen Lebensstils ermöglichen. So wird die Rückbesinnung auf die präkolumbianische Zeit als Legitimation für die Forderungen nach indigenen Territorien und Autonomie herangezogen.

Auf diesen Zusammenhang verweist auch der Mitarbeiter von CEJIS im Interview: „Ellos dicen que son pueblos originarios, que están aquí desde antes. Entonces, yo digo que eso le da más fuerza a su discurso y sus reivindicaciones.“ (Interview mit Vargas)

Ein weiterer diskursiver Strang der Tieflandindigenen bezieht sich auf die koloniale und neokoloniale Ära Boliviens. Im Vordergrund des Diskurses steht die Beschreibung der erfahrenen Ungerechtigkeit, Unterwerfung und Diskriminierung. „Nuestra historia, desde el contacto con exploradores y misioneros, la época republicana o la reforma agraria, es la historia del abuso y el olvido.“ (APCOB CD-ROM) Der Verweis auf die erlittene Entmächtigung und die bis heute fortdauernde gesellschaftliche Marginalisierung der indigenen Bevölkerung wird mit Forderungen nach einer Wiedergutmachung verbunden. Durch den wiederholten Bezug auf eine Geschichte der Unterdrückung wird der Anspruch auf indigene Territorien und andere Rechte geltend gemacht. „Los pueblos indígenas nunca hemos podido tener el acceso al poder, ser beneficiados de los recursos de este país y esa es la importancia por la cual hemos peleado por un territorio.“ (APCOB CD-ROM)

Dieser Teil der Vergangenheit wird jedoch nicht nur als Argumentationsbasis für die Forderungen nach Rechten und indigener Autonomie herangezogen, sondern dient zudem einer diskursiven Betonung der verbindenden Faktoren zwischen der indigenen Bevölkerung. So wird die gemeinsame Erfahrung der Unterdrückung als einendes Merkmal der indigenen Völker und Nationen dargestellt, welches sie zu LeidensgenossInnen und solidarischen GefährtenInnen macht. In der gleichsam erlebten Ungerechtigkeit wird ein verbindendes Element gesehen, welches die indigenen Völker in ihrer Gemeinsamkeit bestärkt und ihre aktuellen Forderungen und Interessen legitimiert.

Besonders die jüngere Geschichte Boliviens wird aus einer gänzlich anderen Perspektive betrachtet und mit positiven Konnotationen belegt. Im Gegensatz zu einer Geschichte der Unterdrückung wird hier eine Geschichte der gemeinsamen Erfolge „nuestras conquistas históricas“ (CIDOB 2012c:1) diskursiv aufbereitet. Mit Stolz wird auf die gesellschaftlichen Transformationsprozesse der letzten Jahre verwiesen, für welche die indigenen Gemeinschaften verantwortlich gemacht werden. Diese Siege werden als Zeugnis der Stärke indigener Bewegungen und der Wirkmächtigkeit einer gemeinsamen Zusammenarbeit und Solidarität interpretiert, welche trotz der Geschichte der Unterdrückung nicht gebrochen werden konnte. „A pesar de esta historia seguimos existiendo y defendiendo nuestros derechos.“ (APCOB CD-ROM) Durch die Betonung der Erfolge wird die interne

Zugehörigkeit gestärkt und die Mitglieder für die weitere Verfolgung spezifischer Interessen mobilisiert. Die heutigen indigenen Bewegungen werden in eine Traditionslinie mit ihren Vorfahren gesetzt, welche sich bereits für indigene Belange einsetzten. Es erscheint als eine Pflicht diese Tradition weiterzuführen und gilt als Aufruf, auf den bisherigen Erfolgen aufzubauen. „Ahora nos toca ser protagonista en las luchas que nuestros padres y ancestros han iniciado.“ (CIDOB 2012b:1)

Wie bereits im Theorieteil dieser Arbeit erwähnt wurde, stellt die Geschichte ein Feld der selektiven Wahrnehmung und Interpretation dar. Je nach dem von wem und aus welcher Perspektive Geschichte untersucht wird, ändern sich Sichtweise, Fokus und Aufmerksamkeit. Dies bedeutet, dass Geschichte aus ganz spezifischen Kontexten und Rahmenbedingungen heraus betrachtet wird, bestimmte Ereignisse werden ausgeblendet während andere Ereignisse in den Vordergrund treten. Im Fall der indigenen Völker des Departements Santa Cruz und des Tieflandes dient der Bezug auf die bolivianische Geschichte mehreren Zwecken. Zum einen wird die Existenz einer spezifischen indigenen Identität durch den Verweis auf ihre Ursprünglichkeit und Originalität als unveränderte Gegebenheit dargestellt. Durch diesen diskursiven Strang und den Verweis auf die erlittene Ungerechtigkeit leiten sich Forderungen nach Wiedergutmachung in Form von spezifischen Rechten und Interessen ab. Zum anderen stärkt der Bezug auf die gemeinsam erlittenen Erfahrungen einen kollektiven Zusammenhalt und ein Solidaritätsgefühl. Die diskursive Aufbereitung einer Geschichte der Erfolge stärkt das Vertrauen in die indigene Identität als wirkmächtige soziale Kategorie und dient der Grundlage für weitere Aktionen und Mobilisierungen.

5.3.4.3 Indigene Identität und Territorien

Um die Forderungen nach indigenen Territorien und einer indigenen Autonomie rankt sich ein ganz eigener Diskursstrang, welcher die indigene Identität eng mit der Thematik der Bodenreform verknüpft. Die indigenen Völker des Tieflandes betonen in ihren Dokumenten die Wichtigkeit und Bedeutung von indigenen Territorien für den Erhalt ihrer Kultur und Traditionen. Das Territorium wird nicht nur als Grundlage für die Subsistenzwirtschaft gesehen, sondern vor allem als Basis für die Bewahrung der unterschiedlichen kulturellen und ethnischen Identitäten mit ihren spezifischen Normen, Werten und traditionellen Lebensformen. Indigene Territorien werden als essentieller Faktor für den Erhalt der

indigenen Kulturen beschrieben und dadurch diskursiv direkt an den Schutz und die Bewahrung der indigenen Ethnien gekoppelt. „La tierra no solo para producir, sino para vivir y preservar su cultura.“ (CIDOB 2011g:2) Durch diese Verknüpfung wird für einen unbedingten und notwendigen Anspruch auf indigene Territorien argumentiert und diese Forderungen gegenüber dem Staat legitimiert.

Wie bereits dargestellt wurde, wird der Besitzanspruch auf Land auch durch den diskursiven Bezug auf eine Geschichte der Unterdrückung und Vertreibung legitimiert. Um die von den indigenen Völkern des Tieflandes erfahrene Ungerechtigkeit wieder gut zu machen, sollen ihnen indigene Territorien zugesichert werden. Die indigenen Diskurse um Land und Territorium werden sowohl mit einem Bezug auf die Geschichte als auch direkt mit der Kategorie der ethnischen Identität und deren zukünftigen Fortbestand verknüpft.

5.3.4.4 Bezug auf die neue Verfassung und die Diskurse internationaler Institutionen

Die indigenen Organisationen des Tieflands stützen sich in ihren Dokumenten auf bereits existierende Diskurse, welche die indigene Identität direkt mit spezifischen Rechten in Zusammenhang bringen. Dabei spielen sowohl der Diskurs der bolivianischen Regierung als auch die Diskurse internationaler Institutionen eine große Rolle.

Die Regierung unter Evo Morales nahm einige bedeutende Forderungen der indigenen Völker Boliviens in die neue Verfassung auf und goss sie damit in einen festen gesetzlichen Rahmen. Die Verfassung bildet seitdem nicht nur die Grundlage für die Durchsetzung spezifischer Rechte, sondern fungiert auch als ein überaus wichtiger Bezugspunkt für den Diskurs der indigenen Organisationen des Tieflandes. Durch die staatliche Anerkennung der indigenen Autonomie, der Bodenreform oder des Rechts auf Konsultation, genügt der direkte Verweis auf die neue Verfassung als Legitimation ihrer Forderungen, es bedarf keiner zusätzlichen Begründungen und Rechtfertigungen mehr. Die indigenen Organisationen sind sich der rechtlichen Lage absolut bewusst und üben Druck auf die Regierung aus, indem sie diese durch einen steten Fingerzeig auf die Verfassung ersuchen ihren Forderungen nachzukommen. „El Presidente Evo Morales y el gobierno en su conjunto, deben respetar el derecho a la consulta que tienen los pueblos indígenas, el mismo que se encuentra garantizado en la CPE [Constitución Política del estado].“ (CIDOB 2010a:2)

Ebenso präsent ist der Verweis auf die Diskurse internationaler Institutionen, welche die Zugehörigkeit zu einer indigenen Identität direkt mit spezifischen Rechten verknüpfen. Als

fixe Bezugspunkte dienen die Deklarationen der ILO und UNO, welche in vielen Dokumenten der CIDOB als rechtliche Grundlage für die Realisierung verschiedener Interessen der indigenen Tieflandvölker erwähnt werden.

Bolivia ratificó como Ley de la República N° 3760 la ‘Declaración de las Naciones Unidas sobre Derechos de los Pueblos Indígenas’, estableciendo con claridad la obligación que tiene el Gobierno de consultar y buscar la participación activa plena e informada del sector indígena. (CIDOB 2011e:1)

Der Verweis auf die international anerkannten Leitlinien über die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen verleiht den Forderungen der indigenen Organisationen größeres Gewicht.

Die indigenen Organisationen stützen sich in ihren Diskursen nicht nur auf die staatlichen und internationalen Diskurse, sondern beziehen sich auf die gesamte bolivianische Gesellschaft. Die Wahl Evo Morales als erster indigener Präsident Boliviens wird als eine bewusste Entscheidung des Volkes für einen Plurinationalen Staat und für die offizielle Anerkennung und Stärkung indigener Völker gewertet. So wird diskursiv das Bild eines neuen Boliviens entworfen, dessen Gesellschaft die indigenen Gruppierungen ausdrücklich unterstützt und ihnen den Rücken stärkt. „Bolivia ha cambiado [...] ha demostrado con todos sus ciudadanos que es solidario, que es una Bolivia incluyente.“ (CIDOB 2011h:2) Durch den diskursiven Bezug auf eine bolivianische Gesellschaft, welche hinter den indigenen Organisationen steht, wird die Regierung unter Druck gesetzt, die Forderungen und Interessen der indigenen Völker zu erfüllen.

Insgesamt wird die indigene Identität durch diese diskursiven Praktiken aufgewertet, ihr wird ein neuer Stellenwert innerhalb der Gesellschaft zugeschrieben. Das Bewusstsein über bereits institutionalisierte Rechte schafft eine breite Basis der Legitimation für spezifische Forderungen. Zudem wird der Staat mit dem Verweis auf international gültige Normen und den Fingerzeig auf die Entscheidung der breiten Bevölkerungsmehrheit für die Transformation des Staates unter Handlungsdruck gesetzt.

Wird hier diskursiv auf die bereits institutionalisierten Rechte verwiesen, existiert auch ein Diskursstrang, welcher direkt auf die Rolle der indigenen Bewegungen innerhalb des Transformationsprozesses der bolivianischen Gesellschaft verweist.

5.3.4.5 Indigene Organisationen als Verfechter der Demokratie

In den Schriftstücken der Organisation CIDOB zeichnet sich ein großes Selbstbewusstsein der indigenen Mitgliedsorganisationen ab. Dieses drückt sich sowohl durch die diskursive Betonung der bereits erzielten Rechte und Erfolge als auch durch einen Verweis auf die aktive Rolle der indigenen Bewegungen Boliviens an einem gesellschaftlichen Transformationsprozess aus. Die indigenen Organisationen des Departements Santa Cruz und des Tieflands heben in ihren Dokumenten ihren Einsatz für einen gesellschaftlichen Wandel hervor, der nicht nur die indigenen Völker, sondern alle BürgerInnen Boliviens begünstigt. „Hemos aportado también en la democracia de nuestro país.“ (APCOB CD-ROM) Die indigenen Organisationen des Tieflandes verstehen sich als Verfechter der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit und lassen diese Sichtweise deutlich in ihre Diskurse einfließen.

[L]as conquistas logradas por los pueblos indígenas de Bolivia en las últimas décadas como base para construir una Bolivia plurinacional digna, justa, inclusiva y unida en su diversidad; [...] para que se respete la ley, los derechos humanos y la cultura, los procesos y las instituciones democráticas que son esenciales para asegurar la convivencia pacífica, el desarrollo, la prosperidad y la felicidad. (CIDOB 2011j:2)

Durch einen Bezug auf die sozialen Missstände in Bolivien wird aufgezeigt, dass die indigene Bevölkerung bestimmte Probleme und gemeinsame Interessen mit der restlichen Bevölkerung teilt. Eine besondere Verbindung wird zwischen den indigenen Völkern und sozial schwachen BürgerInnen gesehen, da diese Volksgruppen gleichermaßen von Armut und Marginalisierung betroffen sind. In den Dokumenten der CIDOB wird eine Zusammenarbeit mit anderen Bevölkerungssektoren angedacht, der Dachverband stellt dadurch die Hoffnung auf weitere politische Erfolge in Aussicht.

[t]rabajar juntos para [...] proponer soluciones estratégicas y a la vez puntuales a los desafíos que enfrentamos todas y todos los bolivianos, indígenas y no indígenas, incluyendo pobreza y marginación, empleos e ingresos, preservación del medio ambiente y otras generadas por la creciente crisis de gobernabilidad en nuestra nación. (CIDOB 2011j:2)

Insgesamt wird ein diskursiver Weg eingeschlagen indigene Bewegungen als aktive und wirkmächtige politische Akteure in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Das Image einer passiven, unterdrückten und marginalisierten Bevölkerungsgruppe wird hin zu einer aktiven, starken und selbstbewussten Bewegung verändert. Statt am Rande der Gesellschaft werden indigene Organisationen im Zentrum eines wichtigen gesellschaftlichen Prozesses

verortet. Indigene Gruppierungen werden als erfolgreiche Initiatoren eines gesellschaftlichen Wandels sowie als Vorreiter für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Demokratie beschrieben. Gleichzeitig werden die Interessen der indigenen Völker als Interessen der gesamten bolivianischen Bevölkerung dargestellt. Durch die Betonung der Gemeinsamkeiten und der gemeinsamen Herausforderungen wird diskursiv ein Weg für gesellschaftliche Allianzen und eine damit einhergehende politische Unterstützung der indigenen Bewegungen geebnet.

5.3.4.6 Indigene Völker als Hüter der Natur

Mit dem Titel „Indigene als HüterInnen der Natur“ lässt sich ein diskursiver Strang der indigenen Bewegungen beschreiben, welcher vor allem im Licht der internationalen Öffentlichkeit und im Besonderen in der Zusammenarbeit mit Organisationen des Umweltschutzes zum Tragen kommt. Der Diskursstrang ist durch den Streit um das Naturschutzgebiet TIPNIS hoch aktuell und lässt sich anhand der vielen Dokumente der CIDOB über diese Thematik nachvollziehen.

Die indigenen Bewegungen des Departements Santa Cruz und des Tieflands betonen in ihrem Diskurs ihre tiefe Verbindung zur Natur, ihrem „casa grande“ (Interview mit Vargas). Diese Verbundenheit drückt sich in einer spezifischen Rhetorik aus, die Erde wird als „madre tierra“ bezeichnet, was impliziert, dass sich die indigenen Völker als Teil einer Familie der natürlichen Schöpfung betrachten. Die indigene Identität wird diskursiv direkt mit der Thematik des Umweltschutzes und der Bewahrung der Natur verknüpft. In den Dokumenten der CIDOB wird ein großer Respekt vor der Natur und der Umwelt ausgedrückt, das Interesse am Schutz der Natur wird als typisches Merkmal der indigenen Völker beschrieben.

[L]a política de las naciones indígenas de tierras bajas, desde los tiempos inmemorables ha sido siempre la de conservar nuestra madre naturaleza, bajo el manejo y aprovechamiento de los recursos naturales a través de una relación armónica espiritual entre el ser y la naturaleza. (CIDOB 2011e:1)

Diese Rhetorik wird gesteigert indem sich die indigenen Organisationen ausdrücklich als Hüter und Verteidiger der Natur definieren. „[N]osotros los pueblos indígenas de Bolivia del Oriente, Chaco y Amazonia y del Occidente CIDOB y CONAMAQ hemos tenido que asumir la verdadera defensa de la madre tierra, [...] la vida, la dignidad.“ (CIDOB 2011i:2)

Einen besonderen Stellenwert nimmt das Thema der Biodiversität ein, welche laut dem Diskurs der indigenen Organisationen des Tieflandes in ihren geschützten Territorien bewahrt wird. So wird nahe gelegt, dass die Titulierung von indigenen Territorien und die praktische Umsetzung der indigenen Autonomie positive Affekte auf den Schutz der Natur und der Biodiversität erzielen. Durch den diskursiven Fokus auf die Verbindung zwischen Naturschutz und den indigenen Völkern Boliviens wird eine Allianz mit Naturschutzorganisationen und Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit geschlagen. Durch die direkte Verknüpfung zwischen der indigenen Identität und dem Thema Umweltschutz lassen sich sowohl die Forderungen nach indigenen Territorien gezielt legitimieren als auch die politische Position der indigenen Bewegungen im Kontext einer internationalen Umweltlobby und in den internationalen Medien stärken.

5.3.4.7 Feindbilder

Die indigenen Organisationen des Departements Santa Cruz und des Tieflandes betonen in ihrem Diskurs einerseits die bereits errungenen Erfolge und den positiven Wandel der bolivianischen Gesellschaft, während sie andererseits auf eine fortdauernde gesellschaftliche Diskriminierung und Unterdrückung der indigenen Völker aufmerksam machen. Eine Rhetorik des Kampfes durchzieht ihren Diskurs wie ein roter Faden, Begriffe wie „lucha“ (CIDOB 2011j:1), „defensa“ (CIDOB 2012c:1), „conquista“ (CIDOB 2012c:1) werden in den Texten und Dokumenten häufig benutzt. Die Geschichte und Gegenwart der indigenen Bevölkerung Boliviens wird als ein andauernder Kampf beschrieben, ein Ringen um Rechte und Würde, um Einfluss und die Anerkennung der kulturellen Identität, um eigene Territorien und indigene Autonomie. Rechte müssen zuerst erobert und dann verteidigt werden. Durch diese Rhetorik einer sich im ständigen Kampf befindenden indigenen Bewegung wird implizit auf eine allgegenwärtig lauende feindliche Front oder eine äußere Gefahr aufmerksam gemacht.

Als Gegner der indigenen Völker wird vor allem der bolivianische Staat unter der Regierung der MAS und dem Präsidenten Evo Morales angesehen. Die Mitgliedsorganisationen der CIDOB beschuldigen die Regierung, dass sie die indigene Bevölkerung in Bezug auf ihre kulturelle Identität und ihre spezifischen Bedürfnisse entgegen ihrer Versprechen nicht gänzlich ernst nimmt.

Teníamos una esperanza de un cambio, pero ese cambio no se ha dado. Vemos que en el gobierno del presidente Evo Morales no hay cambio. Estamos viviendo lo mismo que antes. Antes nos respetaban a los indígenas, a las áreas protegidas y ahora no. (Chávez Beyuma zit. nach CIDOB 2011b:1)

Im Mittelpunkt der Kritik an der Regierung steht der Vorwurf, dass die bereits institutionalisierten Rechte durch den Staat nicht befolgt werden. Seit dem Konflikt um das Naturschutzgebiet TIPNIS hat sich diese diskursive Praxis deutlich verschärft und mündet in herben verbalen Attacken auf den Staat.

Tomando en cuenta la forma de proceder mentirosa, hipócrita, abusiva y represiva de autoridades del actual partido político en función de Gobierno antes, durante y después de la 8va marcha buscando desinformar, deslegitimar, reprimir, perseguir y violentar los derechos humanos fundamentales de los pueblos indígenas, sus autoridades y bases. (CIDOB 2011j:1)

Zu den feindlichen Gruppen werden zudem potentielle oder reale Eindringlinge in indigenes Territorium gezählt, wie Bauern und Bäuerinnen aus anderen Regionen und agroindustrielle Unternehmen und Betriebe, welche die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen vorantreiben. Teilweise wird die feindliche Rhetorik auch auf Hochlandindigene ausgeweitet, wenn die Bewegungen der Tieflandindigenen sich politisch ausgeschlossen oder übergangen fühlen.

Wie bereits im Theorieteil dieser Arbeit angeführt wurde, dient die diskursive Darstellung von Feindbildern meist dazu den internen Zusammenhalt einer Gruppierung zu stärken. Im Falle der indigenen Organisationen des Departements Santa Cruz und des Tieflands ist ein derartiger diskursiver Strang deutlich auszumachen. Es wird auf die Notwendigkeit einer starken indigenen Bewegung verwiesen, um sich gegen die Angriffe durch die bolivianische Regierung und anderer Teile der Gesellschaft wehren zu können. In einer Situation der ständigen Gefahr und des Kampfes werden interne Spannungen und Konflikte nebensächlich, es wird eine Einheit und Solidarität innerhalb der indigenen Organisationen beschworen. Zudem lassen sich durch den diskursiven Verweis auf Feinde politische Aktionen und Mobilisierungen mit der Beteiligung vieler Menschen planen und legitimieren.

5.3.4.8 Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Diskursanalyse zeigen deutlich, dass der Bezug auf die Kategorie der Ethnizität in Form einer indigenen Identität die Grundlage des Diskurses der indigenen Organisationen des Departements Santa Cruz und des Tieflands darstellt. Die kollektive

ethnische Identität wird direkt mit spezifischen Interessen und Forderungen verknüpft und dient als Basis ihrer Legitimation. Durch die eben beschriebenen diskursiven Praktiken wird sowohl das Zusammengehörigkeitsgefühl der indigenen Organisationen aufgrund der geteilten ethnischen Identität gestärkt wie auch deren Existenz innerhalb der bolivianischen Gesellschaft gerechtfertigt.

Besonders auffallend ist das Bewusstsein der indigenen Bewegungen über die bereits erreichten Rechte und Erfolge. Selbstbewusst verweisen die Mitglieder der CIDOB in ihren Schriftstücken sowohl auf national als auch international verankerte Gesetze und Normen, welche ihre aktuellen Forderungen stützen, indem sie ihnen eine rechtliche und moralische Basis bieten. An diesem Diskursstrang lässt sich der Einfluss der internationalen Institutionen auf die indigene Bewegung ablesen. Doch nicht nur die Institutionen der UNO und ILO prägen die Diskurse der indigenen Organisationen des Tieflandes maßgeblich, sondern auch die in Santa Cruz ansässigen Entwicklungsagenturen und lokalen NGOs. Wie bereits erwähnt lässt sich der Diskurs indigener Bewegungen nur sehr beschränkt in den Kommunikationsmedien wie Presse, Fernsehen und Radio finden. Allerdings existiert eine Vielzahl an Publikationen über indigene Belange, welche von NGOs und Entwicklungsdiensten erstellt und verbreitet werden und damit den indigenen Diskurs unterstützen und in die Öffentlichkeit tragen. Zu solchen Organisationen zählen staatliche Entwicklungsdienste, aber auch kleinere nichtstaatliche Organisationen. In ihrem Auftrag werden Forschungen finanziert und bewusstseins-bildendes Material über die Indigenen Boliviens und auch im speziellen des Departements Santa Cruz erarbeitet. Ohne Zweifel ist der Diskurs der indigenen Bewegungen des bolivianischen Tieflands durch die internationale und nationale Entwicklungszusammenarbeit geprägt und wird durch lokale Organisationen reproduziert, modifiziert und in die Öffentlichkeit getragen. Anzumerken ist jedoch, dass eine Unterstützung durch Entwicklungsdienste oder NGOs nicht mit einer absoluten Akzeptanz jeglicher Ziele und Forderungen der indigenen Bewegungen identisch sein muss. So verwehrt der Diskurs um indigene Rechte wie beispielsweise das Recht auf Autonomie in manchen Fällen die Kritik an bestimmten Themenbereichen oder Strukturen der indigenen Bewegung. Die Koordinatorin des DED in Santa Cruz sprach bei einem Gespräch die Problematik der Gendergerechtigkeit an. Zu den Zielen des DEDs in Santa Cruz gehören sowohl die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen als auch die Unterstützung der indigenen Forderung nach Autonomie. Da das soziale Leben mancher indigener Gemeinschaften jedoch recht patriarchal strukturiert ist, stoßen die Bestrebungen des DED

beide Prämissen durchzusetzen an ihre Grenzen. (Vgl. Interview mit Yvonne van Driel) Wie mit derartigen Schwierigkeiten in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit umgegangen wird, stellt ein spannendes Themenfeld dar. Auch inwiefern die Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit und private Organisationen an dem Aufgreifen der Ethnizität in indigenen Diskursen beteiligt waren und in welchem Ausmaß sie die aktuellen Diskurse beeinflussen, ist nicht einfach zu beantworten. Diese Fragen lassen Raum für weitere Analysen, sprengen jedoch den Rahmen dieser Diplomarbeit.

Die Diskursanalyse macht neben dem erstarkten Selbstbewusstsein der indigenen Bewegungen des Tieflandes deutlich, dass sich die Beziehung zwischen den indigenen Organisationen und der Regierung aktuell auffallend verschlechtert. Wurden die indigenen Bewegungen des Ostens früher als kooperativer als jene des Hochlandes eingestuft, so stehen die Zeichen aktuell für enorme Spannungen und Konflikte. Evo Morales, einst als Präsident der Indigenen hoch gefeiert, wird nun zum direkten Feind der Indigenen ernannt. Besonders seit den Konflikten um das Naturschutzgebiet TIPNIS verschärfte sich die Situation, es bleibt abzuwarten wie sich die Beziehung zwischen der Regierung und den indigenen Bewegungen des Tieflandes weiter entwickeln wird.

Zudem wurde deutlich, dass die Kategorie der Ethnizität (in diesem Fall die indigene Identität) nicht ausreicht, um die unterschiedlichen Interessen der Indigenen des Hochlandes mit denen des Tieflandes zu einen. Es bestehen große Spannungsfelder, besonders was den Umgang mit den migrantischen Cocabauern/bäuerinnen oder auch den Umgang mit natürlichen Ressourcen angeht. Auch zwischen den indigenen Bewegungen des Tieflandes bestehen Spaltungstendenzen und Konflikte. Es bleibt abzuwarten inwiefern die indigene Identität auch in Zukunft den Zusammenhalt zwischen den verschiedensten indigenen Organisationen erhalten wird. Eine Mobilisierung der indigenen Gemeinschaften durch den diskursiven Bezug auf eine gemeinsame ethnische Identität gelingt bis heute, doch das Bild einer homogenen Gruppierung von Gleichgesinnten bröckelt zunehmend.

5.4 Bürgerkomitee und Nation Camba

Neben den indigenen Bewegungen, welche in ihren Bestrebungen von NGOs und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden, arbeiten im

Departement Santa Cruz auch andere soziale Bewegungen mit ethnischen Diskursen. Eine besondere Rolle nehmen dabei das Bürgerkomitee „Comité pro Santa Cruz“ (CpSC) und die Nation Camba „Movimiento de Nación Camba“ (MNC-L) ein. Besonders das CpSC gilt als einflussreichste zivilgesellschaftliche Organisation der Region und verfügt über eine wichtige und zentrale gesellschaftliche Stellung in Santa Cruz. Durch die politische Opposition zur Regierung der MAS unter Evo Morales und der Forderung nach departamentaler Autonomie waren sowohl das Bürgerkomitee als auch die Nation Camba ganz entscheidend in die politischen Entwicklungen der letzten Jahre involviert. Diese zivilgesellschaftlichen Organisationen werden im folgenden Teil der Arbeit vorgestellt, um anschließend ihre spezifischen Interessen zu beschreiben und aufzuzeigen, welche Rolle die Kategorie der Ethnizität in ihren Diskursen spielt.

Das Bürgerkomitee „Comité pro Santa Cruz“ blickt auf eine lange Geschichte zurück. Es wurde im Jahr 1950 von StudentInnen der Universität „Universidad Autónoma René Moreno“ in der Stadt Santa Cruz de la Sierra gegründet, um den Fortschritt und die Entwicklung innerhalb des Departements Santa Cruz zu fördern. Ein primäres Ziel des Bürgerkomitees war die Verbesserung der Infrastruktur innerhalb und um Santa Cruz, um die Anbindung und Vernetzung des Departements an andere Regionen zu gewährleisten. Zudem sollte die heimische Ökonomie unterstützt und vorangetrieben werden. (Vgl. Añez Ribera 2003:88) Gegen Ende der 1950er Jahre erkämpfte das CpSC ein Abkommen mit der Regierung, welches dem Departement 11% Förderzins für die Erdölproduktion zusicherte (vgl. Peña Claros/ Jordán Bazán 2006:45). Dieser Sieg stellt bis heute einen entscheidenden diskursiven Bezugspunkt für das Bürgerkomitee dar, denn durch die zusätzlichen Einkünfte konnte die Entwicklung und Modernisierung des Departements Santa Cruz angetrieben werden. Die Beziehung zum zentralistischen Staat war anfangs konfliktreich, während der Zeit der Militärdiktaturen und im Besonderen durch die Unterstützung Hugo Banzers erlangte das CpSC jedoch vermehrt Einfluss und avancierte zum Sprachrohr der regionalen Interessensvertretung (vgl. Brocks 2010:25).

Der Fokus des CpSC lag seit der Gründung ausschließlich auf den lokalen Problemen und Herausforderungen des Departements Santa Cruz, welches als durch die zentralistische Regierung vernachlässigt und vergessen galt. Mit den Jahren entwickelte sich das CpSC zu einer wichtigen gesellschaftlichen Gruppierung, welche besonders innerhalb der Autonomiebewegung an breiter Popularität und Einfluss gewann. Das Bürgerkomitee bezeichnet sich selbst als zivilgesellschaftliche Institution, die sich durch ihre Aktionen

abseits politischer Parteien für das ökonomische, soziale und politische Wohlergehen der Bevölkerung einsetzt. (Vgl. Interview mit Añez Ribera) Das CpSC setzt sich aus verschiedenen Mitgliedsorganisationen zusammen und ist nicht nur in der Stadt Santa Cruz de la Sierra vertreten, sondern verfügt auch über zahlreiche Filialen in den Provinzen des Departements. Geleitet wird das Komitee durch ein Direktorium, welches sich aus einem für jeweils zwei Jahre gewählten Präsidenten²⁵ und zwei stellvertretenden Vizepräsidenten bildet. Zudem umfasst das Direktorium Vertreter der eingegliederten Gruppen und der Bürgerkomitees der Provinzen des Departements sowie eine Repräsentantin des Frauenkomitees „Comité Civico Femenino“. (Vgl. Brocks 2010:26)

Obwohl das Bürgerkomitee mehr als 350 Mitgliedsorganisationen inkludiert (wie beispielsweise Nachbarschaftsvereinigungen, kulturelle Einrichtungen oder studentische Gruppierungen), vertritt es hauptsächlich die in Santa Cruz ansässige Elite und deren spezifische Interessen. Diese Machtelite umfasst vor allem GroßgrundbesitzerInnen, ViehzüchterInnen sowie agroindustrielle Unternehmen, welche sich meist im Besitz alt eingesessener Familien befinden. „De cualquier modo, el Comité pro Santa Cruz permanece siempre dominado por grupos de empresarios, profesionales y sus derivados [...] que garantizan múltiples representaciones de las diversas familias locales.“ (Peña Claros/ Jordán Bazán 2006:46) Die UnternehmerInnen sind in Form von Verbänden und Lobbygruppen organisiert, wie beispielsweise der Industrie-, Handels-, Dienstleistungs- und Tourismuskammer von Santa Cruz (CAINCO) oder der Landwirtschaftskammer des Ostens (CAO), welche gemeinsam Teil der Föderation der privaten UnternehmerInnen von Santa Cruz (FEPSC) sind. Insgesamt bündeln sich im CpSC durch diese einflussreichen Mitgliedsorganisationen die Interessen einer kleinen aber mächtigen Oberschicht, welche das CpSC als Sprachrohr und politisches Instrument gegenüber der Regierung benutzt. (Vgl. Zegada/ Salinas 2007:73) Diese Elite ist miteinander durch ein Netzwerk an familiären und solidarischen Beziehungen verbunden und kontrolliert die Ausrichtung und Führungsebene des Komitees. (Peña Claros/ Jordán Bazán 2006:46)

Die Führungsstellen des CpSC werden im Regelfall nach einem langen Konsultationsprozess zwischen den wichtigsten Mitgliedsorganisationen bestimmt. Die Zusammensetzung der leitenden Ebene ist aber nicht nur das Ergebnis formaler Verhandlungen zwischen den Mitgliedsorganisationen des CpSC, sondern das Resultat von informellen Absprachen innerhalb der ökonomisch und sozial dominanten Gesellschaftsschichten. [...] Während die Oberschichten mit einer Vielzahl von Vereinigungen [...] im CpSC repräsentiert sind, sind die unteren sozialen Schichten nur mit einer geringen Anzahl von Organisationen vertreten. (Brocks 2010:28)

²⁵Das Direktorium des Bürgerkomitees besteht ausschließlich aus männlichen Personen, die einzige Ausnahme bildet eine Vertreterin des Frauenkomitees.

So gilt das Bürgerkomitee als elitäre und exklusive Organisation, welche die Mittel- und Unterschicht kaum repräsentiert, dadurch wird die Mehrheit der in Santa Cruz ansässigen BürgerInnen aus diesem gesellschaftlichen Machtapparat ausgeschlossen. Gegen den Vorwurf der Exklusivität ging das Komitee mit der Integration einiger neuer Mitgliedsorganisationen vor, sogar indigene Führungspersonlichkeiten wurden in die Organisationsstruktur integriert. Diese Aktionen führten zu harscher Kritik durch die indigene Organisation CPESC und wurden als absichtliche Manipulation und als Spaltungsversuch der indigenen Bewegung bewertet. (Vgl. Brocks 2010:36) Aktuell versucht das Comité pro Santa Cruz aktiv sein Image einer elitären Organisation zu ändern, auf dieses Thema wird in der Diskursanalyse näher eingegangen.

Trotz seines exklusiven Charakters erlangte das CpSC eine zentrale Stellung innerhalb der Gesellschaft in Santa Cruz. Dies ist zum einen im Zusammenhang mit seiner radikalen regionalistischen Einstellung gegenüber der Regierung und den damit zusammenhängenden Mobilisierungen und Aktionen der letzten Jahre zu erklären als auch durch einen Diskurs, welcher sich auf eine gemeinsame ethnische und kulturelle Identität beruft. Gemeinsam mit der Nation Camba setzte sich das Bürgerkomitee vehement für die Einführung eines Autonomiestatus des Departements Santa Cruz sowie der Region des Halbmondes ein.

Die politische Bewegung Nation Camba wurde im Jahr 2001 durch Teile der in Santa Cruz ansässigen Elite gegründet. Einer der Gründungsmitglieder ist Carlos Dabdoub Arrien, der heute ein Amt im Sekretariat für Autonomie der Präfektur Santa Cruz belegt. Die Bewegung Nation Camba stand dem Bürgerkomitee im Rahmen der Autonomiedebatte nahe, ihr Diskurs wird allerdings als wesentlich radikaler und als rassistisch eingestuft. (Vgl. Quitzsch 2010:403)

Sowohl das Bürgerkomitee CpSC als auch die Befreiungsbewegung MNC-L waren für die großen politischen Mobilisierungsaktionen im Rahmen der Autonomiebestrebungen des östlichen Tieflands und des Departements Santa Cruz verantwortlich. Im Jahr 2004 und 2005 kam es zu großen Demonstrationen und Massenkundgebungen für die departamentale Autonomie. 2008 rief das Bürgerkomitee zu einem Referendum über den Autonomiestatus des Departements Santa Cruz auf, welches jedoch durch die Regierung als illegal eingestuft und daher nicht akzeptiert wurde. Im weiteren Konflikt mit der Regierung besetzte eine Unterorganisation des CpSC, die Unión Juvenil Cruceñista (UJC), staatliche und regierungsnahe Institutionen und sorgte durch ihre Gewaltbereitschaft und militante Aktionen für negative Schlagzeilen. Zudem kam es im Departement Pando in Folge der Unruhen zu

schrecklichen Ausschreitungen und Gewalttaten während derer einige indigene Bauern/Bäuerinnen ihr Leben ließen. (Vgl. Quitzsch 2010:412-415)

Nachdem der Ruf nach Autonomie durch die Regierung in die neue Verfassung aufgenommen wurde und Santa Cruz als ein autonomes Departement offiziell anerkannt wurde, ist es ruhiger um die sozialen Bewegungen der Elite geworden. Dennoch herrscht weitgehende Unzufriedenheit mit der Verteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Departement. Das Bürgerkomitee verlor durch das gewalttätige Vorgehen der UJC und des Massakers in Pando an gesellschaftlicher Akzeptanz und Einfluss. (Vgl. Yaffar de la Fuente 2011:12f) Dieser Verlust spiegelt sich aktuell im öffentlichen Diskurs der Organisation wider, was im Verlauf der Diskursanalyse näher erläutert wird. Im Folgenden werden die spezifischen Interessen des Bürgerkomitees und der Nation Camba dargelegt.

5.4.1 Interessen und Ziele

Die Bürgerbewegung Comité pro Santa Cruz handelt nach eigenen Angaben uneigennützig und verteidigt die Interessen und den Wohlstand der Allgemeinheit. (Vgl. Ñande reko 2010:5) Ihr besonderes Augenmerk liegt auf der regionalen Entwicklung des Departements Santa Cruz und den Anliegen der dort ansässigen Bevölkerung. Wie bereits aufgezeigt wurde, verfolgte das Bürgerkomitee in der Vergangenheit jedoch hauptsächlich die politischen und ökonomischen Interessen der in Santa Cruz ansässigen unternehmerischen Elite. Ihr Einfluss auf das Komitee ist nach wie vor groß und lässt sich in der kontinuierlichen Artikulierung bestimmter Ziele und Vorsätze erkennen. Das CpSC befindet sich aktuell jedoch in einer Phase der Umstrukturierung und des Wandels, welcher sich auch in einer Neuausrichtung der Interessen der Bewegung widerspiegelt.

5.4.1.1 Departamentale Autonomie

Das Streben nach einer departementalen Autonomie liegt schon seit Jahren im Fokus der Aufmerksamkeit des Bürgerkomitees und umschließt weitere Interessen, welche auf der Basis eines autonomen Departements durchgesetzt werden können. Obwohl Santa Cruz laut der neuen Verfassung bereits seit dem Jahr 2010 als autonome Präfektur gilt, verstummen die Rufe nach Autonomie nicht. Die Unzufriedenheit mit den aktuellen Zuständen wird damit begründet, dass der durch das Bürgerkomitee vorgelegte Plan für eine departamentale

Autonomie nur stark abgeändert in die Verfassung aufgenommen wurde. Was nun offiziell unter der Autonomie des Departements verstanden wird, stellt für die VertreterInnen des CpSC lediglich einen müden Abklatsch ihrer eigentlichen Bestrebungen dar. So machte der ehemalige Präsident des CpSC Vaca Díez Busch²⁶ bei einer öffentlichen Rede die Frustration des Komitees über den aktuellen Stand der Autonomie publik:

Hoy, a casi tres años de la vigencia de los estatutos aprobados con el 86% de la población, la Autonomía no pasa de ser una simple frase declarativa en la nueva Constitución, reducida al mínimo por la Ley marco de Autonomías y anulada definitivamente por la práctica neo centralista del gobierno. (Vaca Díez Busch 2011a)

Die Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Staat und dem autonomen Departement Santa Cruz stellt für das Bürgerkomitee einen grundlegenden Streitpunkt dar. Das CpSC erwartete sich durch die Einführung der departementalen Autonomie eine größere Unabhängigkeit von der Regierung des Landes. Dieser wird vorgeworfen anstelle einer dezentralen staatlichen Struktur weiterhin an einer Zentralisierung vieler wichtiger Aufgabenbereiche fest zu halten. (Vgl. Rojas 2012) Laut Bürgerkomitee werden die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit durch die Zentrierung der Macht auf Regierungsebene gefährdet (vgl. Ñande reko 2010:11). So fordert das CpSC eine stärkere Dezentralisierung des Staates, die Kompetenzen sollen zwischen Regierung und Departement neu aufgeteilt werden, um einseitige Machtstrukturen zu verhindern und mehr Raum für Demokratie und politische Partizipation zu gewähren: „Menos centralismo, mayor participación con las autonomías.“ (Ñande reko 2010:11) Die Abgabe wichtiger Kompetenzen an das autonome Departement Santa Cruz würde zu einem größeren Einfluss der lokalen PolitikerInnen und Machteliten führen. Das Bürgerkomitee setzt sich daher für eine Änderung des Autonomiestatus ein und fordert eine Einschränkung der staatlichen Einflussnahme auf das Departement sowie eine größere Zuständigkeit der lokalen Politik im Umgang mit internen Angelegenheiten.

Für das Bürgerkomitee bedeutet Autonomie eine direkte Beteiligung an den im Departement Santa Cruz abgebauten Ressourcen wie Erdgas und Erdöl. Durch die Nationalisierung der Rohstoffe verlor das Departement eine große Einnahmequelle. Das CpSC sieht die staatliche Verteilung der Einnahmen aus der direkten Steuer auf die Kohlenwasserstoffe (IDH) als Betrug an der Region an und fordert eine größere Beteiligung an den Erlösen. (Vgl. Ñande reko 2010:11)

²⁶Die Amtszeit von Hernand Vaca Díez Busch als Präsident des Bürgerkomitees CpSC begann 2011 und endete 2013. Bis zum Jahr 2015 amtiert Fernando Castedo als neuer Präsident der Organisation.

Im Streit über die Formen der departamentalen Autonomie spielt auch das Thema Land eine besondere Rolle. Ursprünglich plante das Bürgerkomitee eine Autonomiestatute, welche die gesamte Aufgabe der Landverteilung in die Verantwortung der Präfektur übergibt. (Vgl. Quietzsch 2010:419) Aktuell wird die Verteilung, beziehungsweise Umverteilung von Land allerdings durch das Ley INRA verwaltet, welches die Produktivität und Nutzung von Ländereien sowie die Ausrichtung der Steuer durch die BesitzerInnen überprüft. Brachliegende Länder können nach der Kontrolle durch das Nationale Agrarinstitut beispielsweise an indigene Gemeinschaften, Bauern/Bäuerinnen oder Landlose umverteilt werden. Da kleine Landbesitze von dieser Regelung ausgeschlossen wurden, sind besonders GroßgrundbesitzerInnen von dieser Praxis betroffen. Dementsprechend ist die Landfrage auch für das Bürgerkomitee, als Vertretung der GroßgrundbesitzerInnen von großer Relevanz. (Vgl. Radhuber 2009:70) So fällt die Bewertung des Autonomieprozesses durch den Expräsidenten des CpSC Luis Nuñez dementsprechend negativ aus: „[El estado] quita nuestros recursos del IDH, nos avasalla las tierras productivas y destruye nuestro desarrollo y futuro.“ (Nuñez 2011)

Das Bürgerkomitee betrachtet es bis heute als seine Pflicht für die departamentale Autonomie nach eigener Vorstellung einzustehen, um damit explizit die Interessen der gesamten Bevölkerung in Form von Demokratie und Wohlstand und implizit die Interessen der UnternehmerInnen und privatwirtschaftlichen Akteure zu verfolgen. Auf der Grundlage eines autonomen und vom Staat weitestgehend unabhängigen Santa Cruz fußt das spezifische Entwicklungsmodell des Bürgerkomitees.

5.4.1.2 Entwicklung und Ökonomie

Das Bürgerkomitee versteht unter dem Begriff der Entwicklung einen Ausbau der kapitalistischen Marktwirtschaft und steigendes wirtschaftliches Wachstum. Generell wird ein Entwicklungsmodell angestrebt, welches vor allem auf einer exportorientierten und von privaten Unternehmen dominierten Wirtschaft basiert. Dieses Konzept soll sich von dem durch die Regierung angestrebten sozialistischen und indigenen Entwicklungsmodell abgrenzen. „Los cruceños deben desarrollar un proceso que enfrente el experimento indigenista del MAS.“ (Landívar Roca 2011:115) Um seine ökonomischen Ziele und Interessen durchsetzen zu können, fordert das Bürgerkomitee generell weniger Einmischung und Begrenzungen durch den Staat in die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Departements

Santa Cruz. (Vgl. Rojas 2012) Gleichzeitig plant das Bürgerkomitee eine bessere Einbindung der heimischen Wirtschaft in den nationalen und internationalen Markt, um so zu einem allgemeinen Wohlstand aller BolivianerInnen beizutragen. (Vgl. Vaca Díez Busch 2011a)

Da das wirtschaftliche Wachstum im Departement Santa Cruz weitestgehend durch die Agroindustrie generiert wird, setzt sich das Bürgerkomitee für eine verstärkte Unterstützung dieses Sektors ein.

Santa Cruz debe retomar la agenda productiva nacional. La soya, la caña de azúcar, el maíz, el trigo, la ganadería y en fin, los productos de la tierra, pueden y deben ser producidos no solo para el abastecimiento interno, sino para la exportación, como fuente de empleos, riquezas y divisas para todos los bolivianos. Para ello, es necesario revisar las condiciones de acceso a la tierra, la seguridad jurídica, la investigación, el financiamiento y todos los factores de estímulo y aliento a los productores, para que inviertan y produzcan más. (Vaca Díez Busch 2011a)

Laut CpSC bedarf es einer verbesserten Infrastruktur und der Eliminierung bürokratischer Hürden, um die industrielle Entwicklung in Santa Cruz und Bolivien anzukurbeln. Diese Unterstützung wird auch von der Regierung erwartet, welche von der zivilgesellschaftlichen Bewegung beschuldigt wird, durch ihre Politik die Entwicklung des Departements zu torpedieren. Dabei wird vor allem das Gesetz zur Überprüfung und Umverteilung von Ländereien kritisiert, da es laut Meinung des Bürgerkomitees zu einer rechtlichen Unsicherheit für die agroindustriellen UnternehmerInnen führt. (Vgl. Nuñez 2011)

Jedoch werden aktuell auch soziale Faktoren für eine positive Entwicklung des Departements Santa Cruz berücksichtigt, „hay que darle importancia a la economía, pero con un ingrediente social.“ (Interview mit Añez Ribera) Mittlerweile wird die Notwendigkeit eines nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen gefordert sowie die Wichtigkeit des Umweltschutzes betont. (Vgl. Vaca Díez Busch 2011a) Auch das Thema Bildung und die Verbesserung des öffentlichen Gesundheitssystems werden als wichtige Entwicklungsfaktoren genannt. Eine besondere Rolle spielt jedoch das Ziel, bisher ausgeschlossene und marginalisierte Bevölkerungsgruppen in die departementalen und sozialen Institutionen zu integrieren.

5.4.1.3 Soziale Inklusion

Soziale Inklusion avancierte zu einem neuen und wichtigen Thema innerhalb des Bürgerkomitees. Die Zuwendung hin zu einer Inklusion auch weniger elitärer gesellschaftlicher Schichten macht die aktuellen Prozesse der Umstrukturierung des Komitees

deutlich sichtbar. Das Bürgerkomitee unterzieht sich nach eigener Angabe einer grundlegenden Reform, um sich in Zukunft für größere soziale Gerechtigkeit und die gesellschaftliche Inklusion aller Gruppierungen und Schichten einsetzen zu können. (Vgl. Nuñez 2011) Um einen derartigen gesellschaftlichen Wandel zu erreichen, öffnet sich das Komitee gegenüber neuen Mitgliedsorganisationen. Beispielsweise wird die Wichtigkeit der Inklusion von indigenen RepräsentantInnen in das Komitee betont, auch andere bisher marginalisierte und vom Komitee ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen sollen in die Strukturen der Institution einbezogen werden. Das CpSC erklärt es zum Ziel alle EinwohnerInnen des Departements Santa Cruz zu vertreten und damit zu einem stabilen gesellschaftlichen Frieden und Integration beizutragen.

Es un avance incluir a indígenas. Yo creo que todas las alianzas que favorezcan la inclusión social, política y económica a favor de los indígenas lo está muy bien, pero debe traducirse en hechos. Falta mayor diversidad en el Comité. [...] Por ejemplo falta mucho más presencia de jóvenes, indígenas, las provincias, barrios y extranjeros. (Vaca Díez Busch zit. nach Mendoza 2012)

Der Einschluss verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen dient nicht nur einer Verbesserung des sozialen Lebens im Departement Santa Cruz, sondern weist auf ein ganz zentrales Interesse des Bürgerkomitees hin, welches jedoch nicht offen artikuliert wird. Das CpSC erfuhr in den letzten Jahren einen schweren Imageverlust. Durch das Massaker in Pando und die gewalttätigen Ausschreitungen des UJC hat das Bürgerkomitee an gesellschaftlichem Ansehen verloren. Nachdem die departamentale Autonomie durch die Verfassung rechtlich eingeführt wurde, verlor das Komitee einen Teil seiner Legitimation, stellte der Ruf nach Autonomie doch einen wichtigen Aspekt seiner politischen Ausrichtung dar. Die Hegemonie des CpSC begann zu bröckeln und die Organisation verlor an politischem Boden und gesellschaftlicher Akzeptanz. Durch die Einführung neuer sozialer Akteursgruppen in das Komitee erhofft sich das CpSC ein neues Standbein. So soll sein Ruf nur ein Instrument der Eliten zu sein, gebrochen werden, um möglichst viele Menschen zu erreichen und mobilisieren zu können. Inwiefern dieser Wandel auch eine wirkliche Neuausrichtung der Interessen nach sich zieht, wird von einigen sozialen Bewegungen äußerst kritisch hinterfragt. (Vgl. Interview mit Vargas)

Trotz der geplanten Inklusion weiterer gesellschaftlicher Sektoren und Gruppierungen legt das Bürgerkomitee großen Wert auf den Erhalt und die Reproduktion einer ganz spezifischen ethnischen Identität. Dieser Aspekt wird in der Diskursanalyse eingehend betrachtet werden.

5.4.1.4 Interessen des Movimiento Nación Camba de Liberación

Die Interessen der Bewegung MNC-L ähneln denen des Bürgerkomitees, nehmen jedoch wesentlich radikalere Ausmaße an. Der Hauptbestandteil der Forderungen betrifft eine angestrebte Autonomie des Departements Santa Cruz, beziehungsweise der gesamten östlichen Region Boliviens, welche den aktuellen Autonomiestatus bei weitem übertrifft. Durch eine Separation vom Rest des Landes soll eine eigene „Camba Nation²⁷“ entstehen, welche über weitgreifende politische Unabhängigkeit verfügt und sämtliche Einmischung durch den Staat strikt ablehnt. Die AnhängerInnen der Bewegung fordern „la libre determinación de los pueblos, con la finalidad de dotar a la Nación Camba el poder de decisión para ejercer soberanía plena sobre su economía, su territorio y su cultura.“ (MNC-L o.J.) Diese Camba Nation soll auf der Grundlage einer mestizischen Ethnizität, Kultur und Geschichte basieren und sich deutlich vom Westen Boliviens abgrenzen. Die ganz spezifische ethnische Identität der BewohnerInnen von Santa Cruz soll auch in der Verfassung als nationale Minderheit anerkannt werden. Zudem wird die absolut freie Verfügbarkeit über die in Santa Cruz existierenden natürlichen Ressourcen gefordert. „Los recursos naturales cruceños son propiedad inalienable de la Nación Camba.“ (MNC-L o.J.)

Neben dem Bürgerkomitee CpSC arbeiten die AnhängerInnen einer Camba Nation mit einem Diskurs, der sich auf eine ethnische und kulturelle Identität als Basis ihres Handelns und ihrer Interessen beruft. Im Folgenden werden die Diskurse des Bürgerkomitees und der Bewegung Nation Camba bezüglich ihres Umgangs mit der Kategorie der Ethnizität näher beleuchtet.

5.4.2 Ergebnisse der Diskursanalyse

Obwohl sich die Diskurse des CpSC und der Nation Camba in einigen Punkten und in ihrer Radikalität unterscheiden, standen sich die Institutionen in ihrem Kampf für Autonomie sehr nahe. Sie strebten über einen längeren Zeitraum nach ähnlichen Zielen und bedienen sich zu deren Durchsetzung bis heute diskursiver Strategien, welche auf der Betonung einer spezifischen ethnischen und kulturellen Identität fußen. Daher werden ihre Diskurse in dieser Arbeit gemeinsam analysiert, wobei auch auf die diskursiven Unterschiede zwischen den beiden Organisationen eingegangen wird.

²⁷Der Begriff „Camba“ wird im Verlauf der Arbeit näher erläutert werden.

Das durch die Diskursanalyse untersuchte Material setzt sich aus dem Interview mit Lucio Añez Ribera (ehemaliger Vizepräsident des CpSC) sowie aus schriftlichen Dokumenten und Texten zusammen. Darunter befinden sich zwei Ausgaben der Zeitung „Ñande reko. Nuestra forma de ser“, welche direkt durch das Bürgerkomitee publiziert wurden. Zudem wurden veröffentlichte Interviews oder Ansprachen der Präsidenten des CpSC sowie ausgesuchte Ausgaben und Artikel der Tageszeitung „El Deber“ analysiert. Bereits Yvonne van Driel vom DED wies in einem gemeinsamen Gespräch auf die politische Nähe der Tageszeitung zum Bürgerkomitee hin. Generell spiegeln die privaten Massenmedien vorrangig die Interessen der unternehmerischen Elite wider. „Untersuchungen über die bolivianische Medienlandschaft beweisen ihre Monopolisierung und Parteilichkeit: 85% der Kommunikationsmedien sind in privatem Besitz und deren BesitzerInnen weisen durchgängig enge Verbindungen mit der bolivianischen Oligarchie auf.“ (Schilling-Vacaflor 2009:306) Die Zeitung „El Deber“ gilt allgemein als Sprachrohr des CpSC, ausgewählte und für den Diskurs relevante Artikel wurden daher in die Analyse einbezogen. Zudem flossen verschiedene Artikel und Texte des Movimiento Nación Camba de Liberación in die Untersuchung ein, welche sich auf ihrer Homepage finden lassen.

Im Folgenden wird dargestellt auf welche Art und Weise die Kategorie der Ethnizität in die Diskurse des Bürgerkomitees und der Nation Camba eingebunden und inwiefern sie mit der Argumentation und Legitimation spezifischer Interessen verknüpft wird.

5.4.2.1 Cruceños und Cambas

Sowohl das Bürgerkomitee als auch die Bewegung MNC-L beziehen sich in ihren Diskursen grundlegend auf eine spezifische ethnische und kulturelle Identität. Durch die Analyse der Diskurse kristallisierten sich zwei Identitätskategorien heraus, auf welche sich beide Organisationen in ihren Diskursen berufen: die „Cambas“ und die „Cruceños“. Beide Identitätskategorien wurzeln in der Geschichte der Region, wandelten allerdings im Laufe der Zeit ihre Bedeutung und werden aktuell auf eine ganz spezifische Art und Weise durch das Bürgerkomitee und die Nation Camba verwendet.

Der Ausdruck Camba diene einer vereinheitlichenden Bezeichnung, der während der Kolonialzeit im Tiefland angetroffenen indigenen Bevölkerung. Bezog sich der Begriff zunächst auf die ethnische Zugehörigkeit, so wurde die Bedeutung im Laufe der Zeit auf die

Benennung einer sozialen Schicht ausgeweitet. Bald wurden auch nicht-indigene ArbeiterInnen in den Städten als Cambas bezeichnet, welche über geringe ökonomische Ressourcen verfügten. (Vgl. Peña u.a. 2003:119) Der Ausdruck ging lange Zeit mit einer abwertenden Konnotation einher und diente als verbale Demarkationslinie, zuerst wurde die Abgrenzung der spanischen Kolonialherren zu der lokalen indigenen Bevölkerung deutlich gemacht, später die Trennlinie zwischen den wohlhabenden städtischen BürgerInnen und ärmeren Gesellschaftsschichten. Heute dient der Begriff vor allem der Selbstbezeichnung der im Departement Santa Cruz und des östlichen Tieflands ansässigen Bevölkerung und wird meist mit einem gewissen Stolz auf diese Herkunft verbunden²⁸. (Vgl. Peña u.a. 2003:119)

Der Begriff „Cruceño“ lässt sich auf die Gründung der Stadt Santa Cruz de la Sierra zurückführen, die EinwohnerInnen dieser Stadt wurden Cruceños genannt. (Vgl. ebd.:115) Galt ein Cruceño Ende des 19. Jahrhunderts vor allem als Nachfahre der Spanier „de puro linaje español“ (René Moreno zit. nach Jordán Bazán 2011:40), so wurde der Cruceño im Laufe der Geschichte zum Sinnbild einer mestizischen Gesellschaft. (Vgl. Peña u.a. 2003:119) In den 80er Jahren galten laut Bürgerkomitee jene BürgerInnen als Cruceños, welche die Stadt Santa Cruz liebten und für sie arbeiteten (Peña u.a. 2003:115). Hier deutet sich die Verbindung des Begriffes mit einem gewissen ökonomischen Aspekt an, welcher im Diskurs des CpSC eine wichtige Rolle spielt und im Folgenden noch näher erläutert wird. Besonders im Kontext der Forderungen nach Autonomie wurde der Begriff Cruceño vom Bürgerkomitee diskursiv aufgenommen, die Bezeichnung Camba wird vor allem in den Texten der Bewegung MNC-L verwendet.

Im aktuellen Diskurs des Bürgerkomitees und der Nation Camba werden beide Begriffe mit einer spezifischen ethnischen und kulturellen Identität verknüpft und mit positiven Eigenschaften belegt. Cambas und Cruceños werden heute als MestizInnen verstanden, welche sowohl die spanischen Kolonialherren als auch indigene Völker zu ihren Vorfahren zählen. „1561 también marca el inicio del ‘ser cruceño’ que se fundió con rasgos de la cultura española e indígena. Así, la cultura colonialista y nativa se hacían mestiza, se hacía cruceña.“ (Dabdoub Arrien 2011:23) Aus diesem Erbe hat sich laut CpSC und MNC-L eine ganz eigene Kultur und ethnische Identität entwickelt, welche durch den bolivianischen Staat nicht ausreichend anerkannt wird. Das Bürgerkomitee veröffentlichte in den Jahren 2009 und 2010 eine Zeitung, welche in ihren Artikeln die mestizische Identität besonders betont. Mit dem

²⁸ Weiterführende Literatur: Adrián Waldmann führte eine interessante ethnografische Studie über die Identitätskategorie Camba in der Stadt Santa Cruz de la Sierra durch (Waldmann 2008).

Titel „Ñande reko. Nuestra forma de ser“ bezieht sich das CpSC auf eine Verwandtschaft mit der Volksgruppe der Guaraní, die laut Bürgerkomitee bis heute die ethnische Identität der Cruceños prägt. Ñande Reko bedeutet für die Guaraní eine spezielle Form des Seins, „[e]ntendemos por Ñande Reko [...]: Modo de ser, modo de estar, sistema, ley, cultura, norma, hábito, condición, costumbre. En esta quintaesencia de su comprensión de la calidad de vida.“ (Montaya zit. nach Melía 2008:107f) Das Bürgerkomitee bedient sich dieses Ausdrucks der Guaraní und verwendet ihn diskursiv, um auf die eigene ganz spezifische „Form des Seins“ der Cruceños und ihre spezielle mestizische Identität hinzuweisen.

Diese Cruceño-Identität wird in den Diskursen des CpSC mit besonderen Eigenschaften in Verbindung gebracht. Die Cruceños werden als mutige, kämpferische, freiheitsliebende und unabhängige Menschen beschrieben, als „raza de luchadores“ (Interview mit Añez Ribera), welche sowohl den Geist der spanischen Entdecker als auch den Willen zur Verteidigung und der Freiheitsliebe der indigenen Völker des Tieflands in sich tragen.

Santa Cruz de la Sierra, la ‘ciudad rebelde’, cuya máxima expresión es y será la lucha por la libertad y la autodeterminación, urgida durante centurias, primero por nuestros pueblos nativos que eran ‘libres como el viento’ y luego por un movimiento popular sociocultural llamado la ‘cruceñidad’. (Dabdoub Arrien 2011:23)

Die Eigenschaften, welche der mestizischen Identität der Cruceños diskursiv zugeschrieben werden, gelten als natürlich und primordial und werden direkt mit den aktuellen Forderungen und den ökonomischen und politischen Interessen des Bürgerkomitees in Verbindung gesetzt. Das Streben nach Autonomie und Unabhängigkeit „el sentimiento autonomista de la cruceñidad“ (Ñande reko 2009:2) wird als Teil der eigenen Identität artikuliert und die departamentale Autonomie damit als unabdingbares und natürliches Recht legitimiert.

Die Identität der Cruceños/Cambas zeichnet sich laut Bürgerkomitee auch durch ihre besondere Affinität hin zu einer wirtschaftlichen Selbstbestimmung aus. Der Camba wird als eine Person dargestellt, welche unermüdlich arbeitet und produziert, um dadurch die Entwicklung der Region voran zu treiben und zum allgemeinen Wohlstand beizutragen. „Es un hombre luchador infatigable. El hace el camino a andar.“ [...] Nos [los cambas] metemos a la agricultura, nos metemos a la ganadería, tenemos una mentalidad agropecuaria.“ (Interview mit Añez Ribera) Das Bürgerkomitee begründet den wirtschaftlichen Erfolg des Departaments Santa Cruz mit diesen Eigenschaften und verknüpft die ökonomische Entwicklung der Region direkt mit der Identitätskategorie der Cruceños und Cambas.

Beschreibt das Bürgerkomitee die Cruceños als Angehörige einer eigenen kulturellen und ethnischen Identität, welche durch ihre Eigenschaften besonderer Rechte und Rahmenbedingungen bedürfen, so geht die Bewegung MNC-L noch einen Schritt weiter. Laut den VertreterInnen der Bewegung ergibt sich durch die gemeinsame Identität der Anspruch auf eine eigene Nation und die Rechte einer staatlich anerkannten Minderheit: „Nuestra identidad que es la base de nuestro desarrollo y es el resultado de nuestra historia común, del lenguaje y del legado de nuestros héroes y antepasados, define la personalidad de esta nación cultural, que declara su derecho a la diferencia.“ (MNC-L o.J.)

Insgesamt arbeiten beide Organisationen in ihren Diskursen mit Identitätskategorien, die sowohl auf einer ethnischen Komponente als auch auf einem ausgeprägten Regionalismus basieren. Dadurch wird diskursiv auf eine homogen erscheinende Bevölkerungsgruppe hingewiesen, welche sich über eine gemeinsame ethnische Zugehörigkeit und damit verbundene spezifische Eigenschaften identifiziert. Anhand dieser Identitätskategorien werden die Interessen der Bewegungen legitimiert und als Interessen aller Cruceños/Cambas und damit eines Großteils der Bevölkerung des Departements Santa Cruz dargestellt. Das CpSC positioniert sich selbst diskursiv als Verteidiger dieser mestizischen Identität und bezeichnet sich als Vertreter des Volkes. Der Bezug auf die Identitätskategorien Camba/Cruceño wirkt homogenisierend und klammert soziale Unterschiede innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe aus. Die mestizische Identität wird jedoch gezielt gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen Boliviens abgegrenzt.

5.4.2.2 Cambas und Collas

Sowohl das Bürgerkomitee CpSC als auch die Bewegung MNC-L betonen in ihren Diskursen die Differenzen zwischen den verschiedenen Regionen Boliviens und konstruieren dadurch einen Antagonismus zwischen Hoch- und Tiefland. Der Westen Boliviens wird inklusive seiner BewohnerInnen als völlig andersartig beschrieben, oftmals ist die Rede sogar von einem anderen Bolivien. „Muchos les ven como dos países el occidente y el oriente.“ (Interview mit Añez Ribera) Die Hervorhebung der Differenzen bezieht sich jedoch nicht nur auf politische oder ökonomische Unterschiede der Regionen, sondern auf ethnische und kulturelle Aspekte. Diese betonte Differenzierung zwischen der Bevölkerung des Hoch- und Tieflands wird auch in spezifische Bezeichnungen der Bevölkerungsgruppen übernommen,

die BewohnerInnen des Westens Boliviens werden im Gegensatz zu den Cambas als „Collas“ bezeichnet, wobei die Collas als vollkommen andersartig dargestellt werden. „Porque la forma de pensar es completamente diferente a los del otro lado, a los del occidente, aquí en el oriente la gente está acostumbrado al trabajo, nos gusta trabajar, no vivir del estado.“ (Interview mit Añez Ribera) Der Begriff Colla ist in den Diskursen mit negativen Konnotationen belegt und mit einem abwertenden Unterton verbunden. Die Organisation MNC-L praktiziert bezüglich dieser Thematik einen wesentlich radikaleren Diskurs, welcher auch als rassistisch bewertet wird (vgl. Matthes 2010:388f). Ganz offen präsentiert sie in ihrem Diskurs das Hochland in einem negativen Licht und als drohende Gefahr für den Osten Boliviens.

En general, se conoce a Bolivia como un país fundamentalmente andino [...] constituido mayoritariamente por las etnias aymará-quechua, atrasado y miserable, donde prevalece la cultura del conflicto, comunalista, prerepublicana, iliberal, sindicalista, conservadora, y cuyo centro burocrático (La Paz) practica un execrable centralismo colonial de estado que explota a sus ‘colonias internas’, se apropia de nuestros excedentes económicos y nos impone la cultura del subdesarrollo, su cultura. (Nación Camba o.J.)

Das Bürgerkomitee CpSC betont zwar auch die Gegensätze zwischen Hoch- und Tiefland, geht jedoch weniger radikal vor und nimmt zusehend Abstand von dieser Praxis²⁹. Wie später noch aufgezeigt werden wird, wendet sich das CpSC aktuell mehr einem Diskurs der Integration zu. Stand früher vor allem die Bevölkerung des andinen Raumes im Mittelpunkt der Kritik, so richtet sich diese heute gegen die Regierung unter Evo Morales und der MAS. Diese Entwicklung wird im Weiteren noch aufgezeigt.

Neben der Betonung der Gegensätze wird eine Angst vor Überfremdung und dem Verlust der eigenen Cruceño/Camba Identität artikuliert. „[L]os cruceños para pervivir como sociedad, deben asumir el desafío de contrarrestar a la homogeneización cultural aimara definida e impuesta para exterminar la ‘identidad cruceña’.“ (Landívar Roca 2011:115) Diese Logik wird mit einer Rhetorik des Kampfes verbunden, die eigene Identität muss gegen eine feindliche Umgebung verteidigt werden.

Wie eben dargelegt wurde, beziehen sich sowohl das Bürgerkomitee als auch die Nation Camba in ihren Diskursen auf ethnische und kulturelle Unterschiede zwischen den

²⁹ Das Bürgerkomitee distanziert sich in seinem öffentlichen Diskurs von rassistischen Zuschreibungen. Während eines Gesprächs mit Rubén Darío Méndez, dem Öffentlichkeitsreferenten des CpSC wurde jedoch klar, dass innerhalb der Organisation nach wie vor rassistisches Gedankengut existiert. Einige seiner Aussagen über die BewohnerInnen des Hochlandes waren extrem beleidigend. Solche Äußerungen gelangen jedoch nicht an die Öffentlichkeit und lassen sich nicht durch Dokumente und Texte belegen.

Bevölkerungsgruppen des Landes. Durch diese diskursive Praktik wird das Gefühl eines kollektiven „Wir“ erschaffen, welches sich durch die Betonung der Differenz gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen abgrenzt. Dieser so erzeugte Antagonismus beruht deutlich auf der Kategorie der Ethnizität, die MestizInnen werden klar von den indigenen Volksgruppen des Hochlandes unterschieden. Durch den diskursiven Bezug auf ein Szenario der Bedrohung der eigenen Identität legitimieren beide Bewegungen ihre gesellschaftliche Position als Verteidiger der lokalen Identität und schaffen eine Grundlage für die emotionale Mobilisierung vieler Menschen. Wie bereits erwähnt wurde, veränderte sich das Feindbild des Bürgerkomitees, der aktuelle Diskurs bezieht sich vor allem auf die bolivianische Regierung.

5.4.2.3 Feindbilder

Drehte sich der Diskurs des Bürgerkomitees besonders während des Kampfes um Autonomie um die Spannungen und Unterschiede zwischen den BewohnerInnen des Hoch- und Tieflands, nimmt das Bürgerkomitee aktuell Abstand von dieser diskursiven Praxis. Nun stehen besonders der Zentralstaat und die bolivianische Regierung unter Präsident Evo Morales und der MAS im Fokus der Aufmerksamkeit des zivilgesellschaftlichen Bürgerkomitees. Dieses erhebt in seinen Dokumenten und Ansprachen schwere Vorwürfe gegenüber dem Staat und der Regierung, welche sich nicht nur auf ökonomische und politische Themenbereiche beziehen, sondern ganz besonders das Thema der Ethnizität berühren.

Die Staatsführung wird laut Bürgerkomitee und MNC-L als indigenistische Regierung eingestuft, welche ausschließlich die Interessen der indigenen Bevölkerung des Hochlandes in ihrer Politik berücksichtigt. Zudem wird ihr unterstellt die ethnische Zugehörigkeit als Instrument des Machtmissbrauches zu benutzen, um überwiegend indigenen Personen Zugang zu Ämtern innerhalb der Regierung zu verschaffen. (Vgl. Interview mit Añez Ribera)

Der Regierung wird jedoch nicht nur die Bevorteilung der indigenen Bevölkerung, sondern eine ethnische Diskriminierung der mestizischen Cruceños vorgeworfen, welche nach Meinung des Bürgerkomitees und der Nation Camba im Gegensatz zu den indigenen BürgerInnen nicht als Angehörige einer spezifischen Identität offiziell anerkannt werden. Das CpSC äußert zudem seine Angst vor einer ethnischen Homogenisierung des Landes, es beschuldigt die Regierung des Vorhabens eine nationale Aymara-Identität zu konstruieren.

(Vgl. Landívar Roca 2011:116) Der mestizische Anteil der Bevölkerung wird laut Bürgerkomitee durch derartige Praktiken diskriminiert und seine Rechte untergraben.

Designio éste que pone en tela de juicio la estirpe, herencia étnica y valores culturales de los habitantes de esta parte del país, al desconocer sus orígenes y vínculos históricos e ignorar su mestizaje y con este justificativo menoscabar su ciudadanía, con el fin de disminuir sus derechos y reducirlos a la condición de 'interculturales'; una categoría que deliberadamente los discrimina negativamente respecto de los 'indígenas originarios campesinos' y los 'afro bolivianos'. (Landívar Roca 2011:116)

Auch die Organisation MNC-L spricht von der Nation der Cambas als einer vom Staat unterdrückten Nation (vgl. MNC-L o.J.). Die beiden sozialen Bewegungen CpSC und MNC-L beziehen sich diskursiv auf ein Feindbild in Form der indigenen Regierung, welche die BewohnerInnen des Departements Santa Cruz unterdrückt und den Fortbestand ihrer Identität gefährdet. Laut des Bürgerkomitees ist die Regierung nicht nur der Feind der Cruceños, sondern aller BolivianerInnen, da sie gegen Menschenrechte und Gerechtigkeit verstößt. Sie wird als totalitäres Regime bezeichnet, welches sich vor allem gegen das Departement Santa Cruz richtet:

[d]esde que asumió este gobierno, Santa Cruz y el oriente han sido el foco de todas sus arremetidas. [...] [d]esde que asumió este gobierno, los cruceños hemos sido denigrados, perseguidos y encarcelados. En represalia por pensar distinto, se nos ha privado de nuestros recursos económicos y de la potestad de decidir sobre nuestro futuro. Estamos frente a un gobierno de déspotas que ha decidido acabar con la democracia y con Santa Cruz. (Vaca Díez Busch 2011b)

Nach Meinung des CpSC schadet die Regierung durch eine andauernde Verletzung der Menschenrechte dem gesamten bolivianischen Volk. Dieses wird als Opfer einer willkürlichen Herrschaft angesehen, „somos víctimas constantes de la violencia política generada y permitida desde el Gobierno“ (Ñande reko 2010:2). Neben der übermäßigen Bündelung von Macht und der Verletzung der Menschenrechte und Demokratie wird der Regierung auch Misswirtschaft und politische Unfähigkeit bei gesellschaftlichen und sozialen Themen wie Umweltschutz, Bildung und Gesundheitssystem vorgeworfen.

Die Regierung wird in den Diskursen des Bürgerkomitees und der Nation Camba nicht nur extrem negativ dargestellt, sondern als Feind der Demokratie, der Menschenrechte und ganz besonders als direkter Feind der ethnischen Identität der Cruceños bezeichnet. Die Organisationen schüren durch den diskursiven Bezug auf ein klares Feindbild die Angst vor einem direkten Angriff auf die mestizische Identität, welche als Essenz der Bevölkerung und der Entwicklung des Departements Santa Cruz dargestellt wird. Durch diese diskursiven

Praktiken werden die Bestrebungen nach einer überarbeiteten Autonomie legitimiert, welche laut der Logik beider zivilgesellschaftlicher Bewegungen durch eine größere Unabhängigkeit vom Staat sowohl der lokalen Wirtschaft als auch dem Erhalt und der Stärkung der ethnischen Identität der Cruceños zu Gute kommen würde. Zudem rechtfertigen und stärken das CpSC und die Bewegung MNC-L durch den direkten Bezug auf eine Gefährdung der lokalen Identität ihre gesellschaftliche Stellung als zivilgesellschaftliche Organisationen.

Die Zentralregierung als Feindbild des Bürgerkomitees ist kein neues Thema, sondern wurzelt in bereits vergangenen Konflikten, auf welche sich das Bürgerkomitee in seinen Diskursen regelmäßig beruft.

5.4.2.4 Bezug auf die Geschichte

Das Bürgerkomitee stützt sich diskursiv auf eine (Re-)Interpretation der Geschichte des Departements Santa Cruz, angefangen bei der Entdeckung und Besiedelung des Tieflands. Dabei werden bestimmte Ereignisse bewusst ins kollektive Gedächtnis gerufen, andere Geschehnisse jedoch ausgeklammert. Innerhalb dieses Prozesses der Neuinterpretierung der Geschichte stehen besonders zwei diskursive Stränge im Vordergrund, welche laut CpSC die kollektive Identität der Cruceños und deren Interessen nachhaltig prägen. Ein Strang bezieht sich auf die Geschichte der bis heute erfolgreich gemeisterten Herausforderungen und Siege, der andere diskursive Strang basiert auf einer Geschichte der Diskriminierung und Unterdrückung durch den Zentralstaat.

Die Gründung der Stadt Santa Cruz de la Sierra durch den Spanier Ñuflo Chavez wird oftmals glorifizierend dargestellt und als Akt der Rebellion und Selbstbestimmung gewertet, welcher den Anfang der Geschichte der Cruceños markiert. Laut Bürgerkomitee und Nation Camba begleitet das Streben nach Autonomie die Menschen der Region bereits seit dieser Zeit und gilt als fundamentaler Teil ihrer Geschichte und ihres Charakters. (Dabdoub Arrien 2011:22f). Dieser Wille nach Selbstbestimmung wird diskursiv durch den Bezug auf weitere geschichtliche Ereignisse begründet. Als besonders bedeutsam wird die Zeit ab der Gründung des Bürgerkomitees gewertet, das laut eigenen Angaben einen enormen Anstoß für die regionale Entwicklung gab. Das Bürgerkomitee hebt in seinen Dokumenten stets seine Vorreiterrolle beim Aufbau einer Infrastruktur innerhalb des Departements hervor sowie seine Mithilfe bei der Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen in Form von Zugang zu

Elektrizität, einem Abwassersystem und Kommunikationsmedien. (Vgl. Interview mit Añez Ribera) Es wird betont, dass die Entwicklung des Departements gänzlich aus eigener Kraft und ohne Hilfe durch den Staat vorangetrieben wurde. „Este por el esfuerzo de Santa Cruz, por el esfuerzo de ellos mismos.“ (Interview mit Añez Ribera) Diskursiv wird auf eine Unabhängigkeit vom Staat hingewiesen, welche auch heute durch die Forderung nach Autonomie beibehalten werden soll. Diese Zeit der Anfänge des Bürgerkomitees und auch sein folgender Kampf für die Beteiligung an der direkten Steuer auf Kohlenwasserstoffe markiert innerhalb des Diskurses des Bürgerkomitees einen festen Bezugspunkt. Durch den Fokus auf die Errungenschaften, welche das CpSC für Santa Cruz erreichte, wird eine Plattform der Legitimation geschaffen, auf welche das Bürgerkomitee sein Existenzrecht stützt. „Este es un movimiento que ha nacido con puro deseo de querer que se mejore Santa Cruz.“ (Interview mit Añez Ribera)

Neben diesem diskursiven Strang der erkämpften Erfolge wird stets auf eine Geschichte verwiesen, welche von Ignoranz und Diskriminierung durch den zentralistischen Nationalstaat geprägt ist. Dieser habe die Region finanziell vernachlässigt und dadurch ihre Entwicklung blockiert. „El centralismo siempre discriminó a los cruceños.“ (Ñande reko 2010:3) Zudem seien die Cruceños nicht partizipativ in die Politik des Staates einbezogen und so stets von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen worden. Um diese Behauptung zu verstärken, wird eine Rhetorik des Kampfes verwendet, die Rechte der BewohnerInnen von Santa Cruz mussten laut CpSC stets gegen eine als feindlich wahrgenommene Zentralregierung erkämpft und verteidigt werden. „[e]n la lucha permanente por las reivindicaciones regionales, siempre olvidadas por el centralismo“ (Kreidler 2011:5). Durch diesen diskursiven Strang wird der aktuelle Konflikt mit der Regierung bereits in der Vergangenheit verortet und der andauernde Ruf nach Autonomie begründet.

Der Diskurs des Bürgerkomitees CpSC legitimiert seine Existenz durch den Bezug auf seine Stellung in der Vergangenheit. Gleichzeitig wird der Wille nach Autonomie als logische Konsequenz der Geschichte und als primordialer Bestandteil der Identität der EinwohnerInnen des Departements Santa Cruz betrachtet. Zudem wird der innere Zusammenhalt der Gruppe der Cruceños und der AnhängerInnen des Komitees bestärkt, indem auf die bisherigen Erfolge, aber auch auf eine stetige Gefährdung und Diskriminierung durch den Staat verwiesen wird.

5.4.2.5 Das Bürgerkomitee als Verfechter der Demokratie und sozialer Gerechtigkeit

Das Bürgerkomitee stellt sich als Verteidiger der Interessen des Volkes und als Repräsentant aller BürgerInnen des Departements Santa Cruz dar. (Vgl. Interview mit Añez Ribera) Es setzt sich laut eigenen Angaben als maximale zivilgesellschaftliche Institution für das soziale, ökonomische und politische Wohlergehen der Bevölkerung ein und sichert als moralische Instanz den Erhalt der traditionellen Werte und der Identität der Cruceños. Das CpSC betont seinen Einsatz für Gerechtigkeit, Freiheit, Toleranz und Demokratie, für Gleichheit und Solidarität, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Befreiung der Region von dem Übel der Korruption und des Drogenhandels (vgl. Ñande reko 2010). Dabei weist es auf seine altruistische Einstellung, abseits von eigenen Interessen und Streben nach Macht hin.

[E]l Comité pro Santa Cruz, es la institución de mayor fuerza moral de los bolivianos, es totalmente apartidista y sin fines de lucro, pero con sus acciones y propuestas genera incidencia política, criterios e ideas que fortalecen el sistema democrático y promueven el desarrollo y el bienestar de todos los bolivianos. (Ñande reko 2010:12)

Das CpSC generiert einen Diskurs, in dem es als Beschützer und Verteidiger der regionalen Gesellschaft und deren Entwicklung auftritt. Es wird suggeriert, dass das Bürgerkomitee als Repräsentant des Volkes anerkannt wird „[e]l Comité pro Santa Cruz es del pueblo“ (Ñande reko 2010:12) und sich die Interessen der Bevölkerung direkt mit den Interessen des Komitees decken.

Wurde das Thema der Inklusion als Ziel des Bürgerkomitees bereits im Laufe dieser Arbeit erläutert, so wird es an dieser Stelle nochmals als diskursive Strategie erwähnt. Im Gegensatz zu früheren diskursiven Praktiken, in denen sich das CpSC von der Bevölkerung des Hochlandes abgrenzte, setzt es aktuell auf einen Diskurs der Inklusion. Genau jene gesellschaftlichen Schichten, welche bis lang über keinen Zugang zum Komitee verfügten, sollen nun in die Strukturen der Institution aufgenommen werden. Dabei wird besonders die indigene Bevölkerung angesprochen, deren indigene Identität diskursiv aufgewertet wird, indem die Indigenen als Vorfahren einer Cruceño-Identität offiziell anerkannt werden. Doch nicht nur Indigene, sondern auch andere bisher im CpSC unterrepräsentierte gesellschaftliche Sektoren sollen in das Komitee eingeschlossen werden. Es ist die Rede von einer großen Reform der Institution, um einen Beitrag zu sozialer Gleichheit und Toleranz zu leisten.

„Bolivia y Santa Cruz, no puede seguir con los niveles de desigualdad, que en esta sociedad del conocimiento, tienden a crecer cada día.“ (Vaca Díez Busch 2011a)

Durch die Inklusion neuer gesellschaftlicher Schichten und Gruppierungen versucht das Bürgerkomitee seine Stellung innerhalb der Gesellschaft zu stärken und eine breitere Basis der Unterstützung zu erlangen. Generell ist dieser diskursive Strang der Inklusion relativ neu und zeigt auf einen Wechsel der Strategien des Bürgerkomitees hin. Das CpSC präsentiert sich in einem neuen Licht, durch seine diskursive Praktik positioniert es sich in der Mitte der Gesellschaft. Galt es lange als elitäre Organisation, so wird nun der Eindruck einer wohltätigen Institution erweckt, welche nicht nur die Interessen des Unternehmertums, sondern aller BürgerInnen in seine Agenda aufnimmt. Zu diesem Zweck wird auch das Konzept der Cruceño-Identität diskursiv erweitert, diese schließt nun auch Indigene und MigrantInnen mit ein. Obwohl die mestizische Ethnizität nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert im Diskurs des Bürgerkomitees spielt, ist eine diskursive Neuausrichtung auszumachen, welche neben der Kategorie der Ethnizität andere Thematiken und diskursive Stränge aufnimmt.

5.4.2.6 Zusammenfassung

Das Bürgerkomitee Comité pro Santa Cruz und die Nation Camba beziehen sich in ihren Diskursen direkt auf die Kategorie der Ethnizität, welche in diesem Fall als eine mestizische Identität auftritt. Die ethnische Identität der Mestizen wird diskursiv mit besonderen und primordialen Eigenschaften verknüpft, welche durch eine Interpretation der Geschichte der Region abgeleitet werden. Auf dieser Basis werden die spezifischen Interessen und Ziele der beiden Organisationen, allen voran die politische und ökonomische Autonomie des Departements Santa Cruz argumentiert und legitimiert. In den Diskursen wird ein homogenes Bild der mestizischen Bevölkerung gezeichnet, welche sich ethnisch und kulturell stark von der indigenen Bevölkerung des Hochlandes abgrenzt. Zudem wird der Zusammenhalt der mestizischen Bevölkerung durch den Entwurf eines klaren Feindbildes und des Szenarios einer drohenden Gefährdung gestärkt.

Während der Diskursanalyse kristallisierte sich ein diskursiver Strang heraus, welcher sich von den anderen diskursiven Praktiken abhebt. Der ausdrückliche Ruf des Bürgerkomitees nach sozialer Integration und einer Inklusion bisher marginalisierter Bevölkerungsschichten stellt ein Novum dar. Es scheint, als befände sich die zivilgesellschaftliche Organisation in

einem Transformationsprozess, welcher als klare Reaktion auf den Verlust ihrer bisherigen gesellschaftlichen Stellung zu werten ist. Das Bürgerkomitee bedarf neuer Allianzen und einer breiteren gesellschaftlichen Unterstützung und Anerkennung, um nicht mehr ausschließlich als Vertretung der Unternehmerschicht und Elite der Region zu gelten. Das CpSC befindet sich aktuell in einer Art Schwebelage, einerseits zählen nach wie vor alt eingesessene Akteursgruppen zum harten Kern des Komitees, welche sich gegen einen internen Wandel wehren und die Durchsetzung ihrer persönlichen Interessen einfordern. Andererseits verlor das Komitee einen großen Teil seiner Legitimationsgrundlage innerhalb der breiten Gesellschaft und bedarf einer deutlichen Änderung seiner Ausrichtung, um neue Akzeptanz zu gewinnen. In welche Richtung sich das Bürgerkomitee tatsächlich bewegt, ist allerdings noch nicht gänzlich ersichtlich. Die Öffnung des Komitees wird von einigen sozialen Akteursgruppen hart angezweifelt und lediglich als diskursive Strategie betrachtet. „La famosa apertura del comité cívico [...] es mas discursiva, tratando ellos de salvar y renovar su imagen. De decir mayor apertura, mayor inclusión pero en el fondo no es así.“ (Interview mit Vargas) Inwiefern sich die Machtstrukturen innerhalb des Bürgerkomitees ändern bleibt abzuwarten. Besonders interessant sind die zukünftigen Auswirkungen dieses Transformationsprozesses auf die diskursive Verwendung der Kategorie der Ethnizität. Das Departement Santa Cruz ist von einem steigenden wirtschaftlichen Wachstum, einer hohen Migrationsrate und der stetigen Modernisierung und Globalisierung des urbanen Raumes gekennzeichnet. Es ist fraglich, ob sich die diskursive Verwendung der Kategorie der Ethnizität in diesem Klima der Diversität weiterhin eignet, um eine Mehrheit der Bevölkerung anzusprechen.

Im Gegensatz zu dem Bürgerkomitee ist die Organisation Nation Camba weitestgehend von der öffentlichen Bühne verschwunden. Ihre VertreterInnen besetzen jedoch aktuell hohe Ämter in der Politik und Wirtschaft und treten dadurch mit ihren Forderungen nach wie vor an die Öffentlichkeit.

5.5 Diskussion der Ergebnisse

Die Diskursanalyse hat ergeben, dass sich sowohl die indigenen Bewegungen als auch die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen im Departement Santa Cruz in ihren Diskursen direkt auf die Kategorie der Ethnizität berufen. Obwohl sich die Interessen der in dieser Arbeit analysierten sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Santa Cruz von einander

unterscheiden, ähnelt sich ihre diskursive Verwendung der Kategorie der Ethnizität. Im Laufe der Diskursanalyse kristallisierten sich vergleichbare Diskursstränge heraus.

Im Zentrum der Diskurse steht der Bezug auf eine ethnische Identität als Essenz der Gemeinschaft. Durch den wiederholten Hinweis auf diese gemeinsame Basis wird ein Gefühl der Zusammengehörigkeit generiert, da interne Differenzen, wie beispielsweise schichtspezifische Unterschiede oder gesellschaftlicher Status ausgeklammert werden. Die diskursive Betonung einer gemeinsamen ethnischen Identität dient der Stärkung des Zusammenhalts der Mitglieder der Bewegungen und bietet eine Grundlage der gemeinschaftlichen Identifikation. Beide Akteurskategorien berufen sich auf die ethnische Dimension der Identität, um nach innen eine Vereinheitlichung der Bewegung zu erreichen, im Vordergrund stehen die Gemeinsamkeiten, welche diese Zugehörigkeit impliziert. Es wird diskursiv das Bild einer scheinbar homogenen Bewegung gezeichnet, deren Gleichartigkeit in der geteilten ethnischen Identität und den damit verknüpften spezifischen Eigenschaften begründet liegt. Die untersuchten sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen grenzen sich diskursiv durch ihre ethnische Zugehörigkeit klar ab und heben die Unterschiede zu anderen gesellschaftlichen Gruppierungen und Bevölkerungsteilen hervor. Die diskursive Verwendung von Ethnizität dient einerseits der Inklusion bestimmter Personengruppen durch ein deutlich definiertes „Wir“ und gleichzeitig der Exklusion und gesellschaftlichen Abgrenzung durch den diskursiven Bezug auf eine Gruppe der „Anderen“.

Zudem lassen sich in den Diskursen der analysierten sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen die Konstruktionen kollektiver Feindbilder finden, welche als Gefährdung der eigenen Identität, Kultur und Lebensform gewertet werden. Dieser diskursive Strang wird durch eine Rhetorik des Kampfes begleitet, welche die ethnische Identität und damit verbundene spezifische Rechte als bedroht darstellt und suggeriert, dass diese durch eine kollektive Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen verteidigt werden müssen. Durch den Bezug auf das Szenario einer Bedrohung wird der innere Zusammenhalt der Bewegungen gestärkt und Maßnahmen zur Begegnung dieser Bedrohung legitimiert. Diese diskursive Praktik dient der Mobilisierung großer Massen, wie beispielsweise die Märsche der indigenen Gruppierungen gegen den Straßenbau im Naturschutzgebiet TIPNIS oder die Demonstrationen der Cruceños für die departamentale Autonomie bewiesen. Auch kann diese diskursive Strategie bewirken, dass interne Differenzen und Spannungen im Angesicht der akuten Gefährdung, der Verteidigung der gemeinsamen Identität und Interessen untergeordnet werden.

In den Diskursen der sozialen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wird die ethnische Identität durch einen Bezug auf die Geschichte begründet. Dabei werden bestimmte Ereignisse ausgewählt und als identitätsstiftend bewertet, andere Geschehnisse werden hingegen ausgeklammert. Die Diskurse spiegeln eine selektive Interpretation der Geschichte wider, wobei sowohl Erfahrungen der Unterdrückung und Diskriminierung als auch Erfolge und bereits erreichte Ziele im Vordergrund stehen können.

Die Diskursanalyse machte deutlich, dass der Bezug auf die Kategorie der Ethnizität in der Argumentation um Interessen und Ziele der sozialen Bewegungen essentiell ist. Zum einen wird die Existenz und Berechtigung jeder Organisation durch den Bezug auf die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Identität begründet und legitimiert. Durch die Selbstidentifikation als Volk oder Nation, welches sich durch eine homogene ethnische Bevölkerung auszeichnet, werden besondere Rechte als unumgänglich eingestuft und geltend gemacht. Zum anderen werden spezifische und als primordial betrachtete Eigenschaften und charakterliche Merkmale als logische Konsequenz aus der ethnischen Identität abgeleitet und in einen Zusammenhang mit den aktuellen Bestrebungen der Organisationen gebracht. Der Bezug auf die Kategorie der Ethnizität ist in den Diskursen der hier untersuchten sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen untrennbar mit der Argumentation und Legitimation bestimmter Interessen und Ziele verwoben.

Durch die Analyse der verschiedenen Diskurse wurden diskursive Praktiken aufgedeckt, welche bereits im Theorieteil dieser Arbeit als typisch für die Instrumentalisierung von Ethnizität aufgezeigt wurden. Dennoch kristallisierten sich auch abweichende diskursive Stränge heraus, welche durch die aktuelle politische Situation Boliviens und der sozialen und zivilgesellschaftlichen Organisationen hervorgegangen sind. Diesbezüglich fiel besonders das gestärkte Selbstbewußtsein der indigenen Organisationen auf, welches sich in einer wiederholten Betonung der bereits erkämpften und auf nationaler sowie internationaler Ebene anerkannten Rechte der indigenen Völker ausdrückt. Die indigene Bewegung positioniert sich in ihren Diskursen nicht mehr als eine am Rande der Gesellschaft stehende marginalisierte Gruppe, sondern stellt sich als Initiator eines demokratischen Transformationsprozesses Boliviens dar.

Interessant ist auch die aktuelle Bewertung der bolivianischen Regierung, welche sich in den Diskursen der hier untersuchten Bewegungen ablesen lässt. Die Regierung unter dem Präsident Evo Morales und der Partei MAS wurde durch alle Organisationen diskursiv als

feindlich dargestellt. Dieses Ergebnis wäre nicht weiter überraschend, würde es sich ausschließlich um den Diskurs der politischen Opposition handeln. Dass jedoch auch die CIDOB mit ihren Mitgliedsorganisationen einen Diskurs vertritt, welcher den Präsidenten als erklärten Feind der Indigenen erklärt, ist neu und spricht für die aktuellen Spannungsfelder und Konflikte. Zeichneten sich die indigenen Völker des Tieflandes in der Vergangenheit durch ihre Kooperationsbereitschaft mit der Regierung aus, so verhärten sich aktuell die Fronten. Es bleibt abzuwarten inwiefern sich die Beziehung zwischen den Tieflandindigenen und der Staatsführung entwickeln wird und welchen Einfluss dies auf die Politik des Landes nach sich zieht.

Obwohl die Kategorie der Ethnizität in den Diskursen der sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen eine zentrale Rolle spielt, ist es fraglich inwiefern ihre Wirkmächtigkeit auch in Zukunft erhalten bleibt. Wie bereits erläutert, änderte sich der Diskurs des Bürgerkomitees und passt sich neuen Gegebenheiten und Herausforderungen an. Während dieses Prozesses stehen aktuell Themenfelder wie Heterogenität, Diversität und soziale Integration im Vordergrund. Der Diskurs der indigenen Organisationen zeigt noch keine Anzeichen eines Wirksamkeitsverlustes der Kategorie der Ethnizität, jedoch zeichnet die Realität ein anderes Bild. Die indigenen Organisationen sind durch divergierende Interessen und unterschiedliche politische Sympathien gespalten, es kam in den letzten Jahren vermehrt zu schwerwiegenden Konflikten und tiefgreifenden Auseinandersetzungen. Ob das in den Diskursen produzierte Bild einer homogenen indigenen Gruppe den internen Zusammenhalt auch in Zukunft sichern kann, stellt eine spannende Fragestellung für zukünftige Forschungen dar.

Obgleich die diskursive Verwendung der Kategorie der Ethnizität besonders für die Entwicklung der indigenen Organisationen zu einer Erfolgsgeschichte führte und einen zentralen Einfluss auf die bolivianische Gesellschaft nach sich zog, ist der strategische Einsatz ethnisch geprägter Diskurse kritisch zu überdenken. Im Falle des Bürgerkomitees und der Nation Camba führte der Diskurs um Ethnizität zu einer enormen gesellschaftlichen Reaktion, welche durch rassistische Züge gekennzeichnet war und neben einigen gewalttätigen Ausschreitungen auch zu einer Polarisierung zwischen der Bevölkerung des Hoch- und Tieflands Boliviens führte. Die Kategorie der Ethnizität wirkt nicht nur einschließend, sondern artikuliert sich immer auch durch die Exklusion einer Gruppe der „Anderen“. Nicht die Gemeinsamkeiten der Menschen, sondern ihre Differenzen werden betont und geraten in den Fokus der Aufmerksamkeit. Schilling Vaca-Flor warnt vor der

polarisierenden Macht ethnischer Diskurse: „Dass diese Prozesse der Betonung der ethnischen Differenzen ein großes Risiko in sich trägt und mit diesem heiklen Thema sehr sensibel umgegangen werden sollte liegt auf der Hand.“ (Schilling-Vacaflor 2009:276) Es ist fraglich inwiefern sich das durch die Regierung angestrebte Ziel einer Entkolonialisierung des Landes tatsächlich erfolgreich durchsetzen lässt, solange die Gesellschaft nach wie vor durch die Grenzen kolonialer Identitätskategorien (AfrobolivianerInnen, Indigene, MestizInnen) gespalten ist. Vielleicht müssen derartig tief verankerte Strukturen und die damit verbundenen Machtasymmetrien erst aufgearbeitet werden, bevor sich neue Formen der Identitäten entwickeln können. Egal in welche Richtung sich die Diskurse staatlicher, sozialer und zivilgesellschaftlicher Akteure in Zukunft entwickeln werden, „Bolivien ist ohne Zweifel ein Land, das stark mit der Neubestimmung seiner Identität beschäftigt ist.“ (Michalsky 2010:495)

6 Resumée

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wurde die Rolle der Ethnizität in den Diskursen sozialer und zivilgesellschaftlicher Organisationen im Departement Santa Cruz analysiert. Dabei wurde der Forschungsfrage nachgegangen, aus welchen Gründen die Kategorie der Ethnizität in Bolivien und speziell im Departement Santa Cruz diskursiv verwendet wird. Es wurde untersucht welche Akteursgruppen derartige Diskurse aufgreifen und reproduzieren und auf welche Art und Weise ethnisch geprägte Diskurse bewusst eingesetzt werden, um spezifische Ziele und Interessen zu legitimieren und durchzusetzen.

Um die aktuelle Wirkmächtigkeit ethnisch geprägter Diskurse besser nachvollziehen zu können, wurde die Bedeutung der Ethnizität in der Vergangenheit Boliviens im Rahmen einer Makroanalyse näher untersucht. Durch die Beleuchtung zurückliegender Diskurse um Ethnizität wurde deutlich, dass die heute gängigen ethnischen Identitätskategorien während der Kolonialzeit entstanden und eng mit gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnissen verwoben waren. Ethnisch gefärbte Diskurse ziehen sich seitdem wie ein roter Faden durch die Geschichte Boliviens, die ethnische Zugehörigkeit bestimmt auch in der neokolonialen Phase des Landes die Lebensverhältnisse und die soziale Stellung eines Großteils der Bevölkerung. Die Diskurse um Ethnizität veränderten sich im Laufe der Zeit, sie waren jedoch stets mit spezifischen Zuschreibungen und mit Mechanismen des gesellschaftlichen Ein- und Ausschlusses verbunden. Durch das Erstarken indigener Bewegungen wurden tief verankerte Machtverhältnisse in Bolivien aufgebrochen und neu geordnet. Der Bezug auf eine gemeinsame ethnische Zugehörigkeit diente als verbindendes Element zwischen den indigenen Völkern und bot eine Plattform, um spezifische Forderungen und Interessen zu artikulieren. Der indigenen Bevölkerung war es bis zu diesem Zeitpunkt kaum möglich an einem öffentlichen Diskurs teilzuhaben. Durch den Verweis auf die Kategorie der Ethnizität in Form einer indigenen Identität erlangten indigene Bewegungen eine Stimme und ein wirkungsvolles Instrument der Selbstermächtigung. Diese nationale Entwicklung wurde durch einen internationalen Prozess begleitet, welcher Diskurse um Indigenität in die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit rückte und indigenen Gruppierungen weltweit den Rücken stärkte. Neben den indigenen Bewegungen bedienten sich weitere Akteursgruppen ethnisch geprägter Diskurse, darunter das nach Autonomie strebende Bürgerkomitee Comité pro Santa Cruz und die Bewegung Nation Camba.

Die Ergebnisse der Makroanalyse zeigten die Bedeutung der Ethnizität in der Vergangenheit Boliviens auf, durch eine Mikroanalyse konnte bestätigt werden, dass die Kategorie der Ethnizität nach wie vor eine zentrale Rolle in den Diskursen sozialer und zivilgesellschaftlicher Bewegungen spielt. Nach Foucault dient die Diskursanalyse dem Zweck immanente Machtverhältnisse aufzudecken. Die in dieser Arbeit durchgeführte Analyse der Diskurse sozialer und zivilgesellschaftlicher Organisationen in Santa Cruz wies deutlich auf eine Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der bolivianischen Gesellschaft hin. Für die indigenen Bewegungen Boliviens und speziell des Departements Santa Cruz dient der diskursive Bezug auf eine gemeinsame Ethnizität als Instrument um größeren gesellschaftlichen und politischen Einfluss zu erlangen, heute lässt sich an den Diskursen ein neues Selbstbewußtsein der indigenen Bewegungen des Tieflandes ablesen. Fungiert der Bezug auf eine gemeinsame ethnische Zugehörigkeit bei den indigenen Bewegungen als Mittel der Ermächtigung, so dient er der unternehmerischen Elite in Santa Cruz dazu ihre Vorherrschaft, Macht und Ressourcen zu verteidigen. Die Kategorie der Ethnizität spielt in Bolivien sowohl eine Rolle bei den Bestrebungen Macht zu erlangen als auch spezifische Machtverhältnisse zu erhalten und zu reproduzieren. Die Ergebnisse der Diskursanalyse bestätigten zudem die These, dass ethnische Diskurse gezielt verwendet werden, um spezifische Interessen und Forderungen zu legitimieren und durchzusetzen. Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe wird direkt mit Argumentationen für spezielle Rechte verknüpft und dient als Legitimationsbasis grundlegender Ziele, wie dem Zugang zu Land, natürlichen Ressourcen und Formen der Autonomie.

Allerdings wurde auch aufgezeigt, dass die Diskurse um Ethnizität als Essenz einer starken Gemeinschaft bröckeln und die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen vor neuen Herausforderungen stehen. Die indigenen Organisationen sind von Spaltungstendenzen und internen Konflikten betroffen, das Bürgerkomitee bedarf neuer diskursiver Strategien, um seine gesellschaftliche Stellung zu erhalten und einer heterogenen und von Diversität gekennzeichneten Gesellschaft zu begegnen. Zudem sollte im Gedächtnis bleiben, dass die Kategorie der Ethnizität stets auf Mechanismen der In- und Exklusion beruht und damit vor allem die Differenzen innerhalb einer Gesellschaft betont. Die bolivianische Regierung steht als Repräsentant eines plurinationalen und multiethnischen Staates vor der Herausforderung diese Differenzen zu berücksichtigen, ohne dass der Staat und die Gesellschaft an ihnen zerbricht. In diesem Sinne ist zu hoffen, dass aus „somos iguales, pero más diferentes“ (Interview mit Vargas Camacho) eines Tages ein „somos diferentes pero más iguales“ entsteht.

7 Abkürzungsverzeichnis

APCOB	Apoyo Para el Campesino-Indígena del Oriente Boliviano
APG	Asamblea del Pueblo Guaraní
CAINCO	Cámara de Industria, Comercio, Servicios y Turismo
CANOB	Central Ayorea Nativa del Oriente Boliviano
CAO	Camara Agropecuaria del Oriente
CEJIS	Centro de Estudios Jurídicos e Investigación Social
CIDOB	Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia
CIPCA	Centro de Investigación y Promoción del Campesinado
CIPOAP	Central Indígena de Pueblos Amazónicos de Pando
CIRABO	Central Indígena de la Región Amazónica de Bolivia
COB	Central Obrera Boliviana
COICA	Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica
CONAMAQ	Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu
COPNAG	Central de Pueblos Nativos Guarayos
CPESC	Coordinadora de Pueblos Étnicos de Santa Cruz
CPIB	Central de Pueblos Indígenas del Beni
CPI LAP	Central de Pueblos Indígenas de La Paz
CPITCO	Central de Pueblos Indígenas del Trópico del Cochabamba
CPIYSC	Consejo de Pueblos Indígenas de Yapacaní Santa Cruz
CpSC	Comité pro Santa Cruz
CSUTCB	Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FEPSC	Federación de Empresarios Privados de Santa Cruz
GANPI	Gran Asamblea Nacional de Pueblos Indígenas
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
IDH	Impuesto Directo a los Hidrocarburos
ILO	International Labour Organization
INE	Instituto Nacional de Estadística de Bolivia
INRA	Instituto Nacional de Reforma Agraria

LPP	Ley de Participación Popular
MAS	Movimiento al Socialismo
MIP	Movimiento Indígena Pachakuti
MIR	Movimiento de Izquierda Revolucionaria
MNC-L	Movimiento Nación Camba de Liberación
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario
NGO	Non-Governmental Organization
OICH	Organización Indígena Chiquitana
ORCAWETA	Organización de la Capitanía Wehenayek Tapiete
PIB	Partido Indio de Bolivia
TCO	Tierras Comunitarias de Origen
TIPNIS	Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboró Secure
UJC	Unión Juvenil Cruceñista
UN	United Nations
UNPFII	United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues
WGIP	Working Group on Indigenous Populations

8 Literaturverzeichnis

Albó, Xavier

(2005): Ciudadanía Étnico-Cultural en Bolivia. La Paz: CIPCA.

(2008): Movimientos y poder indígena en Bolivia, Ecuador y Perú. La Paz: CIPCA.

(2009): Larga memoria de lo étnico en Bolivia, con temporales oscilaciones. In: Crabtree, John; Gray Molina, George; Whitehead, Laurence (Hg.): Tensiones irresueltas. Bolivia, pasado y presente. La Paz: Plural, S. 19-40.

Amparo Herbas, M. (2010): Derechos indígenas y gestión territorial. El ejercicio en las TCOs de Lomerío, Mosetén y Chacobo-Pacahuara. Santa Cruz: PIEB.

Añez Ribera, Lucio (2003): Breve historia del Comité pro Santa Cruz. In: Sociedad de Estudios Geográficos e Históricos de Santa Cruz (Hg.): Libro Homenaje al Centenario de la Sociedad de Estudios Geográficos e Históricos de Santa Cruz. Santa Cruz: SIRENA, S. 84-139.

APCOB (2009): Confederación Indígena de Bolivia (CIDOB) y la Gestión Territorial Indígena (GTI). CD ROM Interactivo.

Banks, Marcus (1996): Ethnicity: anthropological constructions. London, New York: Routledge.

Barth, Fredrik (1982): Introduction. In: Barth, Fredrik (Hg.): Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Culture Difference. Oslo, Bergen, Tromsø: Universitetsforlaget, S. 9-38.

Brass, Paul R. (1991): Ethnicity and Nationalism. Theory and Comparison. New Delhi, Newbury Park, London: Sage.

Brocks, Simon (2010): Die Autonomiebewegung in Bolivien am Beispiel von Santa Cruz. AIPA 1/2010. Lehrstuhl Internationale Politik Universität zu Köln.

Brubaker, Rogers (2007): Ethnizität ohne Gruppen. Hamburg: Hamburger Edition.

Bulmer, Martin; Solomos, John (1999): Introduction. In: Bulmer, Martin; Solomos, John (Hg.): Ethnic and Racial Studies Today. London, New York: Routledge, S. 1-12.

Büschges, Christian; Pfaff-Czarnecka, Joanna (2007): Einleitung: Ethnizität als politische Ressource. In: Büschges, Christian; Pfaff-Czarnecka, Joanna (Hg.): Die Ethnisierung des Politischen. Identitätspolitik in Lateinamerika, Asien und den USA. Frankfurt am Main: Campus, S. 7-18.

Cacsire, Romina Luz (2010): Der Prozess der Verfassunggebung und die neue Verfassung. Neugründung oder Reform?. In: Gärtner, Peter (u.a.) (Hg.): Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Quetzal, S. 135-165.

Calderón Gutiérrez, Fernando (2010): La fuerza política de las culturas. La Paz: Plural.

Camacho Nassar, Carlos (2010): Entre el etnocidio y la extincion. Pueblos indígenas aislados, en contacto inicial e intermitente en las tierras bajas de bolivia. IWGIA.

Choquehuanca, Jorge; De Ugarte, Carlos (2010): *Vivir bien* als neues Entwicklungsprinzip? Die Umweltpolitik der Regierung Morales. In: Gärtner, Peter (u.a.) (Hg.): Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Quetzal, S. 527-544.

CIDOB

(2007): La Confederación de Pueblos Indígena de Bolivia. 20.12.2007. Online unter: http://www.cidob-bo.org/index.php?view=article&id=12%3Ala-confederacie-pueblos-indnas-de-bolivia-cidob&format=pdf&option=com_content&Itemid=41 [Zugriff: 13.01.2013].

(2010a): Plataforma de demandas de los pueblos indígenas del Oriente, Chaco y Amazonia Boliviana. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/images/2010/plataforma%20demandas.pdf> [Zugriff: 13.01.2013].

(2010b): Organizaciones regionales. 29.04.2010. Online unter: http://www.cidob-bo.org/index.php?view=article&id=14%3Aorganizaciones-regionales&format=pdf&option=com_content&Itemid=43 [Zugriff: 13.01.2013].

(2010c): Instancia de desición. 03.05.2010. Online unter: http://www.cidob-bo.org/index.php?view=article&id=122%3Ainstancia-de-desici&format=pdf&option=com_content&Itemid=88 [Zugriff: 10.02.2013].

(2011a): Acta de reunión. 01.04.2011. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/images/2011/actas/acta%20de%20reunion.PDF> [Zugriff: 13.01.2013].

(2011b): CIDOB se aleja del MAS para reconducir el proceso de cambio. 24.06.2011. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/index.php?view=article&catid=82:noticias&id=536:cidob-se-aleja-del-mas-para-reconducir-el-proceso-de-cambio&format=pdf> [Zugriff: 15.01.2013].

(2011c): Resolución de la III Comisión Nacional. De educación. 28.06.2011. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/images/2011/Resoluciones/Resolucion%20de%20Educ.pdf> [Zugriff: 13.01.2013].

- (2011d): Resolución de la III Comisión Nacional. En respaldo a la dirigencia de COPNAG. 28.06.2011. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/images/2011/Resoluciones/Resolucion%20COPNAG.pdf> [Zugriff: 13.01.2013].
- (2011e): Resolución de la IV Comisión Nacional 2011. 22.07.2011. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/images/2011/Resoluciones/res1IVcomnal.pdf> [Zugriff: 13.01.2013].
- (2011f): Plataforma de demandas de la VIII marcha indígena. 26.07.2011. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/images/2011/pronunciamientos/plat%20de%20demanda.pdf> [Zugriff: 13.01.2013].
- (2011g): Chiquitanos en desacuerdo con una nueva ley de tierra y piden respeto a sus territorios. 08.08.2011. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/index.php?view=article&catid=82:noticias&id=563:chiquitanos-en-desacuerdo-con-una-nueva-ley-de-tierra-y-piden-respeto-a-sus-derechos&format=pdf> [Zugriff: 15.01.2013].
- (2011h): Hermanos indígenas en Santa Cruz realizaron acto simbólico de apoyo a la llegada de marcha indígena. 19.10.2011. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/index.php?view=article&catid=82:noticias&id=826:hermanos-indigenas-en-santa-cruz-realizaron-acto-simbolico-de-apoyo-a-la-llegada-de-marcha-indigena&format=pdf> [Zugriff: 15.01.2013].
- (2011i): Presidente de CIDOB dió conferencia de prensa en la COP 17, en Durban. 01.12.2011. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/index.php?view=article&catid=82:noticias&id=888:presidente-de-cidob-dio-conferencia-de-prensa-en-la-cop-17-en-durban&format=pdf> [Zugriff: 15.01.2013].
- (2011j): Convocatoria. Gran Cabildo Nacional de los pueblos indígenas y la sociedad civil boliviana. 09.12.2011. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/images/2011/Resoluciones/cabildo.pdf> [Zugriff: 13.01.2013].
- (2012a): CEAM-CIDOB lanzan convocatoria a jóvenes indígenas para acceder a la U.A.G.R.M. 12.01.2012. Online unter: http://cidob-bo.org/index.php?view=article&catid=82:3Anoticias&id=908:3Aceam-cidob-lanzan-convocatoria-a-jovenes-indigenas-para-acceder-a-la-uagrm&format=pdf&option=com_content&Itemid=2 [Zugriff: 15.01.2013].
- (2012b): Jóvenes indígenas piden el respeto a sus derechos. 13.01.2012. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/index.php?view=article&catid=82:noticias&id=910:jovenes-indigenas-piden-el-respeto-a-sus-derechos&format=pdf> [Zugriff: 15.01.2013].
- (2012c): Manifiesto Público. Por la vida y la defensa de nuestros territorios. 11.02.2012. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/images/2012/OICH-MANIFIESTO%20PUBLIVO.PDF> [Zugriff: 13.01.2013].

(2012d): Encuentro Extraordinario de Corregidores del Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécore (TIPNIS). 21.03.2012. Online unter: <http://www.cidob-bo.org/images/2012/resoluciones/RES%20ENCUENTRO%20CORREG.pdf> [Zugriff: 13.01.2013].

(2012e): Plataforma de demandas de la 9na. marcha indígena originaria. 11.04.2012. Online unter: http://www.cidob-bo.org/images/2012/resoluciones/PLATAFORMA_-_IV_COMISION.PDF [Zugriff: 13.01.2013].

Cohen, Abner (1996): Ethnicity and Politics. In: Hutchinson, John; Smith, Anthony D. (Hg.): Ethnicity. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 83-84.

Cornell, Stephen; Hartmann, Douglas (1998): Ethnicity and Race. Making Identities in a changing world. Thousand Oaks: Pine Forge Press.

Crabtree, John

(2006): Patterns of Protest: the Genesis of a New Politics in Bolivia. In: Bopp, Franziska; Ismar, Georg (Hg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin, S. 151-182.

(2009): Una historia de tensiones no resueltas. In: Crabtree, John; Gray Molina, George; Whitehead, Laurence (Hg.): Tensiones irresueltas. Bolivia, pasado y presente. La Paz: Plural, S. 9-18.

Dashefsky, Arnold (1976): Theoretical Frameworks in the Social Psychology of Ethnicity. In: Dashefsky, Arnold (Hg.): Ethnic Identity in Society. Chicago: College Publishing Company, S. 51-53.

Dashefsky, Arnold; Shapiro, Howard M. (1976): Ethnicity and Identity. In: Dashefsky, Arnold (Hg.): Ethnic Identity in Society. Chicago: College Publishing Company, S. 5-9.

De Fina, Anna; Schiffrin, Deborah; Bamberg, Michael (2006): Editors' Introduction. In: De Fina, Anna; Schiffrin, Deborah; Bamberg, Michael (Hg.): Discourse and Identity. Cambridge: Cambridge University Press, S. 27-29.

Eder, Klaus (u.a.) (2002): Collective Identities in Action. A sociological approach to ethnicity. Hampshire: Ashgate.

Eriksen, Thomas Hylland

(2001): Small places, large issues. An introduction to social and cultural anthropology. London: Pluto.

(2002): Ethnicity and Nationalism. London: Pluto.

Erikson, Erik H.

(1973): Identität und Lebenszyklus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

(1976): The Concept of Identity in Race Relations: Notes and Queries. In: Dashefsky, Arnold (Hg.): Ethnic Identity in Society. Chicago: College Publishing Company, S. 59-71.

Estado Plurinacional de Bolivia (2010): Nueva Constitución Política del Estado. La Paz.

Feldt, Heidi (2004): Indigene Völker und Staat. In: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Hg.): Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn: GTZ, S. 49-60.

Fenton, Steve (2010): Ethnicity. Cambridge: Polity Press.

Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Parnreiter, Christof (2004): Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin (u.a.) (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum Verlag, S. 13-55. (Gesellschaft, Entwicklung, Politik. 3.)

Flick, Uwe; Von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (2007): Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick. In: Flick, Uwe; Von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 13-28.

Foucault, Michel

(1974): Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am Collège de France – 2. Dezember 1970. München: Carl Hanser Verlag.

(1978): Dispositive der Macht. Berlin: Merve-Verlag.

(2008): Archäologie des Wissens. In: Foucault, Michel: Michel Foucault. Die Hauptwerke. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 471-700.

García Linera, Álvaro; Chávez León, Marx; Costas Monje, Patricia (2004): Sociología de los movimientos sociales en Bolivia. Estructuras de movilización, repertorios culturales y acción política. La Paz: Diakonia, Oxfam.

García Linera, Álvaro (2012): Vom Rand ins Zentrum. Die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in Bolivien. Zürich: Rotpunktverlag.

Gärtner, Peter (2010): Die Neugründung Boliviens. Historische Dimensionen eines politischen Projekts. In: Gärtner, Peter (u.a.) (Hg.): Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Quetzal, S.13-98.

Geertz, Clifford (1996): Primordial Ties. In: Hutchinson, John; Smith, Anthony D. (Hg.): Ethnicity. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 40-44.

Goedeking, Ulrich (2001): Die Macht politischer Diskurse: Indigene Bewegung, lokale Proteste und die Politik indigener Führungspersönlichkeiten in Bolivien. In: INDIANA, 17/18, S. 83-104.

Hall, Gillette; Layton, Heather Marie; Shapiro, Joseph (2006): Introduction: The Indigenous Peoples' Decade in Latin America. In: Hall, Gillette; Patrinos, Harry Anthony (Hg.): Indigenous Peoples, Poverty, and Human Development in Latin America. Basingstoke: Palgrave Mcmillan, S. 1-24.

Hall, Stuart (1996): New ethnicities. In: Morley, David; Kuan Hsing, Chan (Hg.): Stuart Hall. Critical dialogues in cultural studies. London: Routledge, S. 441-449.

Heinz, Marco (1993): Ethnizität und ethnische Identität. Eine Begriffsgeschichte. Bonn: Holos Verlag.

Horst, Rüdiger (2009): Zielkonflikte zwischen Demokratie und ökonomischer Stabilität in Bolivien. In: Jäger, Thomas (Hg.): Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 127-174.

ILO (1989): Übereinkommen 169. Übereinkommen über Eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern. 01.01.1989. Online unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---normes/documents/publication/wcms_100900.pdf [Zugriff: 15.01.2013].

INE

(2001): Censo 2001. Online unter: http://apps.ine.gob.bo/censo/make_table.jsp [Zugriff: 13.12.2012].

(2011): Bolivia: Población total proyectada, por año calendario, según área y departamento, 2010-2015. 02.11.2011. Online unter: <http://www.ine.gob.bo/indice/visualizador.aspx?ah=PC20411.HTM> [Zugriff: 13.12.2012].

Jäger, Siegfried

(2008a): Einstieg: Die Unerlässlichkeit der Kritik an den existierenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen und wie sie zu machen ist. In: Jäger, Siegfried (Hg.): Wie kritisch ist die kritische Diskursanalyse? Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft. Münster: UNRAST, S. 5-16.

(2008b): Von der Ideologiekritik zu Foucault und Derrida. Ein (noch sehr vorläufiger) Beitrag zu einer möglichen Wende kritischer Wissenschaft. In: Jäger, Siegfried (Hg.): Wie kritisch ist die kritische Diskursanalyse? Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft. Münster: UNRAST, S. 19-37.

Jäger, Thomas (2009): Das Zwei-Ebenen-Sicherheitsdilemma: Politische Repräsentation, territoriale Integrität und nationale Identität. Staatsschwäche und die Rolle externer Akteure in Bolivien. In: Jäger, Thomas (Hg.) (2009): Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S.13-36.

Jäger, Thomas; Lessmann, Robert; Schorr, Bettina (2009): Einleitung: Bolivien im November 2008. In: Jäger, Thomas (Hg.) (2009): Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 9-12.

Jenkins, Richard

(1997): *Rethinking Ethnicity. Arguments and Explorations*. London: Sage.

(1999): *Ethnicity Etcetera: Social Anthropological Points of View*. In: Bulmer, Martin; Solomos, John (Hg.): *Ethnic and Racial Studies Today*. London, New York: Routledge.

Jones, Siân (1997): *The Archaeology of Ethnicity. Constructing identities in the past and present*. London, New York: Routledge.

Keller, Reiner (2007): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Kemlein, Ana (2009): *Die indigene Bewegung – Konfliktfaktor oder Motor gesellschaftlicher Veränderung?* In: Jäger, Thomas (Hg.): *Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 205-238.

King, Martin Luther (1963): *Speech at the Great March on Detroit*. 23.06. 1963. Online unter: http://mlk-kpp01.stanford.edu/index.php/encyclopedia/documentsentry/doc_speech_at_the_great_march_on_detroit/ [Zugriff: 22.03.2013].

Lentz, Astrid (1995): *Ethnizität und Macht. Ethnische Differenzierung als Struktur und Prozeß sozialer Schließung im Kapitalismus*. Köln: PapyRossa.

Lessmann, Robert (2009): *Bolivien: Zwischen Modellfall und Unregierbarkeit*. In: Jäger, Thomas (Hg.): *Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S.37-64.

Loayza Bueno, Rafael (2010): *Racismo y Etnicidad en Bolivia*. La Paz: Konrad Adenauer Stiftung.

López Rivas, Gisela (2010): *Bloque oriente: ejemplo de alianza entre organizaciones, campesinas e indígenas*. Santa Cruz: CIPCA.

Ludescher, Monika (2004): *Menschenrechte und indigene Völker*. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Mamani, Isabel (2010): *Investigación participativa en gestión territorial indígena originaria y campesina. Entre tierra y territorio: factores sociales de la gestión del territorio indígena de la TCO Guarayos (Santa Cruz–Bolivia)*. La Paz: AGRUCO, Plural.

Matthes, Sebastian (2010): *Cambas vs. Collas? Ethnisierung des Politischen und Rassismus in Bolivien*. In: Gärtner, Peter (u.a.) (Hg.): *Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung*. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Quetzal, S. 367-399.

Mayring, Philipp (2007): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim, Basel: Beltz.

- Mead, George Herbert** (1934): *Mind, self & society. From the standpoint of a social behaviorist*. Chicago, Illinois: The University of Chicago Press.
- Meliá, Bartomeu** (2008): Ñande Reko. In: PADEP, GTZ (Hg.): *Ñande Reko. La comprensión guaraní de la Vida Buena*. La Paz. Online unter: http://www.unicefninezindigena.org.ar/pdf/Legislacion/compression_guarani.pdf [Zugriff: 04.02.2013].
- Mendoza, Luz** (2012): Herland Vaca Díez: „Vamos a reformar el Comité pro Santa Cruz.“ 30.01.2012. Online unter: <http://eju.tv/2012/01/herland-vaca-dez-vamos-a-reformar-el-comit-pro-santa-cruz/> [Zugriff: 30.04.2013].
- Michalsky, René** (2010): Bolivianische Identitäten im Wandel. Interkulturalität im 21. Jahrhundert. In: Gärtner, Peter (u.a.) (Hg.): *Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung*. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Quetzal, S. 493-523.
- Núñez, Luis** (2011): Discurso informe de Luis Núñez, presidente saliente del Comité pro Santa Cruz. 13.02.2011. Online unter: <http://eju.tv/2011/02/discurso-informe-de-luis-nuez-presidente-saliente-del-comit-pro-santa-cruz> [Zugriff: 15.02.2013].
- Peña Claros, Claudia; Jordán Bazán, Nelson** (2006): *Ser cruceño en octubre: una aproximación al proceso de construcción de la identidad cruceña a partir de la crisis de octubre de 2003*. La Paz: PIEB.
- Peña, Paula; u.a.** (2003): *La permanente construcción de lo cruceño. Un estudio sobre la identidad en Santa Cruz de la Sierra*. Santa Cruz: PIEB.
- Poma, Muruchi** (2010): Der Beginn einer neuen Etappe. Die Wahlen vom 6. Dezember 2009 und 4. April 2010. In: Gärtner, Peter (u.a.) (Hg.): *Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung*. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Quetzal, S. 187-212.
- Psacharopoulos, George; Patrinos, Harry Anthony** (1994): *Indigenous People and Poverty in Latin America: An Empirical Analysis*. Washington, D.C.: The World Bank. Online unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2000/02/23/000009265_3970311123315/Rendered/PDF/multi_page.pdf [Zugriff: 13.12.2012]
- Quitisch, Florian** (2010): Autonomie als Elitenprojekt. Santa Cruz zwischen nationaler Wirtschaftsmacht und regionaler politischer Abkapselung. In: Gärtner, Peter (u.a.) (Hg.): *Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung*. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Quetzal, S. 400-429.
- Radhuber, Isabella** (2009): *Die Macht des Landes. Der Agrardiskurs in Bolivien – Eine Analyse der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen und der Machtbeziehungen*. Wien, Berlin: LIT.
- Regalsky, Pablo** (2003): *Etnicidad y clase. El Estado boliviano y las estrategias andinas de manejo de su espacio*. La Paz: CEIDIS, CESU-UMSS/CENDA, Plural.

Roca, Carla (2010): El sueño de nuestros abuelos hecho realidad. In: Tamburini, Leonardo (u.a.) (Hg.): Derechos humanos de los pueblos indígenas y nueva constitución boliviana. Santa Cruz de la Sierra: CEJIS, S. 55-59.

Romer, Nancy (2010): Basisdemokratie und soziale Bewegungen in Bolivien. Ein lateinamerikanisches Experiment. In: Gärtner, Peter (u.a.) (Hg.): Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Quetzal, S. 99-134.

Romero, Carlos; Albó, Xavier (2008): Autonomías indígenas en la realidad boliviana y su nueva constitución. La Paz.

Scheuzger, Stephan (2007): Die Re-Ethnisierung gesellschaftlicher Beziehungen: neuere indigene Bewegungen. In: Bernecker, Walther (u.a.) (Hg.): Lateinamerika 1870-2000. Geschichte und Gesellschaft. Wien: Promedia, S. 191-211.

Schilling-Vacaflor, Almut (2009): Recht als umkämpftes Terrain. Die neue Verfassung und indigene Völker in Bolivien. Dissertation, Universität Wien.

Schoop, Wolfgang (2006): Regionale Disparitäten in Bolivien: Ausdruck einer unharmonischen Entwicklung. In: Bopp, Franziska; Ismar, Georg (Hg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin, S. 403-426.

Speiser, Sabine (2004): Indigene Völker und Internationale Zusammenarbeit. In: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Hg.): Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn: GTZ, S. 28-48.

Stefanoni, Pablo (2010): "Que hacer con los indios...". Y otros traumas irresueltos de la colonialidad. La Paz: Plural.

Ströbele-Gregor, Juliana

(2004): Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika: Herausforderungen an die Demokratie. In: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Hg.): Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn: GTZ, S. 1-27.

(2006): Für ein anderes Bolivien – aber für welches? In: Bopp, Franziska; Ismar, Georg (Hg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin, S. 279-326.

(2008): Kanon mit Gegenstimme – Soziale Bewegungen und Politik in Bolivien. In: Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hg.): Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat. Festschrift für Dieter Boris. Hamburg: VSA, S.129-141.

Thomas, William Isaac (1928): The Methodology of Behavior Study. In: Knopf, Alfred (Hg.): The Child in America: Behavior Problems and Programs. New York, S. 553-576.

Töpferwein, Gabriele (2010): Bevölkerung, Migration und Regionen. Soziodemographische Differenzierungsprozesse in Bolivien. In: Gärtner, Peter (u.a.) (Hg.): Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Quetzal, S. 215-251.

Tsutsui, Kiyoteru (2004): Global Civil Society and Ethnic Social Movements in the Contemporary World. In: Sociological Forum, 19/1, S. 63-87.

United Nations (2008): United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples. Online unter: http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/DRIPS_en.pdf [Zugriff: 20.03.2013].

University of Texas Libraries (1993): Bolivia, Political. Online unter: http://www.lib.utexas.edu/maps/americas/bolivia_rel93.jpg [Zugriff: 22.03.2013].

University of Texas Libraries (2006): Bolivia, Administrative Divisions. Online unter: http://www.lib.utexas.edu/maps/americas/bolivia_admin_2006.jpg [Zugriff: 22.03.2013].

Vaca Díez Busch, Herland

(2011a): Discurso del presidente del Comité pro Santa Cruz Dr. Herland Vaca Díez Busch – CPSC. 26.02.2011. Online unter: <http://www.eforobolivia.org/blog.php/?p=8522> [Zugriff: 07.02.2013].

(2011b): Discurso del presidente del Comité pro Santa Cruz, Herland Vaca Díez. 14.05.2011. Online unter: <http://eju.tv/2011/05/discurso-del-presidente-del-comit-pro-santa-cruz-herland-vaca-dez/> [Zugriff: 12.04.2013].

Waldmann, Adrián (2008): El hábitus cambia. Estudio etnográfico sobre Santa Cruz de la Sierra. Santa Cruz de la Sierra: El País.

Weisbrot, Mark; Sandoval, Luis (2009): Die Verteilung der natürlichen Ressourcen Boliviens und die Autonomiekonflikte. In: Quetzal – Online-Magazin für Politik und Kultur in Lateinamerika. Online unter: <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/die-verteilung-der-natuerlichen-ressourcen-boliviens-und-die-autonomiekonflikte-19093.html> [Zugriff: 09.01.2013].

Wicker, Hans-Rudolf (2006): Neue Soziale Bewegungen als Träger der Zukunftsgesellschaft?. In: UniPress, 129, S. 7-8.

Wikimedia Commons (o.J.): Inca-expansion. Online unter: <http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Inca-expansion.png> [Zugriff: 22.03.2013].

Wikimedia Commons (o.J.): Bolivia physical map. Online unter: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bolivia_physical_map.svg [Zugriff: 22.03.2013].

Wodak, Ruth (u.a.) (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Working Group on Indigenous Populations (1996): Working Paper by the Chairperson Rapporteur, Mrs. Erica-Irene A. Daes, on the concept of 'indigenous people'. Online unter: [http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/e06a5300f90fa0238025668700518ca4/2b6e0fb1e9d7db0fc1256b3a003eb999/\\$FILE/G9612980.pdf](http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/e06a5300f90fa0238025668700518ca4/2b6e0fb1e9d7db0fc1256b3a003eb999/$FILE/G9612980.pdf) [Zugriff: 15.01.2013].

Zegada, María Teresa; Tórrez, Yuri; Salinas, Patricia (2007): En nombre de las autonomías: Crisis estatal y procesos discursivos en Bolivia. La Paz: PIEB.

Zeitungen und Zeitschriften

Comité pro Santa Cruz (2009): Ñande reko. Nuestra forma de ser. Publicación oficial del Comité pro Santa Cruz, 1, S. 1-11.

Comité pro Santa Cruz (2010): Ñande reko. Nuestra forma de ser. Publicación oficial del Comité pro Santa Cruz, 2, S. 1-12.

Dabdoub Arrien, Carlos (2011): 450 años construyendo la autonomía en Santa Cruz. In: Fundación 450 años Santa Cruz de la Sierra. El Deber, 26. Februar, S. 22-23.

Jordán Bazán, Nelson (2011): Identidad cruceña: una búsqueda conflictiva. In: Mojon 21. Revista de pensamiento político cruceño, 1/1, S. 40-41.

Kreidler, Bismarck (2011): Los 450 años. In: Fundación 450 años Santa Cruz de la Sierra. El Deber. 26. Februar, S. 5.

Landívar Roca, Jorge (2011): Desafíos del 'ser cruceño'. In: Fundación 450 años Santa Cruz de la Sierra. El Deber, 26. Februar, S. 115-116.

Rojas, Aideé (2012): Autoridades reconocen poco avance en sistema autonómico. In: El Deber, 04.05.2012. Online unter: <http://www.eldeber.com.bo/nota.php?id=120504104215> [Zugriff am: 07.02.2013].

Yaffar de la Fuente, Adriana (2011): Polarización política: una mirada desde Santa Cruz. In: Mojon 21. Revista de pensamiento político cruceño, 1/1, S. 10-13.

Internetquellen:

APCOB (o.J.)

<http://www.apcob.org.bo/pagina.php> [Zugriff: 24.01.2013].

Bolivianische Botschaft (o.J.)

<http://www.bolivia.de/de/bolivien/geschichte.html> [Zugriff: 11.12.2012].

CIDOB (o.J.)

<http://www.cidob-bo.org/> [Zugriff 13.01.2013].

CIPCA (o.J.)

http://www.cipca.org.bo/index.php?option=com_content&view=article&id=62&Itemid=74.
[Zugriff: 18.04.2013].

COICA (o.J.)

<http://www.coica.org.ec> [Zugriff: 14.01.2013].

GIZ (o.J.)

<http://liportal.giz.de/bolivien/geschichte-staat.html> [Zugriff: 09.01.2013].

ILO (o.J.)

http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:11300:0::NO:11300:P11300_INSTRUMENT_ID:312314 [Zugriff: 15.01.2013].

Movimiento Nación Camba de Liberación (o.J.)

<http://www.nacioncamba.net/index.php>. [Zugriff: 25.03.2013].

UNIBOL (o.J.)

<http://unibolguarani.edu.bo/> [Zugriff: 10.11.2012].

Territorio Indígena y Gobernanza (o.J.)

http://www.territorioindigenaygobernanza.com/bov_10.html [Zugriff: 18.04.213].

United Nations (o.J.)

<http://social.un.org/index/IndigenousPeoples/SecondDecade.aspx> [Zugriff: 16.01.2013].

Interviews

Añez Ribera, Lucio. Ehemaliger Vizepräsident des Bürgerkomitees Comité pro Santa Cruz. Santa Cruz de la Sierra, 13.01.2011.

Méndez, Rubén Dario. Öffentlichkeitsreferent des Bürgerkomitees Comité pro Santa Cruz. Santa Cruz de la Sierra, 08.12.2010 (Gesprächsprotokoll).

Riester, Jürgen. Leiter der Organisation APCOB. Santa Cruz de la Sierra, 17.02.2011 (Gesprächsprotokoll).

Riester, Jürgen. Leiter der Organisation APCOB. Santa Cruz de la Sierra, 24.03.2011.

Van Driel, Yvonne. Koordinatorin des Deutschen Entwicklungsdienstes in Santa Cruz/Bolivien. Santa Cruz de la Sierra, 02.12.2010 (Gesprächsprotokoll).

Vargas Camacho, Francisco. Mitarbeiter der Organisation CIDOB. Santa Cruz de la Sierra, 25.01.2011.

Vargas, José Carlos. Mitarbeiter der Organisation CEJIS. Santa Cruz de la Sierra, 14.03.2011.

9 Anhang

9.1 Kurze Zusammenfassung

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wurde die Rolle der Ethnizität in den Diskursen sozialer und zivilgesellschaftlicher Organisationen im Departement Santa Cruz, Bolivien analysiert. Dabei wurde der Forschungsfrage nachgegangen, aus welchen Gründen die Kategorie der Ethnizität in Bolivien und speziell im Departement Santa Cruz diskursiv verwendet wird. Es wurde untersucht welche Akteursgruppen derartige Diskurse aufgreifen und reproduzieren und auf welche Art und Weise ethnisch geprägte Diskurse bewusst eingesetzt werden, um spezifische Ziele und Interessen zu legitimieren und durchzusetzen.

Um die aktuelle Wirkmächtigkeit ethnisch geprägter Diskurse besser nachvollziehen zu können, wurde die Bedeutung der Ethnizität in der Vergangenheit Boliviens im Rahmen einer Makroanalyse näher untersucht. Durch die Beleuchtung zurückliegender Diskurse um Ethnizität wurde deutlich, dass die heute gängigen ethnischen Identitätskategorien während der Kolonialzeit entstanden und eng mit gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnissen verwoben waren. Ethnisch gefärbte Diskurse ziehen sich seitdem wie ein roter Faden durch die Geschichte Boliviens, die ethnische Zugehörigkeit bestimmt auch in der neokolonialen Phase des Landes die Lebensverhältnisse und die soziale Stellung eines Großteils der Bevölkerung. Durch das Erstarken indigener Bewegungen wurden tief verankerte Machtverhältnisse in Bolivien aufgebrochen und neu geordnet. Der Bezug auf eine gemeinsame ethnische Zugehörigkeit diente als verbindendes Element zwischen den indigenen Völkern und bot eine Plattform, um spezifische Forderungen und Interessen zu artikulieren. Diese nationale Entwicklung wurde durch einen internationalen Prozess begleitet, welcher Diskurse um Indigenität in die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit rückte und indigenen Gruppierungen weltweit den Rücken stärkte. Neben den indigenen Bewegungen bedienten sich weitere Akteursgruppen ethnisch geprägter Diskurse, darunter das nach departamentaler Autonomie strebende Bürgerkomitee Comité pro Santa Cruz und die Bewegung Nation Camba.

Die Ergebnisse der Makroanalyse zeigten die Bedeutung der Ethnizität in der Vergangenheit Boliviens auf, durch eine Mikroanalyse konnte bestätigt werden, dass der Kategorie der Ethnizität nach wie vor eine zentrale Bedeutung in den Diskursen sozialer und zivilgesellschaftlicher Bewegungen zukommt. Der diskursive Bezug auf die Ethnizität spielt sowohl eine Rolle bei den Bestrebungen Zugang zu Macht zu erlangen als auch spezifische

Machtverhältnisse zu erhalten und zu reproduzieren. Die Ergebnisse der Diskursanalyse bestätigten zudem die These, dass ethnische Diskurse von einigen sozialen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen im Departement Santa Cruz gezielt verwendet werden, um spezifische Interessen und Forderungen zu legitimieren und durchzusetzen. Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe wird diskursiv direkt mit Argumentationen für spezielle Rechte verknüpft und dient als Legitimationsbasis grundlegender Ziele und Interessen, wie dem Zugang zu Land, natürlichen Ressourcen und Formen der Autonomie.

9.2 Abstract

This thesis aims to analyze the role of ethnicity in discourses of social and civil organizations in the department of Santa Cruz, Bolivia. The overall objective is to understand why ethnicity is used discursively in Bolivia and especially in the department of Santa Cruz. Addressing this research question, an analysis of different actor groups is carried out to understand which actors are using and reinforcing the discourses. In addition, the manner in which those discourses are used consciously to legitimize and enforce specific aims and interests will be analyzed carefully.

In order to make the current efficacy of ethnic discourses more comprehensible, the meaning of ethnicity in Bolivia's history was closely examined by using macro analysis. Hereby it became obvious that today's ethnic identity patterns were created in the colonial past and are closely connected to societal structures and power dynamics. Since this time, ethnic discourses are a central theme in Bolivia's history. Ethnic belonging still influences the living conditions and social rank of the majority of the population in neo-colonial times.

The strengthening of indigenous movements first lead to a breakdown of deeply rooted power structures in Bolivia, which was followed by a rearrangement of power relations within the society. Common ethnic belonging was used as a connecting element between different indigenous peoples and offered a platform to articulate specific claims and interests. This national development was accompanied by an international process which brought ethnic discourses to a broad public. Besides the indigenous movements, additional actors used ethnic discourses for their own goals, for example the civil committee "Comité pro Santa Cruz" which was seeking for departmental autonomy, or the movement "Nation Camba".

The findings of the macro analysis show a strong meaning of ethnicity in the history of Bolivia, while the micro analysis confirms that ethnicity still has a central meaning in the discourses of social and civil-society movements. The reference to ethnicity in discourses plays a decisive role in efforts gain power as well as in the maintenance and reinforcement of existing power structures. Findings of the discourse analysis confirm the assumption that ethnic discourses of some social and civil-societal groups in the department of Santa Cruz are aimed at legitimizing and enforcing specific interests and claims. The belonging to ethnic groups is connected directly to the argumentation of claims to specific rights. At the same time it is used as a legitimizing basis for general aims and interests like access to land, natural resources and autonomy.

9.3 Lebenslauf

Zur Person

Name: Birte Mareike Spilger
geboren: 12.12.1983 in Berlin
Staatsangehörigkeit: deutsch

Berufserfahrung / Praktika

Jan. 04 – Jan. 05	Auslandsaufenthalt in Bolivien im Rahmen der „Community Service Programme“ des Vereins AFS
Mai 10 – Okt. 10	Freiwillige Arbeit für den Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF)
Ab März 05	Diverse studentische Tätigkeiten: - Verkauf - Gastronomie und Service - Datenbankpflege - Rezeptionistin in einem Hostel - Freie Dienstnehmerin in einem Ticketbüro

Ausbildung

1990 – 1994	Volksschule in Gablingen (Landkreis Augsburg)
1994 – 2003	Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen (Landkreis Augsburg)
2003	Abitur

Ab März 05	Diplomstudium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien Wahlfächer: Spanisch, Gender Studies, Soziologie
Nov. 10 – April 11	„Kurzfristiges Wissenschaftliches Arbeiten im Ausland“ Forschungsaufenthalt in Bolivien

Sprachkenntnisse

Deutsch:	Muttersprache
Englisch:	Verhandlungssicher
Spanisch:	Verhandlungssicher
Französisch:	Gute Kenntnisse